3 1761 07992881 8

Walter Vogel

Das neue Europa

I

Prof. Mecking

Bücherei der Kultur und Geschichte

Herausgegeben von

Dr. Seb. Hausmann
Privatdozent an der Universität München

Band 16
Vogel, Das neue Europa
Band I

Kurt Schroeder * Bonn und Leipzig * 1921

Das neue Europa

und

seine historisch-geographischen Grundlagen

Mit 1 farbigen Karte und 13 Kartenskizzen

von

Vogel

Walther Vogel

Professor an der Universität Berlin

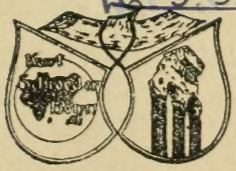
Band I

Allgemeiner Teil

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

305950

Hg 2.53



Kurt Schroeder * Bonn und Leipzig * 1921

Alle Rechte, besonders das Übersetzungsrecht, vorbehalten

D
217
V6
v. 1
568953
16.9.53

Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, vorm. Carl Georgi, G. m. b. H.

Inhaltsübersicht des ersten Bandes:

Vorwort . . . . . S. VII

Einleitung . . . . . S. 1

Epochen der europäischen Geschichte S. 1. — Ziel und Methode der Untersuchung S. 5. — Wesen des Staats S. 6. — Kategorien des Staatslebens; Geopolitik und Demopolitik S. 14. — Einteilung Europas in Naturgebiete S. 18. — Widerstreit zwischen geopolitischen und demopolitischen Grenzen S. 25.

A. Allgemeiner Teil.

I. Das Staatensystem Europas vor dem Krieg, sein Wesen und seine Wurzeln . . . . . S. 31—58

Das europäische Gleichgewicht S. 31. — Ausbreitung der Gleichgewichtskämpfe auf überseeische Gebiete S. 34. — Anfänge des Seehandels, Merkantilismus S. 35. — Grundlagen des Kapitalismus S. 36. — Seine Förderung durch den Kolonialhandel S. 40. — Proletariat und Liberalismus S. 42. — England der führende kapitalistische Staat S. 45. — Seine Gegner und Rivalen S. 46. — Deutschland als Wettbewerber S. 48. — Entente und Weltkrieg S. 50. — Der Weltkrieg in rechtsparteilicher, demokratischer, sozialistischer Beleuchtung S. 51. — Die Angelsachsen als Sieger S. 55. — Erschütterung des kapitalistischen Systems S. 57.

II. England . . . . . S. 58—106

Englands geopolitische Lage S. 58. — Sein Aufstieg seit dem 16. Jahrhundert S. 60. — Staatliche Einigung der britischen Inseln S. 61. — Parlamentarismus S. 64. — Kalvinismus und Kapitalismus S. 68. — Entwicklung der englischen Handels- und Kolonialmacht S. 70. — Kriege gegen Spanien S. 76 — gegen die Niederlande S. 77 — gegen Frankreich S. 79. — Zusammenbruch des älteren Kolonialreichs S. 80. — Aufbau eines neuen in Ostindien S. 82. — Konzentration des Weltreichs durch die Dampfmaschine S. 86. — Innere Wandlungen Englands seit 1700: vom Agrarstaat zum Industriestaat S. 87. — Stellung der Industriearbeiter zum Staat: Chartismus, Gewerkschaften, geistiger Konservatismus S. 92. — Stagnation der Industrie und Deutschlands Wettbewerb nach 1870 S. 100. — Gewaltsame Lösung der Krise durch den Krieg S. 101. — Die Landfrage S. 103. — Die Arbeiterschaft und das Weltreich S. 105.

III. Deutschland . . . . . S. 107—164

Entgegengesetzter Gang der englischen und deutschen Staatsentwicklung S. 107. — Wachsen Deutschlands vom Rhein nach Osten S. 108. — Auflösung und Neubildung des deutschen Staats S. 112. — Österreich S. 113. — Preußen, Wesen des Preußentums S. 115. — Bismarcksche Reichsgründung S. 126. — Überseeische Ausbreitung und Wettbewerb mit England S. 128. — Sozialdemokratische Kehrseite, Marxismus S. 132. —

— Ursachen des Wachstums der Sozialdemokratie S. 135. — Sozialismus und Christentum S. 136. — Internationalismus und Judentum S. 143. — Gesamtlage Deutschlands vor dem Krieg S. 145. — Seepolitik und Orientpolitik S. 147. — Tirpitz S. 148. — Weltkrieg und Revolution S. 150. — Folgen des Friedens S. 152. — Stadtvolk und Landvolk S. 160. — Arbeiterschaft und Judentum S. 162.

IV. Rußland . . . . . S. 165—214

Geographische Grundlagen der russischen Geschichte S. 165. — Fremdherrschaften S. 167. — Tatarenherrschaft S. 170. — Kirche S. 171. — Moskaus Aufstieg S. 172. — Peter der Große und Katharina II. S. 177. — Einfluß des Deutschtums S. 179. — Ausbreitung in Asien S. 181. — Russisch-britische Landgrenze S. 182. — Panslavismus S. 184. — Wechselnde Ziele des russischen Imperialismus 1876—1914 S. 186. — Der Zusammenbruch des Zarenstaats und seine Gründe S. 189. — Zentralregierung und Semstwos S. 189. — Agrarkrisis S. 191. — Industrialisierung S. 195. — Judentum S. 197. — Die Elemente des Bolschewismus S. 204. — Jetzige Lage der Sowjetrepublik S. 208.

V. Englands europäische Bundesgenossen und Vasallen S. 214—274

Frankreich S. 215. — Sein Nationalgeist S. 215. — Ausbreitungspolitik zu Lande und zur See S. 219. — Die Revolution und ihre Folgen S. 221. — Kleinbürgertum und Finanzoligarchie S. 223. — Revanchepolitik nach 1815 und 1870 S. 225. — Der neue Geist S. 228. — Ergebnis des Weltkriegs für Frankreich S. 229. — Belgien S. 233. — Holland S. 237. — Dänemark S. 239. — Island S. 242. — Norwegen S. 242. — Spitzbergenfrage S. 246. — Schweden S. 247. — Portugal S. 251. — Spanien S. 255. — Italien S. 258. — Die Levante S. 264. — Griechenland S. 265. — Konstantinopel S. 267. — England und die neuen Oststaaten S. 268.

VI. Englands außereuropäische Tochterstaaten und Bundesgenossen und ihre Stellung zum europäischen Konflikt. . S. 274—295

Innere Wandlung des britischen Weltreichs S. 274. — Vom Einheitsstaat zum Staatenbund S. 276. — Neuseeland S. 278. — Australien S. 279. — Südafrika S. 280. Kanada S. 282. — Indien S. 284. — Ägypten S. 285. — Japan S. 286. — Die Vereinigten Staaten S. 288. — Die Rivalität der beiden angelsächsischen Weltmächte S. 293

Verzeichnis der Kartenskizzen.

1. Schematische Darstellung des Britischen Reiches 1840 und 1914 S. 85. — 2. Deutschlands geschichtliche Hauptteile (geographische Grundlagen deutscher Staatsentwicklung) S. 109. — 3. Österreich und Preußen als deutsche Abwehrstaaten gegen die halbasiatischen Großmächte S. 123. — 4. Osteuropas Vegetations- und Kulturzonen S. 166. — 5. Die russische Südgrenze von der Donaumündung bis Wladiwostok und die britisch-russischen Reibungszonen S. 183.

Vorwort.

Das vorliegende Buch hat den Zweck, dem aufmerksamen Beobachter der Zeitgeschichte in gedrängter Kürze die tieferen Grundlagen der gegenwärtigen Neuordnung der europäischen Staatenwelt, namentlich nach der geographischen und geschichtlichen, völkisch-sozialen Seite hin, verständlich zu machen; mit anderen Worten, es versucht diese Ereignisse in den großen Gang der geschichtlichen Entwicklung einzuordnen, soweit ein solches Unterfangen einem Zeitgenossen überhaupt möglich ist. Denn über dem bunten Wechsel der Aufregungen des Tages und über der unmittelbaren Vorgeschichte des Weltkrieges, an der wir selbst noch als Mitlebende oder sogar Mithandelnde leidenschaftlichen Anteil genommen haben, vergessen wir nur zu leicht die tieferen langsamen Strömungen des Volkslebens und die wenig veränderlichen geographischen Verhältnisse, die doch meist mit ihrer ehernen Kraft viel wirksamer das Schicksal der Staaten bestimmen, als der Lärm und die Agitation des Alltags es glauben machen will. Ich kann, was dies alles betrifft, auf die Einleitung verweisen, wo ich mich über Zweck, Inhalt und Methode des Buches eingehender verbreite. Entstanden ist es aus Vorlesungen, die ich an der Berliner Universität, zuerst im Sommer 1919, dann nochmals im folgenden Sommer gehalten habe; die dabei zugrunde gelegten Aufzeichnungen haben dann aber durch Umarbeitung und Erweiterung die vorliegende, erheblich veränderte Form erhalten. Der ständige rasche Wechsel der Zeitereignisse, welcher immer neue Ergänzungen wünschenswert erscheinen ließ, ist zum Teil die Ursache, warum die Ausarbeitung sich länger hinzog, als mir lieb war, auch der Umfang schließlich so anschwoll, daß eine Teilung in zwei Bände sich nötig machte. Ich habe mich bemüht, die Darstellung an

den Stand der Dinge etwa zu Anfang des Jahres 1921 heranzuführen; auch die dem zweiten Bande beizugebende Karte bezieht sich auf diesen Zeitpunkt. Im übrigen liegt ja, wie schon betont, das Hauptgewicht der Arbeit nicht auf der Schilderung der Gegenwart, sondern ihrer tieferen geschichtlich-geographischen Wurzeln. An den grundlegenden Anschauungen, wie sie mir schon zu Beginn der Arbeit feststanden, zu ändern, habe ich wenig Anlaß gefunden. Ich würde im Augenblick vielleicht das für die Zukunft so entscheidende Verhältnis zwischen England und den Vereinigten Staaten etwas ungünstiger beurteilen, d. h. die sichtliche Verschärfung des Gegensatzes unterstreichen, auch wohl noch stärker betonen, daß das Schwergewicht der politischen Entscheidungen in der Welt vorläufig außerhalb Europas liegt.

Obwohl ich aufrichtig versichern kann, mir alle Mühe gegeben zu haben, die Dinge so leidenschaftslos und getreu der Wirklichkeit zu schildern, als es nur möglich ist, nehme ich doch keine über den Wolken schwebende Objektivität in Anspruch, sondern bekenne offen, vom deutschen Standpunkt und in erster Linie für Deutsche zu schreiben. Es liegt mir ganz fern, einem politischen Quietismus das Wort zu reden. Aber ein wenig mehr seelische Ruhe und Standhaftigkeit täte meines Erachtens unserem öffentlichen Leben dringend not, und wenn dieser oder jener durch die Handhaben, welche ihm dieses Buch bietet, instandgesetzt wird, die bedrückende Gegenwart von etwas höherer Warte zu betrachten und das Befreiende und Stärkende einer solchen Betrachtung zu empfinden, so würde einer der Zwecke meiner Arbeit erfüllt sein.

Das dem zweiten Bande angehängte Literaturverzeichnis kann aus der ungeheuren Fülle des Stoffs natürlich nur eine ganz beschränkte Auswahl bieten, die jedoch dem Benutzer als Wegweiser zur weiteren Unterrichtung genügen mag. Die Kartenskizzen reichen hoffentlich dazu aus, die betreffenden Auseinandersetzungen im Text zu verdeutlichen.

Berlin, Ostern 1921.

Walther Vogel.

Einleitung.

Der Friedenskongreß zu Versailles hat unwillkürlich die Blicke zurückgelenkt auf ähnliche Veranstaltungen in früheren Zeiten. Wie immer man seine Inszenierung und die Dauer seines Werkes beurteilen mag, er ordnet sich wie sein letzter Vorgänger, der Wiener Kongreß, ein in die Reihe jener großen Vertreter-Versammlungen der europäischen Nationen, die seit der Ausbildung des Systems der Nationalstaaten, also etwa seit dem 14. Jahrhundert, von Zeit zu Zeit die äußeren und inneren Verhältnisse des Erdteils neuzuordnen unternommen haben, beginnend mit dem Konstanzer Konzil 1415, wo zum ersten Male die Nationen als solche sich entgegentraten, und sich fortsetzend über den Westfälischen Frieden und die Friedensschlüsse von Utrecht, Rastatt und Baden 1713—14, die in ihrer Gesamtheit doch auch eine solche Neuordnung der europäischen Staats- und Machtverhältnisse darstellen. Ein bezeichnender Unterschied ist freilich festzustellen, abgesehen davon, daß nur die „Sieger" miteinander verhandelt haben, während die „Besiegten" einfach zur Unterschrift gepreßt wurden: in Versailles haben sich zum ersten Male auch Vertreter außereuropäischer Mächte an den Beratungen beteiligt — ein Beweis, daß wir die Zeiten abgeschlossener Sonderentwicklung einzelner Erdgebiete hinter uns haben und in das Zeitalter wirklicher, zusammenhängender Weltgeschichte eingetreten sind.

Europa steht also wieder einmal an einem Wendepunkt seiner vielbewegten Geschichte, und zwar, wenn nicht alle Zeichen trügen, an einem Wendepunkte ganz besonderer Art. Seit dem Untergang der antiken Kulturwelt, aus der das eigentliche, d. h. westliche Europa doch immerhin ein gewisses Gemeinschaftsgefühl, zusammengefaßt im Christentum römischer Observanz, in spätere Zeiten hinübergerettet hat, wurde das geschichtliche Leben des Erdteils (in dem erwähnten, beschränkteren Umfang, worüber später mehr) bewegt von wechselnden Willensantrieben der führenden Volksschichten, die dabei freilich nicht selten schon mehr oder weniger unbewußt unter dem Druck der unteren Volksmassen handelten. Denn die Not der Zeiten, ohne die ja nichts Großes und Gutes auf dieser Erde Wirklichkeit wird, zwingt die Führer der Völker und Menschen — die nicht immer gleichbedeutend mit den staatlichen Machthabern, ja sehr oft deren „revolutionäre" Gegner sind — immer wieder, auf neue Mittel zur Rettung der gesellschaftlichen Ordnung vor dem Chaos und zur Weiterbildung menschlicher Art und Gesittung bedacht zu sein. Das Heil der Welt wird, je nach den Umständen, in neuen religiösen, staatlichen, gesellschaftlichen Gestaltungen erblickt und von überragenden Tatmenschen, „Durchbruchsnaturen", der Verwirklichung näher gebracht; wobei natürlich stets zwei Hauptrichtungen miteinander ringen, eine konservative, die an einem alten überlebten Ideal festhält und eine fortschrittliche, die ein neues mehr zeitgemäßes durchzusetzen strebt; daß sich oft Anschauungen beiderlei Herkunft in einer Persönlichkeit vereinigen, und daß die vorwiegende Neigung zum Alten oder Neuen über den sittlichen Wert des Trägers der Idee nichts besagt, liegt dabei auf der Hand. Man kann so, um nur einen raschen Blick über die Zeiten seit dem Untergang der antiken Welt zu

werfen, von einem Zeitalter der kriegerischen Aristokratie (des „Schwertadels"), des theokratisch-hierarchischen Gottesstaats, der Renaissance und endlich des aus der Reformation hervorgehenden Rationalismus (in einem weiteren Sinne als gewöhnlich gefaßt) sprechen. Es ist eine eigentümliche Tatsache, daß sich solche Willensrevolutionen und Weltanschauungsreformen in ziemlich gleichartigen Abständen von je drei Jahrhunderten wiederholt haben, so daß man wohl berechtigt ist, von einem Rhythmus des geschichtlichen Lebens im abendländischen Europa zu sprechen [1]); daher der bei allen Verschiedenheiten in dem Umwälzenden, Zwiespältig-Gärenden, Problematischen so auffallend übereinstimmende Charakter des 10., 13., 16. und 19. Jahrhunderts.

Damit ist schon gesagt, daß das 20. Jahrhundert nur der Vollstrecker dessen ist, was das 19. bereits, aus dem Dunkel nach oben drängend, aber noch ungestaltet, in seinem Schoße barg.

So unwahrscheinlich dies angesichts der trüben Gegenwart klingt, der Wendepunkt ist bereits durchschritten, ein neues Zeitalter mit einem ganz veränderten gesellschaftlichen, religiösen und politischen Aussehen baut sich schon sichtbar auf. Aus der chaotischen Flut, die nach dem katastrophalen Ausgang des Weltkriegs alles bedeckt, taucht ein neues Europa empor, noch unbestimmt in seinen Umrissen, schwer erkennbar in Einzelheiten, aber in seinem gegen die abgelaufene Periode völlig verschiedenen Grundcharakter doch deutlich greifbar. Freilich dürften sich diejenigen gründlich irren, die da glauben, daß der „Friede"

1) Ich kann diese Gedanken, die ich bisher nur vor einem engeren Kreise gelegentlich entwickelt habe, hier nur ganz flüchtig skizzieren und hoffe an anderer Stelle davon eine ausführlichere Darstellung geben zu können.

von Versailles und St. Germain auch nur der politischen Karte Europas bereits feste Regel und Gestalt gegeben habe. Wahrscheinlich werden Jahrzehnte vergehen, bis auch nur das staatliche Bild einige Dauer gewinnt, geschweige denn, bis die wirtschaftlichen und sozialen Zustände wieder zu einer haltbaren Ordnung zurückkehren. Ja, fast will es scheinen, daß die Umwälzung, deren Zeugen wir sind, eine solche noch höheren Grades als die vorerwähnten regelmäßig wiederkehrenden epochalen Reformen der letzten anderthalb Jahrtausende ist. Wie im sinkenden Altertum scheint die ganze Grundlage des Gesellschaftsbaus erschüttert. Die antike Welt ist untergegangen nicht nur durch das Einströmen neuer Völker, sondern durch einen geistig-religiösen und sozial-wirtschaftlichen Umschwung. Die alten abgelebten Volkskulte und Staatsreligionen wurden verdrängt durch eine in der christlichen Kirche verkörperte Universalreligion mit einem neuen, für alle Völker gleichmäßig gültigen Mythos. Von der durch freie Kleinbauern und Handwerker, sowie mit Sklaven betriebenen Landwirtschaft und Industrie ging man zur Hörigenwirtschaft (dem Kolonat) über; an Stelle der Beamten- und Magistratsverwaltung wurde die Grundherrschaft Trägerin der öffentlichen Rechte; das großstädtische Leben verging und verlor sich gleichsam in die Stille und Weite des flachen Landes. Europa wurde christianisiert, feudalisiert und agrarisiert. Vor einer ähnlichen Lage stehen wir heute. Die unteren Volksmassen, die Handarbeiter der Industrie voran, sind mit ihrer Rolle im Haushalt der Gesellschaft und der Staaten unzufrieden, und wie sehr täuschen sich doch diejenigen, die da glauben, diese Unzufriedenheit ließe sich mit einigen oberflächlichen Reformen, ein paar demokratischen Beruhigungspulvern beschwichtigen. Das hieße die tieferen, gei-

tiefen Wurzeln dieser Unruhe („unrest", wie die Engländer sagen) völlig verkennen; auch ist die politische Macht dieser Stände dafür schon allzu sehr angewachsen. Auch das Einströmen neuer Völker, der Ostjuden und Slaven, in die westeuropäisch-amerikanische Kulturwelt kehrt in unseren Tagen wieder, und wie der Übergang vom Altertum zum Mittelalter begleitet war von einer Erweiterung und Verschiebung des Schauplatzes des geschichtlichen Lebens, so wird sich Europa, wenn nicht alles trügt, fortan in seine Herrscherrolle mit Nord- und Südamerika sowie Ostasien teilen müssen.

Unter solchen Umständen könnte es allzukühn und voreilig erscheinen, die Umrisse der Staatenwelt des neuen Europa zu zeichnen. Selbstverständlich kann es nicht der Zweck der vorliegenden Schrift sein, ein Phantasiebild des künftigen Europa zu entwerfen. Ich überlasse das gern anderen, die von der Unfehlbarkeit ihrer Theorien mehr überzeugt sind, als es mir möglich ist. Meine Aufgabe ist vielmehr die, die historisch-geographischen Grundlagen aufzudecken, die für den heutigen Zustand Europas wesentlich sind und die uns insbesondere zu einer Deutung seiner staatlich-territorialen Weiterentwicklung befähigen könnten. Die Untersuchung soll sich keineswegs auf das dem Weltkrieg unmittelbar vorangehende Zeitalter des Imperialismus beschränken, noch weniger Einzelheiten der Vorgeschichte des Weltkrieges behandeln, vielmehr gerade die tiefer und weiter zurückliegenden, also weniger sichtbaren Wurzeln der heutigen Lage aufspüren, darunter besonders diejenigen, die in geographischen und nationalen, d. h. also dauernden oder doch weniger rasch sich wandelnden Verhältnissen ihren Ursprung haben. Es handelt sich also, um die von Kjellén geprägten Fachausdrücke zu gebrauchen, wesentlich um eine geopolitische und demopoli-

tische Studie. Dabei ist aber zweierlei zu beachten. Einmal ist es klar, daß außer geopolitischen auch wirtschaftliche, soziale und rein geistige (religiöse und philosophische) Ursachen aufs stärkste zur Schaffung der heutigen Lage beigetragen haben, Ursachen und Bewegungen, deren Betrachtung sich schon deswegen nicht ganz umgehen läßt, weil sie ja zum Teil die grundsätzliche Berechtigung der Staatenwelt überhaupt verneinen und sie zu beseitigen streben. Sodann sind die Anstöße zur heutigen Umwälzung Europas nicht nur von diesem selbst ausgegangen, sondern der Zündstoff stammt in erheblichem Maße aus einem weiteren weltpolitischen Bereiche; die weltpolitische Explosion hat gewissermaßen nach und nach eine Reihe europäischer Pulverfässer erfaßt, die man z. T. bereits leer oder ungefährlich wähnte, und hat dadurch der Explosionskatastrophe diese ungeheure Wucht gegeben. Insofern diese Ursachen in Frage kommen, werden wir notwendig über den Bereich Europas hinausgreifen müssen. Dagegen sollen die Auswirkungen dieser Ursachen nur in bezug auf Europa selbst betrachtet werden, was gelegentliche Blicke auf die übrigen Weltteile nicht ausschließt.

Bevor wir uns dem eigentlichen Stoff unserer Untersuchung zuwenden, muß jedoch in aller Kürze die grundsätzliche Frage nach dem Wesen der heutigen Staatenwelt und des Staates überhaupt geklärt werden. Bekanntlich stehen sich in der Wissenschaft und öffentlichen Meinung hier verschiedene Anschauungen gegenüber, deren schärfste Ausprägungen etwa so wiedergegeben werden können: die einen betrachten die Staaten als von den Menschen mehr oder weniger willkürlich geschaffene und frei gehandhabte Einrichtungen, die ihrem eigentlichen, ursprünglichen Zweck nach den Schutz des öffentlichen Rechts gewährleisten sollten und dies nach innen auch jetzt noch tun, die aber

ihre Macht zugunsten der Sonderbelange ihrer Völker oder auch einzelner herrschender Klassen und Gruppen mißbrauchen, indem sie sich gegenseitig nach machiavellistischer Moral behandeln, Kriege führen, fremdes Gebiet annektieren, Völker unterjochen usw.; sie sollten also in ihre Schranken zurückgewiesen oder auch zugunsten einer Art von Gesamt-Weltstaat, des Völkerbundes, beseitigt, mindestens auf die Stufe „autonomer Provinzen" herabgedrückt werden. Die Anhänger dieser Staatsanschauung sind vorwiegend im Lager der linken Parteien zu finden, welche demokratisch und pazifistisch gerichtet sind. Die anderen sehen in den Staaten unabänderliche Tatsachen, lebendige Organismen, deren Wesen Macht und nur Macht ist, denen gegenüber der einzelne Mensch so gut wie nichts bedeutet, denen er sein persönliches Leben und Gedeihen zu opfern gezwungen, ja verpflichtet ist; diese Machtstaaten folgen in allen wichtigen Lebensfragen nur ihren Machttrieben, und die Beseitigung dieser Triebe zu fordern wäre genau so töricht, wie wenn man einen wachsenden Baum dazu bringen wollte, zwar seine Äste, nicht aber seine Wurzeln auszudehnen. In den Augen der Vertreter dieser Anschauung, die sich mehr aus dem rechtsstehenden Lager rekrutieren, würde der Völkerbund nie etwas anderes sein, als die verwirklichte Machtherrschaft eines einzelnen Staates oder einer Staatengruppe.

In eine tiefer eindringende Behandlung dieser Frage einzutreten, hieße eine Staatslehre schreiben, und dies kann meine Aufgabe hier nicht sein. Ich möchte jedoch keinen Zweifel lassen, daß mir jene erst erwähnte Anschauung an allen den Mängeln zu leiden scheint, die der älteren, mehr oder weniger ausschließlich vom Rechtsstandpunkt orientierten Staatswissenschaft anhafteten, und die Rudolf Kjellén in seiner bahnbrechenden Untersuchung über

den „Staat als Lebensform" so trefflich gegeißelt hat. Wie Kjellén, so möchte auch ich mich zu der Anschauung bekennen, daß die Obhut des Rechts nur die eine, sozusagen die innere Aufgabe des Staates ist, während er nach außen vor allem der Selbsterhaltung der Nation dient. Die Staaten sind nicht nur Rechtssubjekte, Anstalten zum Schutze der Rechtsordnung, sondern sie sind ebensosehr als eine natürlich erwachsene Zusammenfassung von Menschen, als Organisation eines Volkes und durch ihr Haften an einem bestimmten Stück Boden, Machterscheinungen, das heißt Naturwesen, die also wie die Menschen nicht nur nach vernünftigen Regeln als Vertreter der Sittlichkeit, sondern organisch triebhaft, nach Willensinstinkten, handeln. Wie es der wissenschaftliche Urheber dieses Machtstaatsgedankens, Leopold von Ranke[1]), so glänzend geschildert hat, erscheinen die Staaten wie gewaltige überindividuelle Lebewesen, die kraft einer ihnen innewohnenden Idee, doch ebenso charakteristisch und typisch wie Einzelmenschen handeln, nur viel größer und wuchtiger. „Jeder Staat tritt als Individuum für sich auf, mit seinem besonderen Charakter, seinen Sonderinteressen, seiner Handlungsweise und Gefühlswelt, als ein wuchtiges Lebewesen mit selbständigen Zielen" [2]). Wenn wir in der Presse und in der politischen Rede die Staaten in den bekannten Gestalten des John Bull, des deutschen Michels, der Marianne usw. personifizieren, so ist das kein bloßes Spiel, sondern der naive Ausdruck davon, daß wir das Handeln

1) Vgl. bes. den 1833 geschriebenen Aufsatz „Die großen Mächte" (Ges. Werke 24). Das ganze Lebenswerk Rankes ist von dieser Anschauung beherrscht.

2) Kjellén, D. Staat als Lebensform S. 35, z. T. in Anlehnung an Menzel, Zur Psychologie des Staats, Deutsche Revue, April 1916.

der Staaten wirklich als ein solches einheitliches Lebewesen empfinden.

Diese Anschauungen sind innerhalb der Staatswissenschaft schon seit langem zur Begründung der sogenannten organischen Staatstheorie verwendet worden, und die Lehre Kjellénś stellt im Grunde nur eine Erweiterung und Erneuerung dieser Theorie dar, wenn er auch mit Recht die oft bis zur Geschmacklosigkeit übertriebenen Analogien mit dem menschlichen oder tierischen Körper zurückweist. Die Staaten sind eben Lebewesen besonderer Art, die man wegen ihres Haftens am Boden vielleicht eher mit einem Wald, einem Kornfeld oder dergleichen mit allen daran gebundenen Symbiosen[1]) vergleichen möchte, als mit den sogenannten Tierstaaten oder einem Einzelmenschen. Das alles sind Vergleiche, die hinken; aber, ich betone es noch einmal mit aller Schärfe, wenn wir die Staaten als lebende Organismen bezeichnen, so ist das keine bloße Analogie, keine bildliche Redeweise, sondern wir betrachten sie buchstäblich, wie Kjellén sagt, als sinnlich-vernünftige Wesen wie die Menschen, als „objektive Realitäten“[2]). Nur in einem Punkte bedarf diese Behauptung einer Einschränkung, oder richtiger Ergänzung. Jellinek[3]), ein scharfer Gegner der organischen Staatstheorie, bemerkt nämlich ganz richtig, die Frage, ob die Staaten (entsprechend der organischen

1) Wie in einem Kornfeld bestimmte Unkräuter, Schmarotzer usw. in Symbiose mit der angebauten Getreidegattung stehen, so gehören auch die in einem Staate gezogenen Haustiere, ja sogar das jagdbare Wild seiner Wälder, aber auch seine Bergwerke, kurz alles, was in irgend eine Beziehung zum Menschen tritt, zum Gesamtwesen des Staates.

2) Der Staat als Lebensform. S. 30, 36.

3) In seiner noch heute als führend anerkannten Allgemeinen Staatslehre 2. Aufl. 1905. I. S. 146 A., 2. 147 f., 167—173.

Staatstheorie) eine objektive reale Existenz haben, gehöre in das Gebiet des metaphysischen Glaubens, der Dogmatik (während er auf dem Standpunkt der Erkenntniskritik verharrt). Aber dieser Vorwurf der Dogmatik erschreckt mich ebensowenig wie Kjellén. Wir kommen um dieses Dogma, oder nennen wir es gleich mit dem richtigen Namen, um diese notwendige Fiktion, nicht herum. Wenn nämlich Jellinek weiter den Staat definiert als „die mit ursprünglicher Herrschermacht ausgerüstete Verbandseinheit seßhafter Menschen", und wenn er fortfährt: „der Staat ist nach keiner Richtung hin Substanz, sondern ausschließlich Funktion. Die dieser Funktion zugrundeliegende Substanz sind und bleiben die Menschen" (und die Menschen handeln überwiegend bewußt und mit freiem Willen nach ethischen Motiven) — so ist das alles gewiß theoretisch sauber und zutreffend gesagt, aber unzulänglich. Denn er beachtet nicht genügend, wie sehr die Menschen als Träger des Staates in ihrer Willensfreiheit beschränkt sind, wie sie, teils unter der Einwirkung zwingender physischer Umstände, die mit der Natur des Staatsgebiets oder der Lebensweise und Wirtschaft der Bewohner zusammenhängen, teils unter der Einwirkung ererbten Charakters oder anerzogener Anschauungen typisch handeln, auch da, wo sie glauben, ihrem freien Willen zu folgen. Auch ist die Unterscheidung zwischen Funktion und Substanz insofern bedeutungslos, als allemal, wo der Staat etwas tut oder leidet. (Krieg, Unterjochung, Bedrohung, Bündnis, Aufblühen, Niedergang) dies auch seine Substanz, eben die Menschen, die Staatsbürger, in vollem Umfange (wenn auch die Einzelindividuen in verschiedenem Grade) miterfaßt. In Wirklichkeit können wir also die Staaten, auch wenn wir uns aus erkenntnis-theoretischen Gründen weigern, sie als überindividuelle Lebewesen anzuerkennen, doch nur so betrach-

ren, als ob sie solche „sinnlich-vernünftige Wesen" oder „objektive Realitäten" wären. Es ist uns schlechterdings unmöglich, ihr Wesen anders zu fassen. Auch die einzelnen Menschen wurzeln ja in einem metaphysischen Untergrunde, auch sie handeln nicht nur bewußt-frei, sondern ebenso unbewußt-triebhaft, und weder der freie Wille allein noch der Selbsterhaltungstrieb und das physische Triebleben überhaupt machen den ganzen Menschen aus, sondern beides zusammen. Genau so bei den Staaten. Kjellén hat ganz recht, wenn er sagt [1]): „Wir glauben, daß sowohl hinter dem Staat, wie hinter dem Menschen elementare schöpferische Kräfte liegen, denen beide in der Tiefe unterworfen sind. In dieser Anschauung stehen die Staaten weniger als Lenker ihrer eigenen Geschicke da, als auf ihren Wegen durch Einflüsse gelenkt, deren tiefste Quelle außerhalb ihrer eigenen Erkenntnis liegt."

Ich muß es mir, wie schon bemerkt, versagen, die Einzelheiten dieser Anschauung näher zu begründen, und verweise ein für allemal auf Kjelléns geistreiche und überzeugende Darlegung. Die Hauptbedeutung dieser Lehre liegt darin, daß sie das allgemein herrschende, aber außerordentlich schädliche Vorurteil bekämpft, als ob „die Völker und die Staaten — oder geradezu die einzelnen Staatsmänner — ihre Geschicke nach augenblicklicher Eingebung völlig frei gestalteten". Wer die Grundkräfte der Geschichte und des heutigen Völkerlebens verstehen will, muß sich vor allem von dieser ganz und gar verkehrten Vorstellung frei machen. Es ist seltsam und ein Beweis, wie wenig oft Theorie und Praxis miteinander zu tun haben, daß man gerade den Vertretern der marxistischen Sozialdemokratie, der „materialistischen Geschichtsauffassung" diese von ihnen

1) Der Staat als Lebensform. S. 230.

mißachtete Wahrheit immer wieder vorhalten muß! Gerade sie sollten es doch anerkennen, wie oft die Menschen, auch wo sie glauben, bewußt nach ihrem freien Willen zu handeln, tatsächlich Trieben und Impulsen folgen, die weit jenseits ihres Bewußtseins stehen. Wie sehr ist unsere Zeit geneigt, das Gerede und Agitieren der Literaten und Politiker in seiner Wirkung zu überschätzen! Selbst die bitteren Erfahrungen, die die Welt mit der zweckbewußt geleiteten Verlogenheit der Presse gemacht hat, ändern an jener Feststellung nichts. Das alles ist doch mehr Folgeerscheinung als Ursache. Der große Lauf der Welt wird dadurch höchstens zu Umwegen veranlaßt, kehrt aber doch immer wieder in die durch mächtigere Umstände vorgezeichnete Bahn zurück. Jeder, der sich und andere aufmerksam beobachtet, wird bald erkennen, wie oft er bei Handlungen, die er bewußt und frei vorzunehmen glaubt, unter dem Druck sei es vererbter Anlagen und Triebe, sei es geographischer oder wirtschaftlicher Umstände steht. So allein ist ja das typische Handeln und Denken bestimmter Berufs- oder örtlicher Gruppen, z. B. der Großstadtproletarier, Industriearbeiter, Bauern, Lehrer, Offiziere, ebenso aber auch der verschiedenen Nationen erklärlich. Wer typisch handelt, handelt in der Regel triebhaft, unbewußt so. Und je geringer die geistige Ausbildung, um so naturhafter, um so starrer wird diese Typik: der Konservatismus der sogenannten „Naturvölker" in ihren Sitten und Gebräuchen nähert sich bisweilen den Gewohnheiten der Tiere. Aus dieser Betrachtungsweise heraus erklärt sich auch der Begriff der „Volksseele", der mit Unrecht von den Gegnern der organischen Theorie als Gespenst verhöhnt wird, während er vielmehr eine durchaus greifbare Realität (mit der oben angegebenen erkenntnistheoretischen Einschränkung) darstellt. Aller-

dings darf man auch diese Anschauung nicht zur Spitze treiben. Es bleibt ganz zweifellos, wie bei den Menschen, so auch bei den Staaten (und hier natürlich besonders bei der Staatsleitung) eine Sphäre des freien Willens, die sich vor allem in der Möglichkeit und Aufgabe äußert, sich und seinem Handeln Zwecke zu setzen. Wie Paul Ernst[1]), der hierüber Tiefes und Bedeutsames gesagt hat, bemerkt, ist insbesondere die höchste Fähigkeit des Staatsmanns die, Zwecke zu setzen. Der Vorwurf des Materialismus trifft also, wie auch Kjellén sagt, die Anhänger dieser erneuerten organischen Staatstheorie nicht. Es ist kein Materialismus, sondern die unentbehrliche Voraussetzung jedes wahren Idealismus, wenn man die Abhängigkeit der Staaten und ihres Handelns von ihrem naturhaften Macht- und Selbsterhaltungstrieb, von ihren geographischen oder nationalen Naturbedingungen nachweist. Wir müssen vielmehr den Spieß umdrehen: Wer nicht begreift, daß die Staaten auch nicht über ihren eigenen Schatten springen können, daß man von ihnen nicht zu allererst Selbstmord verlangen darf, bevor man weiter verhandelt, ist ein bloßer unfruchtbarer Utopist, und bringt den Idealismus in Mißkredit. Was würde man von einem Sozialreformer sagen, der den Handarbeitern Religion und Gesinnungsänderung predigt, ohne zuvor sich mit den Grundlagen ihrer Handels- und Denkweise, ihrer materiellen Lage und leiblichen Not, befaßt zu haben? Und doch stellen sich die meisten Pazifisten so gegen die Nationen und Staaten. Auch für sie sollte doch Schillers Wort gelten:

Nichts mehr davon, ich bitt' Euch. Zu essen gebt ihm, zu wohnen;
Habt Ihr die Blöße bedeckt, gibt sich die Würde von selbst.

1) Der Zusammenbruch des deutschen Idealismus. S. 314, 336, 400.

Wir können es also bei der nachfolgenden Betrachtung der heutigen Lage Europas als unseren leitenden Grundsatz betrachten, den Rahmen um die Freiheit des Staatswillens der verschiedenen Staaten deutlicher zu ziehen [1]). die natürlichen triebhaften Bedingungen und Motive ihres geschichtlichen und gegenwärtigen Handelns aufzudecken, um dann um so schärfer zu erfassen, inwieweit ihnen Freiheit des Handelns obliegt und möglich ist.

Kjellén hat für die verschiedenen Seiten des Staatslebens folgende Übersicht aufgestellt: in der Mitte steht die Demopolitik, die Lehre von der politisch organisierten Menschenmasse, dem Volk als Träger des Staates, links von ihr die Geopolitik, welche die Verbindung des Staates mit dem Boden, oder das „Reich", rechts die Herrschaftspolitik, welche die Art der Regierung und Verwaltung betrachtet; zwischen Demo- und Geopolitik schiebt sich die Wirtschaftspolitik oder die Lehre vom Volk in seinem Erwerbsleben und dem Staat als Wirtschaft, zwischen Demo- und Herrschaftspolitik die Soziopolitik oder die Lehre vom Staat als Gesellschaft. In der Demopolitik, Geopolitik und Wirtschaftspolitik spricht sich überwiegend die Naturseite, in den zwei anderen Kategorien die Kulturseite des Staates aus [2]). Indem wir diese Anordnung zugrunde legen, werden wir, wie schon bemerkt, unsere Aufmerksamkeit hauptsächlich der Geopolitik, Demopolitik und Wirtschaftspolitik, also der Naturseite, der

1) Vgl. Kjellén a. a. O. S. 45.

2) Ich stimme Hassinger, Das geographische Wesen Mitteleuropas (Mitt. der Geogr. Ges. in Wien 1917 S. 442) darin bei, daß die Wirtschaftspolitik besser zur Naturseite gerechnet wird, nicht, wie Kjellén es aufstellt, zur Kulturseite. Indessen will ja Kjellén diese Einteilung nicht als starres Schema gefaßt wissen.

Sphäre des überwiegenden Trieblebens der Staaten, zuwenden, ohne deshalb die anderen völlig zu vernachlässigen.

Gegenstand der Geopolitik ist die Verbindung des Staates mit seinem Boden (einschließlich der Lufthülle, der Gewässer und des Klimas). Schon hier ist deutlich, wie sehr der Staat nicht nur in einer Funktion seiner Bewohner-Gemeinschaft untereinander und deren Wirkung auf den Boden besteht, sondern wie stark umgekehrt eine Rückwirkung des Bodens auf die Menschen in ihm zur Geltung kommt. Der Staat ist an seine Scholle gefesselt, und das „Reich", d. h. eben der politisch geregelte Staatsboden, ist gewissermaßen der Körper des Staats. Je länger ein Volk auf einem bestimmten Gebiet wohnt, um so inniger verwächst es mit ihm; dieses Verwachsen besteht darin, daß es in seiner Wirtschafts- und Lebensweise sich immer besser den Naturbedingungen des Bodens anpaßt, seine Möglichkeiten nach allen Seiten auszuschöpfen und seine Grenzen auszufüllen strebt. Wie man es auch ausgedrückt hat: jeder Staat ist bestrebt, sich mit einem abgegrenzten Naturgebiet, einem „geographischen Individuum" nach Karl Ritters Schlagwort [1]), zu vermählen, wobei unter einem solchen weniger ein gleichartiges, als ein (in bezug auf die menschliche Bewirtschaftung) harmonisches Gebiet mit entsprechenden natürlichen Grenzen zu verstehen ist [2]).

1) Vgl. Hözel, Das geographische Individuum bei Karl Ritter (Geogr. Zeitschr. 1896, S. 378 f., 433 f.). Ritter prägte den Ausdruck zunächst in bezug auf die Erdteile, sprach aber auch von der Individualität einzelner Gebirgssysteme usw.

2) Die Beeinflussung ist bei dieser Vermählung natürlich eine gegenseitige, weshalb Ratzel davon spricht, daß der Staat sich selbst sein Naturgesetz schafft (Polit. Geographie § 90). Es ist dies das Gegenstück zu dem Verhältnis zwischen Staat und Nation.

Die Demopolitik befaßt sich mit dem Volk als Träger des Staates. In den meisten Fällen ist der Kern dieses Staatsvolkes eine bestimmte *Nation*, die wohl auch gelegentlich als das „Staatsvolk" im engeren Sinne bezeichnet wird [1]). Man hat sich viel um die nähere Bestimmung des schwer faßbaren Begriffs „Nation" abgemüht. Weder die gemeinsame Abstammung, noch die gemeinsame Sprache, noch der Wille zum gemeinsamen Leben reichen zu dieser Bestimmung aus, wenn sie auch alle erheblich zur Bildung einer Nation beitragen. Wir begnügen uns auch hier, die Definition Kjelléns anzuführen, wonach die Nation ein ethnisches Individuum ist (wie das Reich ein geographisches), ein lebender *Typus*, um den die Individuen wechseln und zu dem sie hinneigen. Die Nationen als die Seelen der Staaten sind „die eigentlichen Helden der Geschichte". Entstanden aus einem Kernstamm durch Anpassung an ein Land und Aufnahme zugewanderter oder unterworfener Volksbestandteile, erreichen sie ihre Mündigkeit in dem Augenblick, wo ihre Angehörigen, meist unter fremdem Druck, ihrer Ge-

---

1) Über den Gegensatz von „Volk" und „Nation" vgl. Kjellén, Der Staat als Lebensform. S. 104. Ich halte diese Benennung nicht für sehr glücklich, und ziehe die von Sieger (Zur politisch-geographischen Terminologie I, Zft. d. Ges. f. Erdk. Berlin 1917) vorgeschlagene Unterscheidung von „kultureller Nation" (= Gesamtheit der nach Sprache, Kultur und Gefühl Zusammengehörigen), „Staatsnation" (= den Staat schaffende und beherrschende Nation, z. B. Magyaren im früheren Ungarn) und „politischer Nation" (= Gesamtheit der Staatsbürger) vor. Unter „Volk" möchte ich mit H. A. Prietze (Natur und Volkstum, Lüneburg 1919) eine rein biologische Größe verstehen, die Gesamtheit der — ganz unabhängig von Sprache und Kultur — durch gemeinsame physische Bildungsformen und -gesetze Zusammengehörigen, was letzten Endes auf gemeinsame Abstammung zurückführt.

meinsamkeit bewußt werden, und nun, in dem Bewußtsein, Glieder einer höheren Persönlichkeit zu sein, stürmisch eine selbständige Staatsform fordern. Es ist bekannt, daß das Nationalitätsprinzip als bewußt anerkannter Grundsatz der Staatsgestaltung erst ganz jungen Datums ist; es ist eigentlich erst als Gegenwirkung gegen die Cäsarenherrschaft Napoleons in Europa allgemein zur Geltung gekommen, wenn die Nationalität auch schon lange vorher bei der Bildung der europäischen Staaten versteckt wirksam war. Schon die Jugend des Nationalitätsprinzips sollte davor bewahren, es für überlebt zu halten, wie es unsere Schwärmer für die „Internationale" so gern tun. Sie übersehen dabei, daß durch die heutigen Verkehrs- und Bildungsmittel die innere Festigung der Nationen weit raschere Fortschritte macht als die internationale Verständigung [1]). — Umgekehrt dürfen wir auch nicht übersehen, daß ein machtvoller Staat außerordentlich viel zur Festigung und schärferen Charakterbildung der Nation beiträgt [2]), wie namentlich ein Blick auf den größten Staat der Gegenwart, das Britische Weltreich, lehrt. Ja, man wird behaupten dürfen, daß durchweg der Staat zeitlich der Nation vorangeht, und daß nirgendwo eine wirkliche Nation werden kann, wo nicht zuvor — sei es auch längere Zeit her — ein Staat den Kern einer bestimmten Form, eines festen Zusammenhalts abgegeben hat.

Fassen wir die Staatenbildung in Europa im Hinblick auf das eben Gesagte näher ins Auge, so erhebt sich zunächst die Frage, wo ein solches Zusammenwachsen der Völker und Nationen mit einem Naturgebiet, eine solche

1) Vgl. Kjellén, Der Staat als Lebensform. S. 134.

2) Dies betont und belegt an Beispielen besonders D. Schäfer, Staat und Volk, Leipz. 1915.

Ehe zwischen geographischem und ethnischem Individuum anzutreffen sei. Da wird es rasch klar, daß zwar natürlich bei jedem Volk ein gewisses Verwachsensein mit dem Boden festzustellen ist, daß aber nicht jede Nation imstande ist, ein Naturgebiet auszufüllen, oder sich auch nur annähernd mit ihm zu decken. Dazu ist in Europa mit seiner alten Geschichte und der unmittelbaren Nachbarschaft zweier völkergebärender Erdteile die Zahl der Nationen oder der Stämme mit dem Trieb und Ehrgeiz, eine Nation zu werden, zu groß. Auch verdanken einige kleinere Nationen geradezu ihr Dasein der Reibung und dem Widerstreit zweier benachbarter größerer Völker. Die Geographen haben sich in neuerer Zeit mehrfach bemüht, eine Einteilung Europas mit seiner so eigentümlich zerrissenen, tiefgegliederten Gestalt in geographische Naturgebiete vorzunehmen. Dabei erhebt sich sofort die Frage, was denn ein Naturgebiet sei, eine Frage, die ebenso schwierig zu beantworten ist wie die parallele nach dem Wesen der Nation. Ich muß es mir auch hier versagen, in eine ausführliche Erörterung einzutreten, und begnüge mich, außer auf Kjelléns Bemerkungen vor allem auf die Untersuchungen von Ratzel, Hözel, Hettner, Hassinger und Sieger[1]) hinzuweisen. Doch möchte ich deren Aufstellungen

1) Ratzel, Politische Geographie 2. Aufl. § 90 (S. 182 f.); Hözel s. o. S. 15 A. 1; Hettner, Die geographische Einteilung der Erdoberfläche, Geogr. Zeitschft. 1908; Hassinger, Das geographische Wesen Mitteleuropas nebst einigen grundsätzlichen Bemerkungen über die geographischen Naturgebiete Europas und ihre Begrenzung, Mitt. der k. k. Geogr. Ges. in Wien 1917, Bd. 60, S. 437 f.; Sieger, Staatsgrenzen und Stromgebiete, Deutsche Rundschau f. Geogr. 1913/14. Bd. 36, S. 289 f., 337 f.; Derselbe, Zur politisch-geogr. Terminologie, Zft. d. Ges. f. Erdkunde in Berlin 1917. S. 525 f. Der Begriff des Naturgebiets ist übrigens namentlich bei Ratzel ein völlig anderer als bei Hettner, insofern jener be-

durch zwei grundsätzliche Bemerkungen ergänzen. Es ist klar, daß bei Bestimmung eines Naturgebiets sowohl die oro- und hydrographischen Verhältnisse (die horizontale und vertikale Gliederung), die klimatischen und Bodenverhältnisse sowie die Lage berücksichtigt werden müssen, sämtlich jedoch vor allem in bezug auf ihre Bedeutung für die menschliche Siedlung[1]). Mag man nun in der „Einheit der Landschaft" (Hassinger) oder in der „harmonischen Ausfüllung durch tragende Naturräume" (Kjellén) das Wesen des Naturgebiets erblicken, auf jeden Fall springt in die Augen, daß diese Definitionen nur im Hinblick auf die menschliche Besiedlung und Ausnutzung des Erdraums Bedeutung haben[2]). Die Kontroverse der Geographen, ob man der Einteilung der Naturgebiete nur physisch-geographische oder auch anthropogeographische Kriterien zugrundelegen dürfe, ist also, für die Staatenkunde jedenfalls, gegenstandslos[3]). Sodann wird bei den angeführten Unter-

sonders an das durch Volk und Staat bereits beeinflußte Land, dieser umgekehrt an das vor und ohne solche Beeinflussung denkt. Vgl. auch u. A. 3.

1) Daß der Begriff des Naturgebiets durch den Zweck seiner Anwendung beeinflußt wird, hat auch Sieger, Zur polit.-geogr. Terminologie. S. 525 und 526 A. 1 erkannt.

2) Es ist vielleicht nicht überflüssig, zu betonen, daß dies nicht einfach eine Wiederaufnahme der teleologischen Anschauung Karl Ritters ist.

3) Begriffe wie „günstiges Klima", „Bodengüte"", „Verkehrslage"", „Harmonie" sind offensichtlich von vornherein mit Rücksicht auf den Menschen geprägt. Insofern jedoch möchte man Hettner (Geogr. Ztschft. 1908, S. 105—6) zustimmen, wenn er der Einteilung in Erdräume vorwiegend physisch-geographische Merkmale zugrunde legen und die anthropogeographischen von vornherein ausschließen will, als man bei einer Erörterung des Verhältnisses der Naturgebiete zu den Völkern und Staaten besser die rein

scheidungsmerkmalen und Maßstäben zur Bestimmung der Naturgebiete in der Regel eines vergessen, nämlich die Größe und die Abrundung. Die meisten der erwähnten Einteilungen der Geographen sind nämlich für die staatenkundliche Betrachtung nicht brauchbar, weil sie auf diese Umstände zu wenig Rücksicht nehmen [1]). Weder bei den von Banse und Schjerning oder Hassinger abgegrenzten Naturgebieten, noch bei Pencks Vorder-, Zwischen- und Hintereuropa, um nur diese zu nennen, ist nämlich jemals die „Vermählung eines Staates mit einem Naturgebiet" geschichtlich wirklich in Frage gekommen; dazu sind sie zu groß oder zu zersplittert. Man wird also wenigstens eine Einteilung in Naturgebiete höherer und niederer Ordnung (oder in noch mehr Grade)[2]) vornehmen müssen, um eine für die historischen Staatenverhältnisse Europas brauchbare Einteilung in Naturgebiete zu ermitteln. Das Kriterium hierfür wird das rein empirische sein, daß jedes dieser Gebiete mindestens einmal im Laufe der Geschichte einen (mehr oder weniger geschlossenen) Einheitsstaat gebildet oder doch deutliche Ansätze dazu gezeigt haben

---

anthropogeographischen Begriffe (z. B. Siedlungsdichte, Verkehrslinien) nicht verwendet, weil bei der Charakterisierung der Naturgebiete man sonst leicht dazu kommt, das zu Beweisende vorauszunehmen. Diesen Fehler scheint mir Ratzel nicht vermieden zu haben. Vgl. jedoch, was Hassinger a. a. O. S. 476 über den geschichtlichen Wechsel im Antlitz der Landschaft sagt.

1) Eine Aufzählung der Einteilungsvorschläge für Europa bei Hassinger a. a. O. S. 445 f. Selbstverständlich soll mit obigen Worten keine Ablehnung jener geographischen Einteilungen an sich ausgesprochen werden.

2) Hözel a. a. O. unterscheidet bereits die Erdteile und die einzelnen Länder, aus denen sie gebildet sind, als Naturgebiete erster und zweiter Ordnung. Seine Naturgebiete erster Ordnung würden noch über unseren Naturgebieten höherer Ordnung stehen.

muß [1]). Berücksichtigen wir das alles, so werden wir Europa etwa in zehn Gebiete einteilen können, wo eine solche Vereinigung und gegenseitige Durchdringung von Nation und Boden im Laufe der letzten anderthalb Jahrtausende angestrebt, wenn auch nicht immer erreicht worden ist. Ich führe sie nachfolgend auf [2]), wobei ich gleichzeitig ihre Grenzen oder Grenzsäume (s. unten) und die Zeit ihrer staatlichen Einheit hinzufüge, soweit sich diese nicht von selbst versteht:

1. Frankreich zwischen Kanal, Atlant. Ozean, Pyrenäen, Alpen, Jura, Wasserscheide zwischen Rhein-Maas-Scheldegebiet und Seinebecken. Seit 843 bezw. seit rund 1500.

2. Deutschland zwischen Nordsee, Ostsee, den Alpen, der angegebenen Ostgrenze Frankreichs und etwa einer Linie vom Nordostende der Alpen (Wien) bis zur Oder- und Weichselquelle und von da etwa zur Weichselmündung (heil. Römisches Reich deutscher Nation und deutscher Bund).

3. Polen-Litauen zwischen den West-Karpathen und einer von da zum und durch das Pripet-Gebiet gezogenen Linie bis zur Ostsee, sowie von der Ost-

1) Darin liegt nur scheinbar eine petitio principii. Denn da, wie oben bemerkt, alle Naturgebiete nur insofern für die Staatenkunde von Belang sind, als bei ihrer Einteilung Rücksicht auf ihre Bedeutung für den Menschen genommen wird, so muß man auch fordern dürfen, daß die Ausfüllung eines Naturgebiets durch einen Staat überhaupt im Bereiche der normalen praktischen Möglichkeit liegt.

2) Die Namen sind mit Rücksicht auf die populäre Brauchbarkeit und nicht auf die wissenschaftliche Nomenklatur gewählt. Sonst müßte man z. B. sagen Iberische Halbinsel statt Spanien usw. — Eine nähere Begründung der Einteilung gedenke ich an anderer Stelle zu geben.

grenze Deutschlands bis zur Wasserscheide zwischen Memel und oberem Dnjepr, fortgesetzt zur Peipus-Linie. 1386 bis 1772.

4. Ungarn innerhalb des Karpathenbogens, westlich bis zur Ostgrenze Deutschlands, südlich bis zur Save-Donaulinie. Man kann aber zweifeln, ob es nicht richtiger ist, auch das östliche und südliche „Glacis" dieser Karpathenfestung, also die Bukowina, Moldau (vielleicht sogar Bessarabien), die Walachei und das serbisch-bosnische Nieder- und Hügelland, ja sogar Nordbulgarien, also das gesamte Einzugsgebiet der mittleren und unteren Donau, einzubeziehen. Etwa 1000—1918 mit Unterbrechungen 1526—1699.

5. Rußland, die ganze osteuropäische Tafel östlich der angegebenen Gebiete bis zum Ural.

6. Skandinavien einschließlich Finlands, der dänischen Inseln und Jütlands. Kalmarische Union 1397—1523.

7. Balkanhalbinsel, wegen der engen geographisch-geschichtlichen Beziehungen besser mit Kleinasien zur Levante zusammengefaßt. Oströmisch-byzantinisches Reich, Osmanenreich.

8. Britische Inseln.

9. Italien.

10. Spanien, d. h. die gesamte iberische Halbinsel. Einheitsstaat fast vollständig 711 bis ca. 900 und 1580 bis 1640.

Bei Betrachtung dieser Gebiete fallen verschiedene Umstände auf. Ihre Grenzen sind, abgesehen von den Meeresküsten, mehr oder weniger breite Säume oder Zonen, innerhalb deren die Eigentümlichkeiten der benachbarten Naturgebiete sich mischen und die Staatengrenzen

in der Geschichte geschwankt haben. Dies geht so weit, daß die Grenzverschiebungen sich über mehrere Längen- oder Breitengrade erstrecken und die Grenzsäume nahezu eigene staatliche Individualität erlangen können, z. B. an der Ost- und Westgrenze Deutschlands. Ferner ist nicht überall nur *eine* Nation einheitsstaatbildend aufgetreten, vielmehr sind bisweilen die Ansätze zur Einheitsstaatbildung von zwei oder mehreren Nationen ausgegangen, so in Ungarn von Magyaren und Rumänen (Dakern), in Skandinavien von Dänen und Schweden, auf der Balkanhalbinsel von Bulgaren, Serben, Griechen (Byzantinern) und Türken[1]). Umgekehrt haben vielfach Nationen und Staaten über den Bereich ihres Naturgebiets hinausgegriffen oder auch mehrere Naturgebiete zu vereinigen getrachtet. So stellte z. B. Österreich-Ungarn die Vereinigung von Teilen Deutschlands (oder soweit die habsburgischen Herrscher als deutsche Kaiser politischen Einfluß besaßen, ganz Deutschlands) mit Ungarn dar; seit dem Ausgleich von 1867 bahnte sich freilich schon wieder die Trennung an. Überhaupt stehen einige der oben aufgeführten Naturgebiete wieder gruppenweise in engerer Verwandtschaft miteinander, so daß sich nichts dagegen einwenden läßt, wenn behauptet wird, daß sie auf einer höheren Stufe der staatlichen Entwicklung zur Vereinigung reif werden. Beispielsweise kann dies von Deutschland im Verhältnis zu Ungarn und Polen-Litauen vertreten werden, welche drei Gebiete man als „Mitteleuropa" zu einem Naturgebiet

---

1) Im Hinblick hierauf könnte es beanstandet werden, daß der oben S. 20 geforderte Maßstab der erfüllbaren Größe bei den obigen zehn Gebieten so verschieden bemessen ist, z. B. bei Rußland das Mehrfache der westlichen Naturgebiete beträgt. Darin prägt sich jedoch nur die Tatsache aus, daß Rußland als Naturgebiet wie als Staat bereits halbasiatischen Charakter trägt.

höherer Ordnung[1]) zusammenfassen kann. Überhaupt kann man unter verschiedenen Gesichtspunkten Europa auch noch in andere Naturgebiete höherer Ordnung einteilen, deren Grenzen sich freilich bisweilen mit denen der Naturgebiete niederen Grades schneiden. In bezug auf die Staatenkunde scheinen mir besonders folgende drei Hauptteilungen wichtig:

1. In Atlantisches Europa und Mittelmeerisches Europa, wobei die Grenze zwischen beiden annähernd, wenn auch nicht überall genau, mit der europäischen Hauptwasserscheide zusammenfällt. Diese Scheidung ist in erster Linie eine historisch-verkehrsgeographische, daher besonders für die Geschichte des Handelsverkehrs bedeutsam.

2. In West- und Osteuropa, mit dem Grenzsaum etwa in der Zone zwischen der scharfen Einschnürung des europäischen Rumpfes zwischen Königsberg und Odessa und der Linie Danzig-Triest. Dies ist, wie besonders Hanslik sich eingehend nachzuweisen bemüht hat, eine wichtige Kulturgrenze, insofern im Westen (etwa seit einem Jahrtausend) eine weltbürgerliche, vom Stadt- und Großstadtwesen geprägte Kultur, im Osten eine Bauernkultur mit primitiveren Verhältnissen der Gesellschaft und Gesittung vorherrscht. Auch überwiegen im Westen die bodenständig-europäischen und ozeanischen, im Osten die asiatischen Einflüsse. Deshalb bezeichnet man das hier gemeinte Westeuropa auch gern als das „eigentliche Europa" oder als die „europäische Halbinsel". In wirtschaftsgeschichtlicher

---

1) Dieses würde annähernd, wenn auch nicht vollständig, dem Mitteleuropa Partschs und Hassingers entsprechen. Fein und richtig bemerkt Hassinger a. a. O. S. 477, daß es östlich von uns, d. h. von Deutschland ein werdendes, ein heranreifendes Mitteleuropa gäbe.

Hinsicht ist diese Teilung ebenfalls bedeutsam: Osteuropa hat lange die Rolle einer rohstofflieferndn, ausgebeuteten, politisch rückständigen Kolonie von Westeuropa gespielt.

3. Endlich ist es in mancher Hinsicht praktisch, die obengenannten Gebiete 1—5 als den Rumpf, 6—10 als die Außenglieder Europas zusammenzufassen.

Wir haben auf diese Weise eine Reihe von Begriffen gewonnen, die uns bei der späteren konkreten Betrachtung der europäischen Staatenwelt als Hilfsmittel von Nutzen sein werden.

Zum Schluß dieser einleitenden Betrachtung noch eine Bemerkung: die Staaten bemühen sich, wie schon gesagt, die angegebenen Naturgebiete auszufüllen und dabei die politischen Grenzen möglichst vorteilhaft für sich zu ziehen, sei es aus militärisch-strategischen (Abwehr- oder Angriffs-) Absichten, sei es aus wirtschafts- und verkehrspolitischen Gründen. Alle diese Begründungen der territorialen Grenzziehung und Erweiterung aber kann man unter dem Gesichtspunkt der Geopolitik zusammenfassen. Anderseits decken sich die Siedlungsbereiche der Nationen keineswegs überall mit jenen Naturgebieten und ihrer geopolitisch begründeten Begrenzung. Sie durchschneiden sie vielmehr häufig, die Nationalitätsgrenzen bleiben hinter den geopolitischen zurück oder überschreiten sie. Aus diesem Widerstreit zwischen geopolitischen und demopolitischen Bereichen und Grenzen erklären sich fast alle territorialen Zwistigkeiten und damit überhaupt die meisten staatspolitischen Gegensätze Europas (soweit sie nicht aus der weltpolitischen Sphäre herüberwirken).

Dieser Widerstreit nun — und das ist das Tragische der gegenwärtigen Lage — hat in mancher Hinsicht etwas Anachronistisches, Veraltetes an sich. Die Dichtigkeit der Bevölkerung Europas, ihre wirtschaftliche Höhe und Verkehrsintensität hat einen Grad erreicht, der eine Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte des gesamten Erdteils nötig macht, will man diese dichte Bevölkerung lebensfähig erhalten. Im Grunde ist dies das, freilich allzuoft auf Irrwegen verfolgte, Ziel der sozialistischen Internationale. Man braucht sich aber nur die ungeheuren Verschiedenheiten nicht nur der Nationalität, sondern auch der Kulturhöhe, z. B. zwischen dem entwickelten Westen und dem rückständigen Osten zu vergegenwärtigen, um die ganze Schwierigkeit der Zusammenfassung zu ermessen.

* * *

Wir werden bei unserer Untersuchung zweckmäßigerweise so vorgehen, daß wir die allgemeine Entwicklung der heutigen Zustände Europas von der Behandlung bestimmter geopolitischer und nationaler oder wirtschaftlicher Einzelfragen trennen. Zunächst soll also im allgemeinen Teil der heutige Zustand der europäischen Staatenwelt im ganzen und in ihren Hauptvertretern geschildert, und die Ursachen dieses Zustandes, besonders die weltpolitischen, aufgesucht werden. Im dann folgenden besonderen Teil sollen dann die einzelnen geopolitisch-nationalen Streitfragen, die Schauplatz und Gegenstand der europäischen Gegensätze innerhalb Europas bilden, behandelt werden, z. B. die irische, polnische, elsaß-lothringische, adriatische Frage usw. Die Art des Stoffes bringt es mit sich, daß im ersten Teil die bisherigen Großmächte, im zweiten die Kleinstaaten und Mächte zweiten

Ranges, besonders die durch den Krieg neuentstandenen, im Vordergrund der Betrachtung stehen werden. Es ist, im Rahmen dieses Buches, dabei unvermeidlich, minder Wichtiges wegzulassen, aber auch gelegentlich Allbekanntes zu wiederholen, da es mir nur darauf ankommt, die Grundlinien des gesamten Geschehens möglichst klar hervortreten zu lassen.

A.

Allgemeiner Teil.

I. Das Staatensystem Europas vor dem Krieg, sein Wesen und seine Wurzeln.

Man pflegte den Zustand Europas um die Wende des 19. Jahrhunderts mit einer Wage zu vergleichen, deren Schalen gleich belastet waren. Die fünf festländischen Großmächte waren in zwei Gruppen geteilt, den Dreibund und den Zweibund, die sich annähernd das Gleichgewicht hielten. Und wenn dies nicht der Fall war, dann konnte England, die Insel vor der Mitte der atlantischen Hälfte Europas, die in „glänzender Vereinsamung" daneben stand, ihr Gewicht in die steigende Wagschale werfen, um das gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Diese Verteilung der Großmächte in den mitteleuropäischen Dreibund und den französisch-russischen Zweibund war jung, sie entstammte den 1880er Jahren. Aber das System des europäischen Gleichgewichts als solches war weit älter. Früher war nur die Verteilung eine andere gewesen. Etwa: auf dem Wiener Kongreß, von dem ab der Zusammenhang der europäischen Großmächte auch als „europäisches Konzert" bezeichnet wird— ein anderes Bild für dieselbe Sache — stand Frankreich allein gegen vier andere Großmächte. Das war das Endergebnis der großen Gleichgewichtsstörung des napoleonischen Zeitalters. Aber schon ziemlich bald änderte sich die Lage, und es vereinigten sich die „liberalen" Westmächte gegen die „reaktionären" Ostmächte. Nicht immer war die Teilung

Europas in zwei Gruppen so klar; gewisse Staaten nahmen zu Zeiten eine schwankende Stellung ein, oder vermittelten zwischen der einen und anderen Gruppe. Aber das Bezeichnende blieb stets das System militärisch annähernd gleichgewichtiger Mächte, die sich gegenseitig in Schach hielten.

Entstanden war dieses System etwa um die Wende des 15. zum 16. Jahrhundert. Im Mittelalter oder, wie wir etwas enger begrenzen können, im Zeitalter des Feudalismus (etwa 900—1300) hatten die großen europäischen Staaten, obwohl sie in Umrissen schon bestanden, nur selten als Ganzes gegeneinander gekämpft. Meist handelte es sich bei den politischen Streitigkeiten um mehr örtliche Fehden zwischen einzelnen Feudalherren, oder zwischen diesen und den selbständigen Städten, wobei die Landesfürsten und Könige nur die Rolle der „Ersten unter den Gleichen" spielten, und wobei man sich wenig um staatliche und nationale Grenzen kümmerte. Darüber schwebten die universalen Mächte, eine weltliche, das deutsche Kaisertum [1]) und eine geistliche, das römische Papsttum, die beide, wenigstens der Idee nach, über Ordnung und Friede in Europa wachten, und gelegentlich — im Zeitalter der Kreuzzüge — die gesamte abendländische Christenheit zu einer gemeinsamen Aufgabe, zum Kampf gegen die Ungläubigen, aufriefen. Aber diese beiden universalen Mächte bekämpften sich selbst seit der Mitte des 11. Jahr-

1) Eine wirkliche Oberherrschaft über Europa hat übrigens das deutsche Kaisertum, abgesehen von Italien, Burgund und einigen östlichen und nördlichen Nachbarstaaten, nicht in Anspruch genommen. Aber als „Römischer Kaiser" galt der deutsche König doch als der mächtigste Fürst Europas und damit als der berufene Hüter der Ordnung und des Friedens. Die universalen Ansprüche des Papsttums gingen viel weiter.

hunderts bis aufs Blut, und so kam es, daß allmählich die Landesfürsten zwischen den sich befehdenden Gewalten oben und unten zu größerer Macht gelangten, indem sie die materiellen Mittel dazu besonders dem aufsteigenden städtischen Bürgertum entnahmen. Zuerst geschah das in Frankreich. Der französische König Karl V. gedachte einen besonders schweren Schlag gegen England und den deutschen Kaiser zu führen, indem er Flandern und Artois in die Hände einer französischen Seitenlinie, der burgundischen Dynastie, brachte. Aber Frankreich mußte es erleben, daß nicht nur die Burgunder sich einen eigenen, von Frankreich unabhängigen niederländischen Staat schufen, sondern daß dieser ganze reiche Besitz 1477 durch Erbschaft in die Hände ihrer Gegner, der österreichischen Habsburger kam. Im Grunde handelte es sich um eine Fortsetzung der alten Rivalität zwischen der westlichen und der östlichen Hälfte des karolingischen Imperiums. Da ein Menschenalter später die Habsburger durch Heirat auch den spanischen Thron erlangten, sah sich Frankreich auf drei Seiten von seinem Todfeinde eingekreist. Damals trat das europäische Gleichgewicht zum ersten Male in Erscheinung. Frankreich suchte, um sich der Umklammerung zu entwinden, Bundesgenossen, wie sie sich gerade boten, zunächst die Türken im Rücken der Habsburger. Das Bündnis zwischen dem allerchristlichsten König und dem Padischah, wie später zwischen der Republik und dem Zaren, ist so recht ein Beweis, wie sehr die Staaten in solchen Kämpfen ihrem Selbsterhaltungstriebe folgen, ohne sich groß um den inneren Charakter des Genossen zu bekümmern. Eine Zeit lang standen auch England und die inzwischen selbständig gewordenen nördlichen Niederlande mit Frankreich zusammen, so lange Spanien mit der Aufrichtung einer katholischen Weltherrschaft drohte. Auch im 17. und 18. Jahrhundert blieb die

Gesamtlage ähnlich, nur mit dem Unterschiede, daß der Hauptkampf seit 1689 zwischen Frankreich und England ging, während das ermattende Spanien sich mit Frankreich, England und die Niederlande mit den österreichischen Habsburgern und dem Deutschen Reiche verbündeten. Das Auftreten neuer Großmächte, wie Schweden, Rußland, Preußen, wodurch zeitweise Störungen und Verschiebungen der Gesamtlage eintraten, braucht uns hier nicht weiter zu kümmern.

Schon der Gegensatz zwischen Frankreich und England läßt sich aber aus rein europäischen Ursachen nicht mehr erklären. Es ist vielmehr ein Gegensatz, der schon weit auf das Welttheater hinausgreift, ja zum Teil darin wurzelt. Außer um die Beherrschung der Niederlande handelte es sich um die Herrschaft zur See und um die Herrschaft über den Handel mit den amerikanischen, afrikanischen und indischen Kolonien. Einige der europäischen Staaten waren damals schon über ihren europäischen Landesbereich hinausgewachsen und hatten einen Teil ihres Lebens und ihrer Macht auf außereuropäische Gebiete und auf die dahin führenden Verkehrswege ausgedehnt. Um zu begreifen, wie es dazu gekommen war und zu welchen Folgen dies führte, müssen wir etwas weiter ausholen.

Im Mittelalter gewannen die Bewohner Europas ihren Lebensunterhalt zum größten Teil unmittelbar aus der Landwirtschaft; daneben gab es ein Handwerk, das sich in der Hauptsache auf die Deckung des Bedarfs der nächsten Nachbarschaft beschränkte. Allerdings bestand auch seit den ältesten Zeiten ein Handel, und der Austausch ging nicht nur innerhalb der einzelnen Länder, sondern auch zwischen ihnen vor sich. Meist hatte dieser Handel darin seinen Grund, daß gewisse Dinge, die nützlich waren oder den Lebensgenuß erhöhten, wie Pelzwerk, schöne Gewebe,

Wachs, Wein, Salz, Sklaven, nur in bestimmten Gegenden zu haben waren, also durch den Handel vermittelt werden mußten. Der Gewinn, der daraus den Kaufleuten und auch den Erzeugern erwuchs, gab wieder den Anreiz, bestimmte Handwerke, Förder- und Fanganstalten zu förmlichen Gewerbebetrieben zu steigern; so entstanden z. B. die flandrische Tuchweberei, die norddeutsche Bierbrauerei, die schwäbische Leinenweberei, der dänische und norwegische Fischfang, die englische und spanische Wollschafzucht, die westfranzösische und portugiesische Salzgewinnung. Die Gewerbe und der Handel bereicherten gewisse Klassen der Städtebürger, verschafften anderen wenigstens gediegenen Unterhalt und Wohlstand, und gaben im ganzen die Unterlage städtischer, bürgerlicher Macht. Aber man muß sich hüten, den Umfang und die Bedeutung dieses älteren europäischen Handels zu überschätzen. Die größten deutschen Städte zählten im 15. Jahrhundert etwa 20—30 000 Einwohner. Der gesamte seewärtige Ein- und Ausfuhrhandel der größten deutschen Seestadt, Lübeck, betrug im Jahre der Entdeckung Amerikas 20 000 Tonnen, die gesamte jährliche Ausfuhr des Königsreichs England hätte bequem in einem mittelgroßen Frachtdampfer untergebracht werden können und, was jährlich in Karawanen über den St. Gotthard ging, in anderthalb Güterzügen. Selbst im 16. und 17. Jahrhundert überstieg die jährliche Ausfuhr des gesamten Ostseegebiets nach Westen — und das war damals der wichtigste europäische Handelszweig — nicht 300 000 Tonnen. Also dieses Gewerbe und dieser Handel drangen, trotz der Bedeutung, die zeitweise die Städte gewannen, nicht in die Tiefe des wirtschaftlichen Lebens.

Die Hauptverbraucher des Handels waren neben dem städtischen Bürgertum selbst der grundbesitzende Adel, die Geistlichkeit und die fürstlichen Höfe. Sie kümmerten sich

dabei gar nicht darum, durch wen oder woher sie die Ware bekamen. Die englischen Könige z. B. haben lange die deutschen und italienischen Kaufleute bevorzugt, weil diese ihnen besonders gute und preiswerte Ware lieferten. Das änderte sich aber allmählich, als die Fürsten, um ihre Macht nach innen und außen zu vergrößern und ihren Herrschaftsbereich abzurunden, ihre Militärmacht verstärkten. Sie mußten bald die Entdeckung machen, daß sie die dazu nötigen erheblichen Geldmittel hauptsächlich nur von ihren Städtebürgern — in Form von Steuern und Anleihen — erhalten konnten. Zum Entgelt verlangten diese aber eine Bevorzugung vor den Fremden. Dies gab den ersten Anstoß zu derjenigen Haltung der Staatsgewalten, die wir als Merkantilismus bezeichnen, d. h. der planmäßigen staatlichen Förderung des Handels und Gewerbes mit dem Endzweck, die staatlichen Einkünfte und Machtmittel zu steigern. Anderseits bildeten die Kaufleute in diesen Geschäften eine verfeinerte Technik im Geldverkehr und Anleihwesen aus; sie kamen hinter die Schliche, wie man durch kluge Anwendung des Kredits, durch geschickte Verteilung und Verwendung der Geldmittel ohne allzugroße Mühe, wenn auch natürlich nicht ohne Risiko, den Reichtum vermehren könne. Die süddeutschen Handelshäuser der Fugger, Welser usw. sind wesentlich durch solche Beziehungen zum spanischen und französischen Staate reich geworden. So entwickelten sich die ersten Anfänge dessen, was wir den Kapitalismus nennen. Zu seiner weiteren Ausbildung haben dann freilich noch andere Umstände beigetragen. Einer dieser Umstände entspringt mittelbar der Reformation. Während das Luthertum mit seiner Lehre, daß echte Sittlichkeit und wahrer Gottesdienst in der getreuen Ausübung des Berufs bestehe, im Grunde an der katholischen Wirtschaftslehre festhielt und nur die Verherr-

lichung des asketischen Mönchsideals verwarf, gelangte der Kalvinismus zu einer ganz anderen Anschauung. Für ihn war die Welt des Diesseits nur der Schauplatz menschlicher Sündhaftigkeit, das irdische Leben Pflicht und Aufgabe lediglich zur höheren Ehre Gottes. Jeder Lebensgenuß über die einfache Erhaltung des Lebens hinaus wäre Vergötterung der Kreatur gewesen. Der Gläubige übte sich in der Abtötung des Fleisches, nicht weil er, wie der katholische Mönch, darin ein Mittel der Sündenvergebung gesucht hätte, sondern weil er, gerade, wenn er sich zur Gnade und Heiligkeit berufen fühlte, dies durch ein sittenstrenges Leben und Verachtung des irdischen Genusses bezeugen mußte. Diese „innerweltliche" Askese, wie man sie genannt hat, betrieb also die Arbeit um der Arbeit willen, verwandte den Arbeitsertrag nicht zum Verbrauch in Ruhe und Lebensfreude, wie es dem Menschen natürlich ist, sondern außer zu Gemeinzwecken zur Vergrößerung des Betriebskapitals und neuer Erweiterung der Arbeit. Denn auch der äußere Erfolg der Arbeit diente nur als Beweis, daß der prädestinierte Gläubige sich in der Gnade bewährte, mußte als solche Bewährung allerdings geradezu gewünscht und gefordert werden.

So ist von dieser Seite, wie zuerst Max Weber nachgewiesen hat, ein gewaltiger Anstoß zu der für die Neuzeit so bezeichnenden Erziehung zu rastloser, systematischer, disziplinierter Arbeitsamkeit gekommen. Es bedurfte des großartigen, aber in seiner Größe so furchtbaren Gedankens der Prädestination, um den Menschen in eine so naturwidrige Haltung zu drängen. Die weiteste Verbreitung fand diese Lebensweise und Lehre natürlich in den Kernländern des Kalvinismus, in den Niederlanden, England, Schottland und später Amerika, besonders auch unter den täuferischen Independenten, Quäkern usw., die vom herrschen-

den Puritanismus vom politischen Leben ausgeschlossen wurden und sich um so eifriger dem wirtschaftlichen Erwerb zuwandten. Auch war hier, wie wir gleich sehen werden, der Boden für eine solche Betätigung besonders günstig. Es ist für die Verschiedenheit der deutschen und englischen Entwicklung bezeichnend, daß der süddeutsche Frühkapitalismus seinen rasch erworbenen Reichtum im Strudel der Staatsbankrotte um die Wende des 16. zum 17. Jahrhundert wieder verlor, während die englischen kalvinistischen Kaufleute und Gewerbetreibenden in zäher Arbeit Gewinn auf Gewinn zum Industriekapital schlugen und so die Grundlagen zu ihrer auf der Blüte der Industrie beruhenden Handelsherrschaft legten. Natürlich kann keine Rede davon sein, daß die idealen Anstöße dieser Haltung dauernd und überall wirksam blieben. Sehr bald verschmolz sich bei nur Allzuvielen der Arbeitstrieb zur Ehre Gottes mit dem Trieb zum Gewinn für den eigenen persönlichen Vorteil und zur Steigerung der eigenen Macht, wie er tief in der menschlichen Natur liegt. Und hier wuchsen dem Geist des Kapitalismus auch von anderer Seite her bemerkenswerte Kräfte zu. Wie Sombart zuerst eingehend gezeigt hat, ist das Judentum aus einer jahrtausende alten Vorliebe für das Geld-Leihgeschäft und aus einer der kalvinistischen ganz ähnlichen ethischen Veranlagung heraus stark an dem Aufschwung des Kapitalismus beteiligt. Ist doch auch die kalvinistische Ethik aufs tiefste vom alttestamentlichen jüdischen Geiste beeinflußt, so daß Sombart geradezu zu der Gleichsetzung Kalvinismus = Judentum kommt [1]). In der Tat ist der Verzicht auf jeden Lebensgenuß, der restlose Erwerb um des Erwerbs willen, vielfach ebenso bezeichnend

1) Bekanntlich hielten sich die schottischen Kalvinisten für Nachkommen der verschwundenen zehn israelitischen Stämme.

für jüdische wie für gewisse Vertreter des anglo-schottischen und amerikanischen Kapitalismus, und oft gewinnt man dabei den Eindruck, daß die Vertauschung des religiös-ethischen Antriebs zur Arbeit mit dem Triebe zur Macht den Betreffenden selbst nicht klar zum Bewußtsein kommt.

Inzwischen führte die Stärkung der fürstlichen Macht und damit der Staatsmacht im Bunde mit dem frühkapitalistischen Bürgertum zu einer großen Erweiterung des räumlichen Machtbereiches der westeuropäischen Staaten. Meistens werden die Dinge so dargestellt, als ob die Entdeckungen eine der Ursachen der Wandlung des politischen Lebens vom „Mittelalter" zur „Neuzeit" gewesen seien. In Wirklichkeit verhält es sich damit umgekehrt. Die geographischen Entdeckungen und kolonialen Gründungen sind eine Folge der wachsenden und sich ständig befestigenden Macht der europäischen Dynastien und Staaten. Bei den Portugiesen z. B. läßt sich ganz deutlich nachweisen, daß ihre Forschungsreisen längs der afrikanischen Küste zunächst einen rein strategischen Zweck, nämlich der militärischen Umfassung des maurischen Erbfeindes in Nordafrika, verfolgten. Erst später kamen sie, mit wachsenden Kräften des Staates, zu dem Wunsch, durch Auffindung des Seeweges nach Indien den gewinnverheißenden indischen Handel in ihre Hände zu bringen. Die Spanier taten es ihnen dann aus Eifersucht nach und gelangten so zu der Entdeckung von Amerika. Der maßgebende Beweggrund bei den meisten — überwiegend vom Staate veranlaßten oder doch geförderten — Entdeckungsreisen war der Wunsch, Gold und Silber zur Füllung der staatlichen Kassen zu finden. Erst später, als diese Erwartungen mehr und mehr enttäuscht wurden, gelangte man dazu, die Gewinnung gewisser Erzeugnisse und Rohstoffe, wie Zucker, Tabak, Gewürze, Farbhölzer usw. als Hauptvorteil der Gründung von Kolo-

nien anzusehen. Eine weitere Stufe war dann die Aussicht, in den Kolonien neue Absatzgebiete für heimische Fabrikate zu eröffnen, eine Aussicht, die besonders die englischen Kolonien in Nordamerika verwirklichten, seitdem sie sich mit Leuten zu füllen begannen, die sich der Bedrückung durch die jeweils herrschende Staatsgewalt zu entziehen gedachten, Puritanern, Quäkern, irischen und englischen Katholiken, Kavalieren usw. Der Staat sah in dem zunehmenden Kolonialhandel vor allem ein Mittel, seine Einkünfte zu steigern, indem er sowohl die Ausfuhr von Fabrikaten *nach* den Kolonien wie die Einfuhr von Kolonialwaren in das Mutterland besteuerte. Daher sorgte er z. B. in England durch die Navigationsakte dafür, daß der Kolonialhandel ausschließlich über das Mutterland ging und wachte sorgfältig darüber, daß in den Kolonien keine eigene Industrie erwuchs. Außerdem galt ihm die im Kolonialhandel tätige Handelsflotte als wertvolle Rekrutenschule und Materialreserve für seine Seemacht. Das war der Sinn der kolonialen Ausbreitung vom merkantilistischen Gesichtspunkt aus. Ihr Wert wurde hoch genug veranschlagt, um England in den hundertsiebenundzwanzigjährigen Kampf mit Frankreich zu verwickeln.

Es ist klar, daß gerade durch diese zunehmende Bedeutung des Kolonialhandels mit seinen heftig schwankenden Konjunkturen der Spekulation und dem Kapitalismus Vorschub geleistet wurde [1]). Beschränkte sich die kapitalistische Spekulation bisher vorwiegend auf den Handel, so

---

1) Der alte hansische Handel etwa hatte der Spekulation viel weniger Raum gegönnt, ja sie in seiner späteren Zeit geradezu bekämpft; er hatte mehr etwas von einem Handwerksbetrieb an sich, wollte Vielen einen bescheidenen, aber regelmäßigen und sicheren Gewinn verschaffen.

wurde das anders, als um die Mitte und in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Dampfmaschine und eine Anzahl wichtiger Arbeitsmaschinen erfunden wurden. Die Maschinen sollten nach dem Willen ihrer Erfinder Wohltäter der Menschen werden, ihnen Kraft sparen, unangenehme Arbeiten erleichtern und viele schwere Leistungen überhaupt erst möglich machen. Wer wollte, etwa im Hinblick auf Eisenbahnen, Dampfkräne und dergleichen, leugnen, daß sie diese Erwartungen erfüllten? Aber die Einführung der Maschinen hatte noch ganz andere Folgen. Der einzelne Handwerker war nicht imstande, etwa eine Spinnmaschine oder einen mechanischen Webstuhl mit der zugehörigen Kraftmaschine zu bezahlen, die Handwerkergenossenschaften, die Zünfte, waren es auch nicht, und sie begriffen auch sehr wohl, daß, wenn eine Maschine die Arbeit von zehn Handwerkern leistete, neun von ihnen überflüssig werden und ihr Brot verlieren würden; denn sie hatten ihre feste Kundschaft und deren Bedarf vor Augen und konnten auf den Gedanken einer künstlichen Steigerung des Bedarfs, einer Verzehnfachung des Absatzes, gar nicht kommen. Ganz anders der Großkaufmann. Er besaß die nötigen Mittel, um die Maschinen aufzustellen, oder, wenn sie nicht zureichten, fiel es ihm doch nicht schwer, sie sich auf Kredit zu verschaffen. Vor allem übersah er die Absatzmöglichkeiten, namentlich in fremden Ländern, viel besser; er wußte, daß hier noch große Möglichkeiten bestanden, den Absatz zu steigern — der englische Handel war seit dem 16. Jahrhundert überall bewußt auf dieses Ziel losgegangen — namentlich wenn man die Ware recht anpries und möglichst billig lieferte. So wurde der Kaufmann gewerblicher Unternehmer. Stellenweise tat er nichts anderes, als den einzelnen Handwerkern Maschinen zu leihen, die sie in ihrer Handwerkerstube aufstellten, und ihnen die nötigen

Rohstoffe zu geben, wogegen sie ihre Arbeit ablieferten und den Lohn empfingen; er beschäftigte sie also als Heimarbeiter, und hier blieb oft noch etwas von dem alten Handwerkergeiste erhalten, der an der Arbeit seine Freude hatte und in die gute Beschaffenheit der Ware seine Ehre setzte. Meist aber war das nach der Art des Betriebes nicht möglich: der Unternehmer mußte vielmehr die Maschinen in einem Gebäude zusammen aufstellen. Durch immer weitergehende Teilung des Arbeitsvorgangs wurde die Geschicklichkeit des Arbeiters in seinen bestimmten Handgriffen immer mehr ausgebildet und dadurch die Schnelligkeit der Erzeugung gesteigert; aber zugleich verlor der Arbeiter immer mehr den geistigen Anteil an der Arbeit, und sank zu einem bloßen Arbeitstiere herab. So entstanden die Fabriken. An Arbeitern war nie Mangel. Sie entstammten zum größten Teil der benachbarten Landbevölkerung, deren jüngerer Nachwuchs auf kein Landerbe rechnen konnte, und daher, statt auszuwandern oder in den Gesinde- oder Soldatendienst zu gehen, Fabrikarbeiter wurde; dazu kamen stets eine Menge gescheiterter Existenzen und mehr oder weniger überflüssiger Menschen, Findel- und Waisenkinder, wie denn die Einrichtung der Fabriken anfänglich als ein Mittel gepriesen wurde, das zahlreiche Bettelvolk, das sich allenthalben umhertrieb, aufzunehmen. Es steckt ja in der Tat auch ein Kern von Wahrheit in der Behauptung der Unternehmer, daß die Einführung der Industrie, beispielsweise in armen Gebirgsgegenden, eine Wohltat für die Bewohner sein sollte. Nur die Art der Durchführung und weiteren Handhabung läßt sich beanstanden. Alle diese Leute waren nämlich vollständig in die Hand des Unternehmers gegeben, weil sie viel zu unwissend und mittellos waren, um die Lage des Marktes zu übersehen und andere Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Der Unternehmer gab

ihnen gerade so viel, daß sie ein dürftiges Dasein fristen konnten. Hier offenbarten sich nun die verhängnisvollen und bezeichnenden Wirkungen des kapitalistischen Geistes. Die Maschinen waren eigentlich gedacht als ein Mittel, um den Menschen auch Zeit zu sparen, weil sie dieselbe Arbeit wie der Handarbeiter in vielfach kürzerer Zeit leisteten. Aber gerade das Gegenteil trat ein. Der Unternehmer hatte es in der Hand, wenn er nur auf genügenden Absatz rechnen konnte, die Erzeugung beliebig zu vermehren. Er beschäftigte seine Arbeiter genau so lang und länger wie bisher, und steckte den Mehrgewinn in die Tasche. In England hatte man in der Frühzeit der Fabrikindustrie vielfach ganz das Gefühl verloren, was man dem Menschen zumuten könne. Bei einer Parlamentsuntersuchung erklärte ein Arzt allen Ernstes, er sei außerstande, eine Arbeitsdauer unter 24 Stunden anzugeben, die dem Menschen schädlich sei. Trotz der meist elenden, oft entsetzlichen Arbeitsbedingungen, unter denen sie leben mußten, pflegten die Industriearbeiter kinderreiche Familien zu haben, weil die Kinder als frühzeitig herangezogene Arbeitskräfte den Verdienst vermehrten. Es entstand so, zuerst in England, dann auch in den meisten übrigen europäischen Ländern (mit Ausnahme des Ostens) das körperlich oft entartete, aber kinderreiche Proletariat, die Klasse der besitzlosen Lohnarbeiter. Über ihnen blieb der Stand der gewerblichen und kaufmännischen Unternehmer, der sich gesellschaftlich an die bisherigen herrschenden Klassen, die Beamtenschaft, den Adel, die Geistlichkeit, anschloß. Natürlich waren die Gegensätze in Wirklichkeit nicht so schroff. Es gab, wie schon angedeutet, Übergänge von den proletarischen Lohnarbeitern zu den Handwerkern, und es arbeiteten sich auch einzelne anstellige Arbeiter zu Unternehmern auf. Ferner blieb stellenweise noch lange ein

patriarchalisches Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitern, wobei die Unternehmer etwas von dem sozialen Geiste des Christentums und des ursprünglichen Kalvinismus bewahrten, und für die Wohlfahrt ihrer Angestellten durch hygienische Einrichtungen, Wohnungsbauten, Unterstützungskassen usw. sorgten. Aber gerade glänzende Gestalten wie Robert Owen und andere zeigen doch, daß das eben Ausnahmen waren. Auch muß man bedenken, daß die gegenseitige Konkurrenz immer mehr die Preise drückte und dadurch der menschenfreundlichen Gesinnung des Einzelunternehmers ziemlich enge Grenzen zog. Es handelte sich eben weniger um eine Schuld des Einzelnen, als um eine soziale Schuld, einen Fehler des Systems. Im ganzen bildete sich in den westeuropäischen Städten und Industriebezirken der Zustand heraus, daß über dem die große Masse der Bevölkerung umfassenden Proletariat die verhältnismäßig kleine Klasse der wohlhabenden Industriellen und Kaufleute stand, die mit den älteren bevorrechteten Ständen zu einer Gesamtheit der „Gebildeten" (in England entsprechend der **gentry** neben der **nobility**) verschmolz. Das waren jene in Denken, Fühlen und Lebensweise sich vollständig fremd und verständnislos gegenüberstehenden „zwei Nationen" innerhalb des Volkes, von denen D i s r a e l i 1845 sprach und die in den **honestiores** und **humiliores** des sinkenden Römerreichs schon ihr Vorbild gefunden hatten.

Diese Scheidung in gewerbliche Unternehmer und städtisches Proletariat — wozu auch die sehr zahlreiche Klasse der Bergleute kam — hätte trotz ihrer entsetzlichen Schäden verhältnismäßig harmlos für das Leben der Völker und Staaten bleiben können, wenn daneben aus der alten Zeit ein zahlreicher Bauern-, Handwerker- und Kleinhändlerstand erhalten geblieben wäre. In der Tat war das auf dem festländischen Europa noch lange der Fall. In

England dagegen erlangte der kaufmännisch-gewerbliche Unternehmerstand, zu dem seinen finanziellen Interessen nach auch ein großer Teil des Adels gehörte, schon frühzeitig solche Macht, daß die Politik des Staates mehr und mehr nach seinen Wünschen zugeschnitten wurde. Diese aber gingen auf Steigerung des Gewinns aus der Industrie und dem auswärtigen Handel, daher auf immer weitere Vergrößerung der Absatzmärkte für das britische Gewerbe, festere Beherrschung dieser Märkte und Verbilligung des Lebensunterhalts des heimischen Industrieproletariats. Die Fabrikherren von Manchester, Leeds, Birmingham und vor allem die Londoner Börsenkaufleute wurden die wahren Regenten Englands. Als die englische Landwirtschaft durch die massenhafte Einfuhr fremden billigen Getreides in Bedrängnis geriet, wurde sie rücksichtslos geopfert. Die Zeit der Napoleonischen Kontinentalsperre hatte zwar auch die englische Industrie zeitweise in Schwierigkeiten gebracht. Aber gerade in dieser Zeit hat England sich die Vorherrschaft auf den außereuropäischen Märkten, soweit sie europäische Waren bezogen, gesichert, und die englische Seemacht hatte die Wettbewerber der britischen Handelsflotte vom Weltmeer hinweggefegt. Als das nach britischen Manufakturwaren hungernde festländische Europa nach dem Sturz Napoleons der Einfuhr wieder geöffnet wurde, überschwemmten es die britischen Fabrikanten mit ihren Erzeugnissen und befestigten ihre Stellung mehr denn je. England war die große Industriewerkstätte der Welt geworden, der britische Staat und das britische Volk hatten ihr Leben darauf zugeschnitten, daß ihnen ein großer Teil der Welt, riesige Gebiete Asiens, Afrikas, Amerikas, Australiens, aber — was Warenabsatz und Nahrungsmittelbezug betrifft — auch Europas, als Lebensraum zur Verfügung stand. Auf ihre Inseln beschränkt, hätten sie verhungern

und verkümmern müssen. So sicher schien diese Stellung, daß England um die Mitte des 19. Jahrhunderts zum Freihandel überging, weil anscheinend kein Wettbewerber mehr da war, der sie hätte erschüttern können und weil der Freihandel der Industrie und ihrer Arbeiterschaft die günstigsten und billigsten Arbeitsbedingungen gewährleistete. Ja, ein Teil der führenden Männer Englands ging so weit, die politische Herrschaft über die Kolonien und Indien für überflüssig zu erklären, weil sie sich einbildeten, die englischen Waren seien so unnachahmlich gut und der Welt so unentbehrlich, daß man sie kaufen werde, ganz gleich, ob England politisch etwas im Lande zu sagen habe oder nicht. Auf einen so gewagten Verzicht ließen sich die führenden Staatsmänner — obwohl sie zeitweise der liberalen Partei angehörten und an das Evangelium aus Manchester: „Die Gesamtheit der geschäftstüchtig betriebenen Einzelinteressen bringt die allgemeine Wohlfahrt hervor" glaubten — allerdings nicht ein, denn der Engländer ist von Natur vorsichtig und vermeidet gern übereilte Schritte.

Es gab überhaupt bis ins vorletzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts nur eine Macht, die dem Britischen Reiche hätte gefährlich werden können, und das war Rußland. Rußland rückte den Grenzen Indiens von Norden her immer näher auf den Leib, es konnte auch die Türkei und Persien erobern und Indien von Westen her angreifen. Aber wirtschaftspolitisch war Rußland in keiner Weise gefährlich, im Gegenteil als reiner Agrarstaat mit großem Getreideüberschuß und Manufakturwarenbedarf für England sehr nützlich. Frankreich trat als Wettbewerber in einigen Luxusindustrien auf, aber im ganzen war seine Industrie zu unbedeutend, seine See- und Kolonialmacht

zu geschwächt, als daß England sich von dieser Seite her allzusehr hätte bedroht fühlen können.

Daraus ergab sich die für England maßgebende Politik. Es lebte gewissermaßen in zwei verschiedenen Umwelten. In Europa war es eine Großmacht, die ungefähr ebenso aussah wie die fünf anderen und auf gleichem Fuß mit diesen verkehrte. In der außereurgpäischen Welt war es eine Weltmacht, die ohne Rivalen dastand. Bis um die Mitte des Jahrhunderts war es eigentlich eine Weltmacht mehr der Anlage, dem Grundplan nach. Seitdem aber das Dampfschiff die Entfernungen über See auf ein Viertel und weniger verkürzte, seitdem die leeren Räume Kanadas, Australiens usw. sich mehr und mehr mit englisch sprechenden Leuten zu bevölkern begannen, wuchs es sich zu einem wahrhaften Weltimperium aus. Der britische Riese reckte seine Glieder und begann seine Kraft zu fühlen. Aber die Völker in Europa waren sich dieser Tatsache noch kaum bewußt, fingen doch sogar die Engländer selbst erst allmählich an, ihre Tragweite zu begreifen [1]). Es kam also für England alles darauf an, diesen ihm so nützlichen Zustand zu erhalten, indem es keine irgenwie bedrohliche See- und Handelsmacht aufkommen ließ, die seine Weltherrschaft außerhalb Europas angreifen konnte. Rußland besaß keine Seemacht und konnte deshalb, wenn man scharfe Aufmerksamkeit auf die bedrohten Punkte richtete, dem Lebensnerv der britischen Macht nicht unmittelbar gefährlich werden. Japan und die Vereinigten Staten waren noch ganz mit sich selbst beschäftigt und kamen nicht in Betracht. Die europäischen Großmächte aber wurden am besten dadurch ungefährlich

1) Es sei hier an Robert Seeleys berühmtes Wort erinnert: „Wir scheinen in einem Anfall von Geistesabwesenheit die halbe Welt erobert und bevölkert zu haben."

erhalten, daß man das System des Gleichgewichts aufrecht erhielt, und immer, wenn eine Macht oder eine Gruppe über die andere hinauszuwachsen schien, sich der Gegenpartei näherte, ihre Rüstungen ermunterte und durch Preßverdächtigungen ihren Argwohn gegen den Emporkömmling wachhielt. Da Rußland nicht nur asiatische, sondern auch europäische Großmacht war, war dies zugleich die beste Methode, um diesen einzigen Gegner des Weltimperiums in Schach zu halten. Außerdem hatte diese Politik des europäischen Gleichgewichts einen wohltuend liberalen Anstrich. Sie klang gewissermaßen nach Recht und Billigkeit: „Jedem das Seine."

Dieser harmonische Zustand wurde gegen Ende des Jahrhunderts dadurch gestört, daß Deutschland, nachdem Bismarck 1866—71 den größten Teil davon staatlich geeinigt und den nötigsten inneren Ausbau des neuen Reiches beendigt hatte, eine ganz ähnliche Bahn wie England einzuschlagen begann. Daß es in Afrika und der Südsee einige Kolonien erwarb, wäre noch hingegangen. Aber Deutschland hatte für einige Industrien besonders günstige Vorbedingungen, es besaß große Kohlen-, Eisenerz-, Kalilager usw., außerdem eigneten sich die Deutschen ihrer Charakteranlage nach noch besser als die Engländer für die geschäftliche Organisation, sie hatten eine bessere technische Vorbildung, und schließlich fehlte ihnen das geistige und sittliche Gegengewicht, das sie vom Weitergehen auf dem Wege der kapitalistischen Erwerbsgier hätte abhalten können. Außerdem hatte Deutschland in der Tat im Verhältnis zu seiner wachsenden Menschenzahl einen außerordentlich geringen Lebensraum, wenn es auch zweifellos möglich gewesen wäre, die schmerzlichen Abgaben an Auswanderern durch eine vernünftige ländliche Siedlungs- und Sozialpolitik zu mindern und das Anschwellen körperlich

und geistig entartender Proletariermassen in den Großstädten zu hemmen. So aber schritt die junge Großmacht mit der Ausbildung einer kapitalistischen Industrie und eines kapitalistischen Ausfuhrhandels noch viel stürmischer voran, als seinerzeit England. Ungefähr gleichzeitig oder wenig später schickte sich im fernen Osten auch Japan an, in die Rennbahn des Imperialismus einzutreten. Es mußte schon dadurch Englands Aufmerksamkeit erregen, daß es alle Vorbedingungen zur Seemacht besaß. Auch die Vereinigten Staaten, obwohl sie den riesigen Raum innerhalb ihrer Grenzen noch lange nicht ausreichend gefüllt und der menschlichen Siedlung aufgeschlossen hatten, begannen verlangende Blicke auf das Meer und auf überseeische Absatzmärkte zu werfen. So sah sich England gegen Ende des Jahrhunderts auf einmal von Wettbewerbern umgeben, die früher oder später seine seit hundert Jahren unumstrittene Alleinherrschaft zur See zu stürzen drohten. In dieser Lage tat es das, was die Umstände, der Selbsterhaltungstrieb und seine Tradition ihm vorschrieben. Es suchte den gefährlichsten Nebenbuhler unschädlich zu machen, bevor er das System des europäischen Gleichgewichts in ein Weltgleichgewicht verwandeln konnte. Darüber, wer der zunächst gefährlichste Nebenbuhler war, konnte kein Zweifel bestehen. Deutschland hatte nach dem Sturze Bismarcks unter Kaiser Wilhelm II. mit ziemlich naivem Selbstvertrauen die Bahn der „Weltpolitik" eingeschlagen, war aber plötzlich inne geworden, daß seine Machtmittel zur See durchaus im Mißverhältnis zu seinen politischen Ansprüchen standen, daß es ganz anders gerüstet sein müsse, wenn künftig ein Drittel seiner Bevölkerung ihre Lebenskraft aus weit entlegenen Zufuhr- und Absatzmärkten ziehen sollte. Die meisten Bedingungen, um dem abzuhelfen, waren gegeben, Deutschland besaß eine erprobte seemännische

Bevölkerung, leistungsfähige Werften usw., und zufällig fand sich in Tirpitz ein genialer Organisator: in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit wuchs seit der Jahrhundertwende eine deutsche Seemacht heran. Alle diese Umstände vereinigten sich, um die Eifersucht und den Argwohn Englands auf Deutschland zu lenken. Außerdem war Deutschland als Hinterland der Niederlande und Belgiens außer Frankreich derjenige Gegner, der das Zentrum der britischen Macht am unmittelbarsten bedrohen konnte.

Was nun folgte, brauchen wir hier nur kurz anzudeuten. Es gelang England durch seine geschickte Politik und begünstigt durch die Fehler der deutschen Staatsleitung, eine übermächtige Koalition gegen Deutschland und dessen ziemlich leistungsschwache Verbündeten zusammenzubringen. Der Funke der Mordtat von Serajewo setzte Europa in Brand. Nach einem vierjährigen Riesenkampfe und nachdem es ihm geglückt war, schließlich fast die ganze Welt gegen Deutschland zu vereinigen, hatte England Erfolg: Deutschland wurde besiegt, wenn auch unter furchtbaren Menschen-, Geld- und Materialverlusten und nur mit Hilfe der Vereinigten Staaten.

Die übermächtige Koalition gegen Deutschland zusammenzubringen, war dadurch möglich, daß Deutschland, in der Mitte des festländischen Europa gelegen, die ausgedehntesten Reibungsflächen mit seinen Nachbarn im Osten und Westen besaß. Frankreich stand in unversöhnlichem Gegensatz zu Deutschland wegen Elsaß-Lothringen — die kolonialen Reibungen in Marokko und anderswo waren mehr Symptome als Ursachen des Widerstreits —, Rußland war allmählich ebenfalls in einen solchen geraten, weil Deutschland Österreich-Ungarn auf dem Balkan unterstützte und ihm außerdem mit eigenen innenpolitischen und wirtschaftlichen Bestrebungen in der Türkei den Weg ver-

trat. Dazu kamen die Abneigung der russischen Intelligenz und überhaupt der Slaven gegen die Deutschen, deren solider und pedantischer Sinn so auffallend gegen den unsteten und zur Willkür neigenden slavischen Volkscharakter absticht, ferner die nationalen Zwistigkeiten in den östlichen, nördlichen und westlichen Grenzmarken Deutschlands. Alles das lieferte den Stoff für die Entente-Legende, daß der harmonische Zustand Europas durch das ungezügelte militaristische Eroberungsstreben Deutschlands, geleitet von der brutalen preußischen Militärkaste unter dem Dreigestirn Nietzsche-Treitschke-Bernhardi, gestört und vernichtet worden sei. Daß Deutschland mit zwei Staaten wie Österreich-Ungarn und der Türkei im Bunde stand, bei denen die den Staat führenden Nationen gegen die Menge der von ihm wegstrebenden widerwilligen Völker und Stämme mehr und mehr in die Minderheit gerieten, gab dieser Legende noch einen besonderen Widerhall. Natürlich wäre es ein Leichtes gewesen, bei sämtlichen Mitgliedern der Entente ähnliche und größere Schwächen aufzuzeigen. Aber die deutsche Staatskunst wußte sich darauf teils aus Knauserei und mangelnder Geschicklichkeit, teils aus ehrlicher Friedensliebe nicht einzurichten. Die Überlegenheit der englisch-französischen Publizistik und des britischen Nachrichtenmonopols in den neutralen und überseeischen Ländern tat ein Übriges, um die Stimme Deutschlands nicht zur Geltung kommen zu lassen. Die deutsche Auffassung ging im allgemeinen dahin, daß Deutschland nur seinem berechtigten und natürlichen Ausdehnungsstreben nachkomme und daß es allerdings sein geschichtlicher Beruf sei, den Zustand des europäischen Gleichgewichts in einen solchen des Welt-Gleichgewichts überzuführen. Dieser Standpunkt fand seine Vertretung in allen Lagern, war aber je nach der Parteizugehörigkeit abschattiert. Die

alldeutsch-rechtsparteiliche Auffassung — vertreten etwa durch die Schriften des Grafen Reventlow — ging dahin, daß die deutsche Politik notwendig und berechtigt, nur in den diplomatischen und militärischen Mitteln zu schwach gewesen sei; die liberal-demokratische — als Vertreter mögen Ruedorffer-Riezler, auch Naumann und der freilich etwas anders und in mancher Hinsicht den Alldeutschen näherstehende Rohrbach genannt werden — betonte ebenfalls die Natürlichkeit und innere Berechtigung der deutschen Ausbreitung, führte aber die Abneigung gegen Deutschland auf bloße Mißverständnisse zurück und wollte mit Rücksicht auf die zunehmende Interessenverflechtung der Völker bis zum letzten Augenblick an die Möglichkeit des Krieges nicht glauben; in dieser Hoffnung getäuscht, schob sie vielfach die Schuld auf das Drängen des Militärs oder gar auf den deutschen Flottenbau. Im sozialistischen Lager hatte man für die weltpolitische Bedeutung des deutschen Aufstiegs überwiegend wenig Blick; kleinbürgerlich-gehässig sah man die Frage meist unter rein innerpolitischen Gesichtspunkten, als Agitationsmittel an. Der Imperialismus der Großmächte wurde allerdings in Bausch und Bogen als letztes Verzweiflungsmittel des dem Abgrund zurasenden Kapitalismus verdammt — und ein Körnchen Wahrheit lag ja darin — jedoch unter dem vorherrschenden jüdischen Einfluß die Schuld einseitig auf Deutschland geschoben, über den viel wirksameren und viel weniger berechtigten [1]) Imperialismus Englands, Frankreichs, Rußlands und Amerikas aber der Mantel der jüdisch-sozialistischen Liebe gebreitet. Erst kurz vor dem Krieg machten sich auch unter den deutschen

1) Insofern alle diese Mächte über ein viel größeres Bodenareal verfügten, Frankreich außerdem des Bevölkerungswachstums entbehrte.

Sozialdemokraten vernünftigere Stimmen geltend, die sich später am wirksamsten in der von P. Lensch vertretenen Auffassung verkörperten: Danach war Deutschland als jüngste und am schnellsten wachsende imperialistische Großmacht dazu berufen, den Kapitalismus zur Spitze zu treiben, damit ad absurdum zu führen, gleichzeitig aber den Ring der alten reaktionär-kapitalistischen Mächte zu sprengen. Deutschland als kapitalistischer, dann sozialistischer Revolutionär stand England als dem Hort der kapitalistischen Reaktion gegenüber. Die Berechtigung, ja Pflicht der europäischen Mächte, Völker niedrigerer Zivilisation als Kolonisatoren zu unterwerfen und die Reichtümer der Tropen zu ihrem Nutzen auszubeuten, wurde dabei grundsätzlich anerkannt, natürlich unter der Bedingung menschlicher Behandlung und erzieherischen Zwecks. Von diesem Standpunkt aus wünschte Lensch aufrichtig den Sieg der deutschen Waffen; er vertrat das aus vollem Herzen, was seine Genossen vom 4. August nur mit halbem taten. Durch die Revolution und die Niederlage ist diese Auffassung wohl zeitweise in den Hintergrund getreten, auch in Einzelheiten verändert worden. Aber im ganzen hat sich Lensch nicht irre machen lassen, und es scheint, daß seine Ansicht sich bei den nicht dem Bolschewismus verfallenen Sozialdemokraten mehr und mehr Geltung verschafft, ja eigentlich als selbstverständlich gilt, mit der Einschränkung, daß man den Erfolg mehr von einer inneren Umwälzung in den „Siegerstaaten" erwartet, soweit man sich nicht unklaren Selbsttäuschungen über den Völkerbund und den Sieg der Gerechtigkeit ohne Macht hingibt.

Man kann nun freilich nicht mit Unrecht einwenden, daß es nicht darauf ankomme, was diese oder jene Literaten und Politiker sagen, sondern auf das, worauf der

wirkliche Trieb, die innerste Meinung des Volkes selbst gerichtet ist; aber das ist, außer durch persönliche Erlebnisse und gelegentliche Erfahrungen anders schwer zu ermitteln, als durch das, was die Wortführer der verschiedenen Parteien und Gruppen sagen, wenn man zu unterscheiden weiß zwischen dem, worin sie wirklich den Willen der Volksseele aussprechen, und dem, was ihre persönliche Suggestion, Mache und Meinung ist. Ein Grundgefühl durchzieht doch fast alle oben erwähnten Äußerungen und wurzelt tatsächlich tief im Volksbewußtsein, ein Gefühl, das man etwa in die Worte fassen kann, daß Deutschland und die Deutschen zu Höherem, zu einer entscheidenden Rolle in der Geschichte berufen seien. Dieses Gefühl findet sich zwar bei fast allen Völkern; aber wie verschieden ist doch etwa die ruhige, auf den Gang der Geschichte und die tatsächliche Weltherrscherrolle begründete Selbstgewißheit des Briten von dem deutschen Messiasglauben, der sich übrigens in eigentümlicher Weise mit einer weit verbreiteten Neigung zur würdelosen Selbstverketzerung und Überschätzung fremder Art verband. Bei den Deutschen war jene Zuversicht immer mehr ein Wechsel auf die Zukunft, und das naive Besserwissen und Selbstanpreisen der Deutschen nahm eigentlich erst unter dem materiellen Aufschwung der wilhelminischen Ära die grob materialistische Form an, die den Ausländern mit Recht auf die Nerven fiel. Wie bezeichnend ist es, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Art ganz in dieselbe Haltung verfiel: sie betrachtete sich ganz selbstverständlich als die eigentliche Gralshüterin des allein echten marxistischen Sozialismus, — eine Haltung, die ja auch ihrer zahlenmäßigen Stärke in der Internationale entsprach und erst kurz vor dem Kriege zunehmenden Widerspruch fand. Noch die Revolution vom November 1918 wurde in der deutschen sozialdemokratischen

Presse in kindlicher Selbstüberhebung als Weltenwende gefeiert, bis der Katzenjammer des folgenden „Friedensjahres" eine etwas nüchternere Stimmung wiederbrachte. Aber in den besten Geistern Deutschlands hat dieser Glaube an das deutsche Wesen immer mehr etwas von einem faustischen Suchen und Grübeln, von einem Abenteuerdrang in unerhörte neue Fernen des Geistes gehabt; und hier liegt seine wahre Kraft.

Das Vertrauen auf die Messiasrolle der deutschen Sozialdemokratie wurde in den drei letzten Jahren auch dadurch in den Schatten gestellt, daß in Rußland sich der wahre marxistische Himmel aufzutun schien — Rußland, wo der chiliastische Glaube an die Erlöserrolle des eigenen Volkes in der Unwissenheit und fanatischen Inbrunst großer Massen einen noch viel fruchtbareren Boden fand. Kehren wir von diesen luftigen Gespinsten der Einbildung und Hoffnung auf den Boden der Tatsachen zurück, wie sie sich im Jahre des Versailler Friedens darstellten. England hatte gesiegt. Es hatte — wenigstens schien es so — sein Ziel erreicht: das weltpolitische Gleichgewicht war fürs erste verhindert, Deutschland auf ein europäisches Niveau zurückgeschraubt. Europa lag, ein zweites Indien, als Trümmerhaufen zu Englands Füßen, ein günstiger Gegenstand zur Durchführung der traditionellen britischen Politik des divide et impera.

Aber so recht froh wurde England seines Sieges nicht: Die Anstrengung, den Sieg zu gewinnen, ist doch auch über seine Kräfte gegangen. Keuchend steht es da und ringt noch immer nach Atem. Und es hat den Sieg auch nicht allein gewonnen, sondern durch Bundesgenossen: die Kolonialtochterstaaten und die Vereinigten Staaten. Diese angelsächsische Koalition ist es, die jetzt die Welt beherrscht, wie einst Rom. Von ihrer Festigkeit wird das künftige Schick-

sal der Welt nicht zum wenigsten abhängen. Werden England, die Dominions und die Vereinigten Staaten auch künftig politisch an einem Strang ziehen? Die Art, wie die Vereinigten Staaten sich inzwischen von der Teilnahme an den politischen Händeln Europas zurückgezogen haben, läßt den Zusammenhalt der Angelsachsen jedenfalls in recht fragwürdigem Lichte erscheinen.

Frankreich und Italien, obwohl zur siegreichen Partei gehörig, sind doch nur Werkzeuge dieser Macht. Die Art, wie namentlich Frankreich scheinbar auf gleichberechtigtem Fuße mit England verkehrt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es innerlich tief abhängig vom Angelsachsentum ist. Allerdings ist diese Abhängigkeit bis zu einem gewissen Grade eine gegenseitige, denn England ist in seiner unmittelbaren Machtwirkung auf dem europäischen Festland schwach und bedarf hier Frankreichs militärischer Mittel. Darauf beruht es, daß Frankreich bisweilen die Führung der Ententepolitik in Europa vorzuschreiben scheint. Italien ist militärisch und wirtschaftlich noch schwächer, steht aber insofern freier da, als es in Europa nicht so hohe ehrgeizige Ziele verfolgt wie das nach Hegemonie strebende Frankreich, und daher auch mit den übrigen europäischen Staaten, besonders mit Deutschland und Rußland, anknüpfen und gemeinsame Interessen verfolgen kann.

Japan steht im Hintergrund mit undurchdringlichem Gesicht. Zu schwach, um die führende Rolle an sich zu reißen, behält es sich doch seine Stellung vor für den Fall, daß ein Riß durch die angelsächsische Brüderschaft gehen sollte. Keiner kann ihm ganz trauen.

Aber das Schlimmste für den angelsächsischen Sieger ist: Deutschland als kapitalistischer Wettbewerber ist wohl unschädlich gemacht. Das europäische Gleichgewicht ist wohl hergestellt, insofern ein Haufen von Trümmern ja

leichter so oder so geschaufelt werden kann, daß die Schalen der Wage auf gleich stehen. Aber der Kapitalismus und der kapitalistische Geist, die England groß gemacht haben, sind selbst darüber zerbrochen. Eine Welt, in der nicht mehr von Frohnsklaven im Sinne der kapitalistischen Ordnung gearbeitet wird, die nicht mehr produziert und kauft, sondern vom Bettel und Schwindel lebt, hat keinen Zweck für England. Das ließe sich, wenn mit eiserner Hand zugegriffen und mit Geduld Ordnung geschaffen wird, vielleicht noch bessern. Aber ein Europa, das, um mit Paul Ernst zu reden, nicht mehr der „Suggestion des Kapitalismus" unterliegt, könnte trotz der Niederlage für Englands herrschende Klassen gefährlich werden, namentlich wenn die Entzauberung vom Bann dieser Suggestion auch auf Englands und Amerikas Arbeiterschaft übergreift.

Etwas Unheimliches ist in die Welt gekommen. Es lastet über den Leichen- und Trümmerfeldern Rußlands, es gärt in den hungernden, enttäuschten und ratlosen Massen Deutschlands. Ist es die Dämmerung, die das alternde, erschöpfte Europa nach einer langen tatenreichen, weltumgestaltenden Geschichte überschattet und es in die Nacht seelenloser Barbarei hinüberleitet? Oder leuchtet uns wieder die Morgenröte einer besseren Zukunft?

Die nähere Betrachtung der gegenwärtigen Lage Europas und ihrer Wurzeln wird die drei Länder in den Mittelpunkt stellen müssen, in deren Zuständen der Schlüssel für das Verständnis der Gegenwart und Zukunft in erster Linie liegt: England, Deutschland, Rußland. Sie wird dann Englands europäische Bundesgenossen und Vasallen — und dazu gehören, in verschiedenen Abstufungen, auch die sämtlichen Neutralen sowie die neuen Oststaaten, die Zerfallsprodukte der türkischen, österreichischen und russischen Erbmasse — ins Auge zu fassen haben. Sie wird

schließlich auch an Englands außereuropäischen Bundesgenossen, den Kolonialtochterstaaten, den Vereinigten Staaten und Japan nicht vorübergehen dürfen, ohne auf sie einen kurzen Blick zu werfen.

II. England.

Englands Aufstieg vom abgelegenen Anhängsel der Kulturwelt zum weltbeherrschenden Imperium ist das augenfälligste Beispiel der Geschichte, daß ein starker, einseitiger und zäher Wille, der nur naheliegende, aber umsichtig immer die wichtigsten Zwecke ins Auge faßt, mehr erreicht, als ein weitschauender, kühn planender Geist. Das Britische Weltreich ist ebensowenig planvoll zustande gekommen, wie das Römische. Es ist erwachsen als das Werk eines politischen Willens, der, geleitet von einem hellblickenden, wenn auch beschränkten Verstand und einem ausgeprägt egoistischen aber selten — es sei denn aus Berechnung — kleinlichen Moralgefühl, niemals die Hauptsache, niemals das seinem Gedeihen Nützliche vergaß.

Die Lage Englands in der Mitte der atlantischen Randgebiete Europas entspricht der Italiens auf der mittelmeerischen Seite. Wie diese, ist es eine zentrale und maritime Lage. Die maritime Lage gibt dem Inselreich, sobald nur eine gewisse Seemacht als Schutz vorhanden, eine politisch viel freiere Stellung als etwa dem auch zentralen, aber festländischen, von allen Seiten eingeengten Deutschland. Freilich ist Stärke zur See unentbehrliche Voraussetzung: kein Land hat in Zeiten maritimer Schwäche so unter feindlichen Einfällen zu leiden gehabt, als England. Wie Italien hat es in solchen Zeiten Bevölkerungsbestandteile von drei Seiten empfangen, früh

und spärlich im Südwesten, häufiger und stärker vom benachbarten Festland über den Kanal (den Alpenpässen und der Gallia cisalpina Italiens entsprechend) und von Osten über die Nordsee, die man als Englands Adriatisches Meer bezeichnen könnte. Von dort hat es, wie Italien in den latinisch-ausonischen Stämmen, durch Sachsen, Angeln, Dänen und Norweger das politisch richtunggebende Volkselement erhalten. Etwas von dem Piratengeiste der Wikinger ist der englischen Politik immer verblieben. Und wie Italien nach Erringung der Seeherrschaft gegen Karthago durch seine zentrale Lage und die Logik der politischen Notwendigkeiten zur Eroberung der Mittelmeerwelt gedrängt wurde, so hat England, nachdem es seinen mittelalterlichen Ausdehnungsdrang gegen das Festland aufgegeben und sich ganz auf seine Insellage zurückgezogen hatte, mit bewundernswerter Folgerichtigkeit eine einheitliche Politik der Seeherrschaft befolgt, die ihm zwar nicht die unmittelbar-territoriale Herrschaft über Europa eintrug, wohl aber durch Niederkämpfen der jeweils stärksten Festlandmacht die maritime Ohnmacht Europas und dadurch mittelbar einen maßgebenden Einfluß auf den Kontinent verbürgte. Von einer zentralen Lage Englands kann man freilich erst sprechen, seitdem das Bevölkerungs-Schwergewicht Europas sich nach der atlantischen Seite verschoben hatte und der Norden und Osten durch die Deutschen dem Verkehr voll erschlossen war, d. h. also etwa seit dem 13. und 14. Jahrhundert. Aber wenn man dies berücksichtigt, ist die analoge Wirkung der zentralen Lage deutlich: Rom mußte den Spuren des geschlagenen Gegners und seiner Helfershelfer nach Spanien, der Balkanhalbinsel, Kleinasien und Afrika folgen; England sah den gefährlichsten Gegner bald von Norden und Osten — Holland, Dänemark, Deutschland — bald von Süden und Westen — Spanien,

Frankreich — herankommen, und das zeitliche Zusammenfallen entscheidender Seekämpfe an entgegengesetzten Punkten, wie Kopenhagen (1801 und 1807) und Trafalgar (1805) bekundet einen Höhepunkt britischen Machteinflusses auf Europa. Es ist also kein Zufall, sondern neben anderen Umständen durch die geographische Lage bedingt, daß zwei der erfolgreichsten Versuche, eine tatsächliche Herrschaft über Europa aufzurichten, von den beiden zentralen Außengliedern des Festlands, Italien und den Britischen Inseln, ausgegangen sind. Die Form, in der diese Herrschaft ausgeübt wird, ist allerdings recht verschieden: nicht die verhältnismäßig schwachen britischen Truppenkörper auf dem Festland sind es, die, wie einst die römischen Legionen, die Herrschaft sichern, sondern die Flotte. Aber die Selbständigkeit der Festlandstaaten ist trotzdem doch ebenso ein Trugbild, wie die Freiheit, mit der sich die Griechen noch unter den Cäsaren brüsteten. Übrigens leuchtet es ein, daß der Einfluß der britischen Seemacht erst dadurch ausschlaggebend werden konnte, daß Europa unter der Wirkung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung von Außereuropa abhängig wurde. So lange die Festlandstaaten noch wirtschaftlich selbstgenügsam waren, war die britische Seemacht nur eine lästige Fessel, eine drohende Gefahr, während sie gegenwärtig eine absolut zwingende Gewalt bedeutet. Der umgekehrte Schluß für eine mögliche Zukunft liegt nahe. Die zentrale Lage gibt England keineswegs, wie oft irrig behauptet wird, einen verkehrsgeographischen Vorzug — hier werden die festländischen Kanal- und Nordseehäfen immer im Vorteil bleiben — sondern sie verstärkt nur strategisch die zahlenmäßige Übermacht der britischen Kriegsflotte.

Der Weg, der England zur Höhe der Gegenwart geführt hat, ist im 16. Jahrhundert betreten worden. Die

festländische Eroberungspolitik des Mittelalters entsprang ursprünglich rein dynastischen Beweggründen — man kann sagen: ein französischer Vasall suchte die Herrschaft über England und Frankreich zu vereinigen — und wurde genährt durch kriegerische Gewinnsucht des Adels, später auch durch den Wunsch, den Wein- und Wollhandel mit dem Festland zu sichern. Nach den zerrüttenden Wirren der Rosenkriege haben die Tudors diese territoriale Ausbreitung nach dem Festland preisgegeben; 1558 ging Calais, der letzte Stützpunkt, verloren. Die Loslösung vom Kontinent bezeichnet die Wendung zu einer neuen rein maritim-merkantilen Politik, die sich auf drei Umstände gründete: die politische Einigung der britischen Inseln, die Reformation und die Erstarkung der Handels- und Seemacht.

Daß die völlige politische Einigung der Inseln, d. h. die Unterwerfung von Wales, Schottland und Irland, eine Hauptbedingung des britischen Aufstiegs war, wird bisweilen übersehen. Dadurch erst verschmolz der britische Staat mit seinem Naturgebiet, erhielt er die organischen Grenzen, die ihm eine freie politische Betätigung, unbelastet durch innere Landkriege, ermöglichten. Im Mittelalter war England ein europäisches Königreich von Durchschnittsgröße mit stark bedrohter Landgrenze im Norden. Wales, ein Rest des westwärts zurückgedrängten Keltentums, wurde bis zum 13. Jahrhundert unterworfen; 1284 ist es in das englische Grafschaftssystem eingegliedert worden. Schottland, als selbständiger Staat aus einer Verbindung von autochthonen Pikten, irischen und britischen Kelten und Angelsachsen, nebst einem norwegischen Einschlag, hervorgegangen, stand jahrhundertelang in scharfem Widerstreit gegen England, wobei es in Frankreich seinen geopolitisch natürlichen Bundesgenossen fand. Die Reformation ebnete durch den gemeinsamen Gegensatz gegen

Rom, trotz fortdauernder Verschiedenheiten in der Kirchenverfassung, die Bahn zur Einigung, die nach dem Tode Elisabeths 1603 durch Jakob I. in Form der Personal-Union vollzogen wurde. Ein Jahrhundert später, 1707, wurde diese auf Drängen der schottischen Kaufmannschaft in eine Real-Union verwandelt — sehr zum Leidwesen des englischen Handelsstandes, dem die schlauen Schotten an kaufmännischer Gerissenheit ebenso überlegen sind, wie etwa der Armenier dem Juden. Unter der Personal-Union nämlich sahen sich die Schotten durch dn Druck der englischen Politik von ihren bisherigen Handelsverbindungen mit Frankreich und den Niederlanden abgeschnitten, anderseits aber zum Handel mit den englischen Kolonien nicht zugelassen. Bei alledem müssen wir in der Hauptsache an die angelsächsischen Bewohner Niederschottlands denken. Die gälischen Hochschotten haben in den politisch-konfessionellen Fehden des 16. und 17. Jahrhunderts für ihre gegenseitige Vertilgung ad majorem Angliae gloriam gesorgt. Den Rest aber hat ihnen England gegeben, indem es nach Culloden (1746) die Clanverfassung mit ihrem Gemeineigentum an Grund und Boden sprengte und die Häuptlinge zu alleinigen Eigentümern des Clanlandes machte. Damit war dem englischen Kapitalismus Tür und Tor geöffnet: die Preisgabe der Landwirtschaft wirkte hier womöglich noch verheerender als in England selbst. Scharenweise wanderten die um ihren Heimatboden betrogenen Hochschotten aus, oft von ihren Grundherren gewaltsam gezwungen. Das Land wurde in menschenleere Jagdbezirke und ödes Weideland verwandelt, so daß, wie Lloyd George 1913 sagte, „viele Millionen Acres Land, auf denen ehemals eine prächtige Bevölkerung lebte, heute ganz dem Sport ausgeliefert sind“ [1]). Es ist ein Anblick,

1) Damaschke, Die Bodenreform. 11. Aufl., S. 441.

der „noch deprimierender wirkt als die Verödung Kleinasiens unter türkischer Herrschaft" (Eduard Meyer). Denn diese Entvölkerung ist das Werk eines Kulturvolkes, das auf seine christliche Gesinnung und seine zivilisatorische Mission besonders stolz ist.

Noch schrecklicher sind die Erscheinungen, welche die Eingliederung Irlands in den englischen Herrschaftsbereich begleitet haben. Wir werden auf die irische Frage im besonderen Teile dieses Buches näher eingehen und brauchen sie hier nur kurz zu berühren. Irland hat sich bis Ende des 15. Jahrhunderts, trotz gelegentlicher Invasionen und häufiger Stammesfehden seiner nationalen Selbständigkeit und einer eigenartigen Kulturblüte zu erfreuen gehabt. Die im 12. Jahrhundert aufgerichtete englische Herrschaft war nur in einem engen Bezirk, dem „Pale", wirksam. Erst unter Heinrich VIII. und Elisabeth wird ähnlich, wie später in Schottland, die Clanverfassung zerstört und die große Masse des irischen Volkes ihres Bodens beraubt. Cromwell hat dann die Politik der Enteignung und Vertreibung unter blutigen Greueln mit der entsetzlichsten Strenge durchgeführt. Seit 1660 waren etwa vier Fünftel des irischen Bodens in den Händen einer kleinen Zahl schottisch-englischer Besitzer. Wiederholte Versuche der entrechteten Masse der Iren, das britische Joch abzuschütteln, wurden stets mit eiserner Faust niedergehalten, und so ist auch Irland unter der englischen Herrschaft einer traurigen Entvölkerung und Verwahrlosung anheimgefallen, die erst in der Gegenwart etwas besseren Zuständen zu weichen begonnen hat.

Wie man sieht, ist das Verwachsen des britischen Staates mit seinem Naturgebiet alles andere als ein friedlich-harmloser Vorgang gewesen. In wenigen Ländern Europas ist die politische Einigung unter so unerhörten

Opfern vollzogen worden. Die völlige Vorherrschaft des Angelsachsentums (wenn wir unter diesem Namen die Engländer mit den angelsächsischen Niederschotten zusammenfassen) hat diesen Tatbestand mehr verdunkelt, als gut ist. Allerdings muß man zugeben, daß die unlösbare Verbindung Irlands mit der größeren Insel für den britischen Staat, so wie er jetzt ist, eine conditio sine qua non darstellt. Die häufigen Versuche feindlicher Angreifer, England auf dem Umwege einer strategischen Diversion gegen Irland entscheidend zu fassen, beweisen das zur Genüge. Aber für Europa, und damit für die Menschheit, würde es eine Wohltat sein, wenn der britische Staat durch die Loslösung Irlands in die Unmöglichkeit versetzt würde, seinem traditionellen Gewerbe, Unfrieden auf dem Kontinent zu stiften, noch länger obzuliegen. Auch würde dies England stärker an die gemeineuropäische Solidarität binden und damit zur sittlichen Gesundung des englischen Volkes beitragen.

Die Lösung Englands von der katholischen Kirche ist von Heinrich VIII. vollzogen, aber erst unter seinen Nachfolgern Eduard und Elisabeth wirksam geworden. Sie ist deshalb von so grundlegender Bedeutung, weil Elisabeth, durch die Bedingungen, unter denen sie auf den Thron gelangte, gezwungen war, gegen Rom und Spanien Partei zu nehmen, und in diesem Daseinskampfe dem Parlament weitgehenden Einfluß einräumen mußte. Denn nur der Appell an das Nationalgefühl der breiten bürgerlichen Schichten, die im Parlament zu Wort kamen, konnte sie retten. Das Parlament ist nichts anderes als die Versammlung der Stände, d. h. der adligen und geistlichen Grundbesitzer und der privilegierten städtischen Korporationen, die sich überall im mittelalterlichen Europa findet und die sich in England allerdings ungewöhnlich früh, im

13. Jahrhundert, zu einer zentralen Regierungsinstanz neben dem Königtum aufgeschwungen hat. Das Ungewöhnliche liegt aber weniger hierin, als daß sich das Parlament dauernd in dieser Stellung behauptet, ja wie erwähnt, durch den national-religiösen Daseinskampf im 16. Jahrhundert erst recht darin befestigt hat. So ist England — und darin bekundet sich recht augenfällig seine insulare Loslösung vom Festland — der einzige große europäische Staat, wo nicht das absolute Königtum, sondern der mittelalterliche Ständestaat in der allmählich veränderten Form des Parlamentarismus zum Schöpfer und Träger des modernen Staates geworden ist. Das einzige festländische Gegenbeispiel dieser Entwicklung, Polen, ist eben daran zugrunde gegangen [1]). Während sonst überall in Europa das Königtum im 17. Jahrhundert die Stände seinem Willen unterwarf, mißlang der gegenrevolutionäre Versuch der Stuarts, zum Absolutismus zurückzukehren, weil England infolge seiner insularen Lage keine kräftige Landarmee geschaffen hatte, die Flotte aber nicht als Werkzeug des Absolutismus nach innen verwendbar war.

Wie schon bemerkt, war das Parlament jedoch alles andere als eine Volksvertretung. Bis 1832 wurde ein großer Teil der Unterhausmitglieder, die Abgeordneten der rotten boroughs, tatsächlich von den Lords ernannt, und auch für den Rest war das Wahlrecht sehr beschränkt, die Korruption bei den Wahlen und die Bestechlichkeit während der Session ungeheuer. In Wirklichkeit herrschte also in England die Aristokratie durch zwei in der Regierung abwechselnde Klüngel, die Whigs und die Tories, die nicht

1) Man könnte noch Schweden anführen. Daß dieses dem Schicksal Polens im 18. Jahrhundert entging, verdankt es seinem immerhin stärkeren Königtum, seinen besseren sozialen Zuständen und seiner geschützten Lage.

in einem Prinzipien-, sondern einem Machtkampf miteinander standen, beide aber wieder geschlossen gegen das Königtum auftraten. Allerdings war diese Aristokratie so klug, sich nicht nach unten abzuschließen, sondern begabten Angehörigen der unteren Klassen den Aufstieg nach oben in ihren Diensten zu erleichtern und sie in sich aufzunehmen. In ihrem Kampf mit der Krone, welcher seine entscheidende Wendung zu ihren Gunsten in der glorious revolution von 1688/89 nimmt, hat sich der typisch englische, liberale Staats- und Freiheitsbegriff herausgebildet, der sich so bezeichnend von dem deutschen unterscheidet. Das Ziel des Kampfes war einmal die Abhängigkeit der Krone von der Steuerbewilligung des Parlaments, der Grundsatz, daß niemand Steuern zu zahlen genötigt sei, die er nicht bewilligt habe (dies ist der eigentliche Kern der englischen Vorstellung von parlamentarischer Freiheit); zum anderen die Freiheit des Einzelnen von gewaltsamen Eingriffen der Krone und ihrer Beamten (verbürgt durch die Habeas-corpus Akte von 1679 und die Bill of Rights von 1689). Volle Bewegungsfreiheit des Einzelbürgers, namentlich in der Verfolgung seiner wirtschaftlichen Interessen, war das Ideal, dem die Parteien des Parlaments nachstrebten, und da sie, wie bemerkt, in der Hauptsache eine Vertretung der reichen Familien des Landes darstellten, so versteht es sich von selbst, daß diese „Freiheit" in erster Linie auf die Begünstigung der kapitalistischen Interessen dieser Schicht hinauslief, Interessen, die allerdings die äußere Macht und Größe des Reiches in sich schlossen. Für die Verfechter solcher Freiheit bedeutete der Staat nach innen also lediglich eine Art erweiterter Polizei, eine Anstalt, um den Einzelnen in der Wahrnehmung seiner Privatrechte zu schützen. Ihren begrifflichen Ausdruck haben die Bedürfnisse und Wünsche des englischen Parlamen-

tarismus in der Staatslehre John Lockes gefunden; und es wird hier wohl schon klar, daß der kapitalistische Geist nicht nur aus der kalvinistisch-puritanischen Ethik, sondern auch aus der naturrechtlichen Aufklärung des 17. Jahrhunderts kräftige Nahrung empfing, wie denn auch Hobbes, wiewohl in seinen Staatsanschauungen der Antipode Lockes, gerade in dieser Richtung zweifellos bei den höheren, konfessionell weniger beschränkten Klassen in England einen tiefgehenden Einfluß geübt hat. Letzten Endes sind eben die englische Freiheitsanschauung und der Kapitalismus Ausströmungen jener mächtigen Zeitphilosophie, die wir seit Dilthey tiefbohrender Forschung als das „natürliche System" zusammenzufassen gelernt haben. Ihre äußerste Konsequenz nach der wirtschaftlich-sozialen Seite zog der Schotte Adam Smith, indem er den Satz aufstellte, daß unbedingt freie wirtschaftliche Bewegung und freie Konkurrenz die natürlichen, nützlichen und gerechten Mittel darstellen, welche die Individuen am besten erziehen, die sozialen Klassen versöhnen, die Gesellschaft von selbst richtig organisieren. Diese Lehre wurde das Dogma des Manchestertums und des Liberalismus, und der Glaube, daß die Einzelinteressen durch die weise Einrichtung der Triebe von selbst zur Harmonie kommen, hat noch das ganze 19. Jahrhundert beherrscht, bis ihn die nicht mehr zu übersehende Erscheinung des industriellen Proletariats als Aberglauben entlarvt hat.

Die Herrschaft des Parlaments als des politischen Organs der führenden Stände Englands ist also, wie wir zusammenfassend wiederholen können, eine der wichtigsten Folgen der Reformation in England. Jedoch nicht ihre einzige. Das Verhalten der Tudors gegen Rom folgte fast ausschließlich staatspolitischen Erwägungen, und es ist ungemein bezeichnend für den englischen Volkscharakter, dem

das Kirchliche in erster Linie eine Sache der öffentlichen Ordnung, nicht des Verhältnisses der einzelnen Menschenseele zu Gott ist, daß die große Masse des Bürgertums dem Zickzackkurs der Träger der Krone „mit einer Willfährigkeit folgte, die uns einfach unverständlich ist“ [1]). Indessen entfesselten diese Vorgänge doch in vielen Kreisen besonders der unteren Volksschichten eine starke religiöse, antikatholische Bewegung, die sich neben der Staatskirche in den Gruppen der Dissenters organisierte und in einer extrem kalvinistischen Richtung, dem Puritanertum, schließlich eine Zeitlang zur politischen Herrschaft gelangte. Auch nach seiner Niederlage blieb der puritanische Geist für das Britentum von größter Bedeutung, weil er, wie wir das im vorangehenden Kapitel ausgeführt haben, mit seiner rauhen düsteren Weltansicht, das irdische Leben sei ganz dem Dienste Gottes zu opfern, zu strenger Selbstzucht, Arbeitsamkeit und Sparsamkeit erzog und so dem erwerbenden kapitalistischen Handelsgeiste Vorschub leistete. Dieser Geist hat allmählich das farbenbunte „old merry **England**“ der Zeiten Shakespeares in den öden seelenlosen Geschäftsbetrieb der rußgeschwärzten Industrie- und Handelsstädte der viktorianischen Zeit verwandelt.

Innig verbunden mit der Askese war, wie so häufig, ja wie es fast die Regel ist, das Pharisäertum. Jene Dissentergruppen hielten sich jede für das auserwählte Volk Gottes, und diese ursprünglich rein religiöse Idee hat allmählich fast das ganze britische Volk mit der Vorstellung einer gottgewollten politischen Bevorzugung Englands durchtränkt. In einer Verflechtung, die sich niemals wird sauber in ihre einzelnen Elemente zerlegen lassen, hat sich

1) W. Dibelius, England und wir (Deutsche Vorträge Hamburgischer Professoren Nr. 2) 1914, S. 12. Eine ausgezeichnete, noch heute äußerst lesenswerte Abhandlung.

hier naiver nationaler Egoismus und Gewinntrieb mit ethisch religiösen Ideen verbunden. Der beispiellose, fast nie durch Rückschläge unterbrochene Aufstieg des Staates hat der Verbreitung dieser Vorstellung mächtig Vorschub geleistet, wie umgekehrt natürlich der politische Aufstieg durch den Glauben an die eigene Auserwähltheit getragen und gefördert worden ist. In neuerer Zeit hat sich das oft bei gebildeten Geistern zu der Idee von der schweren Verpflichtung der Briten zur Weltherrschaft verfeinert, wie wir sie etwa bei Rudyard Kipling finden. Aber das Typische ist doch mehr die robuste Empfindung des „Mannes auf der Straße", daß das, was für England gut und nützlich sei, eben deswegen auch moralisch gerechtfertigt und Gott wohlgefällig sein müsse. Heuchelei kann man das nicht nennen, es ist vielmehr der englische cant, ins Außerpolitische gewendet. Auch bei anderen Völkern findet sich ja die naive Gleichsetzung der eigenen Wohlfahrt mit der Wohlfahrt der Menschheit, aber dem Briten eigentümlich ist die abstoßende christliche Verbrämung, die noch deutlich auf den kalvinistischen Ursprung hinweist. Wie lebendig diese Ideen im unteren englischen Mittelstand noch sind, beweist das Auftreten eines Mannes wie Lloyd George, dessen Reden mit ihrer widerwärtigen Anmaßung einer Sittenrichterrolle Englands über die Welt und ihrer ständigen Verwechslung britischen Vorteils mit dem Wohle der gesamten Menschheit jeden ehrlichen Menschen mit Abscheu vor einer Konfession erfüllen müssen, die auf derartige Irrwege führt.

Übrigens ist die auffällige Parallele mit dem Volke des Alten Testaments keine bloß äußerliche, aus dem gemeinsamen Boden des Bekenntnisses zu dieser religiösen Offenbarungsurkunde erwachsen, sondern sie beruht — worauf Sombart hingewiesen hat — auf einer inner-

lichen Wahlverwandtschaft. Es ist kein Zufall, daß das England Cromwells der judenfreundlichste Staat war, den die neuere Geschichte kennt; auch noch später, im Beginn des 18. Jahrhunderts, sind im Freimaurertum national-englische und schottische mit jüdischen Elementen in eine Verbindung getreten, deren Wirkung bis in die Gegenwart fortdauert, ja anscheinend in ihr besonders stark zur Geltung gekommen ist. Auch wer nicht geneigt ist, Sombarts Satz, daß der Kapitalismus das Werk der Juden sei, in vollem Umfange anzuerkennen, kann doch nicht umhin, die nahe Verwandtschaft der geistigen Veranlagung zuzugeben, aus der bei Juden und kalvinistischen Briten der Kapitalismus hervorgegangen ist.

Wir haben also festgestellt, daß die Reformation besonders nach drei Richtungen hin zum politischen Aufstieg Englands beigetragen hat: erstens, mittelbar, durch die Ausbildung des Parlamentarismus, die in ihrem weiteren Verlauf freilich mehr durch die gleichlaufende Entwicklung des Naturrechts beeinflußt ist; zweitens, unmittelbar, durch die auf kalvinistischer Glaubensgrundlage erwachsende Veranlagung zum Kapitalismus, drittens, durch die im gleichen Boden wurzelnde Idee der Auserwähltheit. Wir gehen nun dazu über, das Anwachsen der britischen Handels- und Seemacht zu betrachten, wobei eben der puritanische Geist der Arbeitsamkeit und des Erwerbs, der Geist des Kapitalismus, unterstützt durch andere Umstände, ein Hauptantrieb ist. Das gewaltige Schauspiel des Aufstiegs Englands zur Weltmacht bietet sich hier unseren Blicken unmittelbar dar in seiner vollen Größe, seiner bewunderungswürdigen Stetigkeit.

Englands Handelsmacht ist hervorgegangen aus der einseitigen wirtschaftlichen Ausbildung des Landes. Darin bildet England den polaren Gegensatz zu Deutsch-

land mit seiner vielseitigen harmonischen Wirtschaftsanlage. Vor allem war England im Mittelalter ein kleines, beschränktes Wirtschaftsgebiet, etwa von der Größe zweier Herzogtümer des alten deutschen Reiches, mit einem einzigen Betrieb, der für seinen Außenhandel in Betracht kam: der Wollschafzucht und der Rohwollausfuhr nach dem Stapel zu Calais. Jahrhundertelang lag dieser Handel überwiegend in fremden Händen, besonders in denen der von den englischen Königen begünstigten deutschen Hanse. Seit dem 14. und besonders seit dem 16. Jahrhundert nahm die Verarbeitung des Rohstoffs im eigenen Lande, die Wolltuchweberei, einen Aufschwung, hauptsächlich durch Zuzug flandrischer Weber. Unter Elisabeth bemächtigte sich der englische Handelsstand mehr und mehr des Ausfuhrhandels. Die Gesellschaft der Merchant Adventurers, geführt von Männern wie Thomas Gresham und William Cecil, Lord Burleigh, setzte es durch, daß der hansische Handel durch Aufhebung seiner Privilegien in England lahmgelegt wurde. Gleichzeitig drang er in dessen eigenes Herrschaftsgebiet ein, überzog fast ganz Europa mit einem Netz von Agenturen und „Courts", die sich den Absatz der englischen Tuche zur Aufgabe machten: die Tuchausfuhr ist Keim und Wurzel des englischen Ausfuhrhandels und der britischen Handels- und Kolonialausbreitung überhaupt. Englische Agenten drangen damals nicht nur in das Herz Mitteleuropas, auf die Frankfurter und Leipziger Messen, sondern quer durch Rußland bis nach Persien und in die Levante. So ist im 16. Jahrhundert nicht nur ein beträchtliches Anwachsen der Masse der Waren zu verzeichnen — wenn die Zahlen auch, am Maße des 19. Jahrhunderts gemessen, noch bescheiden sind — sondern auch eine ungeheure räumliche Ausdehnung. Träger dieses Handels sind

die meist aus den Merchant Adventurers hervorgegangenen „regulated Companies“ mit ihren Faktoreien in Hamburg, Danzig, Rußland, der Levante usw., d. h. gildeartige Körperschaften von Kaufleuten, deren Mitglieder jedes auf eigene Rechnung, nur an gewisse Regeln zur Vermeidung gegenseitiger Konkurrenz usw. gebunden, ihren Handel trieben — ein System, das als Ganzes unter dem Namen „der wohlgeordnete Handel“ (the well-ordered trade) zusammengefaßt wurde und das große Ähnlichkeit mit dem früheren hansischen Handel hat. Es kann keine Rede davon sein, daß der englische Handel seine Überlegenheit seiner größeren „Freiheit“ verdankte. Er verdankte sie in diesem Stadium vielmehr eben seiner straffen Zusammenfassung und Disziplin, sowie dem an Güte und Billigkeit unübertroffenen Fabrikat. Allerdings wurde die strenge Ordnung vielfach durch unorganisierte Außenseiter, die Interlopers, durchbrochen. Es ist ungemein bezeichnend für den neuen kapitalistischen Handelsgeist, daß so, wie man es einmal ausgedrückt hat, „die Branchenspezialisierung über die — bei den Deutschen übliche — geographische Spezialisierung siegte.“ Man könnte auch sagen: die Einseitigkeit siegte über die Harmonie. Und auch noch eine andere Seite dieser Entwicklung verdient Beachtung: der riesige Aufschwung des Tucherports hatte zur Folge, daß seit dieser Zeit die großen Grundherren in England das Recht in Anspruch nahmen, ihre Schafe auf dem Boden der kleinen Grundeigentümer weiden zu lassen und durch „Einschließungen“ des alten Gemeindeeigentums sowie durch Erhöhung des Pachtgeldes die kleinen Bauern von der Scholle zu verjagen, um auf den so gewonnenen riesigen Weideflächen die Schafzucht für den Wolltucherport als Großunternehmen zu betreiben. Damals schrieb Thomas Morus seine „Utopia“, weil er sah, daß die „Schafe

die Menschen fraßen". So wurde die verhängnisvolle Bahn zur Vernichtung des englischen Bauernstandes betreten.

In den Bedürfnissen des englischen Außen-, besonders Ausfuhrhandels, wurzelt auch die englische Kolonialpolitik. Ihr Zweck war, neue Absatzgebiete für den Handel des Mutterlandes, welches man übervölkert glaubte, zu schaffen, und so mittelbar, durch Belebung des Handels die Einnahmen des Staates in Form von Zöllen und Verbrauchsabgaben, zu mehren; wie es die Charter einer Kolonie ausdrückt: „Boden zu finden, auf dem sich Produkte gewinnen lassen, die Gegenstand eines gewinnbringenden Handels mit dem Mutterland werden können." Amerika hatte, nachdem sich der erwartete Reichtum an Edelmetallen in den meisten Ländern als leere Einbildung herausgestellt hatte, seinen Entdeckern zunächst so gut wie nichts zu bieten. Die meisten später und heute für die amerikanische Wirtschaft bedeutenden Pflanzen und Tiere mußten erst eingeführt werden; ein einheimisches Erzeugnis, Tabak, und ein fremdes, Zucker, gewannen zuerst für die Ausfuhr Bedeutung, und in ihrem Austausch gegen englische Tuche, Werkzeuge und Haushaltungsgegenstände bestand der neue „Plantagenhandel". Durch diesen, sowie durch die Fischerei gedachte man gleichzeitig die Handelsmarine zu heben, die unter Elisabeth noch ganz unbedeutend war — hatte doch die Handelsflotte der einen deutschen Stadt Emden 1572 eine größere Tragfähigkeit als die gesamte englische — deren Wichtigkeit für die Stärkung der nationalen Seemacht Einsichtigen jedoch nicht entging. Die Zölle galten gewissermaßen als Gegenleistung des Handels für den Schutz, den ihm der Staat durch die Seemacht angedeihen ließ. Und in dieser Verbindung und gegenseitigen Förderung von privatkapitalistischen und nationalen Zielen liegt das eigentlich Bezeichnende für den englischen Mer-

kantilismus. Die scheinbar aussichtsreichsten Gebiete in Westindien und Mittelamerika fand man bereits durch die Spanier besetzt; wir werden gleich sehen, wie im Kampf mit diesen die englische Kolonial- und Seemacht erstarkt ist. Versuche, weiter nördlich Kolonien zu gründen, wurden noch unter Elisabeth durch Walter Raleigh, Humphrey Gilbert u. a. an der Küste von Virginia unternommen, führten aber zu keinem glücklichen Ende. Erst unter Jakob I. richteten die London- und die Plymouth-Adventurers die beiden ersten englischen Kolonien auf amerikanischem Boden ein, die von Dauer sein sollten, Virginia im Süden und Neu-England im Norden (1606), denen bald danach die Kolonisierung von Barbados in Westindien folgte.

Zunächst blieb die Lage der Ansiedler noch ziemlich elend, das Gedeihen der Kolonien dürftig. Dies änderte sich erst, als seit den Wirren der englischen Revolutionszeit ein zweites Motiv der Kolonialgründung wirksam wurde: die Auswanderung unzufriedener Volksteile, welche nur den Wunsch hatten, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden. Den Anfang damit machten die puritanischen „Pilgrim fathers", die 1620 in Massachussets amerikanischen Boden betraten. Neben die Kolonien als Absatz- und Rohstoffgebiet, als privatkapitalistisches und fiskalisches Ausbeutungsobjekt, traten also die Kolonien als Volkserweiterung. Die Puritaner erklärten das Besitzrecht eines vom Staat privilegierten Proprietors oder einer Kompagnie für „papistischen Unsinn". Die einzige Quelle des Besitzrechts sei die eigene Arbeit. Dementsprechend wollten sie auch ihre Anerkennung einer Oberhoheit des Mutterlandes nur als freien Willensakt aufgefaßt wissen: „Englische Gesetze erreichen Amerika nicht." Legten sie so begreiflicherweise wenig oder gar kein Gewicht auf den staatlichen Zusammenhang mit England, so bestanden doch viele ver-

wandtschaftliche Beziehungen und damit die geistige Verbindung mit dem Mutterlande fort. Es ist ein Verhältnis, wie wir es ähnlich bei den griechischen Kolonialstädten im Altertum und den ostelbisch-deutschen Kolonialstädten im Mittelalter finden. Übrigens blieben die Puritaner nicht die einzigen, die in der neuen Welt Zuflucht vor staatlicher Vergewaltigung suchten; die „Kavaliere", die in den 1640er Jahren in Barbados und Virginia, die Katholiken, die unter Lord Baltimore in Maryland sich ansiedelten, folgten dem gleichen Bedürfnis, entsprechend den Schwankungen des politischen Barometers im Heimatlande. Landflüchtige Schotten und Iren verstärkten später die Scharen der Auswanderer.

Die Inselnatur des Staates hat England eine rein maritime Politik ermöglicht, nachdem die politische Einigung der Inseln vollzogen war. Der Parlamentarismus machte die finanziellen Belange der reichen und begüterten Familien zum maßgebenden Antrieb der auswärtigen Politik; der Erwerbssinn der mittleren und unteren Volksklassen trieb in der gleichen Richtung. Europäischer und kolonialer Handel öffneten dem die günstigsten Gelegenheiten. So wurde das Bestreben, einen immer größeren Teil des Seehandels und Seeverkehrs zwischen den einzelnen Teilen Europas und zwischen Europa und den neuentdeckten Wirtschaftsgebieten in Asien und Amerika in englische Hand zu bringen, das leitende Ziel Englands. Auf dem Wege dahin mußte es mit dem europäischen Festlandstaate zusammenstoßen, der jeweils am stärksten ähnliche Ziele verfolgte, d. h. die größte Seemacht entwickelte. In der Regel war dies diejenige Macht, die auch zu Lande überlegene Kräfte besaß und eben dadurch veranlaßt wurde, ihren Kräfteüberschuß zu einer maritimen Ausbreitung zu verwenden. Was demgegenüber die gegebene Strategie

Englands war, haben wir schon hervorgehoben: das Bündnis mit den kontinentalen Gegnern des Feindes unter dem Vorwand des europäischen Gleichgewichts, der vernichtende Stoß gegen die feindliche Kriegsflotte und die Lahmlegung der feindlichen Wirtschaftskräfte durch die Blockade. Alle Kriege, die England in Verfolg dieser Politik geführt hat, stimmen außerdem darin überein, daß es aus begreiflichen Gründen vor allem eine Festsetzung des Gegners an der gegenüberliegenden niederländischen Festlandsküste zu verhindern suchte, weil von dort eine Landung in England am leichtesten möglich war. Die weltgeschichtliche Bedeutung Flandern-Belgiens liegt hierin begründet.

Das zeigte sich schon in dem Kriege, der Englands Weltpolitik eröffnet hat, dem Kriege gegen Spanien. Seine Hauptursache war die Herrschaft Spaniens in den Niederlanden und die von da drohende Ausbreitung der Gegenreformation. Insofern könnte es scheinen, als ob bei dem Kriege auch noch ideelle Beweggründe mitspielten. Aber die Hauptursache war für die englische Kaufmannschaft schon damals die Befürchtung, daß ihre Belange, wenn England mit Spanien durch Personal-Union vereinigt würde, wie es 1554—1558 nominell der Fall war, den spanisch-kontinentalen dienstbar gemacht würden. Umgekehrt lockte der Reichtum des spanischen Handels und der spanischen Kolonien zu Angriff und Raub. Wie es Robert Seeley in den klassischen Sätzen ausgedrückt hat: „Der spanische Krieg war die Wiege des britischen Außenhandels; die erste Generation von Engländern, die Kapital investierte, legte es in diesem Krieg an." Im übrigen begnügte sich England zunächst damit, die festländischen Gegner Spaniens, die Nordniederländer und Franzosen durch kleinere Hilfeleistungen, wie die Sendung Lord Leicesters, zu unterstützen. Die Hauptsache war ihm der Beutekrieg

zur See. Die britischen Seehelden jener Tage, die Drake, Norris, Raleigh, Hawkins und Genossen, waren, wie Seeley offenherzig zugibt, „kaum von Bukkaniern (Piraten) zu unterscheiden“ [1]). Erst als Spanien ernstliche Anstalten traf, eine Landung in England vorzunehmen, indem es die große Armada in den Kanal entsandte, um die See freizuhalten und die Landungsarmee Alexander Farneses von Dünkirchen und Nieuwport nach der englischen Küste hinüberzugeleiten, raffte sich die englische Regierung zu energischen Rüstungen auf. Die überlegene Artillerie und Manövrierkunst der englischen Dreidecker hat im Juli 1588 die Armada vernichtend getroffen und damit Spaniens Macht entscheidend erschüttert. Ohne Seemacht war die spanische Stellung in den südlichen Niederlanden harmlos, ja angesichts des bald zutage tretenden Gegensatzes gegen Holland und Frankreich nützlich. Der Schmuggel- und Freibeuterkrieg in Westindien hat sich mit Unterbrechungen noch jahrzehntelang hingezogen und England in Jamaica, Barbados, den Bahamas und den Inseln unter dem Winde schönen Gewinn eingetragen.

Nachdem das ermattete Spanien aus der ersten Reihe der Kämpfer ausgeschieden war, spitzte sich Englands Gegnerschaft gegen die bisher unterstützten Niederländer zu. Holland, obwohl es im Besitze eines erprobten Heeres während des dreißigjährigen Kriegs zuzeiten eine Art Schiedsrichterrolle spielte, konnte selbstverständlich England mit irgend einer Landung nicht bedrohen. Aber die Niederländer waren zur See die Frachtfahrer für ganz Europa, sie besaßen eine der englischen sechsfach über-

1) Als Drake und Norris im Frühjahr 1589, durch Stürme und Krankheiten geschwächt, schlechte Geschäfte gemacht hatten, nahmen sie eine neutrale deutsche Handelsflotte vor der Tajomündung weg. So wurde der Verlust gedeckt.

legene Handelsflotte und ihre alljährlich vor der englischen und schottischen Küste erscheinende Heringsfischerflotte erregte durch ihre Größe und tadellose Ausrüstung den bittersten Neid der Briten, der sich in zahlreichen Broschüren jener Tage in urwüchsiger Weise Luft macht. Der Kampf entzündete sich an einer zu diesem Zwecke ausgeklügelten juristischen Lehre, der nach dem Muster der Territorialherrschaft auf die See übertragenen Herrschgewalt des Staates. Die Engländer verfochten in den heimischen Gewässern und im Polarmeer den Grundsatz des mare clausum, die Niederländer als Aufstrebende und Eindringlinge den des mare liberum. In den indischen Gewässern, wo die Niederländer sich schon länger einer befestigten Seeherrschaft erfreuten, die Engländer erst Fuß zu fassen suchten, waren die Standpunkte ausgewechselt, womit die Hohlheit jener Schlagworte wohl zur Genüge dargetan ist. Die drei Seekriege, die England mit wechselndem taktischem Erfolg gegen Holland führte, wobei es sich mehrfach französischer Hilfe erfreute, schlugen im ganzen doch zu seinen Gunsten aus: durch Eroberung des zwischen Virginien und Neu-England sich einschiebenden Neu-Amsterdams 1664 wurden die nordamerikanischen Kolonien zu einer zusammenhängenden Landmasse verbunden, außerdem Stützpunkte in Westafrika erworben. Vor allem aber brachte die erzwungene Anerkennung der Navigationsakte von 1651 und 1660/63 dem niederländischen Seehandel einen schweren Schlag bei, wenn die unmittelbaren Folgen auch früher übertrieben worden sind. Aber die niederländische Handelsflotte vergrößerte sich seitdem nicht mehr, zumal dem niederländischen Handel mit dem erreichten Wohlstand einer kleinen Oberschicht der stürmische Vorwärtsdrang abhanden kam; ebenso wurde die Heringsfischereiflotte schwer geschädigt. Umgekehrt setzt

seit dieser Zeit, besonders aber seit 1689, der große Aufschwung der britischen Handelsmarine ein. Noch unter Cromwell war diese mit ihren 100 000 Tonnen Tragfähigkeit nur eben der deutschen gewachsen, Anfang des 18. Jahrhunderts erreichte sie annähernd die Hälfte der holländischen, um sie jedoch erst nach der Mitte des Jahrhunderts zu überflügeln. Man war sich in England der Bedeutung der Handelsflotte wohl bewußt. Sie galt mit Recht als die Pflanzschule der Kriegsmarine, somit als eine der wichtigsten Grundlagen von Englands politischer Größe — eine Tatsache, die, oft übersehen, noch im Weltkriege 1914—18 ganz erheblich zu dem für England günstigen Ausgang beigetragen hat.

Mit der Revolution von 1688 tritt Englands Kampf um die Seeherrschaft in eine neue Phase: es beginnt der 127jährige Krieg gegen Frankreich, welches seit Ludwig XIV. eine zwiespältige Politik festländischer Eroberung (nach Osten und Norden) und maritimer Ausbreitung zugleich befolgte. Dieser Zwiespalt, wie er sich etwa in den Namen Louvois und Colbert verkörpert, ist Frankreich ebenso verhängnisvoll geworden wie Deutschland 1890—1914. Abermals trat die entscheidende Position Belgiens im europäischen Schachspiel in Erscheinung. Um Frankreich von einer Landungs-Bedrohung Englands und einer Beherrschung des nunmehr verbündeten Holland abzuhalten, fochten englische Truppen im Pfälzischen, Spanischen und Österreichischen Erfolgekriege Seite an Seite mit den kontinentalen Gegnern Frankreichs auf den belgischen Schlachtfeldern, und wenn sich dies nicht im Siebenjährigen Kriege wiederholte, so nur deshalb, weil das Bündnis Österreichs mit Frankreich und die Neutralität der Niederlande den Kriegsschauplatz ostwärts verschob.

Obwohl die französische Flotte sich anfangs der ver-

einigten britisch-niederländischen gewachsen zeigte, und die Gefahr eines französischen Angriffs über Irland greifbare Gestalt annahm, siegte doch abermals die englische Zähigkeit zur See. Vergebens beschwor Leibniz, als Politiker ebenso weitblickend wie als Philosoph, den Sonnenkönig, von den Angriffen gegen die Niederlande, seine natürlichen Verbündeten, abzulassen, und den Ruhm der französischen Waffen vielmehr über See, nach Ägypten, zu tragen. Ludwig XIV. geizte mehr nach den näheren und leichteren Triumphen seiner kontinentalen Eroberungspolitik, ließ die Flotte zerfallen, Colbert in Ungnade sterben. In diesen Kriegen baute England auf der bereits vorhandenen Grundlage sein erstes Kolonialreich aus. Durch die Erwerbung Neufundlands, Neuschottlands, der Hudsonsbailänder (1713) und Kanadas (1763) wurde der gesamte Osten Nordamerikas unter britischer Herrschaft vereinigt.

Aber nun offenbarte sich der Zwiespalt der fiskalisch-merkantilistischen Kolonisationsidee mit der populationistischen, der Kolonisation als Volkserweiterung. Die amerikanischen Kolonisten, obwohl vom Mutterlande in ihrem Kampfe gegen Franzosen und Indianer wirksam unterstützt, waren nicht gewillt, die entsprechenden finanziellen Folgerungen zu ziehen und sich der englischen Steuerpolitik gehorsam zu fügen. Ihr Selbstgefühl war gerade in den vorangehenden Kriegen gewachsen, und hatte trotz der geistigen und verwandtschaftlichen Bande, die sie an die Heimat knüpften, den Grad erreicht, der sie zur Absonderung als eigene Nation befähigte. Frankreichs Revanchelust unterstützte sie, die Korruption und der Eigennutz der britischen Parteien brachte den Kampf zum Ausbruch und zu dem für England unglücklichen Ende. Mit dem Abfall der Kolonien, die sich zu den Vereinigten

Staaten von Amerika zusammenschlossen (1783) ging das erste Kolonialreich Großbritanniens in Trümmer.

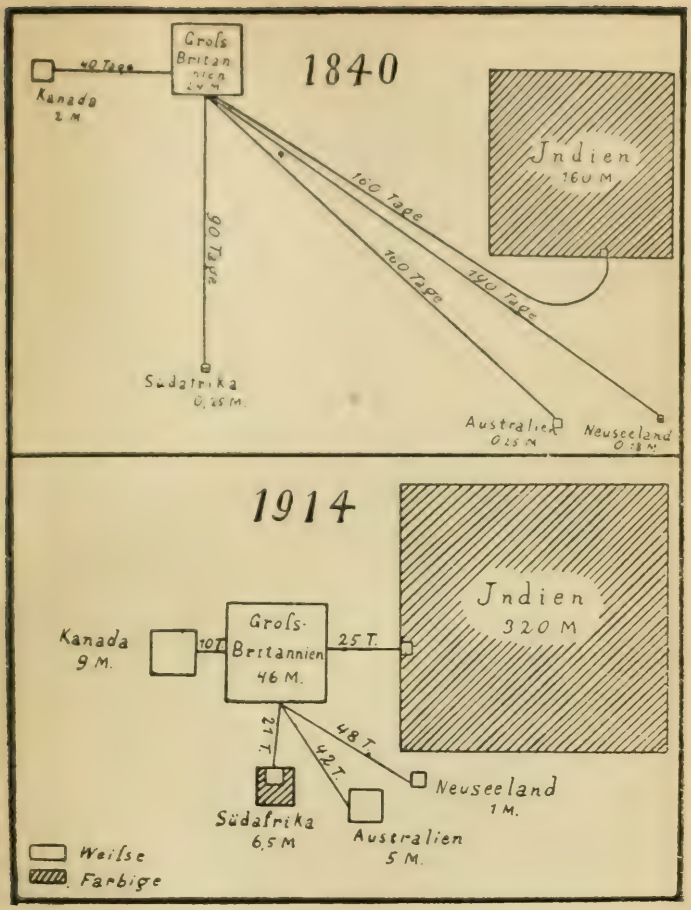
Aber auch das war nur ein Stadium in dem Riesenkampfe, dessen Schlußakt die Revolutions- und Napoleonischen Kriege darstellen. Das Direktorium unternahm mehrfach Diversionen gegen Irland, die jedoch unglücklich ausfielen. Napoleons Hauptziel war, wie jetzt überwiegend anerkannt wird, die Niederwerfung Englands. Sein Streben gipfelte in dem Plan einer Landung in England von Boulogne aus, wo er 1803—5 eine Armee von 100 000 Mann zur Überführung bereit hielt. Der Plan scheiterte daran, daß es ihm nicht gelang, die verstreuten Teile seiner Flotte, die durch britische Blockadegeschwader in den einzelnen Häfen festgehalten wurden, zu sammeln und die Seeherrschaft im Kanal wenigstens auf einige Stunden zu erringen. Die Lage vom Juli 1588 wiederholte sich, und Trafalgar zerstörte auf absehbare Zeit alle Hoffnungen auf einen Landungsversuch. Trotzdem hielt Napoleon an seinen Plänen fest. Er versuchte die Niederlande und die deutsche Nordseeküste als Basis des Landungsmanövers gegen England auszubauen. Daher die Annexion Hollands und Nordwest-Deutschlands von Wesel bis Lübeck im Jahre 1810. Dieses Gebiet sollte das Baugelände für einen Ostsee-Scheldekanal zur Erbauung und Ausrüstung einer Invasionsflotte abgeben. Antwerpen war als Mittelpunkt dieser strategischen Basis gedacht, eine „gegen das Herz Englands gerichtete Pistole". Nebenher ging seit 1806 der Ausbau des Kontinentalsystems, welches bestimmt war, den britischen Handel von seinem Hauptabsatzgebiet abzuschneiden und den britischen Kredit und Wohlstand unheilbar zu zerrütten. Napoleons Reich im Jahre 1810 gleicht einer Gestalt, die ihre schützenden Arme im Norden (Antwerpen-Lübeck) und

Süden (Mittelmeer, Illyrische Provinzen) vor Europa ausbreitet, und England zugleich im Mutterlande und im Orient bedroht. Aber das Kontinentalsystem hatte den entgegengesetzten Erfolg, den der Despot beabsichtigte: Bankrotte im ausgeplünderten Deutschland und Holland zogen den Sturz des französischen Kredits nach sich. Rußland ließ sich nicht dauernd vom Verkehr mit England abdrängen. Und gerade die Kontinentalsperre hat den endgültigen Triumph der britischen See-, Handels- und Kolonialmacht herbeigeführt und besiegelt. Namentlich die überragende Stellung der britischen Handelsflotte steht seit dieser Zeit fest: mit rd. 2 400 000 Tonnen Tragfähigkeit war sie nach 1815 der deutschen achtfach überlegen. — Auch zu Lande war England an dem Kesseltreiben gegen die zusammenbrechende Macht des Korsen beteiligt, wenn es sich auch hauptsächlich fremder Hilfsvölker und Vasallen bediente. Von Portugal-Spanien und von Belgien her stießen seine Heere mit gegen Frankreich vor (Toulouse 1814, Waterloo 1815) und halfen so die Zange bilden, die das Kaiserreich erdrückte.

Vor allem hat England diese Kriegsperiode benutzt, um zum Ersatz für das durch den Abfall der Vereinigten Staaten verlorene ein neues Kolonialreich aufzubauen. Auch dies ist aber anfänglich durchaus nicht bewußt und planvoll geschehen, sondern gewissermaßen in instinktiver Abwehr gegen den französischen Gegner. Der Mittelpunkt des neuen Kolonialreichs lag in Ostindien. Schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts war zum Betriebe des indischen Handels die Ostindische Kompagnie begründet worden, welche angesichts der mit diesem Fernhandel verbundenen Kosten und Gefahren nicht in der losen Form der regulierten Kompagnien, sondern als joint stock company d. h. als Aktien-Gesellschaft organi-

siert war. Der erste Stützpunkt der Kompagnie war in Surate nördlich Bombay und im Laufe des Jahrhunderts kamen weitere Niederlassungen in Bombay, Madras und am Hugli (Kalkutta) hinzu. Während des österreichischen Erbfolgekrieges (1744—48) befürchteten die Engländer von den Franzosen, welche unter dem tatkräftigen Dupleix sehr unternehmungslustig auftraten, überwältigt zu werden. In Nachahmung einer Idee Dupleix' warben die Engländer damals einheimische indische Söldner an, die sie europäisch einexerzierten. Robert Clive schlug mit solchen Truppen die Franzosen und ihre Bundesgenossen, besonders den Nawab von Bengalen, der die tatsächliche Regierungsgewalt in seinem Reiche den Engländern überlassen mußte. Das war der Anfang der britischen Macht in Ostindien. Die vorderindische Halbinsel mit ihren unzähligen Rassen, Völkern und Konfessionen war Ende des 17. Jahrhunderts unter dem mohammedanischen Großmoghul Aurengzeb zu einem großen Gesamtreich zusammengefaßt worden. Aber nach dessen Tode war das Reich, etwa wie der Orient nach dem Tode Alexanders des Großen, in eine Anzahl Diadochenreiche zerfallen, deren Fehden die Halbinsel zerrütteten. Das eigene Sicherheits- und Handelsinteresse sowie auch die noch während der Napoleonischen Kriege fortdauernde Furcht vor den Franzosen veranlaßte nun die Engländer, durch eine fortdauernde Einmischungspolitik nach und nach den größten Teil des Landes unter ihre Herrschaft oder doch Abhängigkeit zu bringen. Zum größten Teil geschah dies, wie schon angedeutet, durch indische Söldnertruppen und auf Kosten des Landes selbst: man kann sagen, Indien ist durch Inder für England erobert worden. Erst nach der Militärrevolte von 1857 wurde die britische Streitmacht verstärkt und die Regierungsgewalt von der korrupten Kompagnie auf

den britischen Staat übertragen, der bis Ende des 19. Jahrhunderts in notgedrungener Durchführung einer Politik der Grenzsicherung das gewaltige Reich noch beträchtlich erweiterte und auf Hinterindien und Iran ausdehnte. Ende des 18. Jahrhunderts war ferner an den von Cook näher erforschten Küsten des australischen Kontinents eine Verbrecherkolonie begründet worden, die sich in den 1830er Jahren zu einer Reihe gewöhnlicher Siedlungskolonien umwandelte, zu denen dann noch Neu-Seeland hinzutrat. Planmäßig verfolgt hat England die Anlage von Etappenwegen nach dem neuen Indisch-Australischen Kolonialreiche. Der erste, um den afrikanischen Kontinent herum, setzte sich aus den Inseln St. Helena, Ascension, Tristan de Cunha, den Seychellen und Mauritius zusammen und erhielt 1796—1815 seine wichtigsten Glieder in Gestalt des den Holländern abgenommenen Kaplandes und der Insel Ceylon. Ein zweiter, durch das Mittel- und Rote Meer, war schon durch die Besitzergreifung von Gibraltar (1704) und Malta (1800) vorbereitet und wurde, als die Dampfschiffahrt Bedeutung zu gewinnen begann, 1839 durch Aden und 1857 durch die Insel Perim ausgestaltet. Bedenkt man, daß von dem Amerikanischen Kolonialreich doch der Norden und Süden, Kanada und Westindien, in britischem Besitz verblieben war, und daß auch die Vereinigten Staaten sich zwar aus dem britischen Staatsverband lösten, aber durch die mit ihrer Entwicklung verbundene Ausbreitung der englischen Sprache und den gerade seit ihrer Loslösung zehnfach verstärkten Verkehr mit dem Mutterlande doch eine Quelle der Kraft für dieses blieben, so erhellt die gewaltige Bedeutung, die dem halben Jahrhundert etwa von 1780 bis 1830 für die Weltherrschaft des Angelsachsentums zukommt. Und diese ungeheure Ausbreitung ging zum großen Teil von Europa fast un-



Schematische Darstellung des Britischen Reiches 1840 und 1914. Bevölkerungszahl (in Mill.) und Entfernung (in Reisetagen) der Reichsglieder.

bemerkt vor sich! Frankreich, Holland und Spanien waren durch die europäischen Ereignisse viel zu geschwächt, um Widerstand zu leisten, Rußlands Ausbreitung fand in einer ganz anderen Zone statt, ein anderer Wettbewerber fehlte, und so konnte sich England, im alleinigen Besitze der Seeherrschaft, gewissermaßen im leeren Raum ungehemmt ausdehnen. Dabei gleicht es in vieler Hinsicht einem Besitzer, der für ein Spottgeld große, scheinbar wertlose Ländereien erwirbt, die sich nach Jahrzehnten etwa durch eine Stadterweiterung in neue Baugrundstücke verwandeln. Wie schon früher bemerkt, war das Britische Weltreich bis etwa 1850 ein Weltreich nur der Planung, der Anlage nach. Zu einem lebendigen Gesamtorganismus zusammengewachsen ist es erst durch die Erfindung der Dampfschiffahrt, die Entstehung des modernen Verkehrs. Der Satz, daß die modernen Staaten in erster Linie Verkehrsgemeinschaften sind, läßt sich hier dahin umdrehen, daß der Verkehr überhaupt erst dieses Weltreich möglich gemacht hat. Der Dampf war der belebende Sauerstoff, der das Blut der modernen Staaten rascher durch ihre Adern rollen ließ. Durch Dampfschiff und Eisenbahn verkürzte sich die Reisedauer, besonders der Post, von Indien nach London auf ein Fünftel, von Nordamerika auf ein Sechstel. Wenn heute ein Deputierter von Kanada zur Reichskonferenz nach London reist, so ist das für ihn nicht zeitraubender, als wenn vor 150 Jahren ein Parlamentsabgeordneter in der Postkutsche von Edinburg nach London fuhr. Die Auswandererscharen, die jetzt die großen Kolonialtochterstaaten, die Dominions, bevölkerten, wurden dadurch doch in viel engerer Verbindung mit dem Mutterlande gehalten, als es früher möglich gewesen wäre. Dazu kam die durch den modernen Verkehr und den damit zusammenhängenden Industrie-Kapitalismus wachsende

wirtschaftliche Solidarität und wechselseitige Abhängigkeit der Weltteile. Gewissermaßen automatisch wuchs damit der Einfluß der britischen Seemacht, denn die Ausbreitung der britischen Kolonien und Tochterstaaten über die ganze Erde hatte die Straßen des angeblich freien Weltmeers zu britischen Reichsstraßen gemacht, und die britische Reichspolizei in Gestalt der übermächtigen Kriegsflotte beschränkte ihre Aufsicht keineswegs bloß auf britische Untertanen, sondern war jederzeit in der Lage, auch den Überseeverkehr anderer Staaten zu reglementieren und ihre Angehörigen zu schubriegeln.

Das Jahrhundert von 1750—1850 hat aber auch die innere Beschaffenheit des englischen Mutterlandes völlig verändert. Beim Regierungsantritt des Oraniers Wilhelm III. war England trotz der großen Entfaltung seines Außenhandels noch überwiegend ein Agrarstaat. Man hat berechnet, daß von den $5^1/_2$ Millionen Einwohnern, die England (im engeren Sinne) damals zählte, drei Viertel von der Landwirtschaft lebten. Durch das Korngesetz Wilhelms III. von 1689, das eine Prämie für die Getreideausfuhr bewilligte, wurde England sogar für über zwei Menschenalter ein Getreide-Exportstaat, und unter der Einwirkung dieser Maßregel erlebte die englische Landwirtschaft ihre Blütezeit. Englische Landbau- und Zuchtmethoden wurden damals vorbildlich für Europa; natürlich zog auch der Handel seinen Vorteil aus diesem Zustand. Mit dem Jahre 1765 etwa aber begann durch die Erfindung der Spinnmaschine und die praktische Verwendung der Dampfmaschine das Maschinenzeitalter, welches nun eine ganz unerhörte Ausbreitung der Industrie und der Bergwerke mit sich brachte. Eine ganz neue Industrie, die Baumwollspinnerei und -weberei entstand, welche die bisherige Königin der englischen Gewerbe, die

Wolltuchweberei, von ihrem Throne stieß. Im Durchschnitt der Jahre 1771/75 wurden 5 Millionen Pfund Baumwolle in England eingeführt, 1844 waren es 600 Millionen geworden, 1910 etwa 1600 Millionen Pfund. Lancashire, der Hauptsitz dieser Industrie, „wurde aus einem obskuren, schlecht bebauten Sumpf in eine belebte, arbeitsame Gegend umgeschaffen, seine Bevölkerung in achtzig Jahren verzehnfacht und Riesenstädte wie Liverpool und Manchester mit zusammen 700 000 Einwohnern wie mit einem Zauberschlage aus dem Boden hervorgebracht" (Fr. Engels 1844). Aber auch die Wolltuchweberei vervielfachte ihre Erzeugung im erstaunlichsten Maße, und neben die Textil-Industrie trat die Eisen- und Maschinenindustrie als beherrschender Arbeitszweig, welcher mehr als jeder andere, namentlich durch die Ausbreitung der Bergwerksbetriebe, das Aussehen Englands verändert hat. Um nur eine Zahl zu nennen: 1740 wurden im Vereinigten Königreich ganze 18 000 Tonnen Stabeisen erzeugt; 1800 betrug die Erzeugung von Roheisen 158 000 Tonnen, 1840: 1 400 000 Tonnen, 1850: 2 250 000 Tonnen, 1875: 6 500 000 Tonnen.

Durch diese Umwälzungen wurde England, was seine Bevölkerung anbetrifft, ein vollständig anderes Land. Es gibt wohl kaum ein anderes Beispiel in der Geschichte, daß die Bevölkerung eines großen Landes in der kurzen Spanne eines Jahrhunderts lediglich von innen heraus, durch den Wechsel der Wirtschaftsbedingungen, ein so gänzlich verändertes Aussehen erhielt. Es fing damit an, daß die Weber, die bisher als Heimarbeiter auf dem Lande nicht nur das Spinnen im Hause besorgt, sondern auch eine kleine Acker- und Gartennahrung nebenher betrieben hatten, die Landwirtschaft gänzlich aufgaben, sich sodann in zwei getrennte Arbeitszweige, Weber und Spinner, teil-

ten, und schließlich zum größten Teil in die Fabrikstädte zogen. In die dadurch frei werdenden Landbauflächen zog eine neue Klasse landwirtschaftlicher Pächter ein, die größere Pachtungen (von 50—200 Morgen und mehr) mit verbesserten Methoden betrieben, und die zwar schon dezimierte, aber bis Mitte des 18. Jahrhunderts immer als Kern eines englischen Bauernstandes gedeihende Klasse der kleinen „Yeomen" völlig ruinierte und von der Scholle vertrieb. Während der Zeit der Kontinentalsperre erlebte die Landwirtschaft zwar nochmals eine kurze Blüte und eine Steigerung des Bodenwertes, aber die außerordentlichen Preisschwankungen dieser Jahre trugen erst recht dazu bei, den kleinen Landwirten das Festhalten ihrer Pachtung unmöglich zu machen, und der scharfe Preisrückgang seit 1815 wirkte in der gleichen Richtung. Die Pachteinnahme der englischen Grundbesitzer fiel in einem Jahr von 36 auf 25 Millionen £. Nicht nur die kleinen Pächter, sondern viele mittlere Besitzer (Landlords) mußten damals ihre Güter an erfolgreiche Börsenspekulanten verkaufen. Seitdem kämpfte die engische Landwirtschaft ihren Verzweiflungskampf trotz des bis zu einem hohen Preisstand gültigen Getreideeinfuhrverbots, das sie 1815 durchsetzen konnte, weil die Großgrundbesitzer und die landbesitzende Gentry im alten, noch unreformierten Parlament eine überwältigende Majorität hatten. Nach der Parlamentsreform von 1832, welche das kapitalistisch-industrielle Bürgertum ans Ruder brachte, war ihr Schicksal nur noch eine Frage der Zeit. Vom platten Lande aber, aus den Kreisen der verelendeten kleinen Pächter und Heimarbeiter — in vielen Landgemeinden waren damals die meisten Bewohner gesetzlich anerkannte Arme — strömte den Fabrikunternehmern und Bergwerksbesitzern jene unerschöpfliche „industrielle Reservearmee"

zu, die ihnen stets ein Überangebot an Arbeitern und damit die Möglichkeit sicherte, die Höhe der Löhne auf ein Niveau herabzuschrauben, das den Lohnempfängern gerade noch die Fristung des Daseins gestattete. Welche Folgen dies für diese Menschenklasse hatte, werden wir gleich sehen. Als Friedrich Engels 1844 über die Lage der arbeitenden Klasse in England schrieb, schätzte er das industrielle Proletariat bereits auf zwei Drittel der Gesamtbevölkerung. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, daß die Bewegung für die Aufhebung der Getreidezölle und für den Freihandel überhaupt ständig an Boden gewann. Das Freihandelsdogma war der industriellen Unternehmerschicht des Bürgertums auf den Leib geschrieben: sicherte es doch den Unternehmern billige Rohstoffe und den Arbeitern so billige Lebensmittel, daß ihre wohlfeile Arbeitskraft die englische Industrie in die Lage versetzte, auf dem Weltmarkte alle Konkurrenten zu unterbieten. Der feurigen Beredsamkeit der liberalen Apostel der wirtschaftlichen Glaubenslehre Adam Smiths fielen 1842—46 die Kornzölle, 1849 die Navigationsakte zum Opfer. England wurde das gelobte Land des Freihandels und sollte nach dem Willen der Cobden und Bright die bevorzugte industrielle Werkstatt der Welt bleiben, der die übrigen ackerbauenden Länder den Tribut der wirtschaftlich Rückständigen zu entrichten hätten. In der Tat erlebten Englands Industrie und Handel nach der schweren Krise von 1847 in den zwei Jahrzehnten 1850—1870 einen neuen überwältigenden Aufschwung. Der englische Bauernstand dagegen verschwand so gut wie völlig. Die Weizenanbaufläche ging 1872—92 in Großbritannien von 3,6 auf 2,2 Millionen Acres zurück, der Anbauertrag fiel im gleichen Zeitraum von 2,5 auf 1,6 Millionen Tonnen, wogegen die Fläche der Wiesen und Weiden von 12,6 auf

16,4 Millionen Acres stieg. Die Großgrundbesitzer, deren Pachtrente aus dem Ackerland nur noch einen sehr mäßigen Betrag ergab, verwandelten eben einen immer größeren Teil des Landes teils in Viehweide, teils in Sport- und Jagdgelände. Die sehr wohltätige und in der Londoner Gesellschaft allbeliebte Herzogin von Sutherland vertrieb 1825 15 000 Menschen von ihrem Boden in Schottland und ersetzte sie durch 39 Schaf-Farmer mit einigen Knechten, weil der Preis der Wolle höhere Einnahmen als die Landpacht versprach [1]). Ihr Erbe, der Träger des gleichen Herzogtitels im Jahre 1874, besaß nach der Grundbesitzstatistik dieses Jahres siebenmal so viel Boden als 852 438 kleine Grundbesitzer zusammen. Insgesamt gehörten nach derselben Aufstellung von der Bodenfläche des Vereinigten Königreichs volle zwei Drittel einer kleinen Minderheit von 18 252 Großgrundbesitzern (von über 202 Hektar Mindestbesitz), das restliche Drittel etwa 1,2 Millionen Besitzern kleinerer Flächen. Die Zahl der männlichen Landarbeiterbevölkerung ist in den vier Jahrzehnten 1871 bis 1911 noch immer zurückgegangen, von 1 013 000 auf 757 000. Das britische Volk des Mutterlandes ist also jetzt eine Gesellschaft von Menschen, bei denen die Klasse der Lohnarbeiter, und zwar besonders der in Industrie und Bergbau tätigen, ungeheuer überwiegt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entfielen etwa — wenn man in jeder Gruppe die Kinder und sonstigen Angehörigen zu den Erwerbstätigen hinzuzählt — auf die Handarbeiter 71 % der Bevölkerung; dazu kamen weitere 10 %, die zwar nicht körperlich arbeiteten, aber ihren ganzen Lebensumständen nach doch zum Proletariat gerechnet werden müssen. Insgesamt scheidet sich also das Volk in eine

1) Damaschke, Die Bodenreform. S. 440.

kleine, 1 Fünftel des Ganzen umfassende Oberschicht von Grund- und Kapitalbesitzern, Unternehmern, Rentnern usw. und eine gewaltige Unterschicht von Leuten, vier Fünftel der Gesamtheit, die ohne eigenen Besitz an Boden oder Vermögen, lediglich von ihrem Arbeitslohn, überwiegend von der Hände Arbeit leben und insofern, nach der üblichen sozialistischen Ausdrucksweise, als Proletarier bezeichnet werden können. Ein großer Teil davon gehört jedoch der mittleren Arbeiterklasse an, die, vor dem Krieg jedenfalls, in verhältnismäßig sicheren und auskömmlichen Verhältnissen lebte; man kann rechnen, daß auf diese Klasse die Hälfte des gesamten Volkes und zwei Drittel der Handarbeiter entfiel. Anderseits lebte ein volles Drittel des Volkes in beständiger Armut dahin, als ungelernte und Gelegenheitsarbeiter, kurz als Proletariat im vollen Sinne Sinne des Wortes. Und nicht nur proletarisiert war das britische Volk, sondern auch verstädtert: 1911 lebten 38 % der Bevölkerung in Großstädten von über 100 000 Einwohnern, nahezu die Hälfte der Gesamtheit in Städten von über 50 000, und nur 22 % in ländlichen Distrikten.

Wie stellte sich nun diese ihrer inneren Beschaffenheit nach so völlig umgewandelte Bevölkerung zu den Lebensfragen der Nation und des Staates? Im Anfang brachte jener rasche Übergang zur Fabrikindustrie alle jene furchtbaren Erscheinungen der kapitalistischen Ausbeutung und Verelendung mit sich, die sich fast überall mit der Einführung des Fabrikwesens verbunden zeigen, ungesunde Arbeits- und Wohnräume, zerrüttende Frauen- und Kinderarbeit, übermäßige Arbeitszeit, mangelnder Schutz in gefährlichen Betrieben, mit dem Gefolge von Krankheit, Verbrechen und Unsittlichkeit, das den ständigen Aufenthalt in den Ghettos der Industrie oft zur Hölle machte. Die ersten Versuche der Arbeiter, sich gegen den über-

mäßigen Druck von oben durch genossenschaftlichen Zusammenschluß zu wahren, stießen natürlich auf scharfen Widerstand des städtischen Bürgertums. Erst 1824 wurde ihnen das Recht zu freiem genossenschaftlichem Zusammenschluß zuerkannt, wohlgemerkt noch von dem alten Parlament, dessen toristische Mehrheit sich nicht geneigt fühlte, gerade die Interessen der industriellen Unternehmer wahrzunehmen. Seit den 1830er Jahren nahm die Arbeiterbewegung in England im Chartismus eine Gestalt an, die in vielem der deutschen Sozialdemokratie der Bismarckschen Zeit ähnelt, namentlich darin, daß sie als Voraussetzung für eine Besserung ihrer Lebensbedingungen politische Reformen forderten, eine „Volkscharte" (daher der Name), die in dem Verlangen nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Stimmrecht, jährlichen Parlamentswahlen und Abgeordnetendiäten gipfelte. Eigentlich sozialistische Forderungen erhoben die Chartisten nicht, und wenn sie auch aus ihrer republikanischen Gesinnung kein Hehl machten, so legten sie doch kein übermäßiges Gewicht darauf. Trotzdem war es eine äußerst radikale Bewegung, die vielfach unter dem polizeilichen Druck einen halbanarchistischen Charakter annahm, mit Bombenattentaten, Sabotageakten usw. arbeitete. Friedrich Engels, der mit diesen Zuständen vor Augen Anfangs der 1840er Jahre das oben erwähnte Buch schrieb, erwartete die soziale Revolution in England binnen wenigen Jahren mit der gleichen Bestimmtheit, mit der Bebel daran geglaubt hat, daß er selbst noch den allgemeinen „Kladderadatsch" und den Zukunftsstaat erleben werde. Darin hat er sich getäuscht. Warum? Die Antwort darauf geben heißt zugleich auseinandersetzen, warum die englische Arbeiterbewegung im ganzen dem bürgerlich-kapitalistischen und imperialistischen Staate so wenig Eintrag getan hat.

Engels selbst hat es wohl eingesehen, woran zunächst der Chartismus scheiterte: „Die französische Revolution von 1848 rettete die englische Bourgeoisie." Die sozialistischen Proklamationen der siegreichen französischen Arbeiter erschreckten das englische Kleinbürgertum, das sich mißtrauisch vom Chartismus zurückzog, entsprechend seiner zäh am Hergebrachten hängenden Sinnesart, wie sie im englischen Volkscharakter liegt. Schon vorher war unter den Chartisten eine Spaltung eingetreten, indem der radikal-bürgerliche Flügel sich von der Anti-Kornzoll-Bewegung der Liberalen einfangen ließ, während die proletarischen Chartisten wohl fühlten, daß es dabei letzten Endes nur darauf abgesehen sei, die Löhne niedrig zu halten. Das liberale Bürgertum aber, durch die Gewaltakte der letzten Jahre zum Nachdenken gebracht, hatte mit dem feinen politischen Instinkt der Rasse herausgefühlt, wie die Arbeiterbewegung in unschädliche Bahnen zu lenken sei. Die bisher verpönten Gewerkschaften wurden seit 1850 begünstigt, seit 1871 gesetzlich anerkannt. Dadurch wurde die Arbeiterbewegung gespalten. Denn in diesen Trade-Unions waren nur die gelernten, verhältnismäßig gutbezahlten Arbeiter bestimmter Berufe organisiert, die sich bald als eine Aristokratie unter den Arbeitern fühlen lernten und von der unteren proletarischen Schicht stolz abschlossen. Der Engländer aller Stände hat, wie oft bemerkt worden ist, eine Neigung zu vorherrschend praktischer Auffassung der Dinge, das auf dem Festland und besonders in Deutschland so weit verbreitete theoretische Spintisieren liegt ihm nicht. Ein praktischer Gewinn, den er übersehen kann, ist ihm lieber als eine theoretische Politik auf weite Sicht. Die englischen Gewerkschaften konnten von den Arbeitgebern in den Löhnen verhältnismäßig gut gestellt werden, weil England durch seinen riesigen Kolonialbesitz

über so reiche Rohstoffquellen, billige Halbfabrikate und billige Nahrungsmittel verfügte, daß seine Industrie auch bei höheren Löhnen konkurrenzfähig blieb [1]). Die Gewerkschaften hatten also „als Parasiten der britischen Weltherrschaft ein Interesse an der Ausbeutung der Welt durch England und waren als solche ein reaktionäres Element" (Paul Lensch). Dazu kommt die, wie schon bemerkt, tief im englischen Volkscharakter liegende Hochachtung vor dem Herkömmlichen, dem Respektablen, die sich besonders in der Sucht äußert, es in Äußerlichkeiten der nächst höheren bürgerlichen Klasse gleichzutun [2]). Es ist der auch anderswo verbreitete, aber, wie schon der Name besagt, in England besonders typisch hervortretende Snobismus, übrigens in seiner Ausartung ein echtes Kind des kapitalistischen Zeitalters. Der Snobismus ist der größte Feind des (ideal aufgefaßten) Sozialismus. Denn der Snob will ja nicht innerhalb seiner Klasse bleiben, in Gemeinschaft mit seinen Standesgenossen emporstreben, sondern er wird sich sorgfältig gegen den „Pöbel" unter ihm abschließen und jede Gelegenheit, die sich ihm bietet, benutzen, um auf der Leiter

1) Ich kann mich nicht enthalten, hier eine Stelle aus R. Calwers Einführung in die Weltwirtschaft (Berlin 1906, S. 86) anzuführen, die diese Verhältnisse überaus treffend kennzeichnet: „England befindet sich in der Lage eines Fabrikanten, ... der auf doppelte Weise arbeiten läßt. In seiner Fabrik, die in der Stadt (im Mutterland) domiziliert, zahlt er nicht nur die gleichen, sondern bessere Löhne als die Konkurrenz. Aber der nämliche Fabrikant hat auf dem platten Lande (in den Kolonien) noch zahlreiche Etablissements, wo er bei einer äußerst starken, aber gleichzeitig anspruchslosesten Bevölkerung überaus niedrige Herstellungskosten hat. Aus den Erträgnissen, die er aus den letzteren gewinnt, schöpft er nicht nur für sich großen Gewinn, sondern ermöglicht auch die gute Bezahlung seiner Arbeiter in der städtischen Fabrik."

2) Man vergleiche die ausführliche unterhaltende Schilderung bei Steffens, England als Weltmacht und Kulturstaat.

des finanziellen Erfolgs nach oben zu steigen. Und die englische Gentry ist klug genug, ihm viele solche Möglichkeiten offen zu halten, denn sie ist kein kastenmäßig abgeschlossener, nur durch Geburt erreichbarer Stand, wie etwa der preußische Adel. Auch darin verrät sich der klügere politische Instinkt des höheren Bürgertums in England, daß es durch schrittweise erfolgende Erweiterung des Wahlrechts (durch die Reformen von 1867, 1884, 1918) jeweils einem Teile des Arbeiterstandes Anteil am Staatsleben gewährte, dadurch die Anhänglichkeit an die Führung durch die oberen Stände wahrte und die Illusion, in einem besonders demokratischen und fortschrittlichen Staate zu leben, die ohnehin in der parlamentarisch-liberalen Tradition lag, nährte. Besonders wirkungsvoll war es, daß dies, durch Disraeli, auch von konservativer Seite geschah. Dadurch ist in England lange Zeit die Bildung einer eigenen Arbeiterpartei verhindert worden. Die große Masse der Arbeiterschaft folgte der Führung durch die großen parlamentarischen Parteien, der Konservativen und Liberalen. So sehen wir in England die gerade entgegengesetzte Erscheinung wie in Deutschland, obwohl, oder vielleicht gerade weil dieses auf einen Schlag ein viel weitergehendes allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht eingeführt hat.

Die Achtung des englischen Arbeiters vor dem Herkömmlich-Respektablen erstreckt sich auch auf die Kirche. Ja, man kann sagen, eine gewisse typisch englische Denkträgheit, die anscheinend mit der „insularen Beschränktheit" dieses Volkes zusammenhängt, ein Mangel an geistigem Leben, hat nicht wenig dazu beigetragen, die Arbeiterschaft im Banne der bürgerlichen Tradition zu erhalten. Von der mit Absicht zur Schau getragenen Kirchenfeindschaft der Arbeitermassen in Deutschland und

Frankreich findet sich hier nichts, ebenso wenig aber auch von der geistigen Unruhe, von dem ehrlichen Wahrheitsstreben, das trotz aller Vorherrschaft eines platten Materialismus den besten Teil der festländischen Arbeiterschaft beseelt. Daß die Bande zwischen der herkömmlichen Religion und der Arbeiterschaft in England nicht so gelockert sind, liegt ferner mit daran, daß breite Kreise des Bürgertums in England sich dem wahren, d. h. dem praktischen Sinn der Religion nicht so völlig entfremdet haben wie bei uns. Zwar die anglikanische Kirche hat im großen und ganzen in sozialer Hinsicht ebenso versagt, wie die evangelische Kirche in Deutschland. Aber aus den dissentierenden Sekten, die hauptsächlich in den unteren Mittelklassen ihre Anhängerschaft haben, den Methodisten, Quäkern usw., sowie von einzelnen sittlich hochstehenden Vertretern der Oberklassen sind von Zeit zu Zeit jene Wellen religiöser Buße und Erneuerung über England dahingegangen, die, wie in neuerer Zeit die Heilsarmee und die Settlements-Bewegung (Toynbee), bis in die Tiefe drangen und dem Proletarier zeigten, daß es noch Menschen gibt, die nicht bloß Christen heißen, sondern es auch sind, wenn diese Bewegungen auch schließlich in der Regel im Sektenwesen strandeten.

Daß schließlich die körperliche Entartung nicht solche Fortschritte machte, wie man es nach dem Anteil der großstädtischen Bevölkerung am Gesamtvolk erwarten sollte, hat zum Teil darin seinen Grund, daß der Sinn des Briten für gesunde körperliche Betätigung sich in dem volkstümlichen Sportbetrieb bis tief in die Arbeiterkreise hinein betätigte. Allerdings ist er in neuerer Zeit vielfach in bloße Wett- und Schauluft an den Kämpfen der „Professionals" entartet. Ob das Bierkneipenwesen (vor dem Kriege) in Deutschland oder der englische Schnaps-

Alkoholismus schädlicher ist, darüber läßt sich vielleicht streiten, daß die englische Form dieses Lasters auch stark auf das weibliche Geschlecht übergreift, macht sie für die Gesundheit der künftigen Generationen besonders gefährlich. Dagegen darf nicht verschwiegen werden, daß das Vorherrschen des Großgrundbesitzes im Weichbild der Städte günstige Folgen für die Wohnungsweise hatte, indem es durch das Leasehold-System den Arbeitermassen verhältnismäßig billige und nicht so dicht gedrängte Wohnungen schaffte.

Trotz aller dieser Umstände und obwohl die stete Abwanderungsmöglichkeit in die Siedlungskolonien, wo der Engländer unter seinesgleichen blieb, die soziale Spannung nicht wenig erleichtern mußte, machte sich seit den 1870er Jahren wieder eine Verschärfung der politisch-sozialen Gegensätze geltend. Der Grund lag darin, daß sich die Voraussagungen der englischen Freihändler nicht voll erfüllt hatten. England war nicht die alleinige industrielle Werkstatt der Welt geblieben, weil man auf dem Festland, in Frankreich, Belgien, Italien, sogar Rußland, vor allem aber in Deutschland (sowie in Amerika) ebenfalls zur Ausbildung der Industrie übergegangen war, und zunächst den inneren Markt erobert hatte, dann aber auch auf dem Weltmarkt oder sogar auf dem inneren englischen Markte, begünstigt vom britischen Freihandelssystem, als Wettbewerber auftrat. Die Produktionskurve der britischen Industrie, die bis dahin, nur unterbrochen von den in regelmäßigen Abständen wiederkehrenden Handelskrisen, steil in die Höhe gestiegen war, begann flacher zu werden, ja teilweise sich zu senken und hinter der der fremden Wettbewerber zurückzubleiben. Ein Blick auf drei der wichtigsten britischen Industriezweige mag dies erläutern:

Baumwollspinnerei:

	Baumwollverbrauch Mill. kg	Spindeln Mill.
1856	352	28,0
1881	650	40,6
1910	800	55,0

Wollspinnerei:

	Wollverbrauch Mill. engl. Pfd.	Spindeln Mill.
1856	214	3,5
1881	330	5,5
1907	347	6,0

Ausfuhr an Wollwaren

	Mill. £
1871 . . .	33,2
1881 . . .	21,4
1907 . . .	22,5

Roheisenerzeugung:

	1000 t England	Deutschland
1871/5	6467	1945
1881/5	8100	3400
1891/5	7240	5080
1901/5	8960	9500
1912	9031	17617

Es leuchtet ein, daß die wachsende Konkurrenz und die mehr und mehr eingeschränkte Bewegungsfreiheit auf den Märkten nicht ohne Rückwirkung auf das in seinem Wirtschaftsleben so stark auf die Ausfuhrindustrie eingestellte Land beiben konnte; auch in seinem politischen Leben mußte es empfindlich auf die Handelskrisen reagieren. Triumphierend schrieb Fr. Engels 1892: „Es ist unnötig zu sagen, daß es heute wirklich wieder Sozialismus in England gibt, und das massenhaft: Sozialismus aller Schattierungen, Sozialismus bewußt und unbewußt, Sozialismus in Prosa und Versen, Sozialismus der Arbeiterklasse und Mittelklasse." Indessen der neue gewaltige weltwirtschaftliche Aufschwung im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts verhinderte abermals, daß die Gährung einen gefährlichen Grad erreichte. Auch die bri-

tische Industrie kam bei diesem Aufschwung auf ihre Rechnung, so daß die oben angeführten Gründe für die Abhängigkeit der politischen Gesinnung der britischen Arbeiterschaft von der Wirtschaftslage sich wieder wirksam zeigten. Immerhin hatte die Stagnation der britischen Industrie 1873—1898 (1874 betrug die britische Ausfuhr im Spezialhandel 4886 Millionen Mark, 1898 4768 Mark) zur Folge gehabt, daß die Kritik am Freihandelssystem immer schärfer wurde, und daß die Stimmen sich mehrten, die einem engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß mit den Kolonien das Wort redeten, so daß das Britische Weltreich unter dem Schutze eines alle Teile umspannenden Systems von Schutz- und Vorzugszöllen zu einer gewissen Selbstgenügsamkeit (Autarkie) gelangen und wenigstens den kolonialen Absatzmarkt seiner mutterländischen Industrie vorzugsweise freihalten könnte. Der Anteil der Kolonien am Handel mit dem Mutterlande, der bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts rasch auf $^1/_4$ des Gesamtaußenhandels gestiegen war, hatte sich seit den 1860er Jahren annähernd auf dieser Höhe gehalten, jedenfalls $^1/_3$ des Gesamthandels nicht überschritten. Die mangelnde Aufnahmefähigkeit des kolonialen Marktes hatte einen Fortschritt in der engeren wirtschaftlichen Verbindung der Kolonien mit dem Mutterland verhindert, aber der sichtliche Aufschwung der Kolonien gegen Ende des Jahrhunderts schien einer solchen doch günstige Aussichten zu eröffnen. Indessen Chamberlains großer Plan der Tarifreform und Commercial Union scheiterte 1906 am Wahlsieg der Liberalen. Die Scheu vor einem radikalen Bruch mit dem Freihandelsdogma und vor der unvermeidlichen Verteuerung der Lebensmittel, die wie eine Besteuerung des Mutterlandes zugunsten der Kolonien wirken würde, gab dabei den Ausschlag. Statt dessen trat

nun das Programm einer rein politischen Imperial Federation in den Vordergrund, die sich seit 1907 in den Reichskonferenzen ein Organ geschaffen hatte und sich in mannigfacher Weise mit den durch die Homerule-Frage angeregten Plänen einer neuen Einteilung des Gesamtreichs und des Mutterlandes in Bundesstaaten verquickte. Das Hauptmittel, um der drohenden Sackgasse der kapitalistischen Industrie-Entwicklung, der Katastrophe einer sozialen Revolution auszuweichen, wurde aber die von König Eduard VII. und seinen Helfern meisterhaft gehandhabte Politik der Entente und der Einkreisung gegen Deutschland, das mit Recht als der geopolitisch, wirtschaftlich und sozialpolitisch gefährlichste Gegner galt. Diese Politik führte durch den Zwang der Tatsachen, vielleicht gegen den persönlichen Willen ihres Hauptförderers, zum Kriege. Es wiederholte sich — auch in vielen Einzelheiten, auf die wir später bei Gelegenheit zurückkommen — das Schauspiel des Kampfes gegen Spanien, die Niederlande, Frankreich, nur mit dem Unterschied, daß diesmal der Preis — die Lebenssicherheit eines zu künstlichster Verfeinerung entwickelten kapitalistischen Industriestaats von 46 Millionen Menschen — ebenso ins Ungeheure gestiegen war, wie die Mittel und die Kosten. Auch diesmal entschied die Seemacht — und die Hilfe der die Machtmittel dreier europäischer Großmächte und der Vereinigten Staaten heranführenden „internationalen" Großfinanz: der Sieg blieb England.

Aber hat der Sieg England für immer vor der sozialen Revolution gerettet? Fast möchte es scheinen, als ob der Krieg, indem er die Macht und Suggestionskraft des Kapitalismus überhaupt unterhöhlte, die Gefahr nur näher herangeführt und klarer enthüllt hat. Indessen wollen wir uns nicht mit müßigen Prophezeiungen ab-

geben, sondern nur kurz die Punkte aufführen, in denen sich die Lebensfrage Englands jetzt, nach dem Kriege, zusammenfaßt. Es sind dies folgende: 1. das Verhältnis zu den Kolonialtochterstaaten und den Verbündeten. Darauf werden wir später zurückkommen. 2. die Frage der industriell-merkantilen Weiterentwicklung, 3. die Landfrage, 4. die Verfassungsfrage.

Die künftige Gestaltung des Absatzes der britischen Industrie und des Bezugs von Rohstoffen und Nahrungsmitteln läßt sich in der gegenwärtigen Wirrnis noch schwer übersehen. Wir überlassen daher dieses Feld gern den volkswirtschaftlichen Propheten und beschränken uns auf wenige Bemerkungen. Der gefährlichste Wettbewerber Englands ist allerdings beseitigt, aber zugleich auch der beste Kunde, und mit ihm sind einige andere wichtige Absatzmärkte, nämlich außer Deutschland auch Rußland, Frankreich, Italien, in ihrer Kaufkraft stark herabgesetzt. Die ungeheuer gestiegene Steuer- und Schuldenlast fällt zu ungunsten Englands besonders gegenüber Konkurrenten wie Japan und Amerika in die Wagschale. Der dunkelste Punkt aber sind die Schwierigkeiten, die die Arbeiter machen: ihre ständigen Forderungen nach weiterer Verkürzung der Arbeitszeit, nach Erhöhung der Löhne, ihre „passive Resistenz" bei den Spitzfindigkeiten in der Abgrenzung der einzelnen Berufszweige, ihre wachsende Neigung, sich der politischen Führung des Bürgertums zu entziehen. Als einziges Plus, außer der Vernichtung der deutschen Macht, steht allen diesen ungünstigen Umständen der ungeheure Bedarf einer zertrümmerten Welt an Waren und Werkzeugen gegenüber.

Der U-Boot-Krieg, bei dem England doch nur um Haaresbreite der Niederlage entronnen ist, hat den ganzen Ernst der Landfrage enthüllt. Zu all den sozialen Grün-

den, mit denen Lloyd George und seine Genossen schon vor dem Krieg das bodenreformerische Evangelium Henry Georges predigten, sind nun noch strategisch-politische getreten. Es handelt sich um die Frage, wie die Ernährung des britischen Volkes wenigstens für einen etwas längeren Zeitraum als zehn Wochen aus dem eigenen Boden gewährleistet werden kann. Denn wer gibt England die Sicherheit, daß ein künftiger Gegner die U-Boot-Waffe nicht mit mehr Erfolg anwendet? Es kann nicht geschehen, so lange, wie der „Statist" (28. 7. 1917) bemerkt, „die jetzigen Besitzer des Bodens ihn vor allem als Gegenstand ihrer Vergnügungen und Grundlage ihres Lebensgenusses überhaupt betrachten." Wir sind auf die Ungeheuerlichkeiten der englischen Grundbesitzverteilung schon oben zu sprechen gekommen. Eine Änderung ist durch den Krieg insofern eingetreten, als die übermäßige Steuerlast (der unmittelbar vor dem Kriege eingeführten Grund- und der Einkommensteuer) viele Großgrundbesitzer gezwungen hat, einen Teil ihres Landes an die Pächter zu verkaufen. England hat damit wiedergewonnen, was es seit über hundert Jahren verloren hatte, einen freien Bauern- oder richtiger mittleren Gutsbesitzerstand. Diese freien Farmer haben während des Krieges gute Geschäfte gemacht. Aber damit ist die Frage nicht gelöst. Einmal ist eine dauernde Vermehrung des Getreidebaus auf diese Weise nicht zu erzielen. Bereits haben viele Farmer den während des Krieges umgepflügten Boden wieder in Grasland zurückverwandelt, weil sich die Viehzucht, zum Teil infolge der klimatischen Verhältnisse Englands, besser rentiert. Außerdem ist das, was die Sozialreformer Englands eigentlich anstreben, nämlich eine Verbesserung der physisch-hygienischen Lebensbedingungen des britischen Volkes, eine Rückkehr von der Stadt aufs Land, keineswegs erreicht,

und die Aussichten dafür sind sehr wenig günstige. Die Regierung hat ein großes Programm ausgearbeitet, das die Ansiedlung von drei Kategorien vorsieht: Tagelöhner (labourer, mit Garten), Kleinsiedler (small holder) und „Kolonisten", d. h. Bauern mit voller Ackernahrung. Man kann aber schon jetzt sagen, daß die Versuche einer Ansiedlung entlassener Soldaten und städtischer Arbeiter auf dem Lande in England ebenso und noch mehr zum Scheitern verurteilt sind wie in Deutschland. Ein Beispiel für viele: von 1700 Soldaten, an die der Grafschaftsrat von Surrey die Frage richtete, ob sie sich in Surrey auf sog. kleinen Landbaustellen (small holdings) niederzulassen wünschten, erklärten sich nur 102 dazu bereit, außerdem 63 zur Niederlassung außerhalb Surreys. Von jenen 102 erklärten außerdem nur zwei, das verlangte Anlagekapital von 10 £ pro Acre (= 0,4 Hektar) zu besitzen. Bis Mai 1919 hatten sich nach einer Mitteilung von Lord Erne (Mr. Prothero) im Oberhaus [1]) 12 000 entlassene Soldaten für Kleinsiedlungen gemeldet, wovon 88 % als brauchbar betrachtet wurden. Der Parlamentsbericht verzeichnet an dieser Stelle „Beifall". Man sieht, auch die Engländer sind im Kriege genügsam geworden. Die Behauptung, die Soldaten seien durch das Leben an der freien Luft Freunde der Landsiedlung geworden, erweist sich eben auch in England als leere Einbildung. Was sie wollen, ist allenfalls ein Garten, im übrigen aber ein möglichst bequemes Leben, Kino und städtische Vergnügungen. Vor allem gibt eines gegen die Möglichkeit einer Massenrückkehr aufs Land den Ausschlag: die Frauen der in Aussicht genommenen Siedler sind für Landarbeit weder tauglich noch geneigt — die englischen Frauen zu allerletzt.

1) Times vom 29. Mai 1919.

Mit oberflächlichen Redensarten und Scheinmaßnahmen ist diese Frage also nicht zu lösen; und doch ist sie eine der ernstesten für England — eine wirkliche Lebensfrage, wenn wir eine etwas fernere Zukunft ins Auge fassen. Denn nur ein freier Bauernstand, ergänzt durch einen Stand ansässiger Arbeiter und Handwerker, gewährleistet dem Staate die so notwendige Festigkeit. Man darf vielleicht die Vermutung aussprechen, daß diejenigen Staaten die Umwälzungen der kommenden Generationen am besten überstehen werden, die noch einen solchen Stand von Bauern und mittleren Gutsbesitzern in möglichst großem Umfange haben. Der Einfluß der entwurzelten, fluktuierenden Masse großstädtischer Industriearbeiter muß auf die Dauer der Politik eines jeden Staates verhängnisvoll werden. Gegenwärtig scheint die Lage in England noch ziemlich günstig. Das britische Nationalbewußtsein sitzt der Masse der bessergestellten englischen Arbeiterschaft tief im Blute, und der erfolgreiche Ausgang des Krieges hat den Britenstolz des gemeinen Mannes noch gekräftigt. Der regierende oligarchische Klüngel beider großen Parteien setzt alle Hebel in Bewegung, um die Spaltung zwischen der bessergestellten Arbeiterschaft der Trade-Unions und dem Proletariat ständig offenzuhalten und zu vertiefen. Daher auch der freigebige Gebrauch jener abgeschmackten „christlichen" Phrasen in der Presse aller Schattierungen, worin von dem Siege des tugendhaften England unter Ritter Lloyd George im „Armageddon", von der notwendigen Bestrafung der Hunnen und des Kaisers, von der Reue und Buße der Deutschen und von der Verzeihung, die ihnen dann — möglicherweise — gewährt werden soll, die Rede ist. Denn Lloyd George und seine Leute wissen sehr wohl, welche Zugkraft solche Redensarten noch jetzt bei der in kalvinistischen Auffassungen aufgewachsenen

Masse des britischen Volkes haben. Zur Ehre der Engländer sei es gesagt, daß doch nicht alle diesen Mißbrauch der Religion mitmachen, und daß beispielsweise die League of democratic control aufrichtig einen Ausgleich der Völker ohne „Strafen" erstrebt. Daß sie aus eigener Kraft damit durchdringt, muß man freilich bezweifeln. Ein anderer Umstand ist es, der der herrschenden Oligarchie verhängnisvoll werden könnte. Allzulange haben die Regierenden in England dem Volke das Gaukelbild einer regierenden Demokratie vorgetäuscht, während in Wahrheit doch nur eine kleine Minderheit die Maschine des Parlamentarismus beseelte und lenkte. Schließlich ist das Gaukelbild Fleisch und Blut geworden. Die Liberalen mußten ihre Parlamentsreformversprechungen 1911 einlösen und vollends ein skrupelloser Demagoge wie Lloyd George mußte die Woge weiterrollen lassen, die ihn emporgetragen. Die Wahlreform von 1918 ist eine der gefährlichsten und folgenreichsten Verfassungsänderungen, die England je erlebt hat. Die Wählerzahl ist von etwa 8 auf rd. 20 Millionen gestiegen, sie umfaßt jetzt auch die Frauen und große Massen bisher vom Wahlrecht ausgeschlossener Proletarier. Es wäre vollendete Torheit anzunehmen, daß die Mehrheit des britischen Volkes jemals aufhören würde, „britisch" zu denken, und jemals zu bewegen wäre, der „Internationale" zu folgen. Ob aber diese Wählermasse mit ihrem Übergewicht großstädtischer Arbeiter die Stetigkeit und die Fähigkeit besitzt, ein Weltreich, wie das britische, zu lenken, oder ob die aristokratisch-bürgerliche kapitalistische Oberschicht auch weiterhin genügend Einfluß bewahrt, um den Kurs des britischen Staatsschiffs mit Klugheit und Geschick in den traditionellen Bahnen zu erhalten — das kann nur die Zukunft lehren.

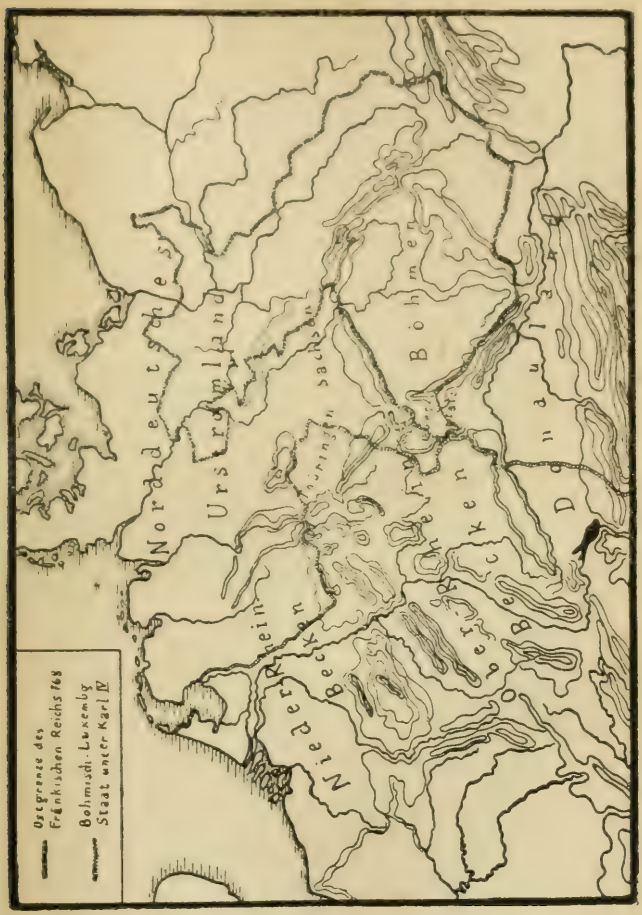
III. Deutschland.

Der Gang der deutschen Staatsentwicklung ist trotz der ursprünglich gemeinsamen germanischen Art fast in allem und jedem dem Englands entgegengesetzt. War England ein kleiner Staat mit einseitiger wirtschaftlicher Entwicklung, so Deutschland von vornherein ein, für mittelalterliche Begriffe jedenfalls, großer Staat und eines der größten, dabei nicht einheitlichen Wirtschaftsgebiete Europas. Die Uneinheitlichkeit war in der weiten Ausdehnung, in der zentralen, den Verkehr nach verschiedenen Richtungen ablenkenden Lage und in der verschiedenen geophysisch-klimatischen Beschaffenheit Ober- und Nieder-, West- und Ost-Deutschlands gegeben.

Entstanden ist der alte deutsche Staat aus dem Zerfall des großen fränkischen Eroberreiches. Bei der Teilung von Verdun 843 trennte sich das deutsche Stammland von dem nur oberflächlich germanisierten und bei der Trennung schon wieder ganz romanischen Westen, und obwohl das Nationalgefühl dabei nicht eigentlich maßgebend war und nicht voll ins Bewußtsein trat, so spielt doch schon lange vorher eine gewisse nationale Reaktion des germanischen Ostlandes (Austrasien) gegen den kolonisierten, von den Merowingerkönigen bevorzugten Westen eine Rolle. Bald nach der Teilung fiel das ganze lotharische Mittelreich (Lotharingien) an Rhein und Maas und mit ihm einige romanische Grenzbevölkerungen im Westen an das Deutsche Reich, ohne daß dies übrigens jemals zu irgendwelchen nationalen Reibungen Anlaß gegeben hätte; Leute deutscher und welscher Zunge haben sich in diesen Grenzgebieten bis in die Neuzeit hinein stets gut vertragen, und romanische Städte wie Metz, Verdun, Lyon sind sich ihrer

Zugehörigkeit zum Deutschen Reich mit Stolz bewußt gewesen. Den Kern dieses alten Reiches bildete das Rheintal, die wichtigste europäische Nordsüdstraße und die Hauptverbindung zwischen den gewerbereichen Gebieten Norditaliens und der Niederlande, zu vollem Übergewicht über die westlicheren Parallelwege allerdings erst durch die Eröffnung der Gotthardstraße, um 1225, gelangt. Die alten römischen Verkehrs- und Wirtschaftsmittelpunkte am Rhein erblühten nach dem Verfall der Völkerwanderungszeit schon verhältnismäßig früh wieder als städtische Siedlungen. Vom Rheinland aus ist das Deutsche Reich nach Osten gewachsen. Schon das Merowingerreich hatte eine große Ausbuchtung im Maintal und Mittelgebirge nach Osten bis Thüringen, und die Karolinger erstreckten ähnliche koloniale Fühlhörner einerseits durch Bayern und die Bayerische Ostmark ins Donautal, andererseits durch Niedersachsen ins Norddeutsche Urstromtal. Auf beiden Wegen war die Möglichkeit einer starken kolonisierenden Ausbreitung nach Osten gegeben, und die kraftvollen fränkischen Herrscher haben nicht verabsäumt, dies stellenweise durch ein förmliches militärisches Siedlungssystem zu unterstützen. Am frühesten ist die Kolonisation im Süden, im Donautal, in den Ostalpenländern und bis nach Pannonien (Westungarn) hinein vorgedrungen, hier zum Teil durch den Magyarenvorstoß wieder zerstört. In diesen trüben Zeiten nach dem Zerfall der Karolingermacht war das Gefühl der Gemeinsamkeit in den deutschen Stämmen am Rhein und ostwärts davon, trotz ihrer zum Teil erst jungen Zugehörigkeit zum Reiche, soweit erstarkt, daß sie durch eine Art föderalistischer Vereinigung (die Königswahl zu Forchheim 911 und acht Jahre später die auf einer Verständigung zwischen Franken und Sachsen beruhende Wahl Heinrichs I.) den

deutschen Staat neu konstituieren konnten. Das Hauptverdienst daran hat doch die kräftig und gewaltsam durch-



Deutschlands geschichtliche Hauptteile
(geographische Grundlagen deutscher Staatsentwicklung).

greifende Herrschermacht Karls des Großen; denn ohne diese hätten sich wohl Sachsen und Bayern zu besonderen germanischen Staaten und Nationen entwickelt, und nach

dem Ende der Karolinger fehlte nur wenig, daß der Gang der deutschen Geschichte doch wieder in diese Bahn einlenkte; im Keim wurzelt in diesen Verhältnissen schon der spätere deutsche Dualismus.

Im frühen Mittelalter war dieses Deutschland der mächtigste Staat Europas. Es erstreckte seinen Einfluß als herrschende politische Macht vor allem auf Italien, den Sitz des Papsttums und damit den religiösen Mittelpunkt des Abendlandes, ferner auf Burgund (Westalpen und Rhonetal), gewissermaßen die südliche Fortsetzung und Ergänzung Lotharingiens in geopolitischer Hinsicht, im Osten zeitweise auf Ungarn, Polen, dauernd auf Böhmen, das trotz seines überwiegend tschechischen Volkstums ein vollgültiger Bestandteil des Reiches (wenn auch mit Reservatrechten) wurde. Die Kaisermacht hat Deutschland vor fremden Invasionen gesichert von der Mitte des 10. bis in den Beginn des 15. Jahrhunderts, sie war in seiner zentralen, feindlichen Einfällen auf allen Seiten ausgesetzten Lage sein Glück und sein Schutz, hat auch unverkennbar eine stärkende Wirkung auf das Nationalgefühl gehabt, dem von Anfang an infolge des oben erwähnten Sondergeistes der Stämme eine gewisse Schwäche anhaftete. Späterhin aber wurde die italienische Kaiserpolitik verhängnisvoll: der Investiturstreit mit dem Papsttum stärkte das deutsche Fürstentum und die völlige Entfremdung der letzten Staufer vom Reiche — Friedrich II. war und blieb in erster Linie der Herrscher Siziliens — führte die partikularistisch-dezentralisierende Richtung zum Siege. So mündete der Feudalismus in Deutschland im 13. Jahrhundert nicht wie in England in den parlamentarischen Ständestaat, sondern in den dezentralisierten Ständestaat, d. h. in das Landesfürstentum aus. Deutschland wurde von seinem hohen Adel nicht in Form einer in

der Hauptstadt sich versammelnden Körperschaft regiert, sondern zersprang in tausend Stücke, in deren jedem ein kleiner Herr den König zu spielen suchte. Es ist bezeichnend, daß die größte nationale Unternehmung des deutschen Volkes im Mittelalter, die Kolonisation des Ostens, nicht ein Werk des Königtums, sondern des Landesfürstentums und der einzelnen Berufsstände des Volkes selbst war. Dadurch wurden die deutschen Grenzen nun auch im norddeutschen Urstromtal und im Mittelgebirge erheblich nach Osten vorgeschoben: etwa zwei Fünftel des heutigen Deutschtums wohnen auf kolonialem Boden, der ganz überwiegend durch friedliche Arbeit, meist auf Einladung der heimischen slavischen Fürsten, dem Deutschtum gewonnen ist; nur einige Gebietsteile zwischen Elbe und Oder, sowie Ostpreußen und die baltischen Gebiete sind mit dem Schwert erobert worden. Die slavischen Fürsten Mecklenburgs, Pommerns, Schlesiens und Böhmens wurden, der Anziehungskraft deutscher Gesittung, Bildung und Wirtschaft folgend, freiwillig Deutsche. Das weite Vordringen deutscher Städtebürger (Kaufleute und Handwerker), denen als Pionieren später auch Bergleute und Bauern folgten, hat das Deutschtum damals für große Teile des europäischen Ostens zum Hauptverbreiter höherer Kultur gemacht. Die Einwirkungen erstrecken sich über die baltischen Gebiete, mit Riga als Mittelpunkt, bis nach Rußland hinein, auch nach Litauen, über ganz Polen bis nach Wolhynien, über Böhmen und Mähren nach Ungarn und Siebenbürgen, und haben trotz späterer starker Rückschläge bis zur Gegenwart ihre Spuren in zahlreichen Siedlungen deutscher Nationalität und in vielen Zeugnissen deutscher Lebens- und Arbeitsweise hinterlassen. Es ist nun einmal eine Tatsache, die weder totgeschwiegen noch sonst aus der Welt geschafft werden kann, daß in der

Hauptsache Deutsche es waren, die den Geist und die Technik Europas nach „Halbasien" brachten.

Ein eigentümliches und verhängnisvolles Schauspiel bietet freilich das deutsche Staatswesen, wie es, als Ganzes genommen, gleichzeitig mit dieser gewaltigen Ausbreitung der deutschen Nation, einer zunehmenden Erweichung und Auflösung verfiel. Bei der zentralen Lage Deutschlands wurde es natürlich von der größten Bedeutung für ganz Europa, das dasselbe Gebiet, das bisher der Ausstrahlungspunkt einer großen staatlichen Kraft gewesen war, gewissermaßen der Kern, um den sich die ganze abendländische Staatenwelt herum kristallisierte, nun für mehrere Jahrhunderte jedem fremden Einfluß offenstand und, dem Druck der umwohnenden Völker nachgebend, den europäischen Kabinetten und Armeen als Schlachtfeld diente. Auch die Reichsreform vom Anfang des 16. Jahrhunderts hat dieser Zersetzung, welche der gegen nationale Zusammenhänge grundsätzlich gleichgültige Feudalismus hervorrief, nicht erheblich Einhalt tun können. Im Gegenteil kam im 16. Jahrhundert zur politischen und ständischen Spaltung auch noch die konfessionelle, die wegen des Grundsatzes cuius regio eius religio auch weitgehende politische Folgen hatte. Der Auflösungsprozeß gipfelte im Westfälischen Frieden 1648, wo etwa 2—300 deutschen Reichsständen die nahezu volle und etwa 1800 Reichsrittern usw. eine Halbsouveränität erteilt wurde, so daß der Staatslehrer Pufendorf das Reich als ein undefinierbares Monstrum, das jeder staatsrechtlichen Theorie Hohn spreche, verspotten konnte.

Indessen hatte die staatliche Neubildung Deutschlands damals schon längst begonnen. Sie ging vom Landesfürstentum der östlichen Kolonialgebiete aus, deren weite Flächen vom Feudalwesen noch nicht so durchsetzt und

zerteilt waren und einer kräftigen territorialen Einigungspolitik freieren Spielraum boten. Nachdem der Versuch des Luxemburgers Karl IV., die Neubildung von Böhmen aus zu unternehmen, an der Reaktion des tschechischen Volkstums gescheitert war, erfolgte sie von zwei Kernen aus, vom Donauland (Österreich) und vom Urstromtal (Preußen). Damit war freilich der Grund zu dem unheilvollen, noch heute nicht ganz überwundenen Dualismus gelegt.

Österreich ist vom Wiener Becken aus als ein natürliches geographisches Gebilde gewachsen — eines der bemerkenswertesten Beispiele, daß der Wille einer Dynastie auf der Grundlage einer geographischen Landschaftseinheit auch Völker ganz verschiedener Nationalität zu einem Staate zusammenschweißen kann. Es war das Schicksal und Verhängnis dieses im Kern doch deutschen Großstaates, daß diese natürliche geographische Einheit so viele fremdnationale Bestandteile bewohnten.

Die Richtung des Wachstums nach Süden hatte schon der Staat des Przemysliden Ottokar, des unglücklichen Vorgängers und Nebenbuhlers Rudolfs von Habsburg, gewiesen: es folgte hier, über Kärnten, Krain, Istrien den Bedürfnissen des Handelsverkehrs vom Wiener Becken zur Adria, als dem nächsten Meere. Triest hat sich 1382 aus Rivalität gegen Venedig freiwillig dem Habsburgerstaat angeschlossen. Nach Westen ist Österreich über Tirol und Vorarlberg gewachsen in dem Bestreben, die vorderösterreichischen Stammlande der Habsburger (in Schwaben, der Schweiz, dem Elsaß) mit den Donaukernlanden zu vereinigen, wobei Bayern als unüberwindliches Hindernis südwärts umgangen werden mußte; jene „vorderösterreichischen" Gebiete wurden später aufgegeben. Böhmen, Mähren und auch Ungarn neigen verkehrsgeographisch dem

Wiener Becken zu, Böhmen insbesondere, weil seine hohe Gebirgsumwallung trotz des Abflusses der Elbe nach Norden den Verkehr nach allen Seiten außer nach Süden erschwert. Ihre Vereinigung mit Österreich erfolgte nach einer Auseinandersetzung mit den rivalisierenden polnisch-litauischen Jagellonen im Wiener Erbvertrage 1515, dessen Bestimmungen durch Ludwigs II. Tod 1525 zum Anfall an Habsburg führten. Der Besitz Böhmens, jener gewaltigen natürlichen Festung, die sich im Osten Deutschlands zwischen das norddeutsche Urstromland und das süddeutsche Donauland einschiebt, hat Habsburg in erster Linie dazu befähigt, einen so beherrschenden Einfluß auf Deutschland auszuüben; Habsburg hatte sich damit in die zentrale Stellung Karls IV. gesetzt und versuchte mit stärkeren Kräften das durchzuführen, was den schwachen Luxemburgern durch die tschechische Revolution 1409—36 unmöglich gemacht worden war. Sein historisches Recht auf Ungarn hat sich der Habsburgerstaat durch den dreihundertjährigen Kampf gegen das Osmanentum errungen, einen Kampf reich an Ehren und Erfolgen, der ihm vor allem sein bestes Machtmittel, seine Armee, herangebildet, ihm übrigens auch manche Gelegenheit gegeben hat, durch deutsche Siedlung und Verwaltungsarbeit eine Kulturmission zu erfüllen, was der mit so schwerer geschichtlicher Schuld beladenen Dynastie doch nicht ganz vergessen werden sollte. (Vergleiche die Karte S. 23.) Aber diese Erfolge als Großmacht haben den Staat so mit fremdnationalen Bestandteilen belastet, daß er seinen ursprünglichen deutschen Charakter mehr und mehr verlor, obwohl seine Herrscher jahrhundertelang Träger der deutschen Kaiserkrone waren — und sich 1806 als ein völlig selbständiges Reich konstituierte; vollends seitdem, etwa mit der Revolution von 1848, die Natio-

nalitätsidee zum herrschenden politischen Leitmotiv wurde, bildete er einen nur durch die geographische Einheit, hauptsächlich aber durch die Dynastie und die von ihrer Tradition durchdrungene Aristokratie, Beamtenschaft und Armee zusammengehaltenen morschen „Nationalitätenstaat". Die Tradition aber hatte Farbe und Charakter durch die Verbindung der Habsburger mit den burgundischen Niederlanden und mit Spanien im Zeichen der Gegenreformation gewonnen. Sie war bis zu ihrem letzten Lebenstag im Grunde spanisch und klerikal-jesuitisch, und darum ganz unfähig, der nationalen Einigung der Deutschen als Führerin zu dienen.

Da hatte Preußen von vornherein einen viel reineren deutschen Charakter. Preußen ist vor allem der führende protestantische, genauer gesagt lutherische Staat in Deutschland geworden an Stelle Kursachsens; dem hatte das Schicksal eigentlich diese Aufgabe zugewiesen, aber Unfähigkeit seiner Dynastie, Bequemlichkeit und Weichheit seiner Bewohner sowie die geopolitische Abhängigkeit von Böhmen-Österreich verhinderten, daß es sie erfüllte.

Die tiefste Idee des lutherischen Protestantismus, wie sie Luther schon in den großen Flugschriften von 1520 aussprach, ist die Idee des allgemeinen Priestertums: indem der Mensch mit Freudigkeit und ganzer Seele seinem Berufe nachgeht, seine weltliche irdische Pflicht erfüllt, setzt er sich in unmittelbare Beziehung zu Gott, erlebt er Gott. Die Sphäre der Werke des Glaubens ist die weltliche Gesellschaft und deren Ordnung. Damit ist jeder Gedanke an katholische, kirchliche Werktätigkeit abgewiesen. Aber man beachte auch den tiefen Unterschied der lutherischen Idee von der früher geschilderten englischen, kalvinistisch-puritanischen Idee der „innerweltlichen Askese". Im Luthertum und im deutschen Pietismus, wie er seit

dem 17. Jahrhundert aus ihm hervorging, findet sich nichts von der Abtötung des fleischlichen Menschen durch die Arbeit, nichts von der Bewährung des prädestiniert-begnadeten Menschen durch den sichtbaren Erfolg. Der lutherisch-deutsche Gedanke ist dem kalvinistisch-englischen geradezu entgegengesetzt: die Berufsarbeit ist Amt, ist Gottesdienst im sozialen Gewande, nicht Aufopferung zu Ehren des strafenden Gottes. Indem die Menschen getreulich ihrem Berufe nachgehen, dienen sie der Gemeinde, der Gesellschaft, wie die Gliedmaßen des Körpers eines dem anderen. „Da ist ihm kein Unterschied in Werken, er tut das Große, Lange, Viele so gerne als das Kleine, Kurze, Wenige, und er tut's dazu mit fröhlichem, friedlichem, sicherem Herzen und ist ganz ein frei Geselle" (Luther, von den guten Werken). Es ist die genialste Verklärung und Begründung des Gemeinschaftslebens, des (ethisch verstandenen) Sozialismus, um uns der jetzt gangbaren Ausdrucksweise zu bedienen. Freilich, das Gotteserlebnis in der Ausübung des Berufs ist in Wirklichkeit nur wenigen möglich. Es war eine Gewaltsamkeit, als erklärt wurde: jeder Mensch, d. h. also die Masse, hat seine Pflicht zu tun, er muß die Fähigkeit haben, sie einzusehen und sie zu erfüllen (P. Ernst).

Der Protestantismus hatte, wo er zur Herrschaft kam, die alte Kirche zerstört und viele ihrer Aufgaben dem Staate überwiesen. Daß nun gerade der Preußische Staat diese Aufgabe am tiefsten erfaßte und damit an Stelle der zerbrochenen alten Form der Kirche eine neue Form des Gemeinwesens, den protestantischen Beamtenstaat, den „Obrigkeitsstaat", wie er jetzt herabsetzend genannt wird, den Staat der organisierten Pflichterfüllung, wie wir ihn gerechter nennen können, schuf, ist das Werk der Hohenzollerndynastie, richtiger noch der

drei oder vier großen Männer, die sie vom 17. bis 19. Jahrhundert hervorgebracht hat; dabei sollte der oranische und welfische Einschlag in der Herkunft der drei Gründer des preußischen Staates nicht vergessen werden, denn die früheren Hohenzollern zeigen nur selten etwas von der Energie und dem Schwung ihrer drei großen Nachfahren. Auch haben drei Vorbedingungen bei dieser Schöpfung wesentlich mitgewirkt: einmal war es nicht gleichgültig, daß die Dynastie seit Johann Sigismund im Gegensatz zu ihren Untertanen dem reformierten, kalvinistischen Bekenntnis anhing; beim Großen Kurfürsten hat dies offensichtlich stark mitgewirkt, ihn in eine so ganz andere aktivere politische Haltung zu treiben, als sie bei den leidsamen, ja lethargischen lutherischen Fürsten Norddeutschlands bis dahin Brauch war. Anderseits hat gerade das Luthertum des norddeutschen Adels und Bürgertums den Hohenzollern die Mitarbeiter und Helfer von jener in ihrer Art unnachahmlichen geistigen und sittlichen Beschaffenheit geliefert, wie sie jene Staatsschöpfung erst möglich machte; nur unter diesen Lutheranern und Pietisten war kraft ihrer religiösen Anschauung die Treue, die Disziplin, die Bescheidenheit, die Gewissenhaftigkeit, die entsagungsvolle Hingabe an den Dienst zur typischen Haltung geworden, die den preußischen Staat groß gemacht haben. Sie ist trotz vieler verwandter Züge germanischer Volksart doch wesentlich verschieden von der der großen angelsächsischen Staatsmänner, Generale, Kolonisten und Unternehmer, hat bei gleicher Energie nichts von der immer etwas wikingerhaft anmutenden Selbstherrlichkeit und Eigenwilligkeit der Briten. Ein Schwerin, Zieten, Scharnhorst, Gneisenau, Moltke, Hindenburg sind in England ebenso unmöglich wie ein Clive, Warren Hastings, Rhodes, Kitchener in Preußen (Karl Peters war so — wurde des-

halb auch prompt zu Tode schikaniert). Selbst die Eigenmächtigkeit eines York oder Blücher ist eigentlich nur tiefer, verantwortungsvoller aufgefaßter Gehorsam. Endlich gehörte als dritte Voraussetzung zu dem Werden dieses Staates die Art des norddeutsch-ostelbischen, besonders des märkischen Kolonialvolkes: Dieser zähe, arbeitsame, abgehärtete, nüchterne, etwas ironisch-skeptische, sehr materielle, dabei trotz aller Starrköpfigkeit politisch ziemlich passive, mehr zu langmütig duldendem Gehorsam neigende Menschenschlag, der so viele Voraussetzungen zur Verwirklichung jener lutherischen Gesellschaftslehre mitbrachte. Freilich ging es dabei, wie gesagt, nicht ohne Gewaltsamkeit ab. Vor allem ging dabei die innere Freudigkeit verloren. Es ist echt preußisch, daß jeder „seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit tut," aber man sollte Gott nicht mit so mürrischem Gesicht dienen. Dennoch, alles in allem ist das Preußentum das letzte geschichtliche Beispiel einer menschlichen Lebensform, die Stil hat — den Stil, wie er richtig genannt worden ist, einer erzwungenen Tüchtigkeit. Norddeutschland hatte einen Geschichtstag verschlafen und „mußte nun täglich eine Stunde früher aufstehen" (L. D. Frost.).

Der Große Kurfürst fand sein Land in einer unmöglichen Verfassung: offene Länderfetzen in drei weit verstreuten Gruppen, jedem Feinde eine widerstandslose Beute. Er schuf zunächst das Heer, das bis zum November 1918 das Rückgrat des preußisch-deutschen Staates geblieben ist. Nach dem Heer hat sich alles übrige geformt. Der eigentliche Schöpfer Preußens aber ist Friedrich Wilhelm I. geworden, den man nicht nach dem Zerrbild beurteilen darf, das seine verbitterte Tochter und ihr nachschreibend verständnislose Geschichtsschreiber, wie der Engländer Macaulay u. a., von ihm entworfen haben. Er übertrug den

unbedingten Gehorsam, die Disziplin und die aufs äußerste angespannte Leistungsfähigkeit von der Armee auf die Zivilverwaltung, er schuf den Beamtenstaat mit wohlgedrillter Armee und wohlgefüllten Kassen „etwa wie ein Gutsbesitzer, der sein Gut mit totem und lebendem Inventar im möglichst besten Zustand seinen Nachfolgern überliefern will" (P. Ernst). Wenn unsere Sozialdemokraten nicht so hoffnungslos von der jüdisch-englischen Phrase benebelt wären, müßten sie begreifen, wieviel echt Sozialistisches dieser Staat enthielt, wie sehr er eigentlich Blut von ihrem Blute ist. Von Demokratie nach englischem Muster ist darin allerdings nichts zu spüren; der geschäftlich-finanzielle Erfolg, der Reichtum gibt im friderizianischen Preußen keinen Einfluß, sondern nur die vom König erteilte Rangstellung und Befehlsgewalt, wozu jeder seiner Brauchbarkeit entsprechend ausgewählt wurde. Die Autorität des Staates erstreckt sich auch auf die Wirtschaft: Friedrich der Große ist der erste Monarch, der seine Wirtschafts- und Handelspolitik nach wissenschaftlichen Grundsätzen, auf statistischer Grundlage aufgebaut hat. In diesem Staate gab es, wie Spengler treffend bemerkt, im Grunde keinen Privatmann. Jeder Stand hatte seine ihm zugewiesene Sphäre, sein „Amt und Werk", wie man mit Luther sagen könnte, innerhalb deren jeder die ihm zugewiesenen Dienste leisten, die ihm auferlegten Lasten tragen mußte zum höheren Wohle der Gemeinschaft. Dafür wurde aber auch jeder Stand in seinen Rechten und seinem Bereiche geschützt, z. B. das Bauernlegen durch die adligen Grundbesitzer verhindert. Der Adel hatte zwar eine Vorzugsstellung, wurde aber auch scharf zum Staatsdienst herangezogen, der keineswegs zur Bereicherung diente. Im ganzen stand das Leben in diesem Gemeinwesen unter hartem Druck, unter steter Bevormundung; jedoch das Entgelt

war nicht nur große Sicherheit und Ordnung, sondern auch, unter dem großen Sohne Friedrich Wilhelms I. wenigstens, das kostbare Gut der Glaubens- und Gewissensfreiheit; auch das Wirken eines Lessing, eines Kant sind bezeichnende Züge im Wesen dieses preußischen Staates.

Zur Großmacht erhoben hat den Staat der Sohn des Beamten- und Soldatenkönigs, Friedrich der Große, der von Haus aus eine ganz andere, auf feineren geistigen und sinnlichen Lebensgenuß gerichtete Natur war. Aber unter der Decke der Eitelkeit und Ruhmsucht barg er doch eine ungeheure moralische Energie. Auf Gründe gestützt, die nicht besser und nicht schlechter waren als die auch sonst für das Zeitalter typischen Motive der Kabinettskriege, eroberte er 1742 Schlesien. Der Hauptgrund war der nicht mehr zu hemmende Wunsch, eine alte Rechnung mit dem Hause Habsburg zu begleichen, das seit hundert Jahren und länger offen und insgeheim dem Emporkommen Brandenburgs entgegengearbeitet hatte. Schon der Große Kurfürst hatte den Plan erwogen, den unterdrückten Evangelischen Schlesiens zu Hilfe zu kommen; dieser Plan kam zwar nicht zur Ausführung, dafür aber hat er durch ein technisches Werk der Vereinigung Schlesiens mit Brandenburg vorgearbeitet, indem er durch den Bau des Müllroser Kanals zwischen Oder und Spree die längste deutsche Wasserstraße, die durchgehende Verbindung Breslau-Hamburg, schuf. Damit war verkehrsgeographisch die Grundlage gelegt zu Preußen als dem Staate des norddeutschen Urstromtals.

Diese Bezeichnung verdient noch etwas heller beleuchtet zu werden. Wie schon bemerkt, nannte Brandenburg nach dem Westfälischen Frieden einen Besitz sein eigen, der ihm zwar Ansatzpunkte zu einer großen Politik bot, aber zunächst weit über seine Kräfte hinausging. Die entlegenen Außenposten sind jeder in seiner Art wichtig geworden: Ostpreußen hat die materielle Unterlage der Souveräni-

löst und des Königtums geboten, die westfälischen Gebiete mit dem Hellweg und den Pässen von Minden und Bielefeld ermöglichten die militärische Herrschaft über die große norddeutsche Heerstraße zum Niederrhein. Trotzdem ist sogar Friedrich der Große noch bereit gewesen, beide Außenposten zu opfern, um sich mit Schlesien, Sachsen, Pommern und womöglich Mecklenburg eine völlig gefestigte Stellung zwischen Oder und Elbe zu sichern. Denn, wie A. v. Hofmann scharfsinnig hervorgehoben hat, die Bedeutung des brandenburgisch-preußischen Staates beruht geopolitisch auf dieser Mittelstellung mit dem Blick nach Osten und Westen, welche beherrschenden Einfluß auf Ostsee und Nordsee sichert und zuerst durch die schwedische Strategie im dreißigjährigen Kriege praktische Bedeutung gewann. Sachsen vermochte Friedrich nicht zu gewinnen und damit scheiterte die Abrundung der Magdeburg-Halberstädter Elbstellung durch das „nördliche Glacis" Böhmens. Dagegen gestaltete Schlesien in preußischem Besitze seine Wirtschaftskräfte ganz im Sinne seiner norddeutschen Verkehrsverwandtschaft aus und half Preußen zu einem abgerundeten Oderstaat zu machen. Der Erfolg gegenüber Österreich war ein doppelter: es wurde ihm ein reiches, verkehrsgeographisch bedeutsames Land entzogen, und es wurde die böhmische Festung wenigstens auf der Ostseite „desarmiert".

Indem Friedrich diese Tat seines persönlichen und dynastischen Ehrgeizes in drei schweren Kriegen verteidigte, opferte er in endloser Mühe und Arbeit seine Persönlichkeit. Es wäre bequemer für ihn gewesen, wenn er der inneren Stimme, dem Naturtrieb, der hier auf den ostelbischen Ebenen und Heiden den Stamm eines neuen deutschen Großstaats erwachsen lassen wollte, nicht gefolgt wäre, sondern seinen künstlerischen und philosophischen Liebhabereien

gelebt hätte. Aber darin lag seine Größe: er verzichtete im Kleinen und Großen, um sich ganz der Idee seines Staates hinzugeben; er wurde „der erste Diener des Staates". Darin erst lag die sittliche Rechtfertigung für den Absolutismus des preußischen Königtums; der König folgte dem Beispiel der Beamten und Untertanen und unterwarf sein eigenes Leben dem Gedanken der staatlichen Gemeinschaft. Wie verschieden ist doch diese preußische Staatsidee von der britisch-kalvinistischen Idee des Staates als Schutzorganisation für erfolgreiche Geschäftsleute oder von der asiatisch-despotischen Staatsidee Rußlands, wo nicht Dienstrang und Ehre, sondern kormlenje „Ernährung" den Inbegriff des Beamtentums ausmacht!

Als Großmacht ging Preußen aus dem Siebenjährigen Kriege hervor, obwohl es keinen Gebietszuwachs erfuhr. Aber es hatte sich selbst behauptet gegen Dreiviertel von Europa. Äußeren Gewinn brachte ihm der erschöpfende Kampf erst nachträglich, als es bei den bald folgenden Teilungen Polens seine östlichen Provinzen durch die Erwerbung Westpreußens und des Netzedistrikts in Verbindung miteinander brachte. So nötig und nützlich dieser Gewinn war, zumal sonst alles (und Ostpreußen obendrein) an Rußland gefallen wäre, so fragwürdig war der Zuwachs großer polnischer und litauischer Landesteile bei der zweiten und dritten Teilung. Denn nun lag die Gefahr nahe, daß auch Preußen, wie schon Österreich zuvor, ein halbfremdstämmiger Staat wurde; denn ein Drittel der Bevölkerung bestand aus Polen;, und unter dem geordneten preußischen Regiment wäre sie vielleicht bald zur Hälfte angewachsen. Diese Gefahr wurde durch den Zusammenbruch von Jena und den Frieden von Tilsit glücklich vermieden. Der Zusammenbruch des friderizianischen Staates war die Folge davon, daß der Begriff der Pflicht nach dem

Tode des großen Königs von seinen Nachfolgern auf dem Thron und in der Verwaltung (soweit sie sie überhaupt erfüllten) zu kleinlich aufgefaßt wurde, ohne den heroischen

Österreich und Preußen als deutsche Abwehrstaaten gegen die halbasiatischen Großmächte.

Schwung, der nötig gewesen wäre, um das unter so ungünstigen Umständen und so mühsam gegründete Werk zu bewahren. Sie erfüllten ihre pedantische Alltagspflicht, aber sie scheuten zurück vor der Verantwortung großer Ent-

schlüsse, wie sie ein tieferes Pflichtgefühl erfordert hätte. Der einzige, der anders dachte und handelte, Stein, wurde in Ungnade entlassen. Dieser Mangel an Charakter äußerte sich, außer in der bürokratischen Erstarrung in Heer und Verwaltung, in der allzu großen Menschenfreundlichkeit Friedrich Wilhelms II. und III., in der Schwäche, mit der sie dem schlaffen und entnervten „humanen" Zeitgeiste nachgaben: sie wollten ihre Untertanen glücklich machen, indem sie die Militärlasten erleichterten, und richteten damit den Staat zugrunde.

Daß er wieder aufgebaut wurde, war das Werk einer Handvoll Männer, die die preußische Idee in sich trugen und erneuerten. Bezeichnenderweise waren es zum guten Teil Nichtpreußen von Geburt, wie Stein und Fichte, Scharnhorst und Gneisenau, wie denn überhaupt seit Friedrichs des Großen Zeit das Preußentum mehr als eine gewisse, unter den Deutschen insgesamt vorkommende Willensart und Denkweise aufgefaßt werden muß, denn als ein gerade den geborenen Angehörigen des preußischen Staates eigentümlicher Charakter. Fichte fühlte, daß der Idee des Preußentums, wie sie unter den großen Königen ins Leben getreten war, etwas fehlte; er wollte sie durch seine Vertiefung der nationalen Idee, durch seine wirtschaftlichen und volkserzieherischen Reformpläne neu beleben; in seinen Gedanken einer planmäßigen Organisation der Arbeit und Wirtschaft kann er geradezu als der erste deutsche philosophische Vertreter des Sozialismus gelten. Stein, von der begeisterten Zustimmung der besten Patrioten getragen, packte die Reform von einer anderen Seite an: er führte den Gedanken der Selbstverwaltung in den preußischen Staat ein und gedachte, in geradem Gegensatze zu der herrschenden liberalen Modetheorie, den einzelnen Staatsbürger nicht direkt dem Staate

gegenüberzustellen, sondern ihn durch ein System abgestufter beruflicher und lokaler Verbände über Kreis und Provinz hinweg zu einem zugleich dienenden und selbstverantwortlichen Glied des staatlichen Gemeinwesens zu machen. In dem westdeutschen Reichsfreiherrn steckte noch ein allzu lebendiges Gefühl für die altgermanische Genossenschaft als die natürliche Keimzelle des Staates, als daß er sich Rousseauschen Irrlehren gefangen gegeben hätte; es schwebte ihm etwas vor, was man nicht mit Unrecht mit dem Grundgedanken des „Rätesystems" zusammenstellen kann, wenn man dieses Schlagwort des Tages im idealen Sinne einer Beteiligung aller Verantwortungsfähigen an der Verantwortung auffaßt; denn von der primitiven Barbarei des bolschewistisch-kommunistischen Rätesystems waren seine Pläne himmelweit entfernt. Leider drang er mit seinen Ideen nicht recht durch — nur die preußische Städteordnung ist unter ihm zustande gekommen; übrigens ist zuzugeben, daß er die Fähigkeit des ostelbischen Bauern zur Selbstverwaltung überschätzte. Die innere Verwaltungsreform Preußens wurde von Hardenberg und seinen Helfern in einem ganz anderen Geiste, dem des englisch-französischen Liberalismus, fortgesetzt und durchgeführt; der scharfe Widerstand des Adels, der freilich hauptsächlich von standesegoistischen Rücksichten diktiert war, hat eher dazu beigetragen, diese zentralistisch-bürokratische Richtung zu stärken.

Auf dem Wiener Kongreß wurde Preußen für den Verlust seiner polnischen Provinzen mit den rheinisch-westfälischen Gebieten entschädigt und damit zur deutschen Vormacht am Rhein erhoben an Stelle Österreichs, das sich ganz von dieser Stellung zurückzog. Das war eine sehr glückliche Wendung, denn damit wurde Preußen seiner deutschen Aufgabe zurückgegeben. Treitschke hat unüber-

trefflich geschildert, wie es in dieser Zeit wieder das preußische Beamtentum gewesen ist, das trotz aller Anfeindungen und Verleumdungen die grundlegende Arbeit geleistet hat, um Preußens deutschen Beruf zu erfüllen; es sei nur an die Reform des Schulwesens und an die Begründung des Zollvereins erinnert. Trotzdem hätte Preußen seine geschichtliche Aufgabe, den neuen deutschen Staat zu schaffen, nicht gelöst, wenn sich nicht in Bismarck die geniale Persönlichkeit gefunden hätte, die mit einer unter den Deutschen ungewöhnlichen politischen Begabung das Einigungswerk vollbrachte. Auch er handelte in großartiger Hingabe seiner Person an die Idee des preußischen Staates und Königtums, hat auch bei Beginn seiner Laufbahn lutherisch-pietistischem Wesen nahegestanden; aber es lag in seiner Natur etwas, was ihn weit über die typische Figur des preußischen hohen Beamten und Generals hinaushob: einerseits eine gewisse skeptische Weltläufigkeit und damit zusammenhängend eine souveräne Verachtung aller Doktrin, die ihn der Impotenz der preußischen Staatsmänner und Abgeordneten so unendlich überlegen machte, anderseits eine willensstarke, fast unbändige Initiative und Selbstherrlichkeit, die wohl nur durch den unschätzbaren Glücksfall der Zusammenarbeit mit dem wahrhaft königlichen Charakter Wilhelms I. in den Bahnen preußisch-ministeriellen Gehorsams gehalten worden ist. Das Zeug zu einem angelsächsischen Kolonialpionier und Staatengründer großen Stils hätte er gehabt. Die Einigungsbewegung von 1848 war gescheitert, weil der aus englisch-französischen Quellen bezogene Professoren-Liberalismus auf unsere Verhältnisse nicht paßte und den zähen, an den Dynastien haftenden Partikularismus der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, das Ergebnis einer jahrhundertealten Geschichte, nicht zu überwinden vermochte. Bismarck

benutzte die Dynastien — nachdem einige geopfert worden waren — um die Einigkeit, jedoch unter Ausschluß Österreichs, zu schaffen; den Reichstag des allgemeinen gleichen Wahlrechts brachte er als demokratisches Bindemittel hinzu. Es war ein Notbau, aber der Zweck, den deutschen Staat aus dem Sumpfe der feudal- und territorialstaatlichen Zersplitterung herauszuziehen und an der Säule des Preußischen Staates mit seinem Heer und Beamtentum wieder aufzurichten, wurde erfüllt.

So wurde der Zustand beseitigt, daß Deutschland, wie es seit dem 15. Jahrhundert der Fall gewesen, der Hauptkriegsschauplatz Europas war, vor allem, daß der bunte Haufen westdeutscher Kleinstaaten in wechselnder Gruppierung der französischen Staatskunst als Trabanten und Bauern im diplomatisch-militärischen Schachspiel gegen die beiden deutschen Großmächte diente. Den Nachbarn war es natürlich sehr unbequem, daß an dieser Stelle plötzlich wieder eine starke mitteleuropäische Macht aufstieg, am unbequemsten Frankreich und Rußland, die noch 1808 das festländische Europa als Beute unter sich verteilt hatten. Auch die angrenzenden europäischen Mittelstaaten (Holland, Belgien, Dänemark, Schweiz) sahen mit Mißtrauen auf das neue kaiserliche Deutschland, da sie, die Notwendigkeit der innerdeutschen Annexionspolitik Preußens nicht begreifend, eine Fortsetzung dieser Annexionspolitik und eine Unterdrückung durch ein machtvolles Kaisertum befürchteten (was im Falle Dänemarks ja bis zu einem gewissen Grade verständlich war).

Um zu verstehen, wie es schließlich zum Zusammenstoß des neuen Deutschen Reiches mit England kam, müssen wir etwas weiter ausgreifen.

England hatte die allmähliche Entstehung des preußischen Staates nicht ohne Wohlwollen gesehen, hatte Preu-

ßen im 18. Jahrhundert als Vasallen gegen Frankreich benutzt, und sogar im 19. Jahrhundert noch als Vorkämpfer an der Rhein-Maas-Front, als Garanten der belgischen Neutralität angesehen, daher auch 1871 die Erwerbung Elsaß-Lothringens durch Deutschland, obwohl mit Zögern, zugelassen. Verständnis für das innere Wesen des preußischen Staates fand sich in England nur in seltenen Ausnahmen, so bei Carlyle und bei seinem Antipoden Cobden, der 1838 mit einer für einen Engländer fast unbegreiflichen Vorurteilslosigkeit die Vorzüge des preußischen Schul- und Bildungswesens und Beamtentums rühmte; immerhin bestand doch, zumal angesichts der Waffenbrüderschaft von 1815, keine grundsätzliche Abneigung. Diese Beurteilung änderte sich aber, als Deutschland dem „Staate von Geschäftsleuten" (H. Johnston) im Geschäft anfing, unbequem zu werden.

Das war etwas ganz Neues, denn die letzten wirtschaftspolitischen Kämpfe zwischen England und Deutschland hatten im 16. Jahrhundert stattgefunden. Damals, beim Untergang der Hanse, war es den Engländern gelungen, weite Gebiete Binnendeutschlands als Absatzgebiete für ihre Industrie zu erobern, weil Deutschland in seiner Zersplitterung sich zu keiner gemeinsamen schützenden Wirtschaftspolitik aufraffen konnte. Die Gäste- und Stapelrechte der einzelnen Städte boten nur mangelhaften Ersatz dafür, und so stellte das Reich im Grunde ein großes Freihandelsgebiet dar, das den englischen Kaufleuten widerstandslos offenstand, als sie von ihren Einfallstoren, den „Courts" in Hamburg und Danzig, bis auf die Leipziger und Frankfurter Messen vordrangen. Ebenso brachten holländische Kaufleute den Absatz schlesischer Leinwand, eines der wenigen deutschen Gewerbe-Ausfuhrartikel, größtenteils in ihre Hand. Deutschland, bis dahin eins der ge-

werbereichsten Länder Europas. Heimatland einer Kaufmannschaft, die im europäischen Zwischenhandel eine herrschende Rolle spielte, sah sich damals, als Folge seiner politischen Ohnmacht und Wehrlosigkeit, auf eine überwiegend agrarische Stufe hinabgedrückt. Die alten Reichsstädte stockten und verfielen, mit Ausnahme von Hamburg und Frankfurt, der ostelbische Grundbesitz erlebte bei zunehmender Rentabilität der Getreideausfuhr einen Aufschwung, Deutschland wurde in der Hauptsache ein Agrar- und Rohstoffexportstaat, und blieb es bis ins 19. Jahrhundert, trotz aller Versuche des Merkantilismus (namentlich in Preußen seit Friedrich Wilhelm I.), die fremde Industriewareneinfuhr zu beschränken und die heimische Manufaktur durch Einfuhrverbote zu heben.

Aus diesen Umständen, die sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts, nach dem Fall der Kontinentalsperre, eher noch verschärften, erklärt sich leicht das Interesse der englischen Freihandelspartei, Deutschland durch die internationale Verbreitung des Evangeliums vom Freihandel auf dieser Stufe festzuhalten. Bei der Landwirtschaft fand sie günstiges Gehör; denn diese hatte, soweit sie überhaupt exportierte, ihren Hauptabsatz in England — 1860 gingen noch 345 000 Tonnen Weizen von Deutschland dorthin — und blieb daher bis Anfang der siebziger Jahre Anhängerin des Freihandels. Anders die deutsche Industrie, die unter dem mäßigen Schutzzollsystem des Zollvereins seit den vierziger Jahren etwa festeren Stand gewann: die Maschinen- und Eisenindustrie, die rheinische, sächsische, schwäbische Textilindustrie drängten die englische Konkurrenz auf dem inneren Markt allmählich zurück.

Der entscheidende Umschwung trat aber erst ein, als nach Abschluß der innerdeutschen Kämpfe um die staatliche Einigung Bismarck 1879 die grundsätzliche Schwenkung

zum Schutzzoll für Industrie und Landwirtschaft vollzog. Damit wurde er, ohne es eigentlich zu wollen und zu ahnen, der große Revolutionär gegen Englands wirtschaftliche Weltherrschaft und trieb Deutschland in einen — zunächst noch nicht klar erkannten — Gegensatz gegen das Inselreich (P. Lensch). Die deutsche industrielle Organisation erhielt bald ein eigenartiges Gepräge. Dem, im Verhältnis zu England, immer noch empfindlichen Mangel an Kapital wurde durch eine viel stärkere Zusammenlegung der vorhandenen Mittel (in Form eines engen Bündnisses der Industrie mit dem Bankkapital und durch die deutsche Form der Aktiengesellschaft) sowie durch eine planmäßige Verbindung und Ordnung der Betriebe, die Syndikate und Kartelle der Eisen- und Kohlenindustrie, der Reedereien usw. abgeholfen. Das alles hatte einen unenglischen Stil. Betriebe, wie etwa die beiden deutschen Großreedereien der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd, waren durch ihre Vielseitigkeit, ihre gewaltige Ausdehnung und ihre musterhafte Einrichtung den englischen Konkurrentinnen weit überlegen und stellten, gerade auch vom Standpunkt einer planmäßigen Wirtschaftsordnung aus betrachtet, in ihrer Art vollendete Organisationen dar. Unter dem Einfluß dieser Entwicklung nahm die deutsche Produktion und der deutsche Außenhandel jenen ungeheuren Aufschwung, bei dessen Schilderung wir uns hier nicht aufzuhalten brauchen, und der nur durch wenige Zahlen in Vergleich mit England gestellt werden möge:

Wachstum der Bevölkerung in Millionen:

	Deutschland	Zuwachs	Großbritannien	Zuwachs
1872	41	—	33	—
1912	66	61%	46	39%

Auswärtiger Gesamthandel (Ein- und Ausfuhr des Spezialhandels in Millionen Mark):

	Deutschland	Großbritannien
1872	5 582	12 636
1912	19 648	22 850

Roheisenerzeugung (1000 t):

	Deutschland	Großbritannien
1871/75	1 945	6 460
1912	17 869	9 031

Auch die Landwirtschaft nahm an diesem Aufschwung teil: sie erzeugte 1880 7,24 Millionen Tonnen Brotgetreide gegen rd. 15 Millionen Tonnen 1912.

Die englische Exportindustrie, besonders die Eisenindustrie, sah sich langsam aber sicher zurückgedrängt, nicht nur vom deutschen Markt, sondern auch auf dem Weltmarkt. Denn gekräftigt unter dem Schutze der Zölle ging die deutsche Industrie nun planmäßig zum Angriff auf dem Weltmarkt vor. Die verhältnismäßig bescheidenen deutschen Kolonialerwerbungen (immerhin fast 3 Millionen Quadratkilometer) spielten dabei keine große Rolle, aber daß sie überall, in Südamerika, in Ostasien, in Afrika, in ihren eigenen Kolonien auf den deutschen Wettbewerber stießen, daß Deutschlands Handel und Industrie mehr und mehr zur Anlage eigener Filialen, zum Erwerb fremder Produktionsstätten, mit einem Wort zum Exportkapitalismus übergingen — das war den Engländern, namentlich der Großfinanz, ein Dorn im Auge. Mit der Zunahme des Handels wuchs, zum Betrieb und zum Schutze, die Seegeltung: die Handelsflotte stieg 1874—1914 von 1,6 auf 5,0 Millionen Brutto-Register-Tonnen, die Kriegsflotte von 6 auf 43 Schlachtschiffe. So spielte der Gegensatz, wie wir bereits in der Einleitung ausführten, vom privatwirtschaftlichen Gebiete allmählich auf das staats-

politische hinüber, artete zum imperialistischen Wettkampf der Mächte um die noch verfügbaren Absatz- und Erzeugungsgebiete der Welt aus.

Aber das war nur die eine, die kapitalistisch-imperialistische Seite der deutschen Entwicklung. Die Kehrseite war die sozialdemokratisch-proletarische.

Die ungeheure geschichtliche Bedeutung dieser Volksbewegung muß heute auch der Widerstrebende, der sie ausschließlich für verhängnisvoll hält, anerkennen. Um ihr Aufkommen zu begreifen, müssen wir uns zunächst kurz der geistigen Lehre zuwenden, die ihr das Gepräge gegeben hat.

Wir sahen oben, in der Einleitung und bei der Betrachtung Englands, daß der gewaltige Aufschwung der maschinell betriebenen Industrie aufs engste mit dem Aufkommen des kapitalistischen Liberalismus zusammenhängt, dessen Blüte die freihändlerische Manchesterschule mit ihrem Glauben an die vorher bestimmte Harmonie der sich selbst überlassenen Entwicklung ist. Der unabhängige Privatmann, der erfolgreiche profitmachende Unternehmer, dem das Staatswesen möglichste Ellbogenfreiheit garantierte, der Kampf ums Dasein (wie ihn gleichzeitig Darwin als Prinzip des biologischen Fortschritts nachzuweisen suchte), durch wohlwollend-humanitäre Phrasen ins Bürgerlich-Anständige und Harmlose umgedeutet — das alles ist echt englisch. Mit dem Wachsen der Industrie traten aber mehr und mehr jene Verelendungserscheinungen zutage, die die Glückseligkeitstheorie der Manchesterleute ad absurdum führten.

So gebar die Entwicklung der Maschinenindustrie und ihre liberale Ideenlehre aus sich selbst heraus ihren Gegensatz, den Marxismus, d. h. die Theorie des Sozialismus nach Karl Marx (Marx war ein in Deutschland, in Trier 1818, geborener Jude, eigentlich Mordechai

geheißen, lebte seit 1844 dauernd in England, wo er in gemeinsamer Arbeit mit dem Rheinländer Friedr. Engels sein geistiges Lebenswerk schuf; er starb 1883).

Der entscheidende Unterschied der marxistischen Theorie gegenüber den Ansichten der früheren Sozialisten, der (überwiegend mit Unrecht) sogenannten „Utopisten": Owen, St. Simon, Proudhon u. a., ist sein Determinismus. Die „Utopisten" behaupteten, die Verbesserung der sozialen Zustände müsse durch den sittlichen Willen herbeigeführt werden, nachdem der Verstand das richtige Heilmittel, den Sozialismus, entdeckt habe. Marx dagegen: der Gang der Geschichte ist durch die ökonomische Entwicklung schlechthin bestimmt, die gesellschaftlichen Verhältnissen hängen ab von den Produktionsverhältnissen. Seitdem es eine Zivilisation gibt, baut sich die Produktion auf dem Gegensatz der Berufe, der Stände, der Klassen auf. Die auf gewissen Veränderungen der Produktionsweise (Maschinenarbeit usw.) beruhende Herrschaft der Unternehmerklasse, der Kapitalisten, führt zu immer weitergehender Ausbeutung der Arbeiter, zu ihrer Proletarisierung. Schließlich aber schlägt sich der Kapitalismus selbst tot: die Unternehmungen konzentrieren sich immer mehr zu Großbetrieben, indem der stärkere Kapitalist den schwächeren auskauft und unterdrückt, so daß schließlich alle ökonomische Macht in ganz wenigen Händen liegt. Dann ist das Mißverhältnis so groß, daß die Entwicklung „dialektisch" in ihr Gegenteil umschlägt: „Die Expropriateure (Ausbeuter) werden ihrerseits expropriiert", und mit der Strenge eines Naturgesetzes folgt auf die kapitalistische Produktionsweise die sozialistische.

Dies in allerkürzesten Zügen der Hauptinhalt der Marxschen Lehre. Es ist, worauf neuerdings besonders, und meines Wissens überhaupt zum erstenmal, Speng-

ler hingewiesen hat, unverkennbar, daß einige der grundlegenden Eigentümlichkeiten dieser Lehre aus der englischen Umwelt des sozialistischen Propheten entnommen sind: dahin gehört namentlich die Zweiteilung der Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete, überhaupt die Einteilung in lediglich durch den Reichtum und das Maß unvermeidbar eigener Arbeit bestimmter Klassen, die für das England seiner Zeit ja annähernd zutraf. Daß es Berufsstände gibt, die durch ein inneres Verhältnis zu ihrer eigentümlichen Arbeit charakterisiert sind und dadurch ihre Arbeit adeln, daß statt der Gesellschaft mit ihrem Klassenkampf und nachfolgender Umkehrung des Ausbeuter-Verhältnisses ein höherer Begriff vom Staate denkbar ist, der einen Ausgleich schafft und jedem Berufsstand seinen Platz in der „Pyramide der Arbeit" zuweist, das blieb Marx verborgen, vollends, daß der preußische Staat den, natürlich keineswegs vollkommenen, Versuch der Verwirklichung eines solchen „sozialistischen" Gemeinwesens darstellte. Für das Wesen des Preußentums fehlte ihm jedes Verständnis — er sagte gelegentlich, etwas „Lausigeres" habe die Weltgeschichte nie hervorgebracht. Besonders verhängnisvoll ist es gewesen, daß er die Arbeit, namentlich die körperliche Arbeit, in unverkennbarer Beeinflussung durch englisch-puritanische Gedankengänge, nur als ein unvermeidliches Übel, als eine — vom materialistischen Standpunkt natürlich möglichst zu verringernde — häßliche Notwendigkeit ansah; dadurch hat er den Massen die Mißachtung der Arbeit eingepflanzt, die gegenwärtig, bei der Katastrophe des Marxismus, so verheerende Folgen zeitigt.

Anderseits stammen zwei der wichtigsten methodischen Bestandteile des Marxismus von Hegel, und insofern aus der deutschen idealistischen Philosophie: der strenge Determinismus und die Idee von der „Dialektik

des Weltgeistes", dem Umschlagen einer Entwicklungsbewegung in ihr Gegenteil. Hegel aber hatte nicht bloß die wirtschaftlichen Kräfte, sondern die menschlichen Leidenschaften überhaupt als die Triebkräfte des geschichtlichen Lebens angesehen, die meist zwar das Böse wollen, aber doch schließlich das Gute, das Sinnvolle schaffen; vor allem hat der preußisch gewordene Schwabe, alle südwestdeutschen Sentimentalitäten und Illusionen abstreifend, erkannt, daß der Gang der Geschichte nüchtern-hart im Machtkampf der Staaten sich vollzieht; daß die deutsche Sozialdemokratie, teils dem oberflächlichen Anationalismus Marx', teils weichmütiger, spießbürgerlich-deutscher Träumerei folgend, diese Wahrheit mißachtet hat, ist ihr und der deutschen Nation zum Verhängnis geworden. Der religionsfeindlich-materialistische Einschlag — weniger in den Schriften von Marx als in der Weltanschauung der breiten Menge der Sozialdemokratie — hat unter dem Einflusse eines anderen deutschen Philosophen, Feuerbachs, seine bezeichnende Farbe gewonnen.

Die Lehre von Marx hat zu seinen Lebzeiten keineswegs ihre volle Wirkung geäußert. Das Kommunistische Manifest ist Ende 1847 verfaßt, aber noch ein Jahr vor seinem Tode (1882) wurden auf der ganzen Erde erst 428 000 Wahlstimmen für sozialistische Abgeordnete gezählt, davon zwei Drittel in Deutschland.

Daß der marxistische Sozialismus gerade in Deutschland einen so günstigen Boden fand, hatte verschiedene Gründe. Eine wesentliche Vorbedingung war das ungeheuer rasche Wachstum der deutschen Industrie seit der Einführung des Schutzzolls. Dadurch sind riesige Menschenmassen in einer Generation, fast plötzlich, aus ihrem Heimatboden, ihrer gewohnten Umwelt gerissen und proletarisiert worden; das industrielle Proletarierheer war

verhältnismäßig weit größer als in Frankeich, wenn auch nicht so groß wie in England, aber weit rascher entstanden als in beiden Ländern. 1871 zählte die Stadtbevölkerung in Deutschland 14,8 Millionen (36 %), die Landbevölkerung fast doppelt so viel, 26,2 Millionen (63 %); 1910 war das Verhältnis beinahe umgekehrt (60 zu 40 %). Die Zahl der Industrie- und Bergarbeiter hat sich von 1882 bis 1914 mehr als verdoppelt (von 4 auf wohl über 9 Millionen).

Diese Masse war nicht nur physisch, sondern auch geistig entwurzelt, sie entbehrte, von geringen Ausnahmen abgesehen, des festen Halts an einer Religion (mögen wir dies Wort nun mehr im Sinn eines kirchlich-konfessionellen oder eines rein praktisch-moralischen Glaubens fassen) und streifte die geringen Reste, die sie etwa noch vom Lande und der Kleinstadt in die Industriestadt mitgebracht hatte, allmählich vollends ab. Die Schuld daran lag in der Hauptsache am deutschen Bürgertum, dem sein protestantischer Glaube mit dem schwindenden Einfluß der idealistischen Philosophie, etwa von den 1830er Jahren ab, mehr und mehr zu einer hohlen äußerlichen Form verflachte. Nach der furchtbaren politischen Enttäuschung, die der Zusammenbruch der Revolution von 1848 mit sich brachte, ergaben sich viele, denen bis dahin doch die Sehnsucht nach deutscher Einheit und Freiheit einen gewissen sittlichen Schwung gegeben hatte, einem einseitigen Geschäftssinn; auch der glänzende politische Aufschwung der Bismarckschen Ära hat das nur äußerlich verdeckt, in Wirklichkeit an dem Gang der Entwicklung nichts mehr geändert. Die materialistisch-positivistische Naturphilosophie, deren Ausbildung sich an die eindrucksvollen Leistungen der Naturwissenschaften und der Technik knüpfte, lieferte der breiten Masse des „gebildeten" Bürgertums einen dürftigen Re-

ligionsersatz. Meistens war damit noch eine lauwarme Anerkennung der kirchlichen Formen verbunden, und es waren schon die Radikaleren und in ihrer Art Ehrlicheren, die offen Büchners und Haeckels Offenbarungen an Stelle der christlichen proklamierten. Die stumpfsinnige Kirchlichkeit der Briten erschien dem protestantischen deutschen Durchschnittsbürger unwürdig und lächerlich. Aber was die Hauptsache ist, von dem praktischen Sinn der christlichen Lehre erhielt sich herzlich wenig im Bürgertum, trotz vieler wohltätiger Stiftungen und trotz einzelner glänzender Ausnahmen. Für die geistige und wirtschaftliche Notlage des neuen Arbeiterstandes zeigte sich nur wenig inneres Verständnis; daß er bei dem gewaltigen materiellen Aufschwung des Bürgertums die Hauptlast der Arbeit tragen mußte, fand man im Grunde ganz in der Ordnung. Die Kluft, die sich zwischen den zwei Ständen auftat, wurde wohl unangenehm empfunden und von einzelnen Tieferblickenden nicht ohne Grausen betrachtet; aber meistens gab man sich angesichts des glänzenden Bildes der aufblühenden Großstädte mit der Hoffnung zufrieden, die Arbeiterschaft werde, wenn sie erst eingesehen habe, daß ihre ewige Unzufriedenheit ihr doch nichts nütze, schon „vernünftig werden". Auch die protestantische Kirche hat im großen und ganzen, trotz einzelner Anläufe, nicht den Willen und die Kraft aufgebracht, an diesem Zustande etwas zu ändern; sie sah die Gleichgültigkeit oder offene Feindseligkeit der Arbeiterschaft nicht als ein Menetekel, als ein Zeichen ihrer eigenen Reformbedürftigkeit an, sondern glaubte sie als Widersetzlichkeit gegen Autorität und Obrigkeit brandmarken zu sollen. Etwas besser hat es die katholische Kirche verstanden, durch praktische Erziehungs- und Fürsorgetätigkeit in Fühlung mit den breiten Volksmassen zu bleiben. Auf dem Lande, wenigstens in Nord-

deutschland, war die geistige Verödung womöglich noch schlimmer. Der wachsende Verkehr tötete die alten geselligen Sitten, die ohnehin der Belebung bedurft hätten und nur in der ländlichen Abgeschlossenheit gediehen. Landadel und Kirche haben kaum ernstlich versucht, hier Ersatz und Wandel zum Besseren zu schaffen. Im Gegenteil, der in einigen Provinzen aufkommende Großbetrieb mit Hilfe slavischer Landarbeiter mußte die Landflucht der Alteingesessenen noch verstärken. Hunderttausende wanderten in die Stadt oder (bis in die 1880er Jahre) nach Amerika aus.

Es ist eine der merkwürdigsten und erschütterndsten Erscheinungen der neueren Geschichte, wie diese große in den Industriestädten und -dörfern zusammenflutende Masse, enterbt und heimatlos an Leib und Seele, nach einem Ersatz für den verlorenen kirchlichen Glauben, nach einem Hoffnungsanker, einem seelischen Halt suchte. Die Kirche hatte die Massen enttäuscht, sie hielt sich im Lager ihrer Gegner, des bürgerlichen Unternehmertums. „Gott ist abhanden gekommen," mit diesen vier Worten hat mir einmal ein alter Arbeiter diesen Zustand klar gemacht. So wandte die Arbeiterschaft ihren ganzen Glauben, ihre ganze Inbrunst dem neuen Evangelium des Marxismus zu. So blasphemisch es manchem klingen mag, es ist doch wahr: gerade darin sprach sich die religiöse Natur des Deutschen aus. Jene Anschauung schweizerischer Prediger, daß die Sozialdemokratie geradezu die Wiederkehr Christi sei, sollte nicht bloß zum Widerspruch, sondern zu tiefem Nachdenken anregen. Denn was ist schließlich der innerste Kern der Bewegung? Der Glaube, daß die Dinge und Einrichtungen um der Menschen willen da sind, nicht umgekehrt, wie der Kapitalismus es wahr haben will. Echt deutsch war auch das demokratische Solidaritäts- oder

Standesgefühl der Sozialdemokratie, echt deutsch der naive Glaube, die neue Lehre müsse die ganze Menschheit erlösen, echt deutsch das blinde Zutrauen zu einem unverständlichen, verwickelten, wissenschaftlichen System. Vielleicht wird das noch klarer, wenn wir uns der Gründe erinnern, warum der marxistische Sozialismus in England so schlecht gedieh: abgesehen von der größeren politischen Klugheit des Bürgertums, auch des etwas stärkeren Fortlebens praktischer Religiösität war es doch hauptsächlich der praktischere Sinn des englischen gewerkschaftlichen Arbeiters, der lieber die offenen Möglichkeiten zum Aufstieg einer Gruppe oder eines Einzelnen benutzte, anstatt den nebelhaften Hoffnungen auf Hebung der Gesamtheit zu folgen, der ferner den Nutzen des britischen Weltreichs für seine eigene Wohlfahrt sehr wohl erkannte und daher der nationalen Suggestion des Bürgertums bereitwillig folgte. Wir können also sagen, daß es typisch deutsche, gute und schlechte, Eigenschaften sind, die dem marxistischen Sozialismus gerade in Deutschland einen so günstigen Boden bereitet haben.

Was dem Marxismus seine ungeheure sieghafte Kraft verlieh, das war eben seine *deterministische* Grundlage, der Glaube, daß die von ihm geschilderte und vorhergesagte Entwicklung wissenschaftlich beweisbar sei und mit Naturnotwendigkeit eintreten *müsse*. Gerade darin hat er einen religionsartigen Charakter, ähnelt er dem Fatalismus des Islam und der Zuversicht des Christentums in der Zeit seiner Kraft, nur mit dem für ihn allerdings gefährlichen Unterschied, daß er das Paradies schon im Diesseits verspricht. „Der gläubige Marxist wandelte seelenvergnügt umher wie der gläubige Christ. Er wußte, daß der Glaube selig macht; daß das Jenseits (d. h. die Freuden des Zukunftsstaates) ihm (oder wenigstens seinen

Kindern) sicher sei kraft der Verheißung durch Marx" (Sombart). Dazu wirkte das volkstümliche Mißverständnis der Marxschen Lehre. Das Wertgesetz, die Lehre, daß die Arbeiter einen Teil ihrer Arbeit dem Unternehmer unbezahlt zur Verfügung stellen — von Marx ohne jede moralische Bewertung, rein als naturgesetzliche Entwicklung dargestellt — wurde als „Ausbeutung der Arbeiter" aufgefaßt. Der Eindruck dieser demagogischen Wendung wurde noch verstärkt durch den Ruf strenger Wissenschaftlichkeit und Wahrheitsliebe, den die Forschungsarbeit des Londoner Propheten laut Verkündigung seiner Jünger überall genoß und der auch von Bürgerlichen vielfach anerkannt wurde. Der gemeine Mann verstand dies so: dieses große System enthielt die Wahrheit, und darin war nachgewiesen, daß der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft ausgebeutet werde. So verquickten sich in seiner Vorstellungswelt Wissenschaft und Ethik zu einer Wirkungskraft von wahrhaft religiöser Stärke. An Stelle des als tot empfundenen Christentums trat ein neuer Glaube.

Auch die Periode des Martyriums hat der Bewegung nicht gefehlt. Die Prüfungszeit des Sozialistengesetzes, die Leiden einzelner Verurteilter und Ausgewiesener haben nach kurzem Rückgang nur um so mehr beigetragen, die sozialdemokratische Partei lawinenartig anschwellen zu lassen. 1874 wurden bei den Reichstagswahlen für sie 352 000, 1877: 493 000, 1881, nachdem das Sozialistengesetz in Kraft getreten war, 312 000 Stimmen abgegeben. 1890, kurz vor Aufhebung des Gesetzes, waren es schon 1 427 000, und in den folgnden Jahrzehnten stiegen sie rasch bis auf $4^1/_4$ Millionen (1912). Es ist ein Schulbeispiel dafür, daß man solchen Bewegungen mit polizeilichen Maßregeln nicht beikommen kann. Kaum ein Mann

hat in dieser Zeit des Wachstums so viel dazu beigetragen, die Masse der Gläubigen zu einer Partei von imponierender Macht zu organisieren, wie August Bebel. In diesem preußischen Unteroffizierssohn, dem volkstümlichsten Sozialisten, den es je gegeben, verkörperten sich die guten und schlechten Seiten der deutschen Sozialdemokratie. Vom Chiliasmus der marxistischen Lehre durchdrungen, in fast fieberhafter Erwartung des nahen Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft und des Anbruchs der tausendjährigen Herrlichkeit des Sozialismus, verstand er es doch meisterhaft, die oft auseinanderstrebenden Gruppen der überzeugten Parteigenossen und der Mitläufer zusammenzuhalten und zu einem wohldisziplinierten, den Führern musterhaft gehorchenden Heere zu bilden. Widerspruchsvoll genug erscheint oft sein Schwanken zwischen doktrinärem Radikalismus, der Konzession an das Dogma, und opportunistischer Anpassung an praktische sozialistische und gewerkschaftliche Reformarbeit. Klarheit der Gedanken und Ziele wurden allzuoft durch leidenschaftliches Temperament und Gefühl ersetzt. Aber was die Massen trotz seines diktatorischen Auftretens immer wieder hinriß, war sein übersprudelnder Haß gegen wirkliche und vermeintliche Unterdrückung und Ungerechtigkeit, der, wie Herkner treffend bemerkt hat, die Fragen der Politik einfach nach den Grundsätzen der christlichen Sittenlehre entschied. Auch in dieser geschichtlichen Persönlichkeit tritt eine tiefe unterirdische Verbindung zwischen Preußentum, Christentum, und Sozialismus zutage.

Zweifellos hätte das Bürgertum und die bürgerlich-aristokratische Regierung (besonders Preußens) sich viel früher zu politischen Zugeständnissen an die Sozialdemokratie verstehen sollen, und zwar mehr auf dem Gebiete der Verwaltung als der Verfassung. Der immer wiederholte

Hinweis auf das Reichstagswahlrecht als das „freieste Wahlrecht der Welt" genügte nicht, weil bei der eigenartigen Stellung und Struktur Preußens der Einfluß des Reichstags beschränkt blieb. Freilich ist auch der Hinweis auf das klügere Verhalten der englischen führenden Schichten als Vorbild bei den so ganz anders gearteten Verhältnissen in Preußen-Deutschland nicht ohne weiteres maßgebend, weil, wie schon hervorgehoben, die Arbeiterschaft in England nicht so macht- und anspruchsvoll als geschlossener Berufsstand auftrat wie bei uns. Die Fehler liegen wohl sehr weit zurück und beruhen vielleicht letzten Endes darauf, daß der vom Lande zuströmende Zuwachs zur Industriearbeiterschaft durch das Versagen der Kirche von vornherein der bürgerlichen Führung entfremdet war. Das städtische Bürgertum aber sah die Arbeiter von Anfang an ganz überwiegend nur als ein Hilfsmittel zum Verdienen an, ohne auch nur den Versuch zu machen, in ein Verhältnis des Gemüts, der inneren Gemeinschaft mit ihnen zu treten; einzelne Ausnahmen, namentlich in Rheinland-Westfalen, wo die Arbeiterschaft überhaupt ursprünglich bodenständiger war, bestätigen nur die Regel. Auch der noch auf Bismarcks Initiative hin von der Monarchie eingeleitete, an sich bahnbrechende und ganz in der preußischen Staatstradition liegende Versuch, durch die soziale Gesetzgebung die Arbeitermasse mit dem bestehenden Staat zu versöhnen, blieb ohne hinreichendes Ergebnis, weil er bei der herrschenden Erbitterung zunächst nur als Abschlagszahlung aufgefaßt wurde und bis zur Kriegskatastrophe nicht genügend Zeit hatte, um in weiterem Ausbau seine günstige Wirkung zu äußern. Bismarck selbst, eine, wie der beste Teil des preußischen Landadels, tief im Volkstum wurzelnde Natur, entstammte doch einer früheren Generation und hatte, wie u. a. seine irrige, später berichtigte

Anschauung über die konservative Wirkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts beweist, kein Verständnis für das Wesen der neuen Industriearbeiterschaft; sein Sozialistengesetz (1878—1890) war ein verhängnisvoller Fehler, durch welchen er vielleicht mehr zur Zerstörung seines eigenen Lebenswerkes beigetragen hat, als man bisher ahnte. So ist es zu jener eigentümlichen, und in der Geschichte nur selten begegnenden Erscheinung gekommen, daß der größte und wichtigste Teil der unteren Volksmassen sich von der geistigen Führung der eigenen, volksverwandten Oberschichten völlig abgewandt und sich einer überwiegend stammfremden Leitung anvertraut hat.

Der Internationalismus der marxistischen Sozialdemokratie, der Umstand, daß sie die Zielpunkte der „Proletarischen Bewegung schlechthin" festlegte, hat nicht zuletzt dazu beigetragen, ihr jene ungeheure Verbreitung in ganz Europa, namentlich aber in Deutschland, zu sichern. Denn, so gering auch die Fühlung zwischen höherem Bürgertum und Arbeiterschaft war, auf dem Wege über das Handwerker- und Kleinbürgertum ging doch viel von der älteren Ideenwelt des Bürgertums in die Arbeiterschaft über. Allgemein kann man ja die Beobachtung machen, daß Anschauungen und Sitten der führenden Schichten im Laufe von mehreren Generationen zu den unteren durchsickern. So ist das nebelhafte Weltbürgertum des Zeitalters der Aufklärung, seit den Freiheitskriegen, seit Fichte und den Romantikern für das Bürgertum größtenteils ein überwundener Standpunkt, für die deutsche Arbeiterschaft (ähnlich wie der naturwissenschaftliche Materialismus) erst im letzten Menschenalter recht Gemeingut geworden, unter starker Mitwirkung des Marxismus. Er belebte diese alte zugkräftige Idee der allgemeinen Menschheitsgesellschaft von neuem und hatte vor allem bei den Deutschen mit

ihrem aufs Theoretische, Allgemeingültige und Unbeschränkte hinstrebenden Geistescharakter Erfolg; für den britischen Arbeiter, der die weltbeherrschenden Macht der britischen Flagge, Flotte und Kolonialherrschaft täglich vor Augen hatte, bestand diese Menschheitsidee ebensowenig wie für den Franzosen, der die abgöttisch geliebte „la France" in eitler Selbstbespiegelung als das Herz der Welt ansah. Freilich steckte auch im Internationalismus der deutschen Sozialdemokratie ein gut Teil naiven nationalen Selbstgefühls. Wenn Bebel und andere Obergenossen auf den internationalen Sozialistenkongressen ihre Scharen musterten, dann waren sie sich mit Stolz der führenden Rolle der deutschen Sozialdemokratie bewußt; erst im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege ist diese bis dahin unbestritten anerkannte Hegemonie, besonders von französischer Seite, schärfer angegriffen, und als verstecktes „Alldeutschtum" gebrandmarkt worden. In der Tat kann man die Frage aufwerfen, ob nicht die deutsche Sozialdemokratie unter rein deutscher Führung allmählich von dem weltfremden Kosmopolitismus zurückgekommen wäre und mehr Verständnis für den nationalen Staat gewonnen hätte; gewisse Anzeichen im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg und besonders die Ereignisse des 4. August 1914 deuten darauf hin. Hier hat aber das Judentum dafür gesorgt, daß der Internationalismus stets wach blieb und den Massen der nationale Staat stets von neuem verekelt wurde. Die Neigung des Judentums zum Marxismus hängt mit der Vorliebe der Juden für die rein verstandesmäßige Auffassung aller Dinge zusammen; es entsprach ihrem Instinkt, daß die Marxsche Theorie die gesamte politisch-wirtschaftliche Entwicklung in einen vom Verstand vollständig erfaßbaren Vorgang umdeutete: Sozialismus ist bewußte Durchführung des Naturnotwendigen. Vor allem

aber gründet sich jene Neigung auf die ursprüngliche Paria-Stellung dieser Nation (oder, um mit Kautsky zu reden, dieser Kaste) in Deutschland und allen östlich davon gelegenen Ländern. Bei dem ungeheuren Selbstbewußtsein und Machtstreben dieser geistig so beweglichen Kaste entzündete das Gefühl, von den politisch und gesellschaftlich führenden Ständen in Preußen zurückgesetzt, ja von der eigentlichen Regierung und von der Armee ausgeschlossen zu werden, einen wütenden Haß gegen das Preußentum; daß ein geringer Teil, meist alteingesessener, Judenfamilien eine geachtete, sogar sehr einflußreiche Stellung besaß und sich mit dem Adel vielfach verschwägerte, änderte daran nichts. Jedenfalls hat das Judentum, hauptsächlich ostjüdischer Abstammung, in der deutschen Sozialdemokratie von jeher, namentlich aber in letzter Zeit nach dem Hinsterben der älteren Führergeneration, die geistig führende Rolle gespielt: es genüge Namen zu nennen wie Lasalle, Singer, Bernstein, Kautsky, den jüngeren Liebknecht, Rosa Luxemburg und andere. Marx selbst trat, ganz im Gegensatz zu seiner deterministischen Lehre, als agitatorisches Genie, leidenschaftlicher chiliastischer Prophet und giftiger Preußenhasser auf, und hat in alledem als Vorbild gewirkt. Wir werden auf diese Stellung des Judentums noch zurückzukommen haben.

* * *

Mit dieser inneren Verfassung betrat Deutschland den Schicksalsweg, der es in denselben Gegensatz gegen England führte, wie vordem Spanien, Holland, Frankreich.

Deutschland war als Nationalstaat geeinigt worden, unter Ausschluß Österreichs, nicht durch die Kraft des großdeutsch-demokratischen Bürgertums, das 1848/49 gescheitert war, sondern durch das im Dienste des gewaltigen Bismarck

stehende Preußentum. Ein ungeheurer Aufschwung der Gewerbe, des Handels und des Wohlstands war gefolgt, der zur Ausbreitung der Bevölkerung und des Absatzmarktes zwang. Träger dieser Ausbreitung war das unpolitisch gewordene Bürgertum (der „deutsche Kaufmann" und Techniker), in dem viel deutsche Tüchtigkeit, preußischer Ordnungssinn, hanseatischer Unternehmungsgeist, aber auch viel öde Profitwut und aufdringliche Großmannssucht steckte. Soweit der Staat (durch heimische Verwaltung, Kolonien, auswärtigen Dienst) an der Ausbreitung beteiligt war, leistete das preußisch-deutsche Beamtentum treue Dienste, war aber in Pedanterie und Kastenhochmut vielfach erstarrt und ohne Fühlung mit den bürgerlichen Ausbreitungspionieren. Beide aber, erwerbendes Bürgertum und verwaltendes Beamtentum, waren im Grunde Offiziere ohne Soldaten, hatten keine innere Gemeinschaft der Anschauungen, Hoffnungen, Ziele mit der Masse des städtisch-industriellen Volkes. Auch diese war an der Zunahme des Wohlstandes beteiligt, wie die Verbrauchsstatistik, das Gedeihen der Gewerkschaften und anderes beweisen; aber es war eigentlich nur eine äußere Verbesserung an Nahrung, Kleidung und sogenanntem Vergnügen, kein Gewinn an gesunder Bodenständigkeit und Heimatgefühl, an innerer Bildung und geistiger Freiheit, Familien- und Bürgersinn. Sie hatte einen ganz anderen Glauben als das Bürgertum und die Beamtenhierarchie, teilten nicht deren nationale Ideale, sondern lebte in der Gedankenwelt des internationalen Marxismus. Kurz, die Deutschen im Reiche waren wohl äußerlich eine Nation geworden, aber innerlich fehlte die nationale Einheit. Die alten Spaltungen in Staaten und Konfessionen waren zurückgetreten, aber eine neue, tiefe religiös-politische Spaltung hatte sich aufgetan. Mancherlei Ansätze zur Überwindung der Kluft

zeigten sich, aber es hätte noch mehrerer Generationen friedlicher Arbeit bedurft, um sie auszugleichen.

Und diese Zwiespältigkeit wurde nicht, wie man annehmen könnte, durch den mit der zentralen Lage gegebenen Druck von außen überwunden, sondern wiederholte sich hier. Deutschland schaute wie ein Januskopf nach Westen und Osten. Seine Industrie und sein Handel gewannen gerade in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg immer mehr Boden in den osteuropäischen Ländern, hauptsächlich durch die Zufuhr an Gewerbeerzeugnissen, aber auch als Aufnahmebecken für den agrarischen Überschuß Osteuropas. Rußland beispielsweise empfing fast die Hälfte seiner Einfuhr von Deutschland und gab nahezu ein Drittel seiner Ausfuhr dorthin ab, und dieses Verhältnis bestand in geringerem Grade noch zu mehreren Ländern des Ostens. In dem Maße, in dem Osteuropa zivilisiert und europäisiert wurde, gab Frankreich seine alte geschichtliche Rolle als das „Herz Europas" an Deutschland ab. Deutschland wurde das wahre Reich der Mitte, in welchem die Verkehrsbahnen, die Ströme stofflichen und geistigen Austauschs zusammenliefen. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn, von Bismarck zum Grundstein der auswärtigen Politik des Reiches gemacht, hat ebenfalls dazu beigetragen, die Neigung nach Osten zu verstärken und der ganz natürlichen wirtschaftlichen Ausbreitung einen politischen Anstrich zu geben. Es war das grundlegende Verhängnis der deutschen Politik, daß sie durch die doppelte Ausbreitung (über die Westhäfen nach Übersee und ostwärts zur Levante) in einen Gegensatz sowohl zu England wie gegen Rußland geriet. Die Regierung Wilhelms II. glaubte, die wirtschaftlichen Belange Deutschlands in der Türkei durch politische Stärkung dieses Staates stützen zu sollen und sie wurde durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn, diesem

alten Gegner und Rivalen Rußlands auf der Balkanhalbinsel, verleitet, sich tiefer in den Gegensatz zu Rußland verstricken zu lassen, als ihrem wahren Vorteil entsprach. Vor allem hat sie es nicht verstanden — was allerdings einen fast übermenschlich klaren Blick und festen Charakter erfordert hätte — in dem Zwiespalt west-östlicher Gegensätze eine entschiedene Wahl zu treffen. Sie wollte beides: Ausbreitung der Handelsmacht über See und nach Osten, „Weltpolitik und keinen Krieg", und sie wollte damit zuviel.

Selbst heute, nach der Katastrophe, ist es nicht leicht zu sagen, welcher Weg der richtigere gewesen wäre. Es fehlt nicht an Stimmen, die meinen, daß Deutschland ruhig auf das 1901 angebotene Bündnis mit England hätte eingehen, sich als kontinentaler Landsknecht gegen Rußland gebrauchen lassen sollen. Daß damit Deutschland sich seiner politisch-wirtschaftlichen Selbständigkeit begeben hätte, zu einem Trabanten Englands herabgesunken wäre, wie Frankreich, wird zugegeben, aber, so glaubt man, der Kampf gegen Rußland hätte ihm unschätzbaren Gewinn an Siedlungsboden gebracht und die weitere Entwicklung wohl Gelegenheit gegeben, sich aus diesen Fesseln zu lösen und der anerkannte Führer der festländischen Unabhängigkeit gegen England zu werden.

Überwiegende Gründe scheinen mir doch dafür zu sprechen, daß Tirpitz, der einzige Staatsmann von weitem Blick, den die Ära Wilhelms II. hervorgebracht hat, auf dem rechten Wege war, als er den Kampf gegen England für unvermeidlich erklärte und einer Verständigung mit Rußland, selbst um den Preis Konstantinopels, das Wort redete. Auch wenn das morsche Habsburgerreich dann unter dem Druck von Osten und der panslavistischen Unterwühlung von innen zusammengebrochen wäre, ist es frag-

lich, ob dieser Zusammenbruch nach der siegreichen Auseinandersetzung Deutschlands mit England noch gefährlich gewesen wäre. Wahrscheinlich wäre die wirtschaftlich-politische Stellung Deutschlands auf der Balkanhalbinsel sogar noch gestärkt worden, denn das Deutsche Reich war dann die einzige Zuflucht der Balkan-Mittelstaaten vor dem russischen Koloß. Und daß jene Auseinandersetzung mit England, das heißt ein einseitiger Krieg gegen die Westmächte, mit einem neutralen Rußland im Rücken, einen siegreichen Ausgang für Deutschland genommen hätte, dafür bürgen die kriegerischen Ereignisse von 1914—18. Die alte Grundlage der preußisch-deutschen Macht, die Armee, und ihre jüngere Schwester, die Marine, haben sich, trotz schwerer Mängel in der Führung, glänzend bewährt, nicht minder die Tüchtigkeit und der Opfermut der ganzen Nation.

Auch seine Gegner werden es Tirpitz einst zugestehen müssen, daß er es mit seltener Meisterschaft verstanden hat, in anderthalb Jahrzehnten die deutsche Flotte zu einem Kriegsmittel auszugestalten, das dem Kampfe gegen England die entscheidende günstige Wendung hätte geben können; daß Charakterschwäche des Kaisers den rechtzeitigen Einsatz verhinderte, daß im kritischen Augenblick der Führer nach Art eines York oder Blücher nicht an der Spitze stand, ist nicht Tirpitz' Schuld. Im übrigen ist der Krieg, soweit England direkt an ihm beteiligt war, ganz in den typischen Bahnen der früheren Kriege gegen den festländischen Handelsrivalen verlaufen, wie sie die geographischen Verhältnisse nun einmal vorzeichnen: England vergaß nicht, wie es der „Economist" (9. 19. 1915) einmal ausdrückte, daß seine beiden Hauptobliegenheiten auf dem Gebiete der Seemacht und der Finanzen liegen, wie ehedem bediente es sich hauptsächlich festländischer, durch Subsidien

unterstützter Bundesgenossen, um die Kastanien aus dem Feuer zu holen, wie früher erkor es sich die feindlichen Kolonien und den feindlichen Seehandel als Hauptbeute und suchte den Gegner durch die wirtschaftliche Blockade zu erdrücken. Belgien als wichtigster Kriegsschauplatz — mit dem ängstlichen Bestreben Englands, den Gegner von der flandrischen Küste, Antwerpen-Calais, fernzuhalten, fehlte ebensowenig wie der Versuch der schwächeren Seemacht zu einer Diversion über das aufständische Irland. Die Entscheidung brachte wieder die Seemacht, freilich nicht durch Vernichtung der feindlichen Flotte, sondern durch die Wirkung der von ihr gestützten Blockade. Und auch sie hätte beinahe versagt. Denn — darin liegt das Ungewöhnliche dieses Krieges — nicht nur war England durch die Überlegenheit der deutschen Heere zu ganz anderen Opfern an Blut und Geld, zu viel stärkerer Beteiligung am Landkrieg gezwungen als früher, die neue Waffe des U-Bootes hätte auch, wäre ihr rechtzeitiger Einsatz nicht durch diplomatische Schwäche verhindert worden, die britische Seemacht gebrochen: es war ein Entrinnen um Haaresbreite. Das Deutsche Reicht hat die vielleicht schwerste Belastungsprobe, der je ein Staat ausgesetzt war, in einem vierjährigen Kriege siegreich bestanden, und damit bewiesen, daß es einen gesunden Kern von fast beispielloser Widerstandskraft besaß. Der schließliche Zusammenbruch — unmittelbar eine Folge des Eingreifens Amerikas — war, wenn der Ausdruck erlaubt ist, eine Nachwirkung früherer diplomatisch-politischer Fehlgriffe und jener oben geschilderten inneren Glaubensspaltung der Nation.

Der angelsächsische Kapitalismus, der als leistungsfähigste Bundesgenossen die gekränkte Nationaleitelkeit, die Revanchelust der Franzosen und den Panslavismus zu-

sammengebracht hatte, setzte von vornherein auch starke Hoffnungen auf die *internationale* Gesinnung der deutschen Sozialdemokratie. Darin sah er sich aber zunächst getäuscht: an dem denkwürdigen 4. August 1914 bewilligte die Sozialdemokratie fast einmütig die zur Verteidigung Deutschlands notwendigen Kriegskredite. Es ist dies einer der stärksten Beweise, daß die Entwicklung sich doch, gleichsam in einer tieferen Unterströmung, in der Richtung zur *Einheit der Nation* gewendet hatte. In dem Maße aber, als der Krieg zu lang dauerte und die feindliche Agitation rührig die Folgen der Hungerblockade auswertete, gewann das internationale Ideal der deutschen Sozialdemokratie wieder an Kraft und führte schließlich zur Revolution des 9. November.

Die Hoffnungen, die dabei die deutsche Sozialdemokratie bewegten, haben getrogen: die alte „Internationale", die offizielle Vertretung des marxistischen Glaubens, erwies sich als viel zu schwach und ohnmächtig, um dem siegreichen Entente-Kapitalismus in den Arm zu fallen. Dieser hat geschickt die Schwäche des marxistischen Sozialismus in den deutschfeindlichen Ländern benutzt, um den in Deutschland triumphierenden Sozialismus zu überwältigen und mattzusetzen, nachdem er unter amerikanischer Beihilfe auf den Leim der vierzehn Punkte, des Völkerbundes usw. gelockt worden war. Das Ergebnis war der Vernichtungsfriede von Versailles vom 28. Juli 1919. Die Taktik der deutschen Sozialdemokratie, ihr Vertrauen auf die Unterstützung der proletarischen Genossen in den Ententeländern, auf die „Weltrevolution" beruhte auf Selbsttäuschungen und hat sie selbst in ungeheure Gefahren gestürzt. Denn es ist klar, daß, wenn es der Entente wirklich gelingt, den deutschen Handel und die von ihm genährte Industrie zu zerstören und Deutschland

auf ein agrarisch-kleinbürgerliches Niveau zurückzuschrauben, die Massen der Stadtbevölkerung dem Aussterben durch Hunger preisgegeben sind und damit dem deutschen Sozialismus die körperliche Grundlage entzogen wird. Ein solcher deutscher Zukunftsstaat von Entente-Gnaden wird alles andere sein, nur kein sozialistischer.

Wir beschränken uns hier darauf, die wichtigsten innerpolitischen und wirtschaftlichen Folgen der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrags zu kennzeichnen. Auf die künftige Stellung Deutschlands im europäischen Staatensystem wird später in allgemeinerem Zusammenhang zurückzukommen sein.

Das Deutsche Reich zählte vor dem Kriege auf 540 857 Quadratkilometer eine Bevölkerung von (nach der Volkszählung 1910) rund 65 Millionen Einwohnern. Davon mußten ohne Abstimmung abgetreten werden Elsaß-Lothringen, der größte Teil der Provinzen Posen und Westpreußen mit Danzig, einige Kreise von Mittel- und Oberschlesien und das ostpreußische Memelgebiet, zusammen 62 026 Quadratkilometer mit (1910) 5 326 000 Bewohnern, d. h. 11,46 % der bisherigen Gesamtfläche und 8,23 % der Gesamtbevölkerung 1910. Von einer Abstimmung wurde die Abtretung abhängig gemacht in Schleswig-Holstein (nördlich einer Linie von der Flensburger Föhrde bis südlich der Insel Föhr), in Oberschlesien und im südlichen Ostpreußen, sowie in den rheinischen Kreisen Eupen und Malmedy, hier jedoch unter Bedingungen, die die Abstimmung von vornherein zu einem Possenspiel stempelten; ferner soll im Saargebiet (1882 Quadratkilometer, 647 000 Einwohner) nach 15 Jahren eine Abstimmung über die Zugehörigkeit entscheiden. Die Abstimmungsgebiete umfassen insgesamt 33 969 Quadratkilometer mit 3 642 000 Bewohnern (= 6,22 % der bis-

herigen Gesamtfläche, 5,60 % der Bewohner). Der Muttersprache nach entfielen in den Abtretungsgebieten 3 127 000 auf die deutsche, 1 728 000 auf die polnische, 204 000 auf die französische, in den Abstimmungsgebieten 1 913 000 auf die deutsche, 1 253 000 auf die polnische, 133 000 auf die dänische, der Rest auf eine sonstige nichtdeutsche Sprache. Nach dem bisherigen Ergebnis der Abstimmungen ist damit zu rechnen, daß das Deutsche Reich, wenn ihm auch Oberschlesien erhalten bleibt, künftig eine Fläche von 472 000 Quadratkilometer und eine Bevölkerung von 59,5 Millionen (nach der Zählung vom Oktober 1919) behalten wird.

Von bisher österreichischen Gebieten deutscher Zunge werden durch den Frieden von St. Germain rund 20 000 Quadratkilometer mit 4 Millionen Einwohnern an Tschechland, rund 10 000 Quadratkilometer mit rund 250 000 Einwohnern an Italien, rund 2—3000 Quadratkilometer mit 80—100 000 Einwohnern an Jugoslavien abgetreten; der Gewinn von 300 000 Deutschen auf 6000 Quadratkilometer in Westungarn scheint demgegenüber noch nicht gesichert. Der Zutritt der rein-deutschen Republik Deutsch-Österreich zum Deutschen Reiche ist ausdrücklich verboten.

Insgesamt wird rings um das deutsche Reichs- und Sprachgebiet eine Irredenta von rund 7,5 Millionen, mit Deutsch-Österreich 14 Millionen, Deutschen geschaffen, d. h. einer Volksmenge, welche die von Belgien und den Niederlanden zusammengenommen übertrifft, der von Schweden, Norwegen, Dänemark und der Schweiz nahezu gleichkommt! Auf dem Boden, den diese Deutschen bewohnen, stehen Städte rein deutschen Ursprungs und Wesens wie Straßburg und Kolmar, Danzig und Bromberg, Eger und Reichenberg, Meran und Bozen, von Wien, Graz, Inns-

bruck und Salzburg ganz zu schweigen, Namen, die mit das Ehrwürdigste bezeichnen, das deutsche Kultur geschaffen hat. Glaubt man wirklich, damit einen Zustand der Dauer zu schaffen? Wahrhaftig, das Urteil der Nachwelt über die blindwütigen Chauvinisten, die salbungsvollen heuchlerischen Friedensprediger und Sittlichkeitsapostel, die diesen Wahnsinn erdacht haben, wird vernichtend lauten.

Doch betrachten wir hier nüchtern die nächsten Folgen für den deutschen Staat. Die Hoffnung, daß das feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker wenigstens die großdeutsche Einigung herbeiführen werde, ist durch den Machtspruch der Entente fürs erste vereitelt worden. Wenn indessen die Einigung, woran nicht zu zweifeln ist, später zur Tatsache werden wird, so darf doch der jahrhunderte alte preußisch-österreichische Dualismus endlich als beseitigt gelten, da das von den übrigen ehemals k. und k. Ländern gelöste Deutsch-Österreich nach keinerlei Führerrolle geizt. Aber ist damit jede Frage eines staatlichen Dualismus in Deutschland aus der Welt geschafft? Leider muß man zögern, darauf unbedingt mit Ja zu antworten. Der Sturz des Kaisertums, die Beseitigung des Bundesrats mit der ihm von Bismarck zugewiesenen Rolle des Souveräns hat, genau wie 1848, die Frage nach der künftigen Stellung Preußens in Deutschand aufgerollt. Die theoretisch befriedigendste Lösung, die Verschmelzung Preußens mit dem übrigen Deutschland zu einem Einheitsstaat mit weitgehender Selbstverwaltung seiner Provinzen, hat durch die plumpe Eilfertigkeit, mit der die republikanische Regierung, allerdings unter dem ungeheuren Druck der Finanznot, auf sie lossteuerte, nicht gerade an Beliebtheit gewonnen. In Süddeutschland, besonders in Bayern, macht sich in weiten Kreisen eine entschiedene Abneigung

gegen die Überspannung der einheitlichen Staats- und Wirtschaftsleitung von Berlin aus geltend. Es ist offenes Geheimnis, daß Frankreich diese Strömungen zur Errichtung einer Donaukonföderation unter Einbeziehung Bayerns oder ganz Süddeutschlands zu benutzen gedenkt, mit anderen Worten zur Wiedererrichtung eines erweiterten Österreich-Ungarn und zur völligen Sprengung des Deutschen Reiches. Allzugroß wird man diese Gefahr kaum einzuschätzen brauchen: eine Donaukonföderation ist aus mancherlei Gründen ein Ding der Unmöglichkeit. Schwerer noch wiegen die Bedenken, die von treuesten Freunden des Vaterlandes gegen die sogenannte „Aufteilung" Preußens erhoben werden. Soll man in dieser Zeit, wo die Grundmauern politischen und wirtschaftlichen Lebens erschüttert, wo Ostpreußen und andere deutsch-polnische Grenzlande, wo das Rheinland und Saargebiet in einen schweren, vielleicht Generationen währenden Kampf um ihren nationalen Charakter getreten sind, diese Staatseinheit mit ihrer glorreichen Geschichte, ihrer festen Verwaltung auflösen, ohne völlige Gewißheit, daß sofort etwas Gleichwertiges an ihre Stelle tritt? Das werden auch die nicht zu raten wagen, die sich der großen Schwierigkeit, nach dem Wegfall der Dynastien und zahlreicher kleiner Bundesstaaten Preußen als Ganzes in den föderalistisch organisierten Gesamtstaat einzuordnen, voll bewußt sind. In dem bevorstehenden nationalen Kampf um die Grenzlande darf die deutsche Stoßkraft nicht durch Streitigkeiten um die Kirchtumsinteressen der einzelnen Provinzen gelähmt werden. Das aber würde unweigerlich geschehen, wenn man *jetzt* eine Teilung Preußens vornehmen würde. Darum ist es besser, sich einstweilen mit den bestehenden Zuständen einzurichten und die Lösung der preußisch-deutschen Frage einer Zeit vorzubehalten, in der sie ohne nationale Gefahr ruhig und

sachlich als die Verwaltungsfrage behandelt werden kann, die sie dann hoffentlich nur noch sein wird.

Unmittelbarer brennend sind die Wirtschaftssorgen, die der Friedensvertrag veranlaßt hat. An erster Stelle ist da der Verlust großer Getreide- und Kartoffelüberschußgebiete in den an Polen abgetretenen weiten Flächen Posens, Schlesiens, Westpreußens zu nennen. Durch die Abtretung dieser Gebiete steigt die Bevölkerungsdichte des Deutschen Reiches (innerhalb der Grenzen von 1919), wenn wir die Volkszahlen von 1910 zugrunde legen, von 120 auf 126 auf den Quadratkilometer, d. h. es müssen auf der gleichen Flächeneinheit mehr Menschen als bisher ernährt werden. Die Abtretungsgebiete (d. h. die ohne Abstimmung abgetretenen) im Osten umfassen etwa 8,7 % der Fläche, und enthalten rd. 5,0 % der Bewohnerschaft des Deutschen Reiches von 1914. Dagegen verhält sich ihre Erzeugung an den wichtigsten Nahrungsmitteln zur Gesamterzeugung des Reichs von 1914 (nach der Statistik von 1913), wie folgt:

Roggen	14,8 %	der Gesamterzeugung,
Weizen	6,7 %	der Gesamterzeugung,
Gerste	12,6 %	der Gesamterzeugung,
Hafer	6,6 %	der Gesamterzeugung,
Kartoffeln	14,5 %	der Gesamterzeugung,
Zuckerrüben	17,4 %	der Gesamterzeugung.

Man kann sagen, daß, soweit Brotgetreide und Kartoffeln in Frage kommen, mindestens über 6 Millionen Menschen von diesen Überschüssen ernährt worden sind, d. h. eine Bevölkerungsmenge, die etwa derjenigen sämtlicher beim Reiche verbleibenden Großstädte und Industriebezirke östlich der Elbe und der Westgrenze Sachsens und Mecklenburgs gleichkommt.

In Wirklichkeit ist die Lage noch weit schlimmer, weil Ernteflächen und Ertrag der Landwirtschaft durch den Krieg und seine Folgen überhaupt stark zurückgegangen sind. Dieser Rückgang erstreckt sich zwar auch auf die bisherigen Überschußgebiete, macht sich aber natürlich, wenn diese ohnehin ausfallen, um so empfindlicher in einer Nahrungsmittelknappheit für die Großstädte und Industriebezirke bemerkbar. Die Erntefläche der wichtigsten Frucht- und Futtergewächse hat sich durch den Friedensvertrag um 16—20 %, der Ertrag des verbleibenden Restes (1920 gegen 1913) um etwa ein Drittel vermindert. Die Ursachen liegen hauptsächlich in Mangel an sachkundigen und willigen Arbeitskräften, Mangel an Vieh, Pferden, Dünger, Kohlen, Benzol, Petroleum, in den schlechten Verkehrsverhältnissen, fehlerhafter Preis- und Planwirtschaftspolitik usw., Ursachen, denen sich z. T. gerade infolge des Friedensvertrags nur schwer abhelfen läßt. Die deutsche Landwirtschaft hatte in bezug auf Leistungsfähigkeit vor dem Krieg, trotz der nur mäßigen Gunst des Bodens und Klimas, mit den ersten Rang in der Welt erobert, denn sie erzeugte auf nur 4 % der Getreidefläche der Welt 8 % der Getreideernte, also das Doppelte des Durchschnittsertrags. Diese hervorragende Leistung beruhte aber nicht allein auf der Tüchtigkeit der Landwirte, der staatlichen Ordnung und Verkehrssicherheit, sondern war auch mit einer großen Abhängigkeit vom Ausland erkauft, da z. B. die Viehwirtschaft, von deren hohem Stande z. T. wieder der pflanzliche Ernteertrag abhing, allein einer jährlichen Zufuhr an Futtermitteln im Werte von über 1 Milliarde Goldmark bedurfte. Der Ausfall dieser fetthaltigen oder fetterzeugenden Futtermittel ist die Hauptursache des völligen Zusammenbruchs der Fleisch- und Milchversorgung der Großstädte. Auch der Raub der Kolonien durch England und seine Helfershelfer macht sich

gerade in dieser Hinsicht bemerkbar, wurden doch (1912) 755 000 Doppelzentner Kopra, Palmkern, Palmöl, Erdnüsse usw. aus den Kolonien eingeführt.

Die enger zusammengedrängte und schlechter ernährte Bevölkerung hat ferner in ihrer Arbeitsfähigkeit eine ungünstige Verschiebung erfahren durch den Tod und die Verkrüppelung einiger Millionen der kräftigsten jungen Männer. Vor allem ist aber auch die Arbeitsmöglichkeit der Industrie, auf die sie noch mehr als früher angewiesen ist, durch den Krieg und seine Folgen, besonders durch den Friedensvertrag, stark beschränkt worden. Um nur einige Beispiele herauszugreifen: von der deutschen Gesamtförderung an Eisenerzen vor dem Krieg in Höhe von 35,9 Mill. Tonnen entfallen 28,5 Mill. Tonnen (oder dem Eisengehalte nach von 10,54 Mill. Tonnen 8,15 Mill. Tonnen = 77 %) auf das z. T. abgetretene, z. T. aus dem deutschen Zollverband ausgeschiedene lothringisch-luxemburgische Minette-Revier. Bei dem schlechten Stand der deutschen Valuta kann das, falls nicht günstige Austauschverträge geschlossen werden, für die deutsche Eisenindustrie geradezu den Todesstoß bedeuten; sicher muß es eine ungeheure Produktionsverteuerung mit sich bringen und seine Unabhängigkeit hat dieser Industriezweig jedenfalls durch den Verlust von drei Viertel seines Rohstoffs eingebüßt. Was die Kohlenförderung anbetrifft, so überwiegt vorläufig noch der Rückgang der Förderung infolge Raubbaus in den Gruben seit 1916, ferner infolge Unterernährung, Arbeitsunlust, Herabsetzung der Arbeitszeit usw. den Rückgang infolge der Abtretungen. Denn dem Verluste der Friedensförderung des Saarreviers und Elsaß-Lothringens in Höhe von 17 Millionen Tonnen, wozu allerdings noch Lieferungsverpflichtungen an Frankreich, Belgien, Italien von 37 Millionen Tonnen (vorläufig auf 24 Millionen

Tonnen ermäßigt) kommen, steht eine Minderförderung von rund 190 Millionen Tonnen (Stein- und Braunkohle) im Jahre 1919 gegen 260 Millionen Tonnen im letzten Friedensjahr gegenüber [1]). Sollte freilich die Abtretung des oberschlesischen Steinkohlenreviers mit 49 Millionen Tonnen friedensmäßiger Förderung an Polen Wirklichkeit werden, so müßte dies vernichtende Folgen für Verkehr, Nahrungsversorgung, Industrie und Landwirtschaft Mittel- und Ostdeutschlands nach sich ziehen. Eine Großstadt wie Berlin ist ohne die oberschlesische Kohle völlig lebensunfähig.

Ebenso verhängnisvoll für das verwickelte und empfindliche Gebilde der deutschen Industrie ist der Zusammenbruch des Verkehrswesens: an dem der Eisenbahnen mögen Verbrauch im Kriege, riesige Ablieferungen an die Entente nach den Waffenstillstandsbedingungen, Revolutionschaos und Kohlenmangel gleichmäßig die Schuld tragen. Die Handelsflotte ist bis auf einen geringen Rest von der Entente geraubt worden. Die Entwertung der deutschen Währung zieht eine Mauer gegen die Einfuhr um die deutsche Zollgrenze höher als jede Zollmauer, und erschwert die Rohstoffversorgung aus dem Auslande ebenso sehr wie die Unmöglichkeit, die alten Handelsbeziehungen nach jahrelanger Unterbrechung und unter dem Druck der raffiniert ausgeklügelten britischen Handelssabotage gegen

1) Die Zahlen entnehme ich dem aus amtlichen Quellen schöpfenden Organ „Das Neue Reich"" Heft 28/29 (Okt. 1919). Hier ist S. 3 die Friedensförderung Deutschlands (1913) mit 279 (richtiger wären 277) Millionen Tonnen angegeben, jedoch die Förderung Elsaß-Lothringens und des Saarreviers nicht, wie 1919 in Abzug gebracht, weshalb ich oben 260 Millionen Tonnen für 1913 einsetze. Im Laufe des Jahres 1920 hat sich die Kohlenförderung der Friedensförderung wieder bedeutend genähert, in der Braunkohlenförderung sie sogar überschritten.

Deutschland wieder anzuknüpfen. Jedenfalls haben England und Amerika mit ihren Trabanten in bezug auf die Rohstoffversorgung jetzt und künftig durchaus die Vorhand; daß auch die Aneignung der deutschen Kolonien durch die angelsächsische Beutegesellschaft hierbei ins Gewicht fällt, wurde schon angedeutet. Und auch abgesehen von der Rohstoffversorgung ist die deutsche Industrie schon deswegen künftig ganz von der Gnade der Entente abhängig, weil das Verfügungsrecht des Deutschen Reiches über seine Eisenbahnen (in bezug auf Tarife usw.) nach dem Friedensvertrag nur noch sehr beschränkt, und dasjenige über die wichtigsten deutschen Ströme ihm gänzlich entzogen ist.

Aus dem zuletzt Gesagten geht hervor, daß die Frage: „Was soll aus Deutschland werden?" sich hauptsächlich zuspitzt auf die Frage: „Wovon soll in Zukunft das Volk in den Großstädten und Industriebezirken Deutschlands leben?" Daß für einen schwer zu berechnenden, sicher aber nach Millionen zählenden Teil dieser Bevölkerung künftig Nahrung und Arbeitsmöglichkeit fehlt, dürfte feststehen. Die Frage ist dadurch noch verwickelter geworden, daß das Streben, die Gewerbe möglichst rasch und weitgehend wieder arbeitsfähig zu machen, durchkreuzt wurde von dem Bestreben der Arbeiterschaft, ihre Beteiligung an den Gewerben auf eine neue gemeinwirtschaftliche Grundlage zu stellen. Mag dieses Streben auch eingegeben sein von dem berechtigten Wunsch, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft im Verhältnis zu der der übrigen Stände zu verbessern, so kann man der Sozialdemokratie den Vorwurf nicht ersparen, daß sie seit Jahrzehnten zwar viel agitiert, aber wenig getan hat, um ihre Anhänger zur Beteiligung an der Betriebsleitung, zur (wirtschaftlichen und politischen) Selbstverwaltung zu erziehen und vorzubilden. Was die

Gewerkschaften darin geleistet haben — und es verdient Achtung — das ist nur allzuoft unter dem Widerstreben der Partei erfolgt. Das bloße Geschrei nach dem Rätesystem ist unsinnig. Es wird noch einer Bildungsarbeit von Jahrzehnten bedürfen, um die Arbeiterschaft zu einer ihr wirklich nützlichen und ersprießlichen Mitbestimmung fähig zu machen.

Wenig Aussicht auf Erfolg hat auch die von vielen Seiten erhobene Forderung, große Massen aus der Großstadt auf dem Lande anzusiedeln. Den meisten Großstädtern und Industriearbeitern fehlt die Gewöhnung an die schwere Landarbeit und die Lust dazu, vor allem auch das Verständnis und die Vorbildung zur Landwirtschaft, obwohl die Verhältnisse darin in Deutschland noch ziemlich günstig liegen, denn sehr viele städtische Arbeiterfamilien sind erst vor kurzem in die Stadt gewandert und haben noch Beziehungen zur ländlichen Verwandtschaft. Es ist schon viel erreicht, wenn die Landflucht völlig aufhört, der ländliche Nachwuchs der Landwirtschaft erhalten bleibt. Allerdings wird es trotz Moorkolonisation bald an Siedlungsland in Deutschland fehlen. Es muß abgewartet werden, ob die Klärung des russischen Chaos den Deutschen doch noch einen Teil der Siedlungsmöglichkeiten gewährt, auf die sie nach dem natürlichsten aller Lebensrechte Anspruch haben; auch die österreichischen Alpenländer dürften übrigens noch einer dichteren Siedlung und besseren wirtschaftlichen Ausnutzung fähig sein. Alle sonstige Auswanderung bedeutet Verlust für das Deutschtum und ist auf absehbare Zeit auch zumeist nur Leuten mit Kapital, nicht großen Massen möglich. — Bessere Aussichten für die Stadtbevölkerung bietet die Zunahme der Kleinsiedlung und Gartenwirtschaft, die es ihr bei der Verkürzung der gewerblichen Arbeitszeit ermöglicht, einen Teil ihrer Nah-

rung, natürlich mit saurer Arbeit, selbst zu gewinnen. Vielleicht der wichtigste Vorteil würde dabei sein, daß das Stadtvolk wieder einer mehr naturgemäßen, auch abwechslungsreicheren Lebensweise zugeführt wird, daß die Kinder gesunder aufwachsen, die Erwachsenen mehr Sinn im Leben finden und mehr Sinn hineinbringen.

Damit ist die Hauptfrage der Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern aller kapitalistisch-industriell entarteten Nationen angedeutet. Es gilt nicht nur den Arbeiterstand äußerlich nach Lebenshaltung und wirtschaftlich-politischer Selbständigkeit als gleichberechtigtes Glied in das Ganze der Nation einzuordnen, sondern ihn auch innerlich-seelisch mit ihr zu verschmelzen. Es muß der unerhörte Zustand beseitigt werden, daß die Arbeiterschaft, die breite Masse des Volkes, kein Vertrauen zu ihren natürlichen, volksverwandten Führern und Bruderständen hat, sondern den ihr wesensfremden Ideen einer Bildungsschicht nichtdeutschen Stammes gehorcht. Die bürgerlichen Stände müssen einsehen, daß mit einem starren Festhalten an sozialen Vorurteilen und Unterschieden, oder gar einem Zurückstreben zu früheren Zuständen nichts erreicht wird. Die Zeit Kaiser Wilhelms II. war keineswegs das goldene Zeitalter, zu dem sie jetzt von der rechten Seite so gern gestempelt wird; gewiß, wirtschaftlich ging es den meisten besser als jetzt, aber eine ungeheure Schuttmasse von Herkommen, vererbten Anschauungen, unantastbaren, oft nur vom Mammon geheiligten Ordnungen erstickte alle Versuche zu einer doch so notwendigen geistig-sittlichen Erneuerung. Aber auch die Arbeiterschaft wird begreifen müssen, daß gewaltsames Ausbrechen aus der Bahn der nationalen Überlieferung keinen Segen mit sich bringt, daß der richtige Platz für sie an der Seite der Vertreter des wahren alten Preußentums ist, und daß in dem altpreußischen

Geiste mehr Hingabe an das Ganze, mehr wahrer Gemeinsinn, wahrer Sozialismus steckt als in der phrasenhaften jüdisch-marxistischen Ideologie. Es hat sich als ein schwerer Fehler herausgestellt, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht die „revolutionäre Rolle" Deutschlands im Wirtschaftsleben der Welt (im Sinne P. Lenschs) erkannt und dementsprechend alle Kräfte an einen deutschen Sieg gesetzt, sondern den internationalen Strömungen nachgegeben hat, die ihr die Seifenblase des Verständigungsfriedens vorgaukelten, in Wirklichkeit aber nur die Geschäfte Englands und seiner Trabanten besorgten. Die „Unabhängigen" — seltsames Spiel des geschichtlichen Zufalls, daß sie sich ebenso nennen wie jene radikale Sekte der Puritaner — widmen sich ja noch jetzt mit äußerstem Eifer der freiwillig übernommenen Rolle einer englischen Hilfstruppe. Betrogene Betrüger!

Der Träger jener internationalen oder anationalen Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie ist, wie schon hervorgehoben, in erster Linie das Judentum. Die Stellung dieses Volkes oder — meinetwegen — dieser Kaste innerhalb des deutschen Staates der Gegenwart ist höchst eigenartig. Ich wüßte nur ein geschichtliches Gegenbeispiel, daß eine verhältnismäßig kleine Oberschicht volksfremder Herkunft in solchem Maße die politische Führung an sich gerissen hat: die Germanen im sinkenden Römerreiche. Wie dort handelt es sich auch hier um das Ergebnis einer wirklichen „Völkerwanderung", die von Osten her Deutschland mit einem fremdstämmigen Volkstum durchsetzt hat, und ihm zwar nicht die Soldaten und Generale, aber Minister, Parlamentarier, Zeitungs- und andere Schreiber, Geldmänner, Advokaten, Kaufleute usw. liefert. Die Unterschiede liegen auf der Hand, die Wirksamkeit und Überlegenheit der Juden beruht nicht in grö-

ßerer Urwüchsigkeit oder in Vorzügen des Körpers, sondern vielmehr in einer größeren geistigen Gelenkigkeit, durch die es ihnen gelungen ist, politisch, wirtschaftlich und sozial eine führende Stellung zu erringen und geistig die breiten Massen der Großstadtbevölkerung zu beherrschen. Tatsächlich dürfte — wenigstens im Revolutionsjahr 1919 — mindestens etwa die Hälfte der führenden Männer in Deutschland jüdischer Abstammung sein. Daß sie dabei sowohl im Lager des kapitalistischen Liberalismus, wie des Marxismus zahlreich vertreten sind, ist nebensächlich; gerade darin zeigt sich, daß wir es hier nicht mit einem bloß politisch-sozialen, sondern mit einem ethnisch-nationalen Problem zu tun haben. Die völkische Grundlage der Judenherrschaft in Deutschland ist dabei, obwohl zahlenmäßig schwer abzuschätzen, offenbar ziemlich schmal. Hätten sie nicht, gerade in neuester Zeit, fortdauernd starken Zuzug aus Polen-Galizien erhalten, so würden sie durch Großstadtentartung und Familiensterben ziemlich bald dezimiert werden und an Bedeutung verlieren. Für die Zukunft ist das eine Hoffnung und ein politischer Fingerzeig. Im übrigen läßt sich kaum verkennen, daß tatsächlich in den besten und edelsten Vertretern des Judentums eine innere Wahlverwandtschaft mit deutschem Geiste zutage tritt; gibt es doch auch nicht wenige alteingesessene Juden, die im tiefsten Fühlen Glieder der deutschen Nation geworden sind. Die Juden können als Beweger und Aufrüttler der oft etwas schwerfälligen deutschen Art Nützliches leisten, wenn sie in ihren Schranken bleiben. Ihre angemaßte Herrscherrolle ist unerträglich, sie zu stürzen eine der ersten Vorbedingungen für Deutschlands Erneuerung.

IV. Rußland.

Wenn wir uns von Deutschland Rußland zuwenden, so kommen wir in eine völlig andere, kaum noch halbeuropäische, überwiegend asiatische Welt. „Halb-Asien", dieser von K. E. Franzos ursprünglich auf Galizien gemünzte Ausdruck läßt sich ebenso gut auf das europäische Rußland östlich der Einschnürung Peipus-Dnjestr-Mündung anwenden, und mit gutem Recht ist neuerdings von geographischer Seite der Vorschlag gemacht worden, dieses Rußland mit dem geophysisch engverwandten Sibirien zu einem besonderen Erdteil „Groß-Sibirien" zusammenzufassen. Schon durch seine ungeheure Ausdehnung ist es als ein Übergangsgebiet nach Asien gekennzeichnet. Es ist ein riesiges, durch Einebnung sehr flachliegender geologischer Sedimentschichten entstandenes Tafelland, das sich deutlich vom europäischen Schollen- und Faltengebirgsland mit seiner kleinräumigen Gestaltung absondert, im Norden durch die Polarzone, im Süden durch die geologisch jungen Einbrüche und Auffaltungen des Kaspischen und Schwarzen Meeres begrenzt, im Osten in breiter Linie aus dem gleichartigen nordasiatisch-sibirischen Tiefland hervorwachsend, wobei das Uralgebirge nur eine Unterbrechung, keine Grenze bedeutet, im Westen ohne an der Oberfläche deutlich sichtbare Grenze in die noch mehr mitteleuropäischen Charakter tragenden Gefilde Baltlands, Litauens, Polens und Moldau-Bessarabiens übergehend.

Von grundlegender Bedeutung für die Geschichte Rußlands ist die durch Klima und Boden verursachte Zoneneinteilung der großen Tafel: von Norden nach Süden folgen einander (in südwest-nordöstlicher Streichrichtung) Tundra (Polarsteppe), Waldregion, Parkland und Wiesensteppe, diese beiden zugleich die Region der

Schwarzerde (Tschernosjom) umfassend, endlich die Salz-

Osteuropas Vegetations- und Kulturzonen.

steppe. Ein Grundmotiv der Geschichte Rußlands ist der ständige Kampf der Waldbewohner gegen die Steppen-

bewohner. Die Waldbewohner, im Westen Slaven, im Osten Finnen (und später Großrussen), wurden fortdauernd angegriffen von den durch die Steppe von Asien hereinflutenden Reitervölkern, deren überragende Herrscherkraft ihnen bis vor 500 Jahren den Vorrang auch über dies „Halb-Asien" zu sichern schien. Daher ist die Ostwestrichtung der Steppenbahn für Rußlands Geschichte zunächst die wichtigste. Langsam haben dann die Waldbewohner mit Hilfe europäischer Kriegstechnik ihre Macht über die Steppe ausgebreitet, ihre unsteten Söhne zur Seßhaftigkeit gezwungen. In der Herrschaft des eigentlich dem Hackbau und der Jagd, dem „Hausfleiß" und Handelsgeist des Waldkolonisten ergebenen Großrussen über den ackerbauenden Ukrainer der Steppe hat sich der alte Gegensatz fortgesetzt. Neben dem Ostwestverkehr ist aber auch die Isthmuslage zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, Skandinavien und Levante von Bedeutung: vom Süden kamen die Religion, die religiös-politische Doppelstellung im Cäsaropopismus des Zaren, wichtigste Elemente der geistigen Kultur, vom Norden die Staatsgründung.

Was bei Betrachtung der russischen Staatsentwicklung vor allem auffällt, ist, daß sie, von kürzeren Episoden abgesehen, immer unter einem vorherrschenden, richtunggebenden f r e m d e n Einfluß vor sich gegangen ist. Man könnte die ganze russische Geschichte bis 1917 in drei große Perioden einteilen: die warägische (normannische), tatarische und deutsche. Auch das Wesen des großrussischen Volkes, von dessen staatenbildenden Eigenschaften man oft viel Aufhebens gemacht hat, und dem man Fähigkeiten und Intelligenz ja auch keineswegs absprechen kann, spricht sich mehr in guter Auffassungsgabe und duldendem Gehorsam unter dem Herrn, als in schöpferischer Selbsttätigkeit aus. Baumaterial und Werkzeuge waren sie, bisweilen vorzüg-

liche, meistens aber nur mäßige, nicht Herren und Baumeister. Was so leicht dazu führt, die Macht dieses Staatswesens zu überschätzen, ist die in der Lage begründete ungeheure Ausdehnung und gewaltige Menschenmenge. Aber diesem imposanten Äußeren entsprach die innere Kraft fast nie.

Die Anfänge des russischen Staates liegen im mittleren Dnjeprtal, sowie in dem nördlich davon gelegenen Waldgebiet zwischen Ladogasee, Peipus und oberer Wolga; von da ist er z. T. nach Westen, hauptsächlich aber nach Osten gewachsen. Insofern bietet er eine gewisse Analogie zur Bildung des deutschen Staatswesens vom Rheine aus. Begründet ist er im 9. Jahrhundert durch skandinavische (schwedische) Einwanderer unter dem Namen der Waräger (ursprünglich soviel wie „Schutzbürger", welchen Namen vermutlich eine ältere Schicht skandinavischer Siedler an der finnisch-russischen Ostseeküste den Neuankömmlingen gab), die eine Anzahl slavischer Stämme unter ihrer Herrschaft zusammenfaßten. Die Namen und Sitten dieser Fürsten und Gefolgsleute sind, was auch die gekränkte Nationaleitelkeit russischer und ukrainischer Gelehrter dagegen vorgebracht haben mag, unzweifelhaft skandinavisch-germanisch; auch der Name „Rus" stammt von ihnen. Mitte und Ende des 10. Jahrhunderts wuchs sich dieser Staat von seinem Mittelpunkt Kijew, schon in stetem Kampfe gegen die Steppenvölker, Chasaren, Petschenegen, zu einer großen extensiven Staatsgründung, der flächengrößten im damaligen Europa, aus; übrigens hatte diese in dem russischen Ostgotenreiche des Ermanarik schon ein freilich ephemeres Vorbild gehabt. Die Swjatoslav, Wladimir der Große, Jaroslav traten in Verfolg ihrer kriegerischen Anstrengungen nach Süden in nahe Beziehungen zum byzantinischen Rhomäerreiche. Die Annahme der

griechischen, orthodoxen Kirche sonderte den Kijewer Staat scharf vom übrigen Europa, und von da an sind die Beziehungen zum römisch-christlichen Westen — noch der Merseburger Bischof Thietmar kennt 1018 Kijew als eine „hauptsächlich von raschen Dänen" bewohnte Stadt — so ziemlich abgeschnitten.

Als im 11. und 12. Jahrhundert dieser bereits bis zur mittleren Wolga und Oka ausgedehnte Staat durch die Wirren des Seniorats[1]) zerfiel und eine chronische Anarchie platzgriff, entwickelten sich nur in seinen Grenzgebieten festere Staatsgebilde, in Galizien (Halitsch-Wladimir), Nowgorod und Ssusdal-Moskau. Während Halitsch und Wladimir mit ihrer Bojarenherrschaft dem polnischen, ungarischen und litauischen Einfluß erlagen, Nowgorod als städtischer Freistaat Nordrußland der wirtschaftlichen Ausnutzung erschloß und mit der deutschen Hanse in Handelsverbindung trat, ging die Erneuerung des russischen Staates von dem letztgenannten Fürstentum zwischen der Oka und der oberen und mittleren Wolga aus. Hier bildete sich aus der Vermischung westrussischer Kolonisten, die hauptsächlich wohl dem nördlichen Siedlungsraum zwischen Nowgorod, Pleskau, Smolensk entstammten, mit einheimischen Finnen das großrussische Volkstum. Südrussische (ukrainische) Siedler sind an dieser Kolonisation schwerlich beteiligt gewesen, da die Sumpfwälder der Desna und des Seim ein direktes Vordringen über die Wasserscheide nordostwärts verhinderten. Wohl aber haben südrussische Teilfürsten des Kijewer Staates hier als Staatengründer die politische Überlegenheit des Pflugbauern über den Hackbauer zur Geltung gebracht. Jurij Dolgorukij schlug vor 1150 in dem Hofe Moskau seine

1) Territoriale Verteilung der Herrschaft unter die großjährigen Prinzen unter Hegemonie des ältesten.

Residenz auf und etwa zwanzig Jahre später stürzte von hier aus Andrej Bogolubskij den Kijewer Staat. Kennzeichen des Moskauer Fürstentums war, daß es in kraftvollem Absolutismus sowohl den Einfluß des Adels, der Bojaren, wie der in Nowgorod allmächtigen Volksversammlung, des Wjetsche, brach. Es ist auf die Analogie hingewiesen worden, die in der Ausbildung eines starken ostrussischen Kolonistenstaates zu der Entstehung Brandenburg-Preußens, und in der Rückwirkung beider auf das Mutterland liegt, und eine gewisse äußere geographisch-historische Gleichartigkeit liegt in der Tat vor. Aber die innere Entwicklung war eine völlig andere.

Schon für den Bestand des Kijewer Staates war es verhängnisvoll geworden, daß es ihm nicht gelang, die Steppenvölker zu unterwerfen. Anfang des 13. Jahrhunderts überschwemmte eine neue asiatische Eroberwelle, die der Tataren, Rußland. Ihr unterlag nicht nur das eben erst moskowitisch gewordene Kijew, sondern Moskau-Sjusdal selbst. Die über 200 Jahre währende Tatarenherrschaft hat tiefe Spuren im russischen Volkscharakter hinterlassen. Die Tataren regierten nicht unmittelbar, sondern bedienten sich, wenigstens seit dem 14. Jahrhundert, der moskowitischen Tributärfürsten als ihrer Vögte. Der skrupellose Despotismus, mit dem diese gleichzeitig ihre Interessen, wie die ihrer Brotherren wahrnahmen, der mit Kriecherei nach oben gepaarte erbarmungslose Druck nach unten, haben dem Volke der Großrussen das unvertilgbare Brandmal der Knechtschaft aufgedrückt. Der ohnehin im russischen Volkscharakter liegende Fatalismus steigerte sich unter diesem Einfluß zu einer Indolanz, die nur gelegentlich, bei einem Nachlassen des Drucks, einer wilden, zerstörungssüchtigen Aufsässigkeit Platz macht. Seitdem ist es in Rußland zu einer dauernden Regierungsweisheit ge-

worden, daß man am besten mit dem Terror, mit Furcht und Schrecken, regiert.

Anderseits hat diese Zeit die enge Verbindung der Russen mit ihrer Kirche gefestigt. Die Tataren schonten, ja begünstigten die orthodoxe Kirche und besonders die Klöster in auffallender Weise, so daß Tausende von Bauern bei diesen Schutz suchten; ein Drittel des Landes soll im 16. Jahrhundert den Klöstern gehört haben. Die beherrschende Rolle, die seitdem alles Kirchliche im russischen Volksleben spielt, die Anhänglichkeit und der Eifer, mit der Hoch und Gering bis in die neueste Zeit die kirchlichen Gebräuche beobachteten, hat vielfach zu der Ansicht geführt, daß innige Religiosität ein Grundzug des russischen Wesens sei. Darin liegt jedoch ein Trugschluß. Eine gewisse zarte Empfindsamkeit, ein seelischer Feinblick im Umgang mit Menschen, freilich nicht selten in jähem Wechsel von Anfällen launischer Willkür, barbarischen Tobens unterbrochen, kann dem Russen ebensowenig abgesprochen werden, wie es zu leugnen ist, daß die orthodoxe Kirche in den Riten ihres Gottesdienstes eine hohe, oft hinreißende Schönheit entwickelt hat. Aber obwohl sie ihren Bekennern dadurch im Jammer des Daseins kostbaren Trost gespendet haben mag — ihre sittliche Wirkung ist in der breiten Masse niemals tief gedrungen, weil sie sich eben in bloßen Äußerlichkeiten erschöpfte. Vielleicht häufiger noch als im eigentlichen Europa gab das Christentum in Rußland nur den Namen für krassen Aberglauben und Fetischismus ab, der mit praktischem Handeln im Sinne Jesu nicht das Mindeste gemein hat. In einem hat die Tatarenherrschaft doch auch aufbauend die spätere russische Großmacht vorbereitet. In der Schule dieser über ganze Erdteile waltenden Reiternomaden hat sich den moskowitischen Großfürsten der Blick über große Länderräume geweitet.

Unleugbar zeigten sie in ihrer schwierigen Lage ungewöhnliche politische Begabung und wußten durch geschickten Wechsel von Unterwürfigkeit und Anmaßung, Verstellung und Bestechung sich immer mehr Kräfte der allmählich zerfallenden „Goldenen Horde" dienstbar zu machen. Moskau hat sich nicht durch eine einmalige rasche Erhebung befreit, sondern in dem Tatarenstaate verschob sich das Übergewicht mehr und mehr nach der gemischten tatarisch-russischen Oberschicht des Moskowitertums, bis dann die drei letzten Fürsten aus dem Geschlechte Ruriks, bedeutende Herrschernaturen, die man den Tudors, den Valois, den Habsburgern und anderen Regentenreihen dieses Zeitalters der werdenden Nationalstaaten an die Seite setzen kann, den Tatarenkhanaten den Rest gaben. Sie haben die Grundlagen zur europäischen Großmachtstellung Moskaus gelegt.

Iwan III. (1462—1505) übernahm durch die Heirat mit der byzantinischen Prinzessin Sophia — auf Betreiben des Papstes, der Sophia in Rom erzogen hatte und Rußland dadurch für Rom zu gewinnen hoffte — feierlich das geistige und politische Erbe des soeben den Osmanen zum Opfer gefallenen Byzanz, vor allem den Cäsaropapismus, das Patronat über die gesamte orthodoxe Kirche. Er zuerst versagte den Tataren offen den Gehorsam, ohne daß diese einen Kampf wagten, und unterwarf sämtliche russischen Teilfürsten bis auf die von Rjäsan, Pleskau und Nowgorod-Sjewerskij a. d. Desna (Tschernigov), sowie den Freistaat Nowgorod mit seiner Tochterrepublik Wjatka und seinem ganzen weiten nordrussischen Hinterland. Ja, er griff bereits nach Permien und über den Ural nach dem Lande der Wogulen und Ugrier am Ob über. Der ganze Westen des altrussischen Staates dagegen, d. h. vor allem das Dnjeprland, gehorchte damals der rasch emporgestiegenen

litauischen Macht, die seit 1386 durch Wladislaw Jagiellos Heirat mit Polen vereinigt war. Wassilij III. (1505—33) rundete das Werk seines Vaters durch Unterwerfung von Rjäsan und Pleskau, sowie durch die Polen-Litauen abgezwungene Erwerbung von Smolensk und Sseweríen (Tschernigov) ab, so daß das Moskowitische Rußland damals schon das ganze Waldland westwärts bis zur Peipuslinie und zur Landenge zwischen Düna und Dnjepr, südwestwärts bis zur Seim-Desna-Linie umfaßte, den Dnjepr selbst aber nur auf eine kurze Strecke am Mittellauf erreichte. Der Kampf um die Vorherrschaft in Osteuropa zwischen Moskau und Polen-Litauen dreht sich geopolitisch ebenso um die Beherrschung des Dnjeprlands, wie der Streit um die Hegemonie in Westeuropa zwischen Deutschland und Frankreich um das Rheinland. Unter dem begabten, aber entarteten Iwan IV., dem „Grausamen", wurden nach dieser Seite noch keine dauernden Fortschritte gemacht, dagegen begann nun das Waldland seine Macht über die Steppe auszubreiten. Iwan selbst war durch und durch eine asiatisch-tatarische Despotennatur, seine Methoden sind dieselben echt russischen der Schreckensherrschaft, wie sie es bis zum heutigen Tage, bis Lenin und Trotzki, geblieben sind: er warf die Bojarenmacht endgültig nieder, begründete den russischen Absolutismus, die „Selbstherrschaft" (Ssamoderschawie), und legte sich als erster den Titel „Zar" bei. Das neue in seiner Regierung ist, daß er zuerst sich europäischer technischer Methoden zu bedienen begann. Er schuf in dem Korps der Strelitzen ein stehendes Heer, ließ deutsche Handwerker und Gelehrte an seinen Hof kommen, und bezog aus dem Westen europäisches Geschütz und Munition, angeblich über Lübeck, was der Hansestadt zum schweren Vorwurf gemacht wurde, da man bei dem Gedanken an die

hier aufsteigende, ahnungsvoll vorausgeschaute Macht, ein gelindes Gruseln verspürte. In alledem ist Iwan schon unverkennbar ein Vorläufer Peters des Großen. Vor allem knüpfte er direkte Handelsbeziehungen mit England an, die durch die englische Erkundungsfahrt nach Archangel 1553 eingeleitet wurden. Die Freundschaft mit England, auf der Befriedigung gegenseitiger Wirtschaftsbedürfnisse beruhend, ist seitdem bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Grund- und Eckstein der russischen Politik geblieben.

So mit europäischen Hilfsmitteln ausgerüstet — seine Artillerie zählte 150 Kanonen — eroberte er 1552 Kasan, zwei Jahre später Astrachan, und stürzte die dortigen Khanate der Tataren. Wie wenig freilich damit endgültig ein Umschwung herbeigeführt war, zeigt der verheerende Raubzug, der die Tataren der Krim noch 1571 bis nach Moskau führte. Obwohl dieses südliche Khanat den Osmanen tributpflichtig war, hat es doch wieder seinerseits den Russen bis ins 17. Jahrhundert Tribute abgezwungen. In den umstrittenen und vielfach verwüsteten Grenzgebieten der Steppe am Dnjepr, Don und Jaik (Uralfluß) siedelten sich russische Flüchtlinge an, die sich dem Druck der Zaren- und der polnischen Adelsherrschaft zu entziehen strebten, und zugleich mit dem freien Leben der tatarischen Steppenreiter den tatarischen Namen „Kosaken" annahmen. Die größte Bedeutung gewann die Kosakenhorde der „Ukraine", d. h. des „Grenzlandes" (zwischen Polen-Litauen und den Krimtataren) am mittleren und unteren Dnjepr, welche nach ihrer Hauptfestung unterhalb der Porogen, der Stromschnellen des Dnjepr, den Namen Saporoger erhielt. — Seinen gefährlichsten Wettstreiter mußte Iwan in Polen sehen; aber seine Versuche, im Kampfe mit ihm und Schweden sich der Trümmer

des Livländischen Ordensstaates zu bemächtigen und seinen Staat bis zur Ostsee auszudehnen, mißlangen. Die russischen Heere verübten zwar in dem unglücklichen Lande alle Greueltaten russischer Zerstörungssucht, aber sie konnten nicht dauernd westlich des Peipus Fuß fassen. Besser glückte ein Vorstoß nach Osten. An der sibirischen Grenze waren schon lange im Einverständnis mit dem Zaren russische Kaufleute, besonders die Stroganows, mit dem Handel nach dem Gebiet des Ob tätig. Von ihnen zu Hilfe gerufen, eroberte 1581 der Kosakenataman Jermak Timofejewitsch mit Hilfe deutscher Abenteurer die Hauptstadt des Tatarenkhanats Sibir am Irtysch, womit der Unterwerfung Sibiriens die Bahn geöffnet war.

So setzt unter Iwan IV. deutlich jene gewaltige Ausbreitung des großrussischen Staates nach Osten, Süden und Westen ein, die ihn „auf der Jagd nach der Grenze" wegen der mangelnden Widerstandsfähigkeit der Nachbarvölker und der fehlenden Naturhindernisse bis an das Schwarze, Kaspische, Baltische und Japanische Meer, bis an und über die Gebirgsmauern des Altai, Pamir und Kaukasus, an die Donaumündung, die Weichsel und Memel, also bis tief nach Mitteleuropa hinein geführt hat. In der maßlosen Ausdehnungsmöglichkeit und ihrer Verwirklichung, die, wie bemerkt, zum Teil in der Gleichförmigkeit des Erdteils „Groß-Sibirien" ihren Grund hat, liegt die Stärke, aber auch die Schwäche dieses Staates. Vor allem verführte sie dazu, der auswärtigen Politik, der Ausbreitung, auch dann noch ein übermäßiges Gewicht beizulegen, als schon längst die innere Kultivierung, Ausbildung, Festigung an ihre Stelle hätte treten sollen. Der Großrusse besitzt nicht entfernt das Maß von Bodenständigkeit wie der Mittel- und Westeuropäer; darin offenbart sich ein innerer Mangel, der ihn scharf von diesem unter-

scheidet. Und doch ist jener Ausbreitungsdrang wiederum begreiflich. Denn fast überall, abgesehen von der unwirtlichen Polarzone, führte ein Schritt weiter in klimatisch mehr begünstigte Gegenden. Zur Zeit seiner größten Ausdehnung (1904) griff der russische Staat in Bessarabien, Georgien und der Südmandschurei in die Maiszone [1]), in der südlichen Krim, im östlichen Transkaukasien, in Turkestan und Fergana in die subtropische Gerstenzone [1]) der Erde über; er konnte in diesen Gebieten Baumwolle und Seide, Mais, Wein, Südfrüchte und sogar Tee innerhalb seiner Grenzen gewinnen. Abgesehen von der übertriebenen Wertschätzung imperialistischer Außenpolitik hatte die hemmungslose Ausdehnungsmöglichkeit natürlich auch ein Schwanken in der Zielsetzung zur Folge: bald war Mitteleuropa, bald die Levante, bald Persien und Mittelasien, bald Ostasien der Hauptgegenstand der russischen Staatskunst.

Nach dem Ende der großen Iwane schien es freilich einen Augenblick, als sollten die Grundmauern ihres Werkes noch einmal zerstört werden. Nicht durch den Tataren auf dem Zarenthron, Boris Godunow, der die russischen Bauern an die Scholle band und zu Leibeigenen der heeresdienstpflichtigen Grundbesitzer machte, im übrigen aber die Einführung europäischer Kultur weiter zu fördern strebte. Wohl aber dadurch, daß in den Wirren, die mit dem Auftreten des falschen Demetrius beginnen, der alte Nebenbuhler Moskaus, Polen, seine Macht noch einmal weit nach Osten, bis zur Hauptstadt, ausdehnte. Doch es war ein kurzlebiger Erfolg. Die nationale Erhebung unter Minin und Posharskij verjagte die Polen, und mit der Thronbesteigung der Romanows wurde die Bahn der

1) Nach Engelbrecht, Die Landbauzonen der außertropischen Länder.

Europaisierung Rußlands von neuem beschritten. Unter Alexej Michailowitsch fand die Ausbreitungspolitik Iwans IV. insofern ihre Fortsetzung, als der Kosakenstaat des Saporoger in der Ukraine, der unter dem Hetman Bogdan Chmielnicki das Joch der Polen abgeworfen und sich zu einer Art Territorialstaat umgebildet hatte, im Vertrag von Perejaßlav 1654 seinen freiwilligen Anschluß an Moskau erklärte. Die Wiege des russischen Staates, Kijew und das Land der „Kleinrussen" (wie die kirchliche Geschäftssprache nach byzantinischem Vorgang die Dnjeprrussen bezeichnete) war damit wiedergewonnen, ein gewaltiger Schritt ins Steppengebiet getan. Auch weiter nördlich sah sich Polen auf die Grenzen von 1526 beschränkt.

Peters des Großen geschichtliches Werk ist es, den riesigen, immer noch vorwiegend asiatischen Eroberungsstaat — asiatisch in seiner Ausdehnung, seinen unermeßlichen, unkultivierten Völkermassen, seiner despotischen Willkürherrschaft durch den Zaren und den Tschin als dessen Organ — in enge Verbindung mit Europa gebracht zu haben, indem er die polnisch-schwedische Schranke im Nordwesten durchstieß, im Frieden zu Nystad 1721 Livland, Estland, Ingermannland und jenseits der Newa-Ladoga Wiborg und Karelien eroberte, und mit außerordentlicher Kühnheit 1703 hierher an die neblig-sumpfigen Ufer der Newa die neue Hauptstadt St. Petersburg verlegte. Symbolisch bezeichnete dieser Akt die Verwandlung Rußlands aus einem rein kontinentalen Wald- und Steppenstaat in einen europäischen Seestaat. Die Seeschiffahrt war für Peter hauptsächlich ein Mittel, um Rußland in geistige Verbindung mit Europa zu bringen: durch das geöffnete Seefenster strömte europäische Luft nach Rußland. Europas Technik, Gewerbe, Handel, Literatur, Kunst, Militär- und Verwaltungswesen drangen ein

und verbreiteten in den nächsten Generationen einen europäischen Firnis über Rußland, der stumpfen Augen den asiatischen Kern verhüllte. Die Annahme des europäischen „Kaiser"-Titels gab dieser Europäisierungspolitik gewissermaßen den letzten Stempel. Abgesehen von den Deutschen waren Peters wichtigste Helfer dabei die Niederländer mit ihrer Schiffahrt und ihrem Handel, neben denen im Laufe des 18. Jahrhunderts die Engländer auch in der Ostsee zusehends an Bedeutung gewannen. Die atlantische Seestellung Rußlands ist dann durch die staffelweise erfolgende Eroberung Finnlands (1743, 1809) auf Kosten Schwedens befestigt worden. Der offene und eisfreie Ozean wurde freilich auch so nicht erreicht; volle Befriedigung hätte nur die Festsetzung am Sund oder an der norwegisch-finnmärkischen Küste gewähren können.

Peters Werk wurde von Katharina II., Deutscher von Geburt, Französin nach Bildung und Umgang, im Westen und Südwesten ergänzt. Peters Vorstoß nach Asow und Bessarabien hatte einen unglücklichen Ausgang genommen. Katharina gewann in den Friedensschlüssen von 1774 und 1792 Asow, die Krim und Jedisan (zwischen Dnjestr und Bug), wo Odessa begründet wurde. Alexander I. fügte 1812 Bessarabien hinzu, so daß Rußland hier, zugleich durch das Schutzrecht über die Christen der Moldau und Walachei, eine feste Stellung zur „Befreiung" der Balkanslawen vom Türkenjoch gewann, damit aber auch der unversöhnliche Wettbewerber Österreichs im Kampf um die Vorherrschaft auf der Balkanhalbinsel wurde. Als Ziel lockte die Wiederaufrichtung des christlichen Kreuzes über dem besiegten Halbmond in Konstantinopel, ein berauschender Ausblick für die dumpfgläubigen Massen der orthodoxen Russen. Geopolitisch lautet dieselbe Losung nüchterner, aber doch gewaltig: Herrschaft über die Le-

vante, Verbindung mit dem Mittelmeer, mit den Hochstraßen des indisch-vorderasiatisch-europäischen Weltverkehrs. Auch hier jedoch dasselbe Verhängnis der unglücklichen geographischen Lage Rußlands: der freie Ozean wird nicht in Konstantinopel, sondern erst in Gibraltar, Aden (allenfalls Suez), Bender-Abbas (allenfalls Basra-Koweit) erreicht.

Ferner verleibte Katharina in den drei Teilungen Polen-Litauen zum größten Teil ein. Durch diese Überwältigung des korrupten polnischen Adelsstaates ist Rußland bis tief nach Mitteleuropa vorgedrungen und dadurch erst voll in die Stellung einer vorherrschenden europäischen Großmacht eingerückt.

Vergegenwärtigen wir uns den Gegensatz der Lage Rußlands im 15., selbst noch im 17. Jahrhundert und dann im 19., etwa unter Nikolaus I., so erscheint der Aufstieg aus hoffnungsloser Anarchie und Knechtschaft zu weltbeherrschender Stellung fast märchenhaft. Kein Wunder, daß großrussische Nationaleitelkeit sich an diesem Schauspiel selbstgefällig berauscht. Des Rätsels Lösung ist die, daß der Moskauer Despotismus, der die großräumige Betrachtungsweise von den Tataren gelernt hatte, als Helfer zum Staatsbau sich tüchtiger europäischer Beamter und Offiziere, besonders der Deutschen, bediente. Die mißhandelten und geknechteten Völkermassen Rußlands dienten nur als widerstrebendes Material, sie hatten keinen inneren Anteil am Staate, sie nahmen alles, was der Zar und seine Beamten verfügten, in duldender Ergebung, wohl auch mit verstecktem dumpfem Groll, hin, aber zu eigener politischer Initiative waren sie unfähig. Ohne die deutsche Beamten- und Herrenschicht ist der großrussische Staatsbau des 17. bis 19. Jahrhunderts gar nicht denkbar. Noch gegen Ende der Regierung Alexanders II. machten (nach

Masaryk) die Deutschen im Ministerium des Äußeren 57 %, im Kriegsministerium 46 %, in den höheren Truppenkommandos 41 % der Beamtenschaft aus. Auch das Zarenhaus selbst war seit Peter III. wesentlich deutscher Herkunft. Im russischen Beamtentum herrschte viel Korruption, obgleich darüber etwas übertriebene Vorstellungen obwalten, aber es hat allein doch dieses riesige Staatswesen zusammengehalten, wie die Zustände nach dem Zusammenbruch 1917 beweisen. Übrigens handelt es sich nicht nur um höhere Beamte und Offiziere, die sich teils aus dem Baltenland, teils aus dem Deutschen Reiche rekrutierten (wie z. B. Münnich, Ostermann u. a.), sondern ganze Berufszweige des Handels, der Industrie und des Handwerks waren bis in die neueste Zeit vorwiegend oder ausschließlich in deutscher Hand. Dagegen hatten die deutschen Bauern, die Katharina II. in der Ukraine und an der Wolga ansiedelte, oder mit Polen übernahm, staatspolitisch keinerlei Bedeutung und Einfluß. Man kann geradezu ohne große Übertreibung sagen, daß der russische Staat des 18. und 19. Jahrhunderts eine deutsche Kolonie war, natürlich nicht in dem Sinne einer staatlichen Beeinflussung von Deutschland her, sondern lediglich mit Rücksicht auf die staatsbildende Kraft des eingewanderten Deutschtums, die sich durchaus im Sinne des selbständigen russischen Staatsgedankens, gar oft feindselig gegen die reichsdeutschen Staaten betätigte.

Denn der Einfluß der russischen Großmacht auf Europa beruhte geradezu auf der Ohnmacht und Zwiespältigkeit Deutschlands. Die Abhängigkeit der führenden deutschen Mächte, Österreichs, besonders aber Preußens, von Rußland seit der napoleonischen Zeit bis zum Krimkrieg ist ja bekannt. Meist spielten sich dabei Rußland und England in die Hand — Karl Marx hat die russisch-

englische „Doppelsklaverei" Europas öfter hervorgehoben — gelegentlich auch Frankreich und Rußland, z. B. 1808 bis 1810 und 1848. Das traditionelle gute Verhältnis zu England begann sich allerdings seit etwa den 1830er Jahren zu trüben, weniger aus Gründen politischer Ideologie — für den englischen Liberalismus war ein allzu nahes Verhältnis zu Rußland als dem Hort der Reaktion etwas kompromittierend — als aus politischen: Rußland begann die britische Machtsphäre in Indien und auf der Linie nach Indien, in Persien und in der Türkei, zu bedrohen.

Während des 16. und 17. Jahrhunderts war es, da die schwachen sibirischen Jägerstämme zu jedem ernstlichen Widerstand unfähig waren, mit erstaunlicher Schnelligkeit bis an den Stillen Ozean gelangt. 1648 wurde bereits das Ostkap umschifft. In der südlichen Flanke hemmten erst die Hochgebirge und im Amurland die kräftigen Mandschus, die damals eben China unterworfen hatten, seinen Fortschritt für längere Zeit. 1728/29 fand die erste Grenzregelung gegen China statt. Es dauerte dann noch über 120 Jahre, bis sich die Russen entschlossen, die Mandschurei anzugreifen. Unter Nikolaus I. wurde die Amurprovinz und das Küstengebiet erobert, 1860 Wladiwostock, die „Beherrscherin des Ostens", begründet und damit hier ein vorläufiger Abschluß erreicht. Von dem Vorstoß nach dem amerikanischen Kontingent, nach Alaska, der Rußland (1784—1867) ebenfalls an die Grenze der britischen Machtsphäre führte, können wir hier absehen.

Südlich von Westsibirien ging die russische Ausbreitung seit etwa 1730 über die Kirgisensteppe bis zum Balkasch-See. Unter Alexander I. und Nikolaus I. wurden die Zugänge zur Ust-Urt-Platte und das Siebenstromland (südlich des Balkasch), unter Alexander II. nach heftigen Kämpfen West-Turkestan mit Khiwa und Buchara

(1876), unter Alexander III. Merw besetzt, also auch hier die hemmenden Gebirgsränder Persiens und Afghanistans erreicht, zum Teil (im Pamir) alsbald überschritten.

Im Kaukasusgebiet faßte Rußland seit 1799 durch den freiwilligen Anschluß des christlichen Georgien Fuß, indem es nach dem Muster der Ukraine an Stelle der Autonomie bald ein drückendes Joch setzte. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts unterwarf es die Gebirgsvölker und rückte von Transkaukasien her Persien in Aderbeidschan, der Türkei in Armenien auf den Leib. Hier, auf dem Schwarzen Meer und auf der Balkanhalbinsel wurde die Türkei von England gestützt, das in Wahrung seiner maritimen Verschlußstrategie gegen alle europäischen Festlandmächte namentlich Konstantinopel gegen Rußland verteidigte. Im Krimkrieg 1854—56 kam es zu blutiger Auseinandersetzung, Rußland wurde geschlagen und in seiner Bewegungsfreiheit zur See eng beschränkt. 1877/78 erneuerte sich nach dem Türkenkrieg der Konflikt, wurde jedoch in letzter Stunde diplomatisch ausgeglichen, wobei Rußland abermals eine Niederlage erlitt.

So sehen wir auf der über 100 Längengrade langen russischen Südgrenze von der Donau bis zum Ussuri vier kritische Stellen, wo der ständige russische Druck auf die asiatischen Horste der britischen Weltmacht, ihre Verbindungslinien und Vorwerke besonders empfindliche Reibung verursacht und offenen Kampf zu entflammen droht: auf der Balkanhalbinsel und in den Meerengen, in Armenien, Turkestan, Mandschurei. In der Wahl zwischen diesen vier Angriffspunkten offenbart sich im 19. und 20. Jahrhundert ein auffälliger Wechsel und Gegensatz. In Asien, jenseits des Ural und des Kaspischen Meeres, hat der europäisch gewordene russische Staat über zahllose Völkerstämme und ein ungeheures Gebiet ein großes ein-

Die russische Südgrenze von der Donaumündung bis Wladiwostok und die britisch-russischen Reibungszonen: I. Donaulinie-Dardanellen, II. Kaukasus-Persien, III. Zentralasien, IV. Ostasien.

heitliches Verwaltungs- und Militärnetz gelegt. Er hat die einstigen Todfeinde Rußlands aus der Steppe damit gefesselt und eine wirkliche zivilisatorische Aufgabe erfüllt. Es herrschte in Nord- und Mittelasien eine **Pax Ruthenica**, wie in Indien eine **Pax Britannica**. Große wirtschaftliche Aufgaben und Aussichten winkten hier. Westsibirien mit seinen Getreideebenen, Transkaukasien und Transkaspien mit ihren Erdölschätzen, Turkestan mit seinem Baumwollbau, das mineralreiche Ostsibirien, die fruchtbare Mandschurei, Korea mit seinen Wäldern, das waren Gebiete, die gerade die Fähigsten und wirtschaftlich-kolonisatorisch Begabtesten unter den russischen Beamten und Offizieren zur Betätigung lockten. Ein Murawiew, Kaufmann, Przewalskij, Witte, Alexejew, haben hier ihre Sporen verdient oder ihre Lebensaufgabe gefunden. Der Bau der sibirischen Bahn (1891—1906) war eine Kulturtat ersten Ranges. Aber wenn diese Ausbreitung nach dem asiatischen Osten vom nüchternen staatspolitischen und staatswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen größere Erfolge versprach, auch wohl gelegentlich einen phantasievollen Kopf, wie den Fürsten Uchtomskij zu überschwenglich-mystischen Dithyramben begeisterte — die russische Öffentlichkeit, die „Intelligenz" hat nie viel davon wissen wollen. Weit populärer war die Expansion im Westen.

Denn hier wirkten wesentlich andere Beweggründe. Der Kampf gegen die osmanischen Türken war gewissermaßen als Fortsetzung aus dem Kampf gegen die Krimtataren automatisch hervorgegangen. Die Bedeutung der kirchlichen und Glaubenshoffnungen in diesem Zusammenhang, die Sehnsucht nach Byzanz, haben wir schon hervorgehoben. Daneben trat aber noch ein anderes. Seit den 1830er Jahren etwa begann in der russischen Bildungsschicht die aus der deutschen Romantik geborene Anschau-

ung vom Volkstum und der Volksseele Boden zu gewinnen. Seltsamerweise beriefen sich die russischen „Slawophilen" genau wie ihre Gegenfüßler, die Sozialisten nach Art von Marx, auf die Hegelsche Philosophie, die sie nun freilich nach ihrer Weise auslegten und mißverstanden. Der Kern ihrer Gedankenwelt war der, daß der russische Bauer, der Mann aus dem Volke, das slavische Volkstum unverfälscht bewahrt habe, und daß es nur gelte, seine reine Seele von den Schlacken der verderblichen westeuropäischen Einflüsse zu befreien, um die ganze Kraft des Slaventums zu entfesseln. Im Grunde lag darin schon die instinktive Abwehr gegen das dem halbasiatischen Russen schlecht sitzende, widerwärtige europäische Staatskleid, gegen die Beamten- und Militärmaschine nach deutschem Muster. Für die Panslavisten oder Slawophilen, wie sie sich damals nannten, war die Theokratie, die kirchlich bestimmte Form des Staates, das Ideal, die Selbstherrschaft des Zaren unantastbares Dogma. Damit verband sich die echt romantische Idee von der Verwandtschaft und Zusammengehörigkeit aller slavischen Völker, von ihrer großen Zukunft unter der Führung des Mütterchens Rußland. Das Kreuz auf der Hagia Sophia im goldenen Byzanz — das war das flammende Sehnsuchtsbild auch dieser Seelen.

Auf dem Wege dahin gab es zwei Gegner. Der eine war selbstverständlich der osmanische Türke, der Glaubensfeind; er galt als krank und schwach, mit ihm hoffte man leicht fertig zu werden. Der andere war Österreich, der einstige Mitkämpfer gegen die Türken und alte Rivale auf der Balkanhalbinsel, der nicht nur die westslavischen Brüder unter sein Joch beugte, sondern auch die südslavischen zu gewinnen strebte. Bereits seit den 1840er Jahren setzt die panslavistische Wühlarbeit in Österreich auf Einladung der Tschechen ein, und die Ereignisse von 1848 schienen den

kühnsten Träumen Erfüllung zu verheißen, den Untergang Österreichs zu besiegeln. Damit hatte es freilich noch gute Wege. Das schlimmste Hindernis für den Panslavismus war die Polenfrage, deren Erörterung noch auf dem Slavenkongreß in Moskau 1867 zu argen Mißhelligkeiten führte. Österreichs Auftreten im Krimkriege, seine Undankbarkeit gegen den russischen „Retter" (von 1849) verschärfte den Gegensatz weiter, und zugleich sah man mit Unbehagen die Möglichkeit einer Lösung des deutschen Dualismus und einer darauf folgenden Erstarkung der mitteleuropäisch-deutschen Macht voraus, die dann durch Bismarcks Politik verwirklicht wurde. In seiner epochemachenden Schrift „Rußland und Europa" (1869—71) entwickelte Danilevskij ein vollständiges Programm der Zertrümmerung und Aufteilung Österreichs und der Türkei, das allen späteren Versuchen dieser Art zum Muster gedient hat. Ehrlicher als die späteren Panslavisten bekannte er offen, daß Rußland mit Europa nichts gemein habe, daß es ihm für alle Zeiten feindlich gegenüberstehen müsse. — Die Folge der panslavistischen Agitation war der türkische Krieg von 1877—78; es gelang dem gewissenlosen Ignatiev und dem eitlen Gortschakov, den schwachen Zaren für die Sache der Panslavisten zu gewinnen. Der siegreiche Vormarsch bis vor die Mauern Konstantinopels brachte nicht ganz den erhofften Erfolg, die Schuld daran aber wurde nicht dem im Hintergrunde stehenden England, sondern Österreich und Deutschland in die Schuhe geschoben. Jedoch auch die befreiten „Brudervölker", besonders Rumänien und Bulgarien, enttäuschten, da sie wenig Lust zeigten, sich der russischen Vormundschaft zu fügen, vielmehr Mitteleuropa zuneigten (wie besonders die Ereignisse von 1887 bewiesen). Innerpolitische Schwierigkeiten, Heeresreform und Nihilismus, taten ihr übriges, um, bei

der russischen Regierung wenigstens, die allslavische Begeisterung zu dämpfen und eine vorläufige Verständigung mit Deutschland und Österreich ratsam zu machen, wenn man sich seit 1887/91 auch für alle Fälle die französische Rückenhilfe sicherte. Unter diesen Eindrücken wandte die russische Politik ihr Hauptaugenmerk wieder dem asiatischen Osten zu, und damit trat der Gegensatz gegen England abermals in den Vordergrund. Die drei Lustren 1890—1905 sind vielleicht die kritischsten in der ganzen Geschichte der englisch-russischen Beziehungen vom Krimkrieg bis 1920, mehrmals drohte die Spannung unerträglich zu werden. Zunächst schien die Besetzung des Pamir-Plateaus durch die Russen den Zusammenstoß herbeizuführen. Aber das Abkommen von 1895 und die Schaffung einer afghanischen Pufferzone wandten die Gefahr eines russischen Einmarschs nach Indien vorläufig ab. Das Schwergewicht des russischen Drucks verschob sich nach Osten; den Anlaß gaben die Weiterführung der sibirischen Bahn und die Wirren in China. Seit 1898/1900 besetzte Rußland die eigentliche Mandschurei, bedrohte Korea. Hier aber stieß es endlich auf einen überlegenen Gegner, Japan, der im Schatten der britischen und amerikanischen Macht herangewachsen war, und nachdem er sich 1902 mit England verbündet hatte, im Kriege 1904/5 Rußland aus Korea und der südlichen Mandschurei hinausdrängte.

England hat im Frieden von Portsmouth ein Meisterstück vollbracht. Es hatte nicht nur seinen größten weltpolitischen Gegner ohne eigene Kosten besiegt, zugleich aber verhindert (durch die ausgebliebene Kriegsentschädigung), daß sein vorgeschobener Söldling und Kämpe allzu mächtig werde, sondern es machte Rußland auch reif zur Bundesgenossenschaft, indem es ihm eine Verständigung über die Fragen des näheren Orients vorschlug, die dann

auch zunächst in bezug auf Persien, Afghanistan und Tibet zustandekam (1907). England hatte nämlich erkannt, daß ihm die militärisch schwache und neuerdings von der deutschen Freundschaft beanspruchte Türkei als Vorkämpfer gegen Rußland nicht mehr tauglich sei, und, ohne sogleich die Meerengen billigen Kaufs preiszugeben, gedachte es doch Rußland auf der Balkanhalbinsel und in der Levante freiere Hand zu lassen, um sich dafür seine Hilfe gegen seinen gefährlichsten Gegner, Deutschland und das mit ihm verbündete Österreich-Ungarn, zu sichern. Dies glückte um so leichter, als die russische Regierung nach den schweren Enttäuschungen der ostasiatischen Politik und unter den Erschütterungen der ersten Revolution geneigt war, der volkstümlicheren Stoßrichtung nach dem Balkan Raum zu geben. Dieser Kurs war rechts und links gleich beliebt, bei den Konservativen, weil sie im Panslavismus die Rettung Rußlands vor der Revolution sahen, bei den Oktobristen und Kadetten, weil sie von dem Zusammengehen mit England gegen Österreich-Deutschland eine Stärkung der liberalen Richtung erhofften. Der Panslavismus wurde diesmal namentlich von außen her, von den österreichischen Slaven (Kramarsch, Masaryk usw.) neu entfacht, weil diese von einer dauernden Schwächung Rußlands eine Niederlage in ihrem eigenen Kampfe gegen das Deutschtum befürchteten; er fand in den Iswolskij, Sfassanov, Hartwig usw. willige Geschäftsträger. Das Anwachsen einer verständigungsfreundlichen Richtung in Polen schien die schlimmste Klippe des alten Panslavismus aus dem Wege zu räumen und unter der neuen Flagge des „Neoslavismus" eine wirkliche Föderation aller Slaven auf dem Fuße der Gleichberechtigung, nicht mehr der russischen Hegemonie, vorzubereiten. Aus dieser ganzen Konstellation gingen die Politik des Balkanbundes gegen die Türkei

und Österreich, die beiden Balkankriege und schließlich der Weltkrieg hervor.

Im Weltkrieg ist der russische Staat, der Staat Peters des Großen, zusammengebrochen unter den Schlägen der deutschen Heere, die dabei freilich selbst den Todeskeim in sich aufnahmen. Dieser Zusammenbruch hat alle Welt, namentlich aber die Sieger überrascht, weil man in Deutschland vor dem Kriege zu einer optimistischen Beurteilung des russischen Staatslebens neigte und weil der Apparat der Armee und Verwaltung, trotz der vielen Niederlagen, gut zu funktionieren schien. In Wirklichkeit krankte der russische Staatsorganismus schon vor dem Krieg an schweren, wenn nicht unheilbaren, inneren Gebrechen, deren Betrachtung wir uns nunmehr zuwenden.

Um es mit einem Wort zu sagen: Der russische Staat ist daran zugrunde gegangen, daß über der Entfaltung äußerer Macht die innere Stärkung vernachlässigt wurde. Statt dem russischen Volks- und Wirtschaftskörper friedliches Gedeihen zu gönnen, jagte die Regierung imperialistischen Zielen nach, glaubte ihnen wohl nachjagen zu müssen, um nicht allen inneren Halt zu verlieren. Die wichtigsten Ursachen und Krankheitsstoffe dieses Auflösungsprozesses werden durch folgende vier Schlagworte bezeichnet: Der Kampf zwischen Regierungszentrale und provinzialer Selbstverwaltung (Semstwos); die Agrarkrisis, d. h. die Zersetzung des Bauerntums seit der Aufhebung der Leibeigenschaft; die Industrialisierung; der Einfluß des polnisch-ukrainischen Judentums.

Zentralregierung und Semstwos. Als der Krimkrieg die Schwächen des russischen Staatsorganismus enthüllt hatte und Alexander II. die Periode liberaler Reformen einleitete, stellte die Schaffung der Semstwos 1864 eine der am meisten einschneidenden Maßregeln dar,

gewissermaßen die Ergänzung der Bauernbefreiung nach der Verwaltungsseite. Diesen aus Wahlen hervorgehenden lokalen Selbstverwaltungskörpern, die man übrigens zunächst nur in den 34 zentralrussischen Gouvernements, nicht in den Randgebieten einführte, wurden unter Gewährung eines weitgehenden Besteuerungsrechts fast alle materiellen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben des Staates, vom Wegebau bis zur Schule und zum Gerichtswesen überwiesen. Nach Lage der Dinge führten in ihnen hauptsächlich die Großgrundbesitzer das Wort, und es läßt sich auch nicht leugnen, daß, was Rußland an fähigen politischen Köpfen besaß, hauptsächlich aus den Semstwos hervorging. Bald mußte die Regierung erkennen, daß sie hierin viel zu weit gegangen war. Denn die Bevölkerung gewöhnte sich daran, in den Semstwos sozusagen den ganzen Staat zu erblicken, die Zentralregierung mit ihren Beamten aber nur als eine lästige und überflüssige Kontroll- und Zwangsgewalt zu betrachten. So führten die Gouverneure und die Polizei einen unaufhörlichen stillen Kampf gegen die Semstwos, einen Kampf, der das Staatsleben in verhängnisvoller Weise zerrüttete, namentlich deswegen, weil er sich weniger in der positiven Form eines Wettbewerbs in materiellen Leistungen, als negativ, durch Verhinderung von solchen, abspielte. Alexander III. schränkte schließlich 1890 die Befugnisse des Semstwos wesentlich ein, sorgte für die dringend nötige staatliche Aufsicht über die dörfliche Gemeindeverwaltung und Rechtspflege und sicherte so der Zentralregierung wieder größeren Einfluß. Aber das traurige Endergebnis dieses Widerstreits war, daß Rußland „die besten Balletchöre der Welt und keine Landstraßen, glänzende Opern und Theater, aber keine Handwerker" hatte (H. Löwe). Die Errichtung neuer Semstwoschulen wurde untersagt, die Staatsschulen aber

dem unwissenden Klerus ausgeliefert. Beide Parteien bedienten sich bei ihrem Kampfe der populären Argumente des Panslavismus. Die Regierung, indem sie die Alleinberechtigung der zarischen Selbstherrschaft und der Kirche hervorhob, die Semstwos, indem sie den Haß gegen die fremdblütige „deutsche" Bürokratie schürten und die provinziale Selbstverwaltung (gleichwie auch die dörfliche Gemeinwirtschaft usw.) völlig ungeschichtlich als echt russische Einrichtungen hinstellten; ihr Ziel war ausgesprochenermaßen die Schaffung einer aus den lokalen Semstwos hervorgehenden freiheitlichen Reichsduma. Soweit ihnen Einfluß auf die Schulen blieb, benutzten sie ihn hauptsächlich, um die Kunst des Lesens zu fördern und auf diesem Wege für weiteste Verbreitung radikaler politischer Literatur im Volke zu sorgen. So ist von dieser Seite allen späteren Revolutionen tüchtig vorgearbeitet worden.

Die Agrarkrisis. Zwei rechtliche Verhältnisse waren für das Leben des russischen Bauern maßgebend: erstens die Gebundenheit an die kommunistisch organisierte Dorfgemeinde (Mir) mit ihrer Feldgemeinschaft (Obschtschina) und ihrem Flurzwang, sowie an die Wirtschaftskommunion der Großfamilie (Sadruga), welcher die Feldlose insgesamt zugeteilt wurden; zweitens die Gebundenheit an die Scholle und an die Verfügungsgewalt des Gutsherren, die Leibeigenschaft. Der Ursprung des erstgenannten Verhältnisses ist strittig, geht aber jedenfalls in ältere Zeiten, mindestens ins 15. Jahrhundert, und vielleicht auf eine Organisation zur Erhebung des Tataren-Tributs zurück. Jedenfalls handelt es sich weder um eine altertümliche, bei den meisten Völkern vorkommende Form des Ureigentums, wie man lange gemeint hat, noch um eine lediglich slawische Erscheinung. Die Leibeigenschaft

hat sich erst im 16.—18. Jahrhundert, etwa von Boris Godunow bis Peter dem Großen entwickelt.

Schlimmer jedoch als diese rechtlichen Bindungen war die wirtschaftliche Gebundenheit an den Flurzwang, die Dreifelderwirtschaft, die mit der ungeheuren Besitzzersplitterung verbundene Arbeits- und Zeitvergeudung, die Lähmung aller Fortschrittsversuche — kurz das ganze Elend, das auch in Deutschland vor der Durchführung der Verkoppelungen und Gemeinheitsteilungen bestand. Diese Erscheinungen beschränkten sich keineswegs auf die Gebiete, wo die Mirverfassung herrschte, sondern zeigten sich genau so in der Region des Privateigentums.

Das Kernstück der liberalen Reformen Alexanders II. bestand in der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861. Dadurch wurde der Bauer von der Unterstellung unter die öffentliche Gewalt des Grundbesitzers (des „Seelenbesitzers", wie er bezeichnend genannt wurde) gelöst, allerdings gegen hoch — zu hoch — bemessene Ablösungsabgaben für den ihm überwiesenen Anteil des Gutslandes. Die Höhe dieser „Loskaufgelder" zwang, obwohl der Staat durch Kreditgewährung helfend einsprang, zu übermäßigem Verkauf der Feldfrüchte; dadurch erklärt sich z. T. der seit 1861 gewaltig anschwellende Getreideexport, der also ebensowenig wie in Indien und Rumänien ein Zeichen von Überfluß, sondern vielmehr von Not war. Übrigens fühlte sich der Bauer noch leidlich frei und zufrieden, so lange er zu seinem unzulänglichen Landanteil vom Gutsherrn Land hinzupachten konnte, wie es bis in die siebziger Jahre allgemein der Fall war. Sobald aber die Gutsbesitzer mit steigender Rentabilität des landwirtschaftlichen Exports die Bewirtschaftung ihrer Güter selbst in die Hand nahmen und eine intensive Fruchtwechselwirtschaft einführten, wurde dem Bauern das Pachtland genommen, er empfand den

Druck des Landmangels und der Übervölkerung mit voller Schwere und sah sich rettungslos zum Proletarier hinabsinken. Dazu kam in den Mirgebieten die fortdauernde Bindung an Mir, Obschtschina und Sadruga, woran die Reform von 1861 gar nichts änderte. Eigentlich blieb alles beim alten, nur daß an Stelle der Tyrannei des Gutsherrn die der Dorfgewaltigen, der mächtigsten Bauern und des Dorfwucherers (Kulak) trat. Wie war es unter solchen Umständen möglich, daß der Bauer seine endlos langen, schmalen (oft nur noch wenige Meter breiten) und oft kilometerweit von der Wohnstätte gelegenen Anteilbeete sachgemäß bearbeitete, wo er zudem immer einen Wechsel in der Zuteilung erwarten konnte und daher kein Interesse an guter Düngung und Bodenverbesserung hatte? Die Folge dieser Zustände war, daß ein fürchterlicher Raubbau getrieben, das fruchtbare Schwarzerdeland rücksichtslos ausgesogen wurde, die Wirtschaft, die Zahl der Gespanne usw. zurückging. Der durchschnittliche Ertrag pro Morgen (= ein Viertel Hektar) betrug in Rußland bei Winterroggen nur 3,50 Zentner, bei Winterweizen 4,10 Zentner, bei Kartoffeln 30,50 Zentner, d. h. erheblich weniger als die Hälfte des Durchschnittsertrags in Deutschland. Eine Kette von Mißernten und Hungersnöten seit 1891, besonders in den klimatisch ungünstiger gestellten Wolgagouvernements, war ein drohendes Anzeichen der Mißwirtschaft. Nach einer Regierungsdenkschrift von 1897 konnten (in 40 Gouvernements von 60 insgesamt) 70 % der bäuerlichen Bevölkerung ihren Nahrungsbedarf nicht decken. Immer lauter erscholl der Ruf nach mehr Land; überstieg doch auch in der nördlichen Ukraine, wo die Mirverfassung nicht herrscht, sondern der Einzelbesitz, die Durchschnittsgröße der Bauernhöfe nicht etwa 20—28 Morgen! Nicht weniger

als ein Viertel der russischen Bauern verfügte (nach Ballod) über weniger als 20 Morgen, auf denen er nicht leben und nicht sterben konnte; noch nicht die Hälfte (fünf Zwölftel) besaß 22—44 Morgen und nur ein Drittel (= 4 Millionen Höfe) darüber, d. h. ausreichendes Land. Ein großer Teil der Bauernschaft wanderte daher nach Sibirien oder zog als Proletariat in die Großstädte, die in den letzten Jahrzehnten infolgedessen ungeheuer anschwollen. Diese Proletarier hielten auch als Arbeiter, Hausknechte, Dienstboten usw. in Gedanken den Anspruch an ihren Landanteil fest, der tatsächlich von den im Dorfe verbleibenden Bauern usurpiert wurde.

Die erste Revolution, von 1905/6, deren Agrarrevolten das ganze Reich gleich einem Erdbeben erschütterten, zeigte, daß die Zustände so nicht bleiben konnten. Stolypin, der, wenn man ihn auch vielleicht nicht als einen Staatsmann größten Stils gelten lassen kann, jedenfalls ein ungewöhnlich mutiger, energischer, klarblickender Mann und glühender Patriot war, suchte durch seine Agrarreform (seit 1907) das Übel an der Wurzel anzupacken. Seine Reform bezweckte, Mir und Großfamilie aufzulösen, den vom Lande abgewanderten Teil der Bevölkerung endgültig seines Landanteils zu berauben und den Rest der Bauern durch Verteilung auf Einzelhöfe privatwirtschaftlich, sozusagen als Einzelunternehmer, an die Scholle zu fesseln; zugleich wurde der Rest des Loskaufgeldes erlassen. Das nötige Land sollte außer durch die Neuverteilung des bäuerlichen Nadjellandes durch Inanspruchnahme des kaiserlichen Apannage-, Kron- und Kabinettslandes beschafft werden. Dem Plan lag der gesunde Gedanke zugrunde, den mittleren Bauern wirtschaftlich zu stärken, ihn wirklich auf eigene Füße zu stellen, an der Besserung seines Bodens zu interessieren und durch den erneuerten

Bauernstand dem wankenden russischen Staatsbau wieder eine feste Grundlage zu geben. Aber dieser Zweck wurde nicht erreicht. Die Reform blieb unzulänglich, nicht nur, weil sie nicht vollständig durchgeführt werden konnte, sondern auch, weil der den einzelnen Bauern zugewiesene Feldbesitz nach wie vor zu klein blieb. Jedenfalls war nur einem kleinen Teil der Bauern geholfen, der enterbte Rest bildete fortan erst recht ein revolutionäres Element. Die Regierung plante daher, das russische Volksland durch imperialistische Landnahme auf Kosten der fremdstämmigen Randvölker zu erweitern, z. B. 300 000 großrussische Bauern im Baltenland anzusiedeln, aber der Ausbruch des Weltkrieges ließ es nicht soweit kommen.

Die Industrialisierung. Seit dem Krimkrieg hatte die russische Regierung die Notwendigkeit eingesehen, Rußlands Großmachtstellung durch Hebung der Volkswirtschaft, besonders der Gewerbe, fester zu begründen, innerlich zu stärken. Die Lage war gerade umgekehrt wie in Deutschland, wo die blühende Entfaltung der Volkswirtschaft den Ruf nach staatlicher Einigung und Machtsteigerung wachrief, während in Rußland der äußerlich machtvolle Staat ohne Stärkung der Wirtschaftskräfte matt und siech werden mußte. Zunächst machte man sich daran, die elenden Verkehrsverhältnisse durch Ausbau des Eisenbahnnetzes zu verbessern. Das hatte die Entstehung einer Eisen- und Maschinenindustrie (im Ural, Donezbecken, um Tula-Kaluga, in Petersburg) zur Folge. Daran schloß sich die Entwicklung der Baumwoll-Textilindustrie in und um Moskau, sowie in Polen (Lodz). Die von dem Finanzminister Wyschnegradskij (1887—92) eingeleitete und von seinem Nachfolger Witte (1892—1903) betriebene Hochschutzzollpolitik brachte die Industrie zu raschem, fast treibhausartigem Gedeihen. Dieses und die Heran-

ziehung ausländischen Kapitals beweist noch nicht, daß die Schöpfung der Industrie eine „künstliche" war: es fehlten nicht die natürlichen, sondern nur die sozialen Voraussetzungen der Industrie, vor allem das russische bürgerliche Unternehmertum, das durch Ausländer, besonders Deutsche, ersetzt werden mußte. Durch dieses Wachstum schwoll das Industrieproletariat mächtig an; die Zahl der Industrie- und Transportarbeiter betrug vor dem Krieg schon etwa 3 Millionen (d. h. unter Berücksichtigung der Angehörigen vielleicht 6—7 % der Gesamtbevölkerung). Damit hielt auch der revolutionäre Sozialismus in Rußland seinen Einzug: 1883 wurde von Plechanow die russische Sozialdemokratie begründet.

Sie fand schon revolutionären Boden vor. Die Mißwirtschaft des Tschin, das unbeschreibliche Elend in Stadt und Land hatten schon längst eine umstürzlerische Gegenbewegung hervorgerufen, die sich namentlich in einzelnen Gewaltakten, Attentaten gegen hohe Beamte oder Mitglieder der Zarenfamilie, Luft machte. Dies ist der ältere Nihilismus, dessen tiefere Ursache in einer Willensreaktion gegen die nationale Entwicklung seit Peter d. Gr. zu suchen ist. Rußland hatte die geistigen Güter Europas durch Vermittlung des Despotismus erhalten und es hatte sie, mitsamt ihren Irrtümern, nicht als selbst erarbeitetes Erlebnis, sondern fertig und abgeschlossen übernommen. Mit dem Despotismus haßte die russische „Intelligenz" daher auch im Grunde die ihr innerlich fremde europäische Geisteskultur und machte sich mit Begeisterung nur das zu eigen, was in Europa selbst zersetzende Kritik am Gesellschafts- und Staatsleben übte, also z. B. den Marxismus, der als Wahrheit schlechthin gläubig aufgenommen wurde. Verstärkt wurde diese Gemütslage durch die Neigung zu einem naiven Doktrinarismus, worin der

Russe den Deutschen, der doch auch schon Erkleckliches leistet, noch erheblich übertrifft, in der unendlichen Rede- und geringen Tatenlust, was solide, fruchtbare Arbeit betrifft. In das Bett dieser älteren revolutionären Bewegung mündete der breite Strom der politischen Sozialdemokratie ein, welche nicht nur die Industriearbeiterschaft, z. T. auch das Bauerntum, sondern, wie aus dem eben Gesagten begreiflich, auch große Teile der sogenannten „Intelligenz" (Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte usw.), besonders die Jugend erfaßte. Das Märtyrertum dieser von der mutlosen älteren Generation vorgeschobenen Jugend — denn nur allzu oft führte deren Weg von der Schulbank geradeswegs ins Zuchthaus — ließ nun wieder die Schar der gescheiterten Existenzen, des intellektuellen Proletariats mächtig anschwellen. Dies war das Offizierskorps der revolutionären Bewegung. Mit der marxistischen Grundanschauung vermengte sich vielfach auch der bei fast allen Völkern vorkommende naive Nationalstolz, der in Rußland, darin dem britischen ähnlich, eine religiöse Färbung hat, freilich doch wieder in anderer Weise als in England: sahen die Briten in ihrem wirtschaftlichen Gedeihen und der gewaltigen Macht ihres Reiches die Bewährung ihrer Auserwähltheit, so glauben die Russen als moralisch bessere, seelisch zartere und tiefere Menschen berufen zu sein, die „verdorbene" westeuropäische Welt zu erlösen.

Das Judentum. Die geschilderten revolutionären Elemente — das dumpf-unzufriedene verelendete Bauerntum, die sozialistischen Intellektuellen und Industrieproletarier, die verärgerten bürokratiefeindlichen Semstwoleute — entluden in der durch die Mißerfolge des japanischen Krieges entzündeten ersten Revolution von 1905/6 und in dem nachfolgenden politischen Gebrodel der verschiedenen, aufeinanderfolgenden Dumen ihre

Spannung. Aber das, was diese verschiedenen Elemente erst zu einer großen revolutionären Einheits-Front zusammengeschlossen hat, was, um ein anderes Bild zu gebrauchen, den politischen Sauerteig, das Gärungsferment dieser Masse verschiedener, z. T. einander widerstrebender Volksschichten darstellte, das war das Judentum. Ohne das Judentum wäre es zu einer gesamtrussischen Revolution niemals gekommen. Die Juden waren der Generalstab und das „diplomatische Korps" (H. Löwe) des revolutionären Rußland. Es ist unerläßlich, daß wir in diesem Zusammenhang auf die geschichtliche Stellung des für die heutige Lage Europas so ungemein wichtigen ostjüdischen Volkes einen kurzen Blick werfen.

Rußland hat diesen Giftstoff für sein Staatsleben — denn ein Gift war es jedenfalls für die europäisch-bürokratische Organisation Peters und Katharinas — im wesentlichen erst im Laufe der letzten anderthalb Jahrhunderte, durch die Einverleibung Polens und seiner ukrainischen Gebietsteile, aufgenommen. Das polnisch-ukrainische Judentum (das wir als ein Ganzes betrachten können) ist in seinen Anfängen im frühen Mittelalter (etwa seit dem 8. und 9. Jahrhundert) nachweisbar. Über seine Herkunft herrscht keine volle Gewißheit, ein Teil mag direkt von Vorderasien her gekommen sein, die große Masse ist sicherlich im Laufe des Mittelalters aus Deutschland eingewandert, wie schon die vorherrschende Sprache, das Jiddische, beweist. Zahlreich sind die Juden wohl besonders infolge der großen Judenverfolgungen in Frankreich und Deutschland während des 13. und 14. Jahrhunderts, also etwa gleichzeitig mit der ostdeutschen Kolonisation, ostwärts gezogen. Die Annahme, daß das türkische Volk der Chasaren durch seinen Übertritt zum Judentum eine größere Rolle in der physischen Zusammensetzung des Ost-

judenvolkes spiele, ist irrig. Die Chasaren-Abkömmlinge, die sich noch heute in Kijew finden sollen, galten den Juden nie als vollberechtigte Mitglieder der Volksgemeinschaft.

Die Juden, in ihren Kahals (Gemeinden) zentralistisch unter direkter Schutzherrschaft der Krone organisiert (grundlegend war das Privileg Boleslaws des Frommen 1264, später von Kasimir dem Großen erweitert) hatten es in Polen im allgemeinen recht gut. Die Blütezeit ihres Wohlstands fällt in die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert. Sie spielten bald ihre charakteristische Hauptrolle als Geldleiher, die sie überall in der Welt ergriffen haben — die jüdische Legende, als seien sie erst durch Verfolgungen und Ghetto gewaltsam in diese Rolle gedrängt worden, kann wohl als von Sombart endgültig widerlegt gelten — und waren besonders dem polnischen Adel unentbehrlich, der sie als Geldbeschaffer gegen Verpfändung, als Zinseintreiber, Gutsverwalter, auch wohl als Pächter verwendete. Dadurch machten sie sich bei den Bauern verhaßt, und darin ist, neben der Agitation der Jesuiten seit der Gegenreformation, die Hauptursache der großen Judenverfolgungen des 16., 17. und 18. Jahrhunderts zu suchen. In der Ukraine wendete sich die Volkswut besonders gegen sie bei dem großen Aufstand 1648—51 und ebenso im sog. Haidamaken-Aufstand von 1768, weil sie als Mithelfer der polnischen Unterdrücker galten. Es ist bezeichnend, daß auch jüdische Geschichtschreiber wie Caro und Meisl die Schuld an der Verkommenheit der polnischen Juden dem polnischen Adel in die Schuhe schieben, der sie durch seine „Schiebergeschäfte" zu einer Trennung der religiös bestimmten Privatmoral und der Geschäftsmoral verführt habe. Die Verfolgungen veranlaßten zeitweise große Abwanderungen nach Westeuropa, doch die meisten kehrten

später zurück, und obwohl in Recht und Bewegungsfreiheit seit der Verfolgungszeit vielfach beschränkt, waren sie doch in der polnischen Adelsrepublik eines der einflußreichsten Elemente: nach dem Bericht von Czaki auf dem letzten polnischen Reichstage 1790 waren drei Viertel der Ausfuhr, ein Zehntel der Einfuhr und die Hälfte des Handwerks in jüdischen Händen. Dabei herrschte jedoch unter den Polen, bei der oberen Gesellschaft sowohl wie beim Volke, ein immer mehr zunehmender Judenhaß, der besonders zutage trat, als im Großherzogtum Warschau zu Napoleons Zeit Ansätze zur Aufhebung der Judenbeschränkungen gemacht wurden. Nach der Einverleibung Polens in Rußland blieb denn auch bezüglich dieser Beschränkungen (bes. des Aufenthalts auf die Städte allein) alles beim alten, und seit 1842 wurden auch die in Rußland selbst geltenden Einschränkungen auf die Juden Kongreßpolens ausgedehnt.

Die russische Judenpolitik wurde durch zwei Umstände maßgebend bestimmt. Einmal beherbergte bis in die neueste Zeit kein anderer Staat solche Massen von Juden. Nach einer jüdischen Statistik von 1914 betrug die Zahl der Juden in:

Kongreßpolen	1 321 000
Übriges Rußland (bes. Ukraine)	3 790 000
Rußland insgesamt	5 111 000
Österreich	1 313 000
(davon in Galizien rund	1 000 000)
Ungarn	932 000
Rumänien	266 000
Ostjuden in Europa	7 622 000
Juden in der Welt rund	12 000 000

Es ist klar, daß ein Staat, der fast die Hälfte aller Juden in der Welt in seinen Grenzen zählt, der Frage ganz anders gegenübersteht als andere Länder, wo sie meist, wie es selbst in Deutschland und Österreich (ohne Galizien) der Fall war, den gebildeten Schichten angehörten. Sodann — dies war der zweite maßgebende Gesichtspunkt — war es begreiflich, daß das Zarentum die Juden von der Masse der russischen Bauern fernhalten wollte, denn es war einfach selbstverständlich, daß sich die Juden, wenn man ihnen völlige Freizügigkeit und Gleichberechtigung zugestanden hätte, über das ganze Reich ergossen, das unwissende russische Bauerntum durch Wucher unterjocht und sich überall wirtschaftlich an die Spitze geschwungen haben würden. Aber die notwendige Absperrung wurde nun nicht mit der Schonung, die Menschlichkeit vor allem aber Klugheit geboten hätten, sondern mit echt russischer Willkür und Quälerei durchgeführt. Beispielsweise nahm man zwar den Juden die staatsbürgerlichen Rechte, zwang sie aber zur Ableistung der Militärdienstpflicht als gemeine Soldaten und nötigte sie dadurch oft zur Verletzung ihrer religiösen Riten. Im ganzen drängte man sie in die Stellung von „ungern geduldeten Ausländern". Räumlich waren sie auf den sogenannten Ansiedlungsrayon beschränkt d. h. auf das Zartum Polen, das sog. Westgebiet (die Gouvernements Witebsk, Wilna, Kowno, Grodno, Minsk, Mohilew, Wolhynien, Podolien, Kijew) sowie auf Kurland, Cherson, Poltawa, Jekaterinoslaw, Krim und Bessarabien. Auch hier durften sie nur in den Städten wohnen. In vielen derselben, besonders im Süden, z. B. in Berditschew, Schitomir, Kischinew machten sie die Hälfte bis drei Viertel der Bevölkerung aus; in drangvoller Enge zusammengepfercht, gezwungen vom Schacher und Handwerk zu leben, vegetierten diese Massen in einem

unbeschreiblichen Elend dahin. Stellenweise, so in Lodz, stellten sie auch eine beträchtliches Kontingent zum Fabrikproletariat. Eine zunehmende Auswanderung nach Amerika, wo sich 1914 schon über 2 Millionen Ostjuden aufhielten, war ein natürliches Ergebnis dieser Zustände. Der Zutritt ins übrige Rußland war nur Kaufleuten erster Gilde, Inhabern akademischer Diplome, ärztlichem Hilfspersonal und Studenten bis zu einem gewissen Prozentsatz gestattet; tatsächlich hielten sich aber durch Bestechung auch andere Juden in großer Zahl im übrigen Rußland auf. Ganz einheitlich war also, wie daraus ersichtlich, die wirtschaftliche und soziale Lage der Juden nicht. Durch die Entfaltung des Kapitalismus seit der Reformära Alexanders II. war eine Anzahl Juden, besonders in Polen, zu bedeutendem Reichtum und hoher geschäftlich-sozialer Stellung gelangt. Namentlich unter dem Ministerium Witte, der selbst mit einer Jüdin verheiratet war, kamen viele Juden in Handel und Industrie in führende Posten. Aber zu 90 % handelte es sich eben doch um eine besitzlose, proletarische, dabei überwiegend intelligente Masse, die einen unvergleichlich günstigen Nährboden für die Verbreitung des marxistischen Sozialismus bildete. Besonders aufreizend wirkte bei dem Bildungshunger der jüdischen Massen die geringe Bildungsmöglichkeit. An den russischen Universitäten durften Juden die Zahl von 10 % nicht überschreiten. Dafür überschwemmten sie die deutschen und schweizerischen Universitäten, und von dort haben sie das marxistische Evangelium mitgebracht. Die Hauptmasse der studierten Juden war von einem normalen Fortkommen in Rußland ausgeschlossen, sie vermehrte lediglich das geistige Proletariat, die revolutionäre Intelligenz. Da die russische Judenpolitik unter dem brutalen Ignatiew weit über das unvermeidbare Maß zur Judenverfolgung aus-

artete, ist es vollends kein Wunder, daß das Judentum zum bittersten Hasser des bestehenden Systems wurde und es mit allen Mitteln zu untergraben trachtete.

Es ist dabei mit großer Geschicklichkeit vorgegangen. Vor allem haben die Juden die Presse als Umsturzwerkzeug organisiert, indem sie eine Art journalistischen Geheimjargons schufen, der vom Publikum verständnisinnig auf russische Zustände gedeutet wurde, gegen den aber die Zensur machtlos war, weil er scheinbar französische, deutsche oder sonstige Verhältnisse behandelte. Durch die Presse, die Zeitschriften und die oppositionelle Semstwo-Beamtenschaft wurde auch das staatliche Beamtentum angesteckt; es wurde allmählich auch in seinen Kreisen guter Ton, die Unhaltbarkeit der Autokratie als selbstverständliche, wenn auch nur vertraulich zugestandene, Anschauung hinzustellen. Kurz, der Einfluß der demokratischen Presse wirkte mit der Macht eines „geistigen Terrors", dem sich niemand zu entziehen wagte. Als politische Oppositionspartei organisierten die Juden zuerst die konstitutionell-demokratische, die sogenannte Kadetten-Partei, wobei sie klüglich die äußerlich führenden Stellungen Russen überließen, tatsächlich aber das Heft in der Hand hatten. Da die Partei deshalb im tiefsten Grunde keineswegs nationalrussische Interessen vertrat, ist es auch kein Wunder, daß sie in der wichtigsten innerpolitischen Frage, der Agrarfrage, kein klares Programm vertrat: entsprach doch der populäre Sozialismus — populär sowohl in seiner panslavistischen Färbung als romantische Schwärmerei für die Mirverfassung, wie als Marxismus — durchaus nicht den Interessen der jüdischen Geschäftsleute, die nach der wirtschaftlichen Unterjochung Rußlands strebten. Das eigentliche jüdische Intelligenzproletariat war aber auch sehr stark am Ausbau der Sozialdemokratie beteiligt. Auf weitere Ein-

zelheiten einzugehen, ist hier nicht möglich. Nur soviel sei bemerkt, daß der marxistische Sozialismus sich schließlich in drei Hauptparteien organisiert hat: der Sozialismus der Bauern wurde und wird hauptsächlich von der Sozialrevolutionären Partei vertreten, der der Industriearbeiter hat sich in die zwei Parteien der Gemäßigten, der Menschewiki, und der Radikalen, der Bolschewiki, gespalten.

Der Zusammenbruch des Zarenstaates unter den Schlägen der deutschen Heere brachte nach dem kurzen Zwischenspiel der bürgerlichen Demokratie eine Koalitionsregierung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki unter Kerenski ans Ruder. Was ihr zunächst den Erfolg und den Schwung gab, war die dringende Friedenssehnsucht der Soldaten und Arbeiter. Als diese aber merkten, daß die Regierung aus nationalen Gründen den Krieg fortsetzte — wobei auch die lächerliche Vorstellung, es müsse alles nach dem Schema der französischen Revolution verlaufen, eine Rolle spielte — und als die Sozialrevolutionären in ihrem heroischen Kampfe, eine sozialistische Gesellschaft, Verwaltung und Gütererzeugung zu organisieren, scheiterten, da hatten die Bolschewiki leichtes Spiel, im November 1917 die Herrschaft an sich zu reißen.

Die Bolschewiki hatten von jeher den radikalen Standpunkt vertreten, daß die Klasse über die Nation gehe, daß eine sozialistische Befreiung bloß Rußlands gar keinen Zweck habe, sondern nur die Weltrevolution. Sie hatten daher folgerecht „defaitistisch" auf die russische Niederlage hin gearbeitet, als sie aber dies Ziel erreicht hatten, sahen sie sich selbst vom russischen Untergang mitbedroht, mußten mit dem kaiserlichen Deutschland paktieren und später selbst zur Errichtung eines neuen Militarismus schreiten. Dadurch ist es ihnen gelungen, ihr Daseins-

recht in bereits mehr als dreijähriger Selbstbehauptung zu erweisen. Ja, sie haben sich zu einer Weltmacht ausgewachsen, die selbst vom siegreichen Entente-Kapitalismus als tödliche Drohung gefürchtet wird. Versuchen wir zum Schluß in aller Kürze, uns über das Wesen dieser Macht, über ihre gegenwärtige Stellung und ihren Einfluß auf die Weltlage klar zu werden.

Man muß beim Bolschewismus seine äußere Form und seinen inneren Wesenskern unterscheiden. Äußerlich betrachtet, stellt sich der Bolschewismus als reiner Marxismus dar, richtiger gesagt, als ein radikaler Versuch, die kommunistische Gesellschafts-, Staats- und Produktionsordnung, wie sie Karl Marx — etwas nebelhaft und verschwommen allerdings — als reifes Endergebnis des Kapitalismus und seines „dialektischen Umschlagens" in den Sozialismus voraussah, mit Gewalt einzuführen. Alle Paradestücke des Kommunismus, die Diktatur des Proletariats durch die Arbeiter- und Soldatenräte, — daher auch der Name der Sowjet- oder Räterepublik — die Dekretierung des Gesamteigentums am landwirtschaftlichen und sonstigen Boden, an den Fabriken, der gleiche Lohn für alle, der Achtstundentag oder noch kürzere Arbeitszeit usw. — alles war, zunächst und auf dem Papier wenigstens, da. Insofern hatte die Mission des europäischen Sozialismus durch die Juden und die von ihnen geführte russische „Intelligenz" ihr Ziel erreicht. Auch jetzt noch ist der jüdische Einfluß in der Sowjetregierung mächtig. Es wäre freilich zu viel gesagt, von einer alleinigen Herrschaft des Judentums in Sowjet-Rußland zu sprechen. Lenin beispielsweise ist ein Großrusse (sein eigentlicher Name ist Uljanow), andere Elemente, wie das Lettentum, sind ebenfalls stark, wenn auch vielleicht weniger in führender Stellung vertreten. Aber Namen, wie

Trotzki-Bronstein, Radek-Sobelsohn, Litwinow-Finkelstein und andere, beweisen jedenfalls den maßgebenden Anteil der Juden am Bolschewismus. Es ist klar, daß das unbändige Machtstreben dieses bisher geknechteten Volkes dabei ein Hauptmotiv bildet; die Ehrlichkeit ihres sozialistischen Glaubens braucht deshalb nicht bezweifelt zu werden, nur wird sich schwer entscheiden lassen, ob das Machtstreben die Folge dieses Glaubens oder nicht vielmehr der Glaube eine Folge des Machtbedürfnisses ist. Auch sollte es den Blick nicht verwirren, daß sich Juden in beiden feindlichen Lagern, in dem des Bolschewismus wie des Entente-Kapitalismus (und des Kapitalismus überhaupt), in führender Stellung befinden. Das nationaljüdische Ideal einer Weltherrschaft des Volkes Israel bildet hier doch das einigende Band, geradeso, wie im englischen Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts Whigs und Tories zwei gegnerische Parteiflügel, im Grunde aber doch eine soziale Klasse bildeten. Unterirdische Fäden, die wahrscheinlich auch im Judentum von der einen zur anderen Richtung laufen, mag spätere Forschung klarlegen. Ist es doch auch in Deutschland offenes Geheimnis, daß die Kommunisten gewichtige Unterstützung von Angehörigen der jüdischen Großfinanz erhalten haben.

Indessen weder die marxistische Fassade, noch der Anteil des machthungrigen Judentums erschöpfen das Wesen des Bolschewismus. Der utopische Glaube der orthodoxen Marxisten, daß, wenn man nur die revolutionäre Energie der Masse belebe und ihrem Instinkt folgen lasse — etwa nach dem Rezept Lenins: jedes Dorf, jede Fabrik solle sich selber helfen und „das Geraubte rauben" — die sozialistische Gesellschaft von selbst ins Leben treten werde, hat allerdings den äußeren Anstoß zu den greuelvollen Gewalttaten gegeben, die Sowjetrußland zu einer Hölle ge-

macht haben. Aber die Art, wie dieser intolerante Fanatismus sich nicht nur in massenhaften Einkerkerungen, Erschießungen, Folterungen politischer Gegner, sondern auch in einer ganz sinnlosen Zerstörungssucht ausgetobt hat, die Belege findet man u. a. bei Gawronskij, Kaplun-Kogan, A. Paquet — ist echt russisch, allzurussisch. Es kehren da Erscheinungen wieder, die geradezu typisch für die ältere russische Geschichte, besonders der moskowitischen Großfürsten und Zaren, sind, die aber auch noch Begebenheiten der neueren Zeit, z. B. den Aufstand Pugatschews kennzeichnen. So betrachtet, gewinnt man manchmal den Eindruck, daß „Bolschewismus" ehedem eine chronische Krankheit in Rußland war. Sicher erklären sich viele Vorgänge im Räterußland daraus, daß das Volk seinem jahrhundertelang aufgespeicherten Groll gegen die ihm innerlich fremd gebliebenen Einrichtungen europäischer Kultur und Staatsbürokratie Luft macht. Im Grunde ist es eine Fortsetzung des Nihilismus, eine instinktive Reaktion Halbasiens gegen Europa. Natürlich ist diese Gemütslage durch die zersetzende Wirkung des langen Krieges, die sich in allen beteiligten Ländern bemerkbar macht, noch gefördert worden. Wie man vom alten Polen gesagt hat, es sei am morbus nimiae libertatis zugrunde gegangen, so könnte man von einem morbus extinctae auctoritatis sprechen, der alle kriegführenden Länder verseucht, Rußland aber, wo die Autorität bisher alles galt, am meisten.

Diese vier Hauptelemente des russischen Bolschewismus, den utopischen Sozialismus, das Machtstreben des Judentums, die nationale Reaktion gegen das Europäertum, die Zersetzung des Autoritätssinnes, wird man wohl unterscheiden müssen, wenn man seine Rückwirkung auf andere Länder ins Auge faßt. Jedes für sich genommen, finden

sie sich auch außerhalb Rußlands, selten aber in der gleichen Vereinigung.

Ein mehr als dreijähriger Kampf ums Dasein hat nun aber auch das ursprüngliche Aussehen des russischen Bolschewismus, seine Mittel und seine Ziele, stark verändert.

Es gab Augenblicke in diesen drei Jahren, wo seine eigenen Führer nahe daran waren, alles verloren zu geben, wo die Generale der reaktionären weißen Garden nur noch Tagemärsche von den bolschewistischen Hauptstädten Moskau und Petersburg entfernt waren. Indessen Uneinigkeit. Parteigegensätze der antibolschewistischen Condottieri haben es nie zu einem planmäßigen, gleichzeitig-konzentrischen Angriff kommen lassen, geschickte Verteidigung der Sowjetregierung, besonders mit Geld und Agitation im Rücken der feindlichen Heere, nicht zuletzt die hinterhältige, unzuverlässige Politik Englands, haben alles scheitern lassen. Ende 1919 waren die Judenitsch, Denikin, Koltschak endgültig erledigt und nach den Siegen und Niederlagen des Jahres 1920 gebietet die Sowjet-Regierung über den ungeheuren Raum von der finnischen Grenze bei Petersburg, von der Narwa, dem Peipus, der Düna, der Linie Baranowitschi—Luninez—Kamjenez bis an die afghanische Grenze, von Archangel bis Odessa und bis zur Krim. Jenseits des Kaukasus hat sie die Tatarenrepublik Aserbeidschan und Armenien überwältigt, bedrängt Georgien und Persien, in Sibirien erstreckt sich ihre Herrschaft bis an den Baikalsee. Innerhalb dieser Grenzen ist von dem Föderalismus, den auch der amtliche Titel der Sowjet-Republik proklamiert, nicht mehr viel zu merken. Die meisten der ehemals russischen Fremdvölker, die eigene Staaten gebildet haben, liegen allerdings außerhab der Machtgrenzen Sowjetrußlands und ihre Selbständigkeit wird wenigstens vor-

geblich und vorläufig anerkannt; von dem wichtigsten, der Ukraine, gilt dies aber nur scheinbar, und im ganzen hat die Regierung Lenin-Trotzki mehr und mehr ein zentralistisches einheitstaatliches Gepräge angenommen.

Freilich ist die Macht dieser Regierung auch im Innern sehr beschränkt. Dies zeigt sich namentlich in der Agrarfrage. Ursprünglich planten die Sowjets die Aufhebung alles Privateigentums am Grund und Boden, natürlich ohne Entschädigung, die Sozialisierung sämtlicher landwirtschaftlichen Produktionsmittel (des Gutsinventars usw.), wie es die Theorie verlangt. Ein Dekret darüber wurde sogar noch in den letzten Tagen der Regierung Kerenski vom Sowjet-Kongreß angenommen. Die Bolschewiki hatten und haben eine Art industriellen Betriebs der Landwirtschaft durch proletarische Arbeiterarmeen im Auge; ihre Zeitungsschreiber ergehen sich in phantastischen Plänen über die Errichtung von Mustergütern und Versuchsstationen, über die Bekämpfung der Ackerschädlinge durch giftiges Gas usw. Die tatsächliche Entwicklung war eine ganz andere: Die Bauern nahmen die Aufforderungen Lenins wörtlich und bemächtigten sich des Bodens des Großgrundbesitzes, der Domänen usw., wo und wie sie Gelegenheit hatten. So entstand ungefähr das, was Stolypin gewollt hatte, ein mittlerer Bauernstand mit Privatbesitz, nur in ganz wilder, ungeordneter, chaotischer Weise und deshalb sehr ungleicher Besitzgröße. Diese mittleren Bauern, meistens Anhänger der Sozialrevolutionäre, haben aber am Privateigentum Geschmack gefunden und denken gar nicht daran, ihren Arbeitsertrag nach den Weisungen der Sowjet-Regierung der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Die Regierung hat demgegenüber durch ihr Dekret vom 11. Juni 1918 überall die Errichtung von Komitees der „Dorfarmut" angeordnet, die sie

gegen die mittleren Bauern auszuspielen versucht. Außerdem schickt sie Kommandos der Roten Armee in die Dörfer, um Getreide zu requirieren, wobei sich regelrechte Gefechte und homerische Dorfkriege entwickeln. Für die Hebung des Anbaus springt dabei nichts heraus, weil es der „Dorfarmut" völlig an landwirtschaftlichen Geräten fehlt; sie hat sich deshalb inzwischen ganz vom Lande verzogen und ist meist in die Rote Armee eingereiht worden. Überhaupt wirkt der Mangel an Geräten wie an Verkehrsmitteln geradezu katastrophal und läßt die Aussichten der Getreideerzeugung in den nächsten Jahren sehr trübe erscheinen. Worauf England seine Hoffnungen, aus Rußland nach einem etwaigen Friedensschluß große Getreidemengen herauszuholen, eigentlich gestützt hat, ist vollständig unerfindlich. Die geschilderte spontane Entstehung eines privatkapitalistischen Bauernstandes kann für den Sowjet-Sozialismus eine große Gefahr bedeuten und wird zweifellos eine tiefe Wirkung im zukünftigen Rußland ausüben. Man darf bei Beurteilung der landwirtschaftlichen Zukunft Rußlands nicht vergessen, daß der unstäte Großrusse kein guter Ackerbauer ist. Er braucht in der Regel 3—4mal mehr Boden, um den gleichen Ertrag zu erzielen wie der mitteleuropäische Landwirt. Der ständige Schrei der russischen Massen nach mehr Land ist ein ebensolches Zeichen wirtschaftlicher Rückständigkeit wie anderswo das Drängen der Industriearbeiter auf mehr Lohn, statt auf erhöhte Ausnutzungsmöglichkeit und vermehrte Kaufkraft des Lohns.

In der Industrie sind die Folgen des bolschewistischen Regiments noch verheerender gewesen. Die Arbeiter mißverstanden — im Anfang noch angestachelt durch bolschewistische Hetze — die Aufforderung zur „Enteignung der Produktionsmittel" nur allzugern als „Aneig-

nung der Verbrauchsgüter", m. a. W., es wurde scham- und sinnlos geraubt, bis die Betriebe völlig lahmgelegt und ruiniert waren. Dies zeitigte allerdings so verhängnisvolle Folgen für die Regierung selbst, daß sie allmählich dazu überging, notwendige Betriebe wieder zwangsweise in Gang zu bringen, den Stundenlohn durch Akkordarbeit zu ersetzen, ja, neueren Nachrichten zufolge, die Betriebsräte in den Fabriken als erzeugungsfeindlich völlig aufzuheben.

Überhaupt spricht sich die bezeichnende neuere Wandlung im Wesen des Bolschewismus darin aus, daß von der anfänglich proklamierten Freiheit so gut wie nichts übrig geblieben ist. An ihre Stelle ist größere Ordnung aber auch echt asiatische Despotie getreten, wie sie dem russischen Volkscharakter nun einmal angemessen erscheint. Lenin und Trotzki mit ihrer kleinen Anhängerschar als Despoten, als sozialistische Zaren — es ist der beste Beweis, daß der Nationalcharakter sich doch immer wieder allen Theorien zum Trotz durchsetzt. Das Bedürfnis dieses halb russischen, halb jüdischen Oligarchenklüngels, sich um jeden Preis in der Macht zu erhalten, ist gegenwärtig die eigentliche Triebfeder der bolschewistischen Politik.

Das auffälligste Merkmal dieses neuen Despotismus ist der Wiederaufbau einer neuen, zwar „roten", im übrigen aber „militaristischen" Armee mit strammster Disziplin. Zahlreiche Offiziere der ehemaligen kaiserlichen Armee sind teils freiwillig, teils zwangsweise in sie eingetreten, wie sich die Sowjetregierung denn überhaupt bemüht, die bisher in jeder Weise verfolgten und zu Tode gequälten Angehörigen des Bürgertums als Techniker, Industrielle, Kaufleute usw. durch gute Gehälter, natürlich auch durch Drohungen in ihre Dienste zu ziehen. Der zahlreiche Eintritt solcher Elemente hat sogar schon zu der Be-

fürchtung oder Vermutung Anlaß gegeben, die Sowjetregierung könne durch diese eines Tages „von innenher" überwältigt werden. Indessen scheint diese Gefahr doch nicht allzuhoch eingeschätzt werden zu dürfen, solange die Sowjetregierung in sich einig bleibt. Daß diese Einigkeit früher oder später einmal in die Brüche gehen dürfte, ist allerdings höchst wahrscheinlich, und dann wird sich vielleicht auch der schon erwähnte Umstand geltend machen, daß ihre Macht sich eigentlich auf die größeren und mittleren Städte, die Armeefronten und die Etappenlinien dorthin beschränkt. Man könnte also die jetzige Staatsform Rußlands etwa als sozialistische Despotie inmitten einer agrarischen Anarchie bezeichnen. Es handelt sich gewissermaßen um eine Rückkehr vom ständig-wirksamen Regierungsprinzip der Neuzeit zum repressiven, stoßweise auftretenden Geltendmachen der Regierungsgewalt, wie sie im Mittelalter üblich war.

Auf dem platten Lande wächst inzwischen ein zukünftiges Rußland heran, von dessen Aussehen man sich allerdings noch keine Vorstellung zu machen vermag. Daß die mittleren Bauern trotz ihrer Abneigung gegen die Sowjets keine Wiederkehr der Zarenregierung wünschen und einer Wiederherstellung der früheren Zustände sich aufs äußerste widersetzen würden, ist sicher. Man hat, anknüpfend an Phantasien Solowjews und Trubetzkois, davon gesprochen, daß die russische Kirche sich verjüngen und Rußland der Ausgangspunkt einer Erneuerung des Christentums „aus dem reinen, demütigen Glauben des russischen Bauern heraus" werden könne. Aber das können doch nur Toren und Träumer erwarten. Der russische religiöse Mystizismus, wie ihn etwa Dostojewski vertrat, ist im Kern imperialistisch, herrschsüchtig und widerchristlich, genau wie der Anglikanismus, der sich so gern mit ihm zusammentun

möchte, und im übrigen ist das Christentum der russischen Bauern viel zu passiv und tatenscheu, als daß man von dieser Seite eines starken reformatorischen Anstoßes gewärtig sein könnte. Ein Prophet von dem Ernste und der unbestechlichen Wahrhaftigkeit Tolstois ist eben doch eine Ausnahme, und hat bisher wohl in Europa eine tiefere Wirkung erzielt, als in Rußland selbst. Auch in religiöser Hinsicht spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß Rußland eine Welt für sich bleibt.

Einstweilen hat der Bolschewismus noch das Wort und er legt noch alle Anzeichen eines imperialistischen, angriffslustigen Glaubensfanatismus an den Tag. Das Ideal der Weltrevolution nicht verblassen zu lassen, den revolutionären Schwung seiner Gefolgschaft dadurch im Gang zu halten, ist eine Lebensbedingung für ihn, genau wie für alle früheren Eroberungsreligionen. Nicht die Armee, sondern die Mission, d. h. die Agitation, ist seine Hauptwaffe. Besondere Aufmerksamkeit muß der Erfolg seiner Propaganda bei den asiatischen Völkern, namentlich sein Bündnis mit dem neuerwachenden Islam erwecken. Hier eröffnen sich weltgeschichtliche Ausblicke, deren Bedeutung wir kaum ahnend ermessen können. Ob er auf diese Kräfte gestützt, das indisch-asiatische Reich Englands erobern, ob er Polen, Rumänien und dahinter Mitteleuropa mit vernichtendem Stoße bedrohen, oder ob er endlich Westeuropa und die Vereinigten Staaten durch geheime Missionare von innen heraus unterwühlen und umstürzen wird — das ist die Frage der Gegenwart. So steht die Welt, so steht insbesondere das unterjochte und das neutrale Mitteleuropa mitteninne zwischen zwei unduldsamen, alles verschlingenden erobernden Weltmächten, dem Entente-Kapitalismus britisch-angelsächsischer Färbung und Führung, und dem Bolschewismus. Um die Stellungen in diesem Entschei-

dungskampf noch klarer zu erkennen, ist es nötig, einen Blick auf das übrige festländische Europa sowie auf die außereuropäischen Mächte, deren Einwirkung auf dem Erdteil ins Gewicht fällt, die britischen Dominions, die Vereinigten Staaten und Japan, zu werfen.

V. Englands europäische Bundesgenossen und Vasallen.

England, Deutschland und Rußland sind die drei Mittelpunkte, um welche die politische Ideenwelt Europas, soweit sie nicht von außereuropäischen Antrieben bewegt wird, heute kreist. Damit ist schon ausgesprochen, daß den übrigen europäischen Staaten, so verschieden an Gewicht und so bedeutend sie auch sonst sein mögen, eine solche *zentrale* Bedeutung jedenfalls nicht zukommt. Da nun von jenen drei Zentralmächten gegenwärtig Rußland in seiner unmittelbaren Machtwirkung auf seine Grenzen beschränkt, Deutschland selbständiger Macht — wenn auch keineswegs geistigen Einflusses — völlig beraubt ist, so bekundet sich die politische Stellung der übrigen Staaten zurzeit wesentlich in einer mehr oder minder großen Abhängigkeit von England. Den Grad und die bindenden Kräfte dieser Abhängigkeit zu ermitteln, ist die Aufgabe dieses Kapitels. Wir müssen uns, um unsere Darstellung nicht allzuweit auszuspinnen, hier in der Hauptsache auf die Schilderung dieses Verhältnisses beschränken, so fesselnd es wäre, auch bei dieser Gruppe von Staaten den Ursprüngen ihrer geopolitischen, wirtschaftlichen und geistig-demopoli-

tischen Beschaffenheit allerseiten nachzugehen, wie wir es vorstehend bei der ersten Gruppe versucht haben.

Am stärksten äußert sich jene Abhängigkeit naturgemäß auf der atlantischen Seite Europas, deren Staaten wir daher zuerst betrachten. Wir gehen dann zur mittelmeerischen über und machen den Beschluß mit den osteuropäischen Staaten an der dritten, baltisch-pontischen Seite des europäischen Dreiecks.

Wir sind auf den Vorwurf gefaßt, die Bedeutung Frankreichs doch allzu niedrig einzuschätzen, wenn wir es in die Gruppe der Staaten gewissermaßen zweiten Ranges verweisen. Indessen so wichtig, ja entscheidend die Haltung Frankreichs für die Lage Europas bis in die Gegenwart oft gewesen ist, so ergibt eine nähere Betrachtung, daß das politische Gewicht Frankreichs eben doch nur das einer schwächeren Macht ist, die wohl durch ihre Hinneigung die Wagschale der einen oder anderen Gruppe sinken lassen, also eine regulierende Wirkung ausüben kann, der aber eigentlich bewegende Kraft im politischen Triebwerk des heutigen Europa nicht mehr zukommt. Diese Rolle hat es vor fünfzig Jahren Deutschland überlassen müssen und alle Hexenmeisterei der Versailler Friedenskonferenz, alles gewaltsame Rückwärtsdrehen der Zeiger an der Weltenuhr wird daran schwerlich etwas ändern. Frankreich war von jeher der glücklich-unglückliche Rivale Deutschlands — darin liegt seine ganze politische Stellung beschlossen — seit hundert Jahren bewegt es sich aber auf der absteigenden Linie.

Man kann Frankreich nicht verstehen, wenn man nicht die Stärke seines Nationalgeistes vor allem würdigt. Diese wurzelt wieder in der „Frühreife" dieses Landes, wie sein großer Geograph, Vidal de la Blache, es einmal ausdrückt, in der Gunst des Bodens und Klimas,

die hier frühzeitig eine dichte Bevölkerung erwachsen ließ — bis um 1800 war Frankreich der volkreichste Staat Europas — in der Harmonie seiner Landschaften, die trotz aller Gegensätze sich innig durchdringen und so scharfe Charakterkontraste wie in Deutschland zwischen Ober- und Niederdeutschland, Ost- und Westelbien nicht aufkommen lassen, in seiner Verschmelzungskraft, seinem radial angeordneten Fluß- und Verkehrssystem — kurz seiner Einheit innerhalb der so scharfen natürlichen Grenzen des Kanals, des Atlantischen und Mittelmeers, der Pyrenäen und Alpen; nur im Nordosten, von der Burgundischen Pforte, oder doch vom Donon bis zum Pas de Calais liegen seine Grenzen offen, hier ist das ewige Schlachtfeld zwischen der deutschen und französischen Nation. Geschichtlich ist dieser Nationalgeist gereift vor allem im nationalen Befreiungskampfe gegen die Engländer im 15. Jahrhundert — daher Jeanne d'Arc noch heute die eigentliche Nationalheilige — und unter dem kraftvollen Absolutismus der Valois und Bourbonen. Als der erste geschlossene, gewissermaßen der vorbildliche Nationalstaat Europas ging Frankreich aus dem Mittelalter hervor.

Nicht in der Religion, wie der Brite, Deutsche und Russe, sondern im Nationalgefühl findet der Franzose den geistigen Halt, an den er sich auf der Lebensfahrt klammert. Und dieses Nationalgefühl ist eigentlich nur eine Erweiterung des starken Lebenswillens des einzelnen Franzosen, der auf Selbstdarstellung zielt. Wie der einzelne Franzose der Folie der Gesellschaft bedarf, um in ständiger Umschau nach Beifall seine Gaben zu entfalten, seine Kräfte zu äußern, wie sein ganzes Leben sozusagen ein ewiger concours ist, so zieht sich durch die ganze neuere Geschichte des französischen Staates und Volkes das unaufhörliche Bestreben, die erste Rolle in der Staatengesellschaft zu spielen.

als „grande nation“ zu glänzen. Daraus ergibt sich, beim Einzelnen wie beim Ganzen, alles übrige: die Eitelkeit, das Theatralische, die Neigung zu bombastischen Reden und malerischen Drapierungen, aber auch der stürmische „Elan“, die Lust am Wagnis, an außergewöhnlichen Taten bis zur freiwilligen Selbstaufopferung — wo man sich beobachtet weiß. Es ist, als ob der Franzose und die französische Nation innerlich unsicher würden, wenn sie nicht der Zustimmung der Umwelt gewiß sind, und darin eben bekundet sich die nicht eigentlich religiös, in unmittelbarer Auseinandersetzung der Einzelseele mit Gott, begründete, sondern ganz im Diesseitigen aufgehende Lebensführung. Hat doch einer der bedeutendsten neueren französischen Philosophen, Jean-Marie Guyau, den echt französischen Satz aufgestellt: Der Altruismus ist ein gesteigerter und erweiterter Egoismus. Je heftiger innerlich der Lebenstrieb anwachse, um so mehr strebe er danach, sich nach außen zu erweitern und so mit dem eigenen Selbst auch seine lebende Umgebung in immer größerem Umfang einzuschließen. Man muß schon ein sehr wohlwollender Beurteiler sein, um in dieser Haltung keine Charakterschwäche, sondern das natürliche Bedürfnis nach Billigung, nach Zustimmung der Gesellschaft, der privaten und staatlichen Genossen, daß man auf dem rechten Wege sei, zu erblicken; denn daß hier nicht, wie Nötzel andeutet, ein Gehorsam gegen den Gesellschaftswillen (und den in diesem geäußerten göttlichen Willen) vorliegt, ergibt sich aus der nur allzuoft hervortretenden Kehrseite: der ungezügelten Rachsucht, dem bis zum Irrsinn gesteigerten Haß, wenn Erfolg und Beifall ausbleiben, oder sich ins Gegenteil verkehren, der hemmungslosen Gemeinheit, der wilden Brutalität, die sich dann, sei es gegen auswärtige Feinde, sei es gegen die eigenen Landsleute austobt. Selbst ein so nüchterner, allen

deutschen Grübeleien so fernstehender Beobachter, wie der Engländer Sir Harry Johnston, meint, „es sei ein großer Irrtum, das französische Volk für sentimental zu halten" und spricht an einer anderen Stelle den Franzosen rundweg das nationale Gewissen ab — ein Vorwurf, der vielleicht zu weit geht, aber nicht leicht zu widerlegen ist.

Wir müssen uns hier an diesen kurzen Andeutungen über eine der geistigen Grundkräfte Frankreichs genügen lassen. Die eigentliche geschichtliche Wurzel dieses Nationalgefühls ist die niemals ausgestorbene Idee des Regnum Francorum, die Anschauung, daß die westlichen Franken, die gallischen Franzosen, die eigentlichen Erben der Karolingermacht seien, daß ihnen von rechtswegen die Vorherrschaft in Europa gebühre. Diese Vorstellung zieht sich wie ein roter Faden durch Frankreichs Geschichte von Karl dem Kahlen über Philipp II. August und Philipp IV. bis zu Napoleon, der sich ja mit den Insignien Karls des Großen und Childerichs kostümierte.

Die französischen Könige seit Philipp II. August und Philipp dem Schönen haben das Königtum durch energischen Kampf gegen die großen Vasallen aus der Schwäche der Feudalzeit erhoben und die Einheit der Nation vorbereitet, in der Leidenszeit der englischen Kriege des 14. und 15. Jahrhunderts ist diese ihrer selbst bewußt geworden. Die große Zeit des französischen Nationalstaats aber beginnt im 16. Jahrhundert, als er sich der Umklammerung durch die übermächtige burgundisch-habsburgisch-spanische Macht erwehren mußte. Solange diese Gefahr drohte, war Frankreichs Weg und Ziel klar und einfach, aber nachdem unter Heinrich IV., endgültig Mitte des 17. Jahrhunderts, der Sieg über Habsburg-Spanien errungen war und Frankreich sich freier bewegen konnte, machte sich eine verhängnisvolle Spaltung in seiner Politik geltend. Frank-

reich hatte wie die übrigen westeuropäischen Nationen von seinen atlantischen Küstenprovinzen aus eine Ausbreitung über See begonnen, seine Normannen und Bretonen setzten sich 1546 zuerst in Kanada fest, und es hätte im Wettbewerb mit Spaniern, Niederländern, Engländern ein „größeres Frankreich" in Amerika aufbauen können. Statt sich aber mit ganzer Kraft dieser Aufgabe zuzuwenden, zog es vor, durch festländische Ausbreitung nach Osten und durch das Streben nach einer Hegemonie über seine geschwächten Nachbarn, Deutschland und Italien, billigere Lorbeeren zu pflücken. Richelieu hat zwar noch den Grund zur neueren französischen Seemacht gelegt, er besaß auch noch die Klugheit, auf die Ebrogrenze endgültig zu verzichten; gleichzeitig aber dehnte er zuerst durch die Tat Frankreichs Ansprüche bis an den Oberrhein aus und öffnete so die Bahn zur Erfüllung eines nationalen Ideals, das schon Anfang des 14. Jahrhunderts durch den Vater der französischen Chauvinisten, Pierre Dubois, formuliert worden war: die Rheingrenze.

Unter Mazarin und Ludwig XIV. feierte diese Politik der doppelten Ausbreitung zunächst Triumphe. Bis Ende des 17. Jahrhunderts erwarb Frankreich ein großes Kolonialreich. Kanada wurde als Siedlungskolonie ausgebaut, von da griff die französische Macht zu den Hudsonsbailändern und zum Mississipi hinüber. 1697 legte die Anerkennung der französischen Herrschaft in Haiti durch Spanien den Grundstein zu dem blühenden westindischen Kolonialbesitz. Gleichzeitig aber drang Frankreichs Macht an seinen festländischen Grenzen im Nordosten gewaltsam vor: 1648 wurden große Teile des Elsaß erworben, 1659, 1668, 1678, 1680—81, 1688—97 weitere umfangreiche Gebiete an der Juragrenze (Freigrafschaft Burgund), im Elsaß, in Lothringen, vor allem aber in den südlichen

Niederlanden Stück für Stück vom Spanischen und Reichsbesitz losgesprengt und Frankreich einverleibt. Indessen die Folgen dieser Maßlosigkeit blieben nicht aus.

Die Niederländer waren Frankreichs natürliche Freunde im maritimen Wettbewerb gegen Spanien und England. Hätte Ludwig XIV. sich mit ihnen verständigt, hätte er auf die zwecklosen Eroberungen im Osten und Norden verzichtet, hätte er alten französischen Traditionen und dem Rate Leibniz' folgend, der sich hier als Politiker ebenso groß erwies wie als Philosoph, statt dessen Ägypten erobert und so einen neuen Weg nach Indien eröffnet, so wäre die französische Politik wahrscheinlich in gesundere Bahnen gelenkt worden. Aber Ludwig war nicht zu belehren. Er trieb seinen natürlichen Bundesgenossen in die Arme Englands, seines gefährlichsten Gegners. 1690 war die französische Seemacht auf ihrer Höhe, Tourville errang bei Beachy Head einen glänzenden Sieg über die englisch-niederländische Flotte, ohne freilich Wilhelms III. Landung in der Torbay und seinen siegreichen Zug nach Irland verhindern zu können. Fortan jedoch vernachlässigte Ludwig XIV. die Seemacht und jagte dem Phantom einer Eroberung der Niederlande nach. Schon im Ryswijker Frieden (1697) gehemmt, brach seine Eroberungspolitik im Spanischen Erbfolgekriege zusammen. England vergrößerte sein Kolonialreich in Amerika auf Kosten des französischen.

Im 18. Jahrhundert ging es auf dieser Bahn weiter. Überall kämpfte Frankreich, oft unter genialen Einzelführern, einen hoffnungslosen Kampf gegen Englands maritime und koloniale Übermacht. Aber auch auf dem Festlande verblich seine „Gloire" im Siebenjährigen Kriege. Dieses Versagen des Ancien Régime war einer der Hauptgründe zur Revolution. Der Staat war ver-

derbt, schwach, bankrott, das Bürgertum aufstrebend, reich, aber politisch einflußlos. Die Revolution fegte den alten Staat hinweg und führte ein neues Gebäude nach den Plänen des „klassischen Geistes" auf.

Dieser klassische Geist war das Ergebnis der Ära des Sonnenkönigs. Unter ihm war, wie C. A. H. Schmitz sagt, „der französische Nationalgeist durch starkes inneres Leben so geklärt, so dicht und rein geworden, ja so zäh, daß er nur jüdischem und griechischem Geist an Bestimmtheit verglichen werden kann." Diese Klarheit und Regelmäßigkeit ist freilich durch eine gewisse Beschränktheit, einen Mangel an Tiefe erkauft. Auch war es weniger Montesquieus maßvolle Besonnenheit, als Rousseaus Leidenschaft und Sentimentalität, die den Neuerern von 1789 und 1791/92 als Wegweiser diente. Die Bolschewiki des 18. Jahrhunderts, die Jakobiner, lösten die organische Standesgliederung des Volkes auf und ersetzten sie durch die erträumte Gesellschaft des Contrat social, die gestaltlose Masse gleichartiger und gleichberechtigter Bourgeois. Da alle Unterschiede der Herkunft und des Berufsstandes nicht mehr gelten sollten, so war fortan nur das Geld der soziale Wertmesser, und tatsächlich ist in Frankreich, noch weit mehr als in England, durch die verschiedenen Revolutionen und Reaktionen des 19. Jahrhunderts hindurch, der Reichtum der einzige Gliederungsmaßstab der Volksschichten geworden. Es gab bis zum Weltkrieg kein anderes Land in Europa, dessen öffentliche Einrichtungen so durchaus auf die Bevorzugung der Reichen zugeschrieben waren. Der Respekt vor dem Reichtum und die Verachtung der Armen waren die Grundlagen der Gesellschaft geworden. Trotz dieser ungünstigen sozialen Wirkungen der jakobinischen Egalité kann das Ereignis von 1789/92 in seiner Bedeutung für den französischen Nationalgeist nicht leicht über-

schätzt werden. Die Befreiung vom Druck des Absolutismus und der Feudalherrschaft war ein geschichtlicher Vorgang, dessen Andenken noch schlechthin bestimmend für die Seelenverfassung der Mehrzahl der Franzosen ist. So wenig die Tatsachen, nüchtern betrachtet, damit übereinstimmen mögen — daß Frankreich das Land der Freiheit und Gleichheit, der großen menschheitbefreienden Revolution ist, dieses Bewußtsein gibt der Nation noch heute den eigentlichen Lebensschwung. Übrigens hatte der Absolutismus Ludwigs XIV. der Gleichmacherei mächtig vorgearbeitet. Die Ertötung jedes provinzialen Sondergeistes hatte aus Frankreich den am vollständigsten zentralisierten Großstaat Europas gemacht. Das Präfektensystem Napoleons ließ die lokalen Behörden zu bloßen Handlangern, zu Puppen der regierenden Drahtzieher in Paris herabsinken, und seit dieser Zeit haben alle die wechselnden Regierungen dieses für sie so bequeme System beibehalten: l'état c'est moi, das konnten sie alle von sich sagen, mochten sie nun das royalistische, bonapartistische oder republikanische Firmenschild tragen. Nirgendwo sammelt sich das nationale Leben so ausschließlich in der Hauptstadt, wie in Frankreich, und es läßt sich nicht leugnen, daß diese Vorherrschaft von Paris und seiner „Gesellschaft" — denn nur hier gibt es eine solche — trotz verderblicher Folgen für das Land außerordentlich einigend auf den nationalen Geist gewirkt hat. Dem Franzosen, so wenig an wirklichem Gemeinsinn in ihm lebt, ist der einheitliche Boden dieser Pariser Gesellschaft unentbehrlich, wenn er es zu Ansehen und Macht bringen will, und dadurch wird es aufstrebenden Talenten, freilich auch bloßen Strebern, viel leichter sich emporzuschwingen und in der ganzen Nation Widerhall zu finden, als etwa in Deutschland mit seinen zahllosen verstreuten Bildungs- und Regierungsmittelpunkten. In

Frankreich kann es nur der Pariser von Geburt oder Wahl zu etwas bringen, in Deutschland muß man sich entschuldigen, wenn man „Berliner" ist.

Außer dem Freiheitserlebnis, der Einebnung der Gesellschaft und der Stärkung der Zentralisation, hatte die Revolution noch eine andere wichtige Folge. Der Boden wurde auf dem Lande neu verteilt, derart, daß etwa die Hälfte Mittel- und Kleingrundbesitzern gehört (etwa 3,6 Millionen Haushaltungen), von denen wieder fast die Hälfte Zwergwirtschaften von weniger als 1 Hektar betreiben. Diese Verwandlung in ein Land von Kleinbürgern (denn auch der Bauer ist in Frankreich Bourgeois) hatte biologische und politische Wirkungen. Frankreich zählt augenblicklich nur etwa 2 Millionen mehr Einwohner als 1869 und die Geburtenziffer ist seit 1850 (wo sie mit 28,2 aufs Tausend etwa ebenso hoch war wie in Deutschland 1912) allmählich auf 19 herabgegangen. Das französische Zweikindersystem ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Kleinbesitzer eine weitere Teilung vermeiden müssen, überhaupt auf die französische Sparsamkeit. Jedenfalls scheint dieser Rassenselbstmord auf rein seelischen Gründen, nicht etwa auf körperlicher Entartung zu beruhen. Der Alkoholmißbrauch ist beispielsweise gerade in den kinderreichsten Provinzen am stärksten, und am deutlichsten weist auf die Wirksamkeit seelischer Einflüsse der Umstand, daß sowohl gläubig-katholische Gegenden, wie die Bretagne, als auch proletarisch-industrielle wie der Norden, Kinderreichtum aufweisen, die sozialistischen Agrardistrikte des Südwestens dagegen Mangel an Kindern.

Politisch hat die geschilderte Besitzverteilung zur Folge gehabt, daß sich die sozialistischen Parteien nur schwach und mehr im Sinne radikal-demokrati-

scher als rein proletarischer Gebilde entwickelten; ihre Führer, wie Briand, Millerand usw. sind von Herkunft vorwiegend ehrgeizige Kleinbürger. Auch die, am Maße Englands und Deutschlands gemessen, weit schwächere Entwicklung der Industrie, hat das Hochkommen der Sozialdemokratie verhindert. Noch Anfang des 19. Jahrhunderts war Frankreich ein gefährlicher industrieller Wettbewerber für England, aber Mangel an Kohlen, an billigen Arbeitskräften (die mangels der berühmten „industriellen Reservearmee" ländlicher Herkunft hauptsächlich aus Belgien, dem Elsaß usw. bezogen wurden), auch wohl ein gewisses Fehlen gewerblichen Unternehmungsgeistes hat es verhindert, daß Frankreich darin gleichen Fortschritt mit seinen nördlichen und östlichen Nachbarn machte. Jedenfalls hat es die Bahn zum Industrie-Großkapitalismus nicht eingeschlagen, es blieb ein Rentnerland mit konservativer, stockender Entwicklung, und legte seine Ersparnisse als Leihkapital im Ausland an, was nicht wenig dazu beitrug, breite Massen der französischen Bevölkerung an den weltpolitischen Vorgängen persönlichen Anteil nehmen zu lassen. Blindlings folgten diese Massen der Finanzoligarchie, der tatkräftigen Leiterin der Republik. Aber aus der Reihe der wirklich führenden Völker der Neuzeit ist Frankreich durch dieses mangelnde Wachstum der Bevölkerung und der Industrie ausgeschlossen worden, so heftige Anstrengungen es im Laufe des 19. Jahrhunderts machte, die festländische Hegemonie, die ihm der Sturmlauf der großen Revolution und die siegreichen Feldzüge seines korsischen Cäsars wieder verschafft hatten, zu behaupten.

Auch unter Napoleon trat jene oben geschilderte Doppelseitigkeit der französischen Politik zutage. Sein Plan war, England tödlich zu treffen, aber die unentbehrliche

Voraussetzung dazu, Frieden auf seiner festländischen Rückseite, wollte oder konnte er nicht schaffen. Es gelang ihm nicht, die Seeherrschaft im Kanal auch nur für Tage zu erringen, um seine Landungsarmee von Boulogne nach England hinüberzubringen, und statt nach London zog er nach Austerlitz und Jena. Trafalgar besiegelte den Niedergang der französischen See- und Kolonialmacht, fast das ganze alte französische Kolonialreich ging verloren. Aber auch die Triumphe gegen die festländischen Gegner waren nicht von Dauer. Die Entscheidung von Waterloo schloß auch diese Periode der festländischen Ausbreitung Frankreichs zwar nicht so ungünstig wie zur See, aber doch äußerlich mit einer Niederlage ab.

Die ganze auswärtige Politik der ehrsüchtigen in ihrer Eitelkeit tiefgekränkten Nation in den seither verflossenen hundert Jahren hatte eigentlich nur das einzige Ziel, diese Scharte auszuwetzen und Frankreich wieder zur Vormacht des europäischen Kontinents zu erheben. Die Mittel haben gewechselt, das Ziel ist geblieben. Seit 1830 hat es zunächst begonnen, durch die Eroberung Algiers ein neues Kolonialreich in Nordafrika aufzubauen; daß es hierzu aus geopolitischen und wirtschaftlichen Gründen Anlaß und Recht hatte, läßt sich nicht leugnen, ebensowenig, daß es hier bis zur Gegenwart eine zivilisatorische Aufgabe erfüllt hat, obgleich die Greuel, welche französische Truppen bei der Eroberung verübten, alles in den Schatten stellten, was französische Phantasie den Deutschen 1914—18 in die Schuhe schieben möchte. — Die Politik des zweiten Kaiserreichs war ganz von dem Prestigegedanken geleitet. Das geheime Ziel Napoleons III. war es, die Verträge von 1814/15 zu revidieren und die Landkarte Europas in einem Sinne umzugestalten, der Frankreich die damalige Demütigung endgültig vergessen lassen konnte, d. h. durch

eine Erweiterung nach Nordosten, nach dem Rheinland und Belgien hin. Daher konnten auch die Erfolge des Krimkrieges und des Italienischen Krieges nicht genügen, obgleich auch diese Feldzüge keineswegs im „selbstlosen Dienste einer Idee", wie die Franzosen vorgaben, geführt wurden, sondern Landgewinn in Savoyen und Nizza, eine verstärkte Stellung im Mittelmeer und in der Levante einbrachten. Indes Napoleon fand einen überlegenen Gegenspieler und endete bei Sedan. Nun erlebte die Welt eine zweite Auflage des Schauspiels nach 1815, nur wurde an Stelle von Waterloo die Revanche für den Verlust Elsaß-Lothringens das Losungswort. Man muß es den Franzosen lassen, daß sie mit einer erstaunlichen Zähigkeit diesen Gedanken namentlich in der Jugenderziehung am Leben erhalten, ja bis zur Gluthitze gesteigert haben; ob diese Überspannung des nationalen Gedankens der Nation wirklich zum Vorteil gereicht hat, kann aber trotz des Erfolges von 1918, erst eine fernere Zukunft lehren. Bismarck versuchte in den 1880er Jahren, Frankreichs Ehrgeiz auf das Gebiet der Kolonialpolitik abzulenken, wo ja besonders in Ägypten und im ganzen Mittelmeergebiet ein gewisser Gegensatz gegen England, und seit der Erwerbung von Tunis 1881, auch gegen Italien gegeben war. In der Tat haben diese Jahre zu einer gewaltigen Erweiterung des französischen Kolonialbesitzes in Ostasien, Madagaskar, Zentralafrika geführt, woran sich dann im 20. Jahrhundert der Ausbau des Nordafrikanischen Reiches durch die Einverleibung Marokkos anschloß. Der größte Teil dieses riesigen Kolonialbesitzes (des größten auf der Erde nächst England und Rußland) ist für Frankreich ein Luxus, da es weder einen landhungrigen Bevölkerungsüberschuß, wie Deutschland, England, Rußland, Japan, hat, noch besonders großer Rohstoff- und Nahrungsmittelzuschüsse bedarf (diese

könnte Nordwestafrika allein vollständig decken). Auch sind die Methoden der französischen Kolonialverwaltung keineswegs derart, daß sie der Nation ein moralisches Anrecht auf die Verwaltung umfangreicher Gebiete halbzivilisierter Völker gäben. Am meisten Vorteil hat Frankreich in militärischer Hinsicht aus den Kolonien gezogen, seine schwarzen Armeen haben seine Widerstandskraft beträchtlich verstärkt — aber gerade das ist vom Standpunkt europäischer Gesittung und Solidarität ein bedenkliches Kapitel.

Im übrigen war dem Versuch, den Schwerpunkt der auswärtigen Politik Frankreichs auf das koloniale Gebiet zu verlegen und dadurch auch allmählich ein besseres Einvernehmen mit Deutschland herzustellen, nur ein kurzes Leben beschieden. Nach dem Sturze Ferrys traten die europäischen Dinge bald wieder in den Vordergrund, und die Boulanger-Krise von 1887 machte im Zusammenhang mit den Balkanwirren die Revanchekriegsgefahr schon wieder brennend. Damals, endgültig seit 1890/91, schloß Frankreich mit Rußland jenes Bündnis, welches ihm den Zarenstaat als militärischen Partner gegen Deutschland sichern sollte, wie früher die Türkei gegen Österreich und künftig Polen gegen Deutschland; als Gegengabe spendete es seine Milliarden zur Befruchtung der russischen Industrie. Ganz vernachlässigt wurden die kolonial-weltpolitischen Wünsche darüber nicht. Die ägyptische Stellung, auf die es seit Napoleons Expedition und erneut seit dem Suezkanalbau unter Lesseps Anspruch erhob, konnte es freilich nicht halten. England kaufte 1875 die Suezkanalaktien, besetzte 1882 Ägypten, und als Frankreich 1898 durch die Mission Marchand noch einmal den Versuch machte, ein die Linie Kap-Kairo kreuzendes französisches Sudanreich vom Atlantischen zum Roten und In-

dischen Meer zu errichten, erzwang der Brite die Demütigung von Faschoda. Das wurde der Wendepunkt. Seit 1902/3 schloß sich Frankreich immer enger an England an, um die erlittene Beleidigung im Rausch der Revanchehoffnung auf Elsaß-Lothringen zu vergessen.

Alle Ansprüche auf Ägypten wurden um Marokko preisgegeben, die Entente cordiale vom April 1904 besiegelte die Kampfgemeinschaft der beiden Westmächte gegen Deutschland; ihre Auswirkung führte über die Marokkokrise zum Weltkrieg.

Der „neue Geist", der in dem letzten Jahrzehnt vor dem Kriege die gebildete Jugend Frankreichs zu durchdringen begann, darf keineswegs mit dem ironischen Spott abgetan worden, der in Deutschland gelegentlich darüber ergossen worden ist. Diese neue Jugend, deren Anschauungen selbstverständlich nur von einem Teil des französischen Nachwuchses gebilligt wurden, hatte die Unfruchtbarkeit der jakobinischen Demokratie wohl erkannt; Rousseau galt ihr als Irrlehrer, sie ergab sich aber auch nicht mehr der blasierten Verzicht- und Weltüberdrüssigkeitsstimmung, die — z. T. als Folge der Katastrophe von 1870 — sich in Frankreich bis in den Beginn des 20. Jahrhunderts hinein geltend machte. Sie neigte wieder mehr zum Handeln statt zum Grübeln, empfand patriotisch, aber nicht eigentlich chauvinistisch, religiös aber nicht ultramontan, wünschte Erneuerung des provinzialen Eigenlebens, aber keine Rückkehr zu einem reaktionären Royalismus. Daß dabei trotz aller zur Schau getragenen Abneigung gegen den „Intellektualismus" manche Selbsttäuschung mit unterlief, die rechte Tiefe oft mangelte, mag sein, wie denn die Begeisterung für den Modephilosophen Bergson eben doch zum guten Teil bloß — Mode war. Wie sich diese Bewegung im Leben der französischen Nation weiter ausge-

wirkt hatte, läßt sich schwer sagen: ein großer und wohl der beste Teil der französischen Jugend liegt auf den Schlachtfeldern Frankreichs begraben. Die körperliche und sittliche Widerstandskraft, die das Land in diesem furchtbaren Ringen entfaltet hat, und die gerade auch der deutsche Gegner durchaus anerkennen muß, ist sicher hauptsächlich dieser Jugend zu danken. Aber doch ist der Weltkrieg eine Kraftprobe gewesen, die über Frankreichs Vermögen ging. Daß ihm schließlich äußerlich der Sieg zufiel, das hat es im Grunde doch mehr einer zufälligen Sachlage, vor allem der meisterhaften Politik Englands und der Hilfe Wilsons zu danken. Aber die endgültige Bilanz ist noch nicht gezogen.

Es wäre vom deutschen Standpunkt aus ganz verfehlt, den großen Gewinn zu verkennen, den Frankreich aus dem Ausgang des Krieges zieht. Die Rückgewinnung der 1870 verlorenen Provinzen mit ihren kostbaren Bodenschätzen bilde eine glänzende Rechtfertigung für alle Handlungen der Prestigepolitiker und muß außerordentlich belebend auf das Nationalgefühl wirken. Das Vordringen an den Oberrhein, die Besitzergreifung von Straßburg und Metz, die Besetzung des ganzen linken Rheinufers mit den Brückenköpfen, deren tatsächliche Dauer sich noch nicht absehen läßt, die wirtschaftliche Durchdringung Luxemburgs, die enge politische Verbindung mit Belgien verbessern Frankreichs strategische Stellung an der Rheinlinie in einer Weise, die die kühnsten Erwartungen übertrifft und die für Deutschland, wenn mit einer Beständigkeit dieser Lage und der Verewigung des europäischen Militarismus gerechnet werden müßte, schlechthin unerträglich und tödlich sein würde. An dem entschlossenen Willen der Machthaber Frankreichs und der großen Mehrheit der Nation, die günstige Sachlage skrupellos bis zum äußersten auszunutzen,

darf nicht gezweifelt werden. Aber diesen Aktivposten stehen bedenkliche Passiva gegenüber.

Nicht die leidenschaftliche Vaterlandsliebe der geschilderten jugendlichen Idealisten, sondern ein Chauvinismus übelster Art hat vom Ausbruch des Krieges an — die Ermordung Jaurès' gab das Signal — in Frankreich den Ton angegeben. Während des Krieges und namentlich seit dem Waffenstillstand hat sich dieser Chauvinismus zu einer wahrhaften Raserei von Wut, Haß und Rachgier gesteigert. Die zügellose Pariser Presse, deren geradezu verheerende Wirkung auf den Frieden und den Sittenzustand Europas während des 19. und 20. Jahrhunderts einmal im Zusammenhang gewürdigt werden sollte, tut ihr Äußerstes, um diese schlechten Instinkte immer aufs neue aufzupeitschen. Die wenigen Stimmen der Besonnenheit — zu denen in gewissem Sinne auch die des radikalen Sozialismus gehören — verhallen fast ohne Wirkung. Dieser nationalistische Wahnsinn muß aber, wenn er anhält, wie jede übermäßige Leidenschaft, das sittliche Gefühl der Nation untergraben und sie schließlich auch politisch ins Verderben stürzen.

Die leidenschaftliche Aufregung der Franzosen ist ja an sich durchaus begreiflich, denn sie sehen einige ihrer blühendsten Landstriche vollständig verwüstet und ihren Volkskörper, dessen Stärke ohnehin zu wünschen übrig ließ, durch die 1,4 Millionen Toten des Weltkrieges geschwächt. Nur wendet sich die Empörung — ganz abgesehen davon, daß ihre oft geradezu tierischen Äußerungen einfach ein Zeichen von Entartung sind — überwiegend an die falsche Adresse. Die Franzosen müßten sich selbst und ihre hirnlose Revanchepolitik anklagen, und zweifellos erklärt sich ein gut Teil des unsinnigen Tobens gegen die „Boches" aus dem dumpfen Gefühl des bösen Gewissens. Der „Sieg"

und die Revanche, auf die Frankreich seit fünf Jahrzehnten unablässig hingearbeitet hat, sind denn doch gar zu teuer erkauft. Etwa 28 000 Quadratkilometer Landes sind mehr oder weniger verwüstet, viele Hunderte von Dörfern und Städten zerstört. Jedenfalls sind diese wirtschaftliche und körperliche Schwächung zwei weitere Umstände, die einer dauernden Ausnutzung des Kriegsgewinns entgegenwirken. Man muß sich doch klar machen, daß Frankreich einer ganz ungeheuerlichen und dabei dauernden militärischen Anspannung bedarf, um seine erträumte Vormachtstellung in Europa zu behaupten. Schon haben seine Generale erklärt, daß sie ohne die dreijährige Dienstzeit, ohne einen Heeresbestand von 450 000 Mann im Frieden nicht auskommen können. Das wirkt aber äußerst belastend auf die ohnehin sehr schlechte wirtschaftliche Lage zurück. Gewiß läßt sich die Leistungsfähigkeit einer Nation nicht bloß nach statistischen Zahlen und Geldwerten berechnen, gewiß vermögen die Kräfte des Gemüts, die Willensanspannung oft Wunder zu tun. Aber eine gewisse Grenze ziehen die materiellen Grundlagen doch. Finanziell ist Frankreich vollständig von den angelsächsischen Kapitalmächten, besonders von den Vereinigten Staaten, abhängig geworden. Seine Schulden belaufen sich Ende 1919 auf insgesamt 207 Milliarden Franken (davon 30 Milliarden ausländische Schulden, nämlich 14 Milliarden an Amerika, 13 an England). Und somit ist Frankreich — darüber vermögen alle Phrasen seiner führenden Männer nicht hinwegzutäuschen — doch weiter nichts als ein Vasall der beiden angelsächsischen Mächte, politisch insbesondere Englands. Sowie diese ihre Hand von Frankreich abzögen, würde die ganze Hohlheit des französischen Großmachtanspruchs offen zutage liegen. Und so sehr die Interessen gegenwärtig noch zusammenlaufen mögen, die Gewähr ewiger Dauer trägt

die englisch-französische Koalition nicht in sich, noch weniger das amerikanisch-französische Einvernehmen. Gewiß ist die Abhängigkeit bei dem englisch-französischen Verhältnis bis zu einem gewissen Grade eine gegenseitige — denn die französische Heeresmacht ist natürlich ein unschätzbares Mittel für die englische Festlandpolitik — aber England steht doch unvergleichlich günstiger da, nicht nur wegen seiner Seemacht, sondern auch wegen seiner viel freieren Möglichkeiten, andere Bündnisse an Stelle des französischen einzugehen. Frankreich ist darin viel mehr beschränkt, denn es ist keine große Seemacht und trotz des riesigen Kolonialbesitzes kein Weltimperium, und gerade sein Deutschenhaß verbaut ihm alle Wege, aus der gebundenen Marschroute herauszukommen. So spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß es in der britisch-amerikanischen Klientel bleibt, die sich übrigens auch schon lange in einem geistigen Einfluß des Angelsachsentums auf Lebensanschauung (Pragmatismus!) und Sitten äußert. Auf die Dauer würde dieser Einfluß freilich das Beste im französischen Nationalgeist zerstören.

Frankreich will, wie schon bemerkt, den Zeiger auf der Weltuhr gewaltsam zurückdrehen. Aber was vergangen ist, läßt sich durch solche Kunststücke nicht wiederherstellen. An die Stärke Frankreichs glaubt so recht doch niemand. Eine französische Vormacht im Bunde mit England ist unmöglich. Sollte dagegen einmal ein engeres Verhältnis der festländischen Staaten Europas zustande kommen, so wäre Frankreich schon durch seine geographische Randlage im Nachteil — es sei denn, daß es ihm gelänge, die zentrale Verkehrslinie des westlichen Europas, das Rheinland, vollständig unter seinen Einfluß zu bringen, was aber wieder nur mit Gewalt möglich ist, also die festländische Solidarität ausschließt. Deutschland dagegen ist in jenem

Falle wegen seiner zentralen Lage bevorzugt, weil die Bedeutung der östlichen Völker Europas ständig im Steigen begriffen ist. Aber die Herstellung eines solchen Einvernehmens der Kontinentalstaaten ist ja überhaupt nur in streng föderativer Form und unter der Bedingung denkbar, daß jeder Anspruch auf eine formale Vormachtstellung fallen gelassen wird.

Bildet Frankreich gewissermaßen die Citadelle der englisch geführten Entente auf dem europäischen Festlande, so stellen sich die beiden niederländischen und die skandinavischen Königreiche als Ansatzpunkte für den nördlichen Umfassungsflügel dar.

Die Entstehung und Entwicklung der beiden niederländischen Staaten wird uns im Speziellen Teil im Zusammenhang der gesamten Rheinlinienfrage näher beschäftigen. Hier nur ein kurzes Wort über ihre Stellung zum britischen Entente-Imperium und zu dessen Gegnern. Es leuchtet auf den ersten Blick ein, daß Belgien und Holland sich nach Ausgangspunkt und Ziel hier in ganz verschiedener Lage befinden. Belgien ist durch seine geographische Lage in den Krieg hineingezogen worden; seine Kriegsleiden, sein immerhin tapferer Widerstand haben ihm viel Teilnahme eingetragen, seine kleine Armee durfte am Glanze des „Sieges" ihren Teil in Anspruch nehmen, dafür hat das Königreich auch an den beiden preußischen Kreisen Eupen und Malmedy mit ihren wertvollen Gruben und Wäldern sein Stück Beute erhascht. Holland dagegen konnte während der ganzen Dauer des Weltkrieges seine neutrale Haltung behaupten.

Daher ist Belgiens Stellung gegenüber den Vorkriegsverhältnissen völlig verändert. Es fühlt sich durchaus als Genossen, und zwar gleichberechtigter, der Entente-Großmächte. Eine Erneuerung der früheren vertraglichen Neu-

tralität lehnt es entschieden ab. In militärisch-strategischer Hinsicht ist es also eine Art kleineres Frankreich und betrachtet selbst seine Ostgrenze, wie der belgische Außenminister Hymans im Dezember 1919 erklärte, als eine Verlängerung der französischen Grenze, der „Grenze der Freiheit". Das 1920 abgeschlossene militärische Bündnis mit Frankreich hat dies bekräftigt. Auch dieselben Sorgen kehren wieder, verstärkt durch die neuerdings ablehnende Haltung Amerikas gegen den englisch-amerikanisch-französischen Garantieschutzvertrag: wird der englische Bundesgenosse im Falle der Gefahr auch rechtzeitig zu Hilfe kommen? Übrigens eine ziemlich unbegründete Sorge, trotz der bösen Erfahrungen von 1914; denn wenn sich allenfalls (obzwar höchst unwahrscheinlicherweise) eine weltpolitische Konstellation denken läßt, die England einmal wieder auf die Seite der Gegner Frankreichs führen könnte, so muß England doch stets ein dringendes Interesse an der Unversehrtheit seines belgischen Brückenkopfes behalten, und wird, durch Schaden klug gemacht, besser als 1914 dafür sorgen. Daher auch die Unterstützung, die es Belgien bei seinen Bemühungen angedeihen läßt, von Holland die Abtretung des linken Scheldeufers und die Freigabe der Durchfahrt von Kriegsschiffen nach Antwerpen zu erlangen — bisher freilich ohne Erfolg.

Soweit die Politik durch wirtschaftliche Umstände bestimmt wird, befindet sich Belgien in eigentümlicher Lage. Seiner Gesamtlage nach ist es völlig in der Hand des seebeherrschenden England. Denn erstens bedarf es eines großen Getreidezuschusses und Rohstoffimports von Übersee, zweitens kontrolliert England durch seine Seemacht die Ein- und Ausfuhr des Hafens von Antwerpen, drittens hängt der Bestand des gewaltigen belgischen Kolonialbesitzes in Afrika (Kongostaat) ganz und gar von der

Gnade Englands ab. Anderseits ist Belgien sehr auf gute wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland angewiesen, von denen besonders die Blüte Antwerpens zum guten Teil abhängt, und die angesichts der Schadenersatzforderungen Belgiens, welche es zu einem der wichtigsten Gläubiger und Bankier Deutschlands machen, noch an Bedeutung gewinnen. Antwerpen muß sich bemühen, gegenüber der holländischen Wettbewerberin Rotterdam seine deutschen Beziehungen zu behaupten, und die belgische Industrie bedarf gerade, um sich der englischen Konkurrenz zu erwehren, deutscher Rohstoffe, Halbfabrikate und Werkzeuge. Diese Gebundenheit an das festländische Hinterland steht also in einem Widerstreit zu den politischen Neigungen. Die Überschwemmung mit britischen Fabrikaten erweckt starke Befürchtungen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich (schon vor dem Krieg in der Einfuhr die ersten) haben sich durch die Ausdehnung der französischen Macht auf die lothringischen und luxemburgischen Erzgruben noch verstärkt, auch ist Frankreich ein guter Abnehmer belgischer Fabrikate und Kohlen für die Wiederaufbaugebiete. Aber gerade diese Beziehungen geben viel Anlaß zu Unzufriedenheit und Zwist; z. B. erregt der enge wirtschaftliche Anschluß Luxemburgs an Frankreich heftige Eifersucht. Indes können diese Reibereien der politischen Liebe für das „unsterbliche Frankreich" noch nicht ernstlich Eintrag tun. Hauptvertreter der herrschenden franzosenfreundlichen Richtung sind natürlich die Liberalen und der größere Teil der Klerikalen, während die Sozialdemokraten vielfach mehr englischen Einflüssen unterliegen und zum Teil, wie die englischen Sozialisten, den Sturz der chauvinistischen Ententeregierungen wünschen.

Von der sozialen Frage wird Belgien als Industrie-

staat stark in Mitleidenschaft gezogen; der Strom der gemeineuropäischen Arbeiterbewegung, die auf Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsleitung abzielt, wirbelt auch durch das gewerbreiche Königreich. Abgesehen davon ist es natürlich wie früher die flämische Frage, die das innerpolitische Leben des belgischen Staates beherrscht, aber auch auf seine äußere Stellung zurückwirkt. Nach der ersten Bestürzung, der die Verfechter der flämischen Selbständigkeit nach dem Zusammenbruch durch den Sieg der Verbandsmächte im November 1918 unterlagen, haben sie sich wieder gesammelt, und das Blut ihrer Märtyrer, die dem Wüten der Ententeregierungen und der „Franskiljons" zum Opfer fielen, heiligt und stärkt ihre Sache. Die flämische „Frontpartei" erhebt täglich kühner ihre Anklagen gegen das herrschende Franzosentum und wird darin, wenn auch mit größerer Zurückhaltung, von dem flämischen Flügel der Klerikalen unterstützt. Diese Parteien weisen mit Entrüstung auf die drohende Verarmung Flanderns durch die parteiische Haltung der Regierung in der Wiederaufbaufrage und durch die Abwanderung flämischer Arbeiter nach Nordfrankreich hin und greifen sogar die Dynastie wegen ihrer Mißachtung der flämischen Belange an. „Vlaanderen groot, Belgie dood" ist ihr Wahlspruch. Eine tiefe nationale Spaltung geht durch das Königreich. Flandern ist wieder ganz auf dem Wege, ein belgisches Irland zu werden.

Daß die flämischen „Aktivisten" ihren Hauptrückhalt in Holland finden, verschärft die Abneigung der herrschenden Kreise Belgiens gegen den nördlichen Nachbar, auf den man ohnehin wegen der Abweisung der mit mehr Leidenschaft als Klugheit erhobenen Ansprüche auf Zeeuwsch-Flandern (das linke Ufer der Westerschelde) und Holländisch-Limburg schlecht zu sprechen ist. Das Königreich

Holland hat sowohl in dieser Frage, wie bei anderen Gelegenheiten gezeigt, daß es seine nationale Ehre und Selbständigkeit entschlossen ist, eifersüchtig zu wahren. Die geographische Lage und die Bewahrung der Neutralität im Kriege geben ihm eben doch eine freiere Stellung der Entente gegenüber, als sie Belgien einnehmen könnte, selbst wenn es wollte. Allerdings ist diese Freiheit cum **grano salis** zu verstehen: eine weitgehende Abhängigkeit von England besteht tatsächlich doch. Diese Abhängigkeit beruht, ganz ähnlich wie bei Belgien, darauf, daß Holland (1.), obwohl es als hochentwickeltes Agrarland bezeichnet werden kann, einer starken Getreidezufuhr von Übersee bedarf (Getreideeinfuhr für den Verbrauch 1912: 5,0 Mill. Tonnen, 1916: 1,7 Mill. Tonnen), daß (2.) das Bestehen seines Seehandels und seiner Reederei von dem guten Willen der Seemächte England und Amerika abhängt, wie z. B. die Beschlagnahme der holländischen Handelsflotte im Frühjahr 1918 zeigte, daß endlich (3.) der reiche ostindische Kolonialbesitz nicht ernstlich aus eigener Kraft verteidigt werden kann. Immerhin darf man die Stärke des niederländischen Nationalgefühls hoch genug einschätzen, um anzunehmen, daß Holland im äußersten Falle lieber seine Kolonien und selbst seine Handelsflotte als seine territoriale Unversehrtheit und politische Selbständigkeit preisgeben würde. Was oben von der engen wirtschaftlichen Verbindung Belgiens mit Deutschland gesagt wurde, gilt von Holland in noch höherem Grade. Die Verhältnisse liegen hier insofern einfacher, als die Beziehungen zu Frankreich eine geringere Rolle spielen. Als das eigentliche Rheinmündungsland sind ihm, und besonders seinem Hafen Rotterdam, der mit Antwerpen einerseits, mit Bremen und Hamburg anderseits in Wettbewerb steht, ungestörte Beziehungen zu Deutschland von äußerster Wich-

tigkeit; natürlich muß es auch auf ein gutes Verhältnis zu England, welches ein großer Abnehmer holländischer Viehzucht- und Molkereiprodukte sowie Margarine ist, Wert legen. Während des Krieges wandten sich die Sympathien der öffentlichen Meinung in Holland ganz überwiegend der Entente zu; doch kann gegenwärtig schwerlich von einer stärkeren politischen Vorliebe für England gesprochen werden, zumal seit dem Umsturz in Deutschland die Furcht vor drohender Verpreußung doch nachgelassen hat. England seinerseits hat natürlich hier wie an der flandrischen Küste das eine große Interesse, daß keine starke Seemacht in Holland sich festsetzt oder Geltung gewinnt. Sir Harry Johnston führte 1913 als den ersten der elf Gründe, die England zu einem Kriege veranlassen würden, den auf: „Jeder von holländischer Seite nicht unterstützte Versuch, Holland dem Deutschen Reiche einzuverleiben." Wenn er fortfährt, daß England anderseits kaum etwas dawider sagen könnte, „falls Holland aus freiem Willen dem germanischen Bund beiträte," so ist das zwar schon deswegen ohne dringliche Bedeutung, weil von einem solchen „germanischen Bund" ja in absehbarer Zeit keine Rede sein kann. Erwägen wir jedoch, daß der Völkerbund den Kampf der weltpolitischen Gegensätze vorläufig auf den diplomatischen Schauplatz übertragen hat, so liegt immerhin die Vermutung nahe, daß Holland bei diesen Auseinandersetzungen eine wesentlich andere Stellung als Belgien einnehmen und daß es nicht unbedingt immer auf der Seite Englands und seiner Vasallen zu finden sein wird. Vielleicht wird dann einmal klarer als bisher zutage treten, daß die holländisch-belgische Grenze doch eine tiefe weltpolitische Scheidelinie darstellt, die sich je nach dem Schicksal Flanderns auch noch weiter nach Süden verschieben könnte.

Auch bei den skandinavischen Staaten zeigen sich, je nach der Lage, der politischen Nachbarschaft und den wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen, gewisse Verschiedenheiten in ihrer Stellung zu England und zur Entente.

Dänemark spielt in mancher Hinsicht eine mit Frankreich verwandte Rolle innerhalb des Kreises der skandinavischen Staaten. Als Staatswesen ist es das älteste unter diesen und war jahrhundertelang die Vormacht im Norden; seine Könige versuchten sogar durch die Kalmarische Union eine skandinavische Staatseinheit auf Grundlage der Hegemonie Dänemarks zu schaffen. Seit dem 16. Jahrhundert mit Schweden in einen ähnlichen mit Umklammerungen und Einkreisungskoalitionen geführten Ringkampf verwickelt, wie ihn Frankreich mit Habsburg-Spanien und England auszufechten hatte, verlor es 1645 in Gotland, Ösel, Jämtland-Herjedalen wichtige strategische Außenstellungen, 1658 sogar seine alten Sundprovinzen Schonen, Halland und Blekinge. Im 19. Jahrhundert wurde es durch den Verlust von Norwegen (1814) und Schleswig-Holstein (1864) weiter stark eingeschränkt. Zwar ist der Verlust an dänischem Volkstum im eigentlichen Sinne nur verhältnismäßig gering gewesen, aber wie die meisten so in ihrer Ausdehnung beschnittenen oder sonstwie national gekränkten Staaten kann es die einstige Großmachtstellung nicht recht vergessen und zeichnet sich durch ein ganz besonders reizbares Nationalgefühl aus. Der große Einfluß der Hauptstadt Kopenhagen, die ein Sechstel der gesamten Bewohnerschaft des Landes beherbergt, wirkt in dieser Hinsicht wohl eher verstärkend — auch dies ein verwandter Zug mit Frankreich. Die einstige einflußreiche Stellung des Staates beruht nicht nur auf seiner frühzeitigeren Ausbildung, der relativen Dichte und Geschlossenheit der Bevölkerung, sondern vor allem auf der

so überaus wichtigen Lage zwischen Nord- und Ostsee. Die Schlüsselstellung zur Ostsee hat Dänemark von jeher in den Stand gesetzt, zwischen den Ostseestaaten und denjenigen See- und Handelsmächten, die Verkehrsbeziehungen zur Ostsee unterhielten, besonders Holland und England, die Rolle der umworbenen und ausschlaggebenden Macht zu spielen. Freilich nicht immer mit Glück. Sein Anschluß an den von Rußland geführten Bund der bewaffneten Neutralität 1800 (wie zuvor schon 1780) veranlaßte 1801 England zur Beschießung Kopenhagens und zur Zerstörung der dänischen Flotte, und als sechs Jahre später eine geheime Abmachung Napoleons mit Alexander I. zu Tilsit die dänische Seemacht zur Fernhaltung der Engländer von der Ostsee zu benutzen gedachte, vereitelte dies England, indem es mit raschem Zugriff mitten im Frieden die dänischen Schiffe wegnahm und sich dadurch den Zugang zur Ostsee offenhielt. Auch die einflußreiche Stellung, welche die dänische Königsfamilie unter Christian IX. (1863—1906), auf ihre Verwandtschaft mit dem britischen und russischen Herrscherhause gestützt, einnahm, hängt mit dieser marine-strategisch wichtigen Lage Dänemarks zusammen; es war für Rußland wie für England gleich nützlich, mit dem von den Zugangsstraßen der Ostsee durchquerten und überdies den Seepforten des Deutschen Reiches unmittelbar vorgelagerten kleinen Staate auf gutem Fuße zu stehen. Während des Weltkrieges war es die deutsche Flotte, die Dänemark vor dem Schicksal bewahrte, als ein zweites Griechenland dem Aufmarsch eines Ententeheeres als Basis zu dienen. Hätte die Schlacht vor dem Skagerak einen anderen für England günstigen Ausgang genommen, so wäre eine britische Landung oder der Versuch zur Durchbrechung der Meerengen wohl zweifellos die nächste Folge gewesen. Das Verhältnis zu Deutsch-

land war seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts durch den Streit um Schleswig-Holstein getrübt, auf den später näher einzugehen sein wird. Der Ausgang der Kämpfe von 1848—51 hinterließ auf deutscher, der von 1864 auf dänischer Seite eine starke Erbitterung, und die durch den Versailler Frieden 1920 erzwungene Abstimmung muß, so lange nicht eine den wirklichen Nationalitätsverhältnissen einigermaßen entsprechende Abgrenzung daraus hervorgeht, wieder in Deutschland berechtigte Klage wachrufen und den Ruf nach Abänderung nicht verstummen lassen.

Das Verschwinden der deutschen Flotte und ebenso das der russischen Seemacht hat das Übergewicht zur See in den dänischen Gewässern völlig nach der britischen Seite verschoben. Dem allgemeinen Druck der britischen Seemacht ist auch Dänemark vollständig unterworfen und im Ernstfalle würde diese Macht sofort fast widerstandslos zur Geltung gebracht werden können, zumal die Hauptstadt dem Angriff einer feindlichen Flotte unmittelbar offenliegt. Wenn dies nicht noch augenfälliger in Erscheinung tritt, so liegt dies daran, daß England augenblicklich kein Interesse daran hat, Dänemark seine Macht offen fühlen zu lassen. Auch wird der britische Druck dadurch etwas abgeschwächt, daß Dänemark dank seiner hochentwickelten Landwirtschaft in bezug auf Ernährung ziemlich unabhängig dasteht, ja sogar beträchtliche Überschüsse an Butter, Fleisch und Eiern an England abgab und z. T. noch abgibt (was zwar wirtschaftlich auch eine gewisse Abhängigkeit, militärisch-strategisch aber Unabhängigkeit zur Folge hat). Industriell dagegen bestehen wieder sehr enge Beziehungen zu Deutschland, und es ist, wie sich während des Weltkrieges zeigte, auch nicht bedeutungslos, daß die dänische Sozialdemokratie besonders enge und freundschaftliche Verbindungen zur deutschen Schwesterpartei unterhält. So

fehlt es immerhin nicht völlig an einem, jetzt freilich nur schwachen, Gegengewicht gegen den politischen Einfluß Englands, und im ganzen betrachtet, weist die geo- und wirtschafts-politische Lage Dänemarks in ihrer Zwischenstellung zwischen England und Deutschland große Ähnlichkeit mit der Hollands auf, ja ist eher etwas günstiger, d. h. freier. Denn die während des Krieges versteckt, aber doch unverkennbar hervorgetretene Absicht Englands, die letzte große überseeische „Kolonie" Dänemarks, Island, unter eigener Kontrolle zu halten oder vollständig loszureißen, wird in Dänemark kaum noch als Druckmittel empfunden werden, da der Zusammenhang Islands mit Dänemark seit dem Staatsvertrag vom Juli 1918 nur ganz lose ist und eigentlich nur noch in der Gemeinsamkeit des Staatsoberhauptes besteht. Außerdem wirkt hier, wie überhaupt in den skandinavischen Staaten, der amerikanische Einfluß dem britischen entgegen. Immerhin zeigt das Vorgehen Englands auf Island, wenn man es mit den Vorgängen auf Spitzbergen zusammenbringt, daß sich England die Möglichkeit, hier einen strategischen Posten zur Umklammerung Europas von Norden her zu errichten, offen hält.

In den beiden Staaten der skandinavischen Halbinsel im engeren Sinne verschiebt sich das Bild wieder etwas. Daß Norwegen mit seiner lang gestreckten atlantischen Westküste britischen Einwirkungen stark ausgesetzt sein muß, möchte man schon nach der geographischen Lage annehmen. Und in der Tat sind die Wechselbeziehungen von den ältesten Zeiten bis in die Gegenwart rege gewesen. Die Christianisierung des Landes ist in der Hauptsache von England aus erfolgt, norwegische Fürsten und Könige haben sich als Eroberer und Abenteurer auf den britischen Inseln betätigt. Nebenher ging stets der Handel, der vom 12.—15. Jahrhundert von der deutschen Hanse, dann

von den Niederländern zurückgedrängt, sich seit dem 17. und 18. Jahrhundert wieder in steigendem Maße Schottland und England zuwandte. Das oben inbezug auf die Dänen gebrauchte Wort von dem reizbaren Nationalgefühl gilt auch von den Norwegern, und die Tatsache findet gleichfalls in den nationalen Schicksalen ihre Erklärung. Nach einer in vieler Hinsicht heroischen, an abenteuerlichen Wechselfällen reichen älteren Geschichte, geriet Norwegen im 14. Jahrhundert unter dänische Herrschaft und versank in die Lethargie eines abgelegenen, spärlich besiedelten, verkehrsarmen Nebenlandes ohne eigene starke Zentralgewalt. Als das Land jedoch 1814 als bloßes Tausch- und Entschädigungsobjekt von Dänemark an Schweden gegeben werden sollte, da flammte das Nationalgefühl hoch auf und erzwang die Verfassung von Eidsvold. Nur ungern ertrug Norwegen die Union mit Schweden und löste sie 1905 völlig. Auch hierbei stand England begünstigend im Hintergrunde — der erste und noch jetzt regierende norwegische König nach der Trennung, Hakon VII., ist ein Schwiegersohn König Eduards VII. —, weil der letzte schwedische Herrscher auf Norwegens Thron seiner Ansicht nach allzu deutschfreundliche Wege wandelte. Die häufigen Besuche der heranwachsenden deutschen Flotte schienen darauf hinzudeuten, daß Norwegens Gewässer möglicherweise der Schauplatz der drohenden deutsch-englischen Auseinandersetzung zur See werden könnten, eine Aussicht, welche gerade keine besonders deutsch-freundliche Gesinnung in Norwegen hervorrief; auch die zwar ehrlich gemeinten, doch nicht immer ganz taktvollen Freundschaftsbezeugungen des Deutschen Kaisers hatten eher das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung. Überhaupt täuschten der rege deutsche Touristenbesuch und die zahlreichen literarisch-geistigen Beziehungen zu Deutschland vielfach über die Stärke des bri-

tischen Einflusses hinweg. Dieser war in den letzten Jahrzehnten ständig im Steigen begriffen und beruht namentlich auf folgenden Tatsachen. Die norwegische Reederei war vor dem Weltkrieg mit rund $2^1/_2$ Millionen Brutto-Registertonnen die drittgrößte in Europa und überwiegend in fremder Frachtfahrt beschäftigt. Das bedeutete eine erhebliche Abhängigkeit von England, welches den Bunkerkohlen- und im großen und ganzen auch den Schiffsfrachtenmarkt beherrschte. Auch arbeitete viel englisches Kapital in der vorwiegend in Form der Partenreederei organisierten norwegischen Handelsflotte. Während des Krieges stellte sich diese zum großen Teil freiwillig — natürlich gegen gute Bezahlung — in englische Dienste und verlor durch den U-Boot-Krieg nicht weniger als rund 1 Million BRT., die inzwischen noch nicht ganz wieder ersetzt sind (Ende 1920 hatte die norwegische Handelsflotte den Stand vor dem Krieg nahezu wieder erreicht). Ferner bedarf Norwegen ständig eines Einfuhrzuschusses von Getreide (rund 3—400 000 Tonnen) und anderen Nahrungs- und Futtermitteln, eines Zuschusses, der nur im äußersten Notfall zum kleineren Teil aus den beiden skandinavischen Nachbarländern gedeckt werden könnte. Auch das wirkt natürlich im Sinne einer Abhängigkeit von der weltbeherrschenden Seemacht. Endlich darf nicht vergessen werden, daß die norwegische Presse zum Teil unverkennbar unter englischen finanziellen und geistigen Einflüssen steht. Während des Krieges gebärdete sie sich bisweilen fast englischer als die Engländer und, bei aller Verschiedenheit der Charaktere und Verhältnisse, wurde unwillkürlich der Gedanke an ein zweites Portugal wachgerufen.

In neuerer Zeit beginnt jedoch dem britischen Einfluß mehr und mehr auch der nordamerikanische die Wage

zu halten. Nahezu die Hälfte aller Norweger (wenn man Sprache und Abstammungsbewußtsein als Merkmal nimmt), fast 2 Millionen, lebt gegenwärtig in den Vereinigten Staaten. Daß da der Zusammenhang durch Briefverkehr, Geschäftsbeziehungen, Rückwanderung ein außerordentlich enger sein muß, liegt auf der Hand. Es gibt norwegische Zeitungen, die laufend einen Teil ihrer Spalten den norwegisch-amerikanischen Verhältnissen widmen. Mögen diese Umstände bisher politisch weniger weniger wirksam geworden sein, so könnte sich dies doch in Zukunft ändern, namentlich wenn ein Gegensatz zwischen England und Amerika hervortreten sollte. — Dagegen macht sich gegenwärtig eine andere mit der geographischen Lage Norwegens zusammenhängende Einwirkung geltend. Unter der Zarenherrschaft übte Rußland einen Druck auf die nördliche, finnmärkische, Küste Norwegens aus, die Gefahr lag unverkennbar vor, daß es sich hier eines Tages von seinem Halditschokko-Zipfel aus mit Gewalt den ersehnten Zugang zum eisfreien Meere erzwingen könnte. Diese militärisch-strategische Gefahr ist seit der Unabhängigkeit Finnlands in den Hintergrund getreten (wiewohl man gelegentlich auch von Expansionsgelüsten Finnlands munkelt), hat aber eigentlich nur eine andere Form angenommen. Die norwegische Sozialdemokratie, mit der zunehmenden Industrialisierung des Landes (auf Grund der Wasserkräfte) an Bedeutung wachsend, ist von den skandinavischen Schwesterparteien die radikalste und die Hochburg der radikalen Führung bildet Drontheim, was unverkennbar auf den Einfluß von Nordosten, von Rußland, hinweist. Sollte der Bolschewismus wirklich die ihm zugeschriebene Ausbreitungskraft besitzen, so würde er jedenfalls in Norwegen einen gut vorbereiteten Boden, eine weit nach Westeuropa vorgeschobene Aufnahmestellung vorfinden.

Abgesehen von den mehr mittelbaren, wirtschaftlichen und geistigen Einflüssen, spielt Norwegen aber auch vermöge seiner Lage eine bestimmte Rolle in der englischen Blockade- und Sperrpolitik rings um Europa. Die Gerüchte, die vor einiger Zeit von einem geplanten Verkauf der Lofoten an England zu reden wußten, waren allerdings vielleicht nur ein Versuchsballon. Unmittelbar in den geopolitischen Kreis Englands ist Norwegen jedoch durch die Spitzbergenfrage gezogen. Die Insel ist schon in alten Zeiten von der dänisch-norwegischen Krone beansprucht werden, galt aber dann als **terra nullius** und wurde als solche auf der zweiten Spitzbergenkonferenz in Christiania 1912 ausdrücklich anerkannt. Während des Krieges lenkte sich die Aufmerksamkeit verschiedener Staaten, so Schwedens, Rußlands, aber auch Englands auf die Kohlenschätze der Insel, die in norwegischem Besitze waren. Die Kohlenförderung beträgt (1919) 53 000 Tonnen, der Vorrat wird auf $8^3/_4$ Millionen Tonnen geschätzt, auch sind Lager von hochprozentigen Eisenerzen vorhanden. Im Frühjahr 1915 kaufte ein russisches Konsortium die Kohlenfelder auf. Gegen Ende des Krieges, Ende September 1918, ließ England jedoch die Insel plötzlich besetzen, hißte die britische Flagge und beschlagnahmte die Kohlenfelder. Die spätere Entwicklung, die England vollen Einlaß in die Ostsee und die Gewinnung von Stützpunkten unmittelbar an der Festlandküste (wie Danzig, Ösel, Reval) gestattete, mag es veranlaßt haben, später wieder einen Schritt zurückzutun. Durch den Pariser Spitzbergenvertrag vom 9. Februar 1920 überließ der Oberste Rat die staatliche Hoheit über die Inselgruppe an Norwegen, stellte aber die Angehörigen der fünf alliierten und assoziierten Hauptmächte, sowie diejenigen Schwedens, Dänemarks, Hollands in wirtschaftlicher Beziehung den

Norwegern gleich. Natürlich hat es England völlig in der Hand, im Kriegsfall die Inseln sofort wieder in seine Sperrlinie einzubeziehen.

Schweden gehört zwar auch zur atlantischen Hälfte Europas im weiteren Sinne, ist aber nur mit einer verhältnismäßig kurzen Küstenstrecke, am Kattegatt und Skagerrak, an der atlantischen Westküste des Gesamterdteils beteiligt. Der Großteil seiner Küste öffnet sich ganz nach dem tief eingeschnittenen, fast völlig vom Ozean abgeschnürten Meerbusen des Atlantischen Randmeeres, der Ostsee, und dieser Umstand wirkt auch auf seine politische Stellung ein: man erwartet unwillkürlich ein gewisses Zurücktreten des britischen Einflusses, am Maße der westlichen Nachbarn gemessen; und so verhält es sich auch in der Tat.

Schweden ist immer noch der gewichtigste der drei oder (mit Finnland) vier skandinavischen Staaten, an Fläche wie an Bevölkerungszahl, und dementsprechend ist seine politische Haltung, trotz der weniger ausgesetzten Lage, von Bedeutung. Zwar die einstigen Großmachtzeiten sind längst vorüber, das von Gustav Adolf und Oxenstjerna erstrittene deutsche und baltländische „Glacis" jenseits der Ostsee längst verloren und verschmerzt. Die erzwungene Preisgabe Finnlands 1809 wurde fünf Jahre später durch die Union mit Norwegen ausgeglichen. Fast hundert Jahre lang hat Schweden dann, von Kleinstaaten umgeben und von keiner Großmacht unmittelbar bedrängt, ein Stilleben geführt, und es mag mit dieser langen politischen Tatenlosigkeit zusammenhängen, daß, wie schwedische Vaterlandsfreunde selbst bis vor kurzem glaubten klagen zu müssen, eine gewisse Schwäche oder Stumpfheit des Nationalgefühls festzustellen war. Erst die unfreundliche Lösung der Union durch Norwegen und der kurz vor-

her mit der Russifizierung Finnlands eintretende schärfere russische Druck haben die Nation wieder wachgerüttelt, sie vor schwere politische Fragen gestellt, und der Weltkrieg vollends hat Schweden wieder ganz in den Strom der gemeineuropäischen politischen Kämpfe gezogen. Aus der geographischen Lage ergibt sich, daß das Land die russische Gefahr seit dem Anwachsen des russischen expansiven Nationalismus als schwere Drohung empfinden mußte. Lag doch die schwedische Hauptstadt den russischen Kriegshäfen Hangö, Baltischport und Reval, Kronstadt, Libau sowie der russischen Hauptstadt unmittelbar gegenüber; die Befestigung der kaum 70 Seemeilen vor Stockholm aufragenden Aalands-Inseln war zwar seit 1856 verboten, aber wer gab die Gewähr, daß Rußland im Kriegsfall das Verbot beachten würde? Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß man die Entstehung der deutschen Kriegsflotte seit 1898 in Schweden als eine gewisse Erleichterung empfand und zunehmende Neigung verriet, bei der deutschen Nachbarmacht im Süden Anlehnung zu suchen, die sich vorher, trotz der Stammverwandtschaft keiner besonderen Sympathie, wenn auch nicht gerade ausgesprochener Abneigung erfreut hatte; 1848/51, 1864 und 1870 hatte jedoch die öffentliche Meinung Schwedens, freilich nur platonisch, gegen Preußen-Deutschland Stellung genommen. England konnte bei der Schwäche seiner Landmacht als Rückendeckung gegen Rußland kaum in Frage kommen. Auch der relative Rückgang der Handelsbeziehungen zu England (Spezialhandel mit England und Deutschland in Prozenten des Gesamtaußenhandels: 1871/75 E. 42, D. 15,5; 1913 E. 26,7, D. 28,2) legte einen Anschluß nach dieser Seite weniger nahe. Die englisch-russische Verständigung von 1907 endlich beraubte Schweden auch der englisch-französischen Integritätsgarantie von 1855 und ließ

ihm eigentlich nur die Wahl zwischen der Entente, d. h. Rußland und Deutschland. Träger der deutschfreundlichen Stimmung waren hauptsächlich die konservative Partei und die Armee, während der Liberalismus und die Marine mehr den Westmächten zuneigten, auffälligerweise auch die Sozialdemokratie, was wohl hauptsächlich auf den persönlichen Einfluß Brantings zurückzuführen ist; einer Annäherung an Rußland redeten doch nur wenige das Wort. Der Verlauf des Weltkrieges brachte zunächst ein Anwachsen der deutschfreundlichen Richtung. In dem Maße jedoch, in dem der völlige Verschluß der Ostsee die Bedeutung Schwedens als eines Durchgangslandes zwischen dem Westen und Rußland hervortreten ließ, wußte die geschickte und zielbewußte Propaganda der Entente die Vorteile einer freundschaftlichen Stellung zur letzteren in immer helleres Licht zu setzen. Deutschland war zwar als Abnehmer der Erze und Kohlenlieferant noch willkommen. Aber die Großreederei und diejenigen Geschäftskreise, deren Beziehungen nach England überwogen, gewannen zusehends an Einfluß, zumal die nicht völlig ausreichende Selbstversorgung Schwedens an Nahrungs- und Unterhaltsmitteln gewisse Rücksichten nach dieser Seite zu nehmen nötigte. Das englische Projekt einer Eisenbahnfähre Hull—Gotenburg und Kapellskär—Baltischport lockte, die Vorteile der zeitweiligen „Brückenstellung" zwischen Ost und West in dauernde zu verwandeln.

Der Ausgang des Weltkrieges hat auch in Schweden den Sieg der überwiegend ententefreundlichen demokratischen und sozialistischen Parteien — wenigstens vorläufig — entschieden [1]). Wenn das Land trotzdem gegen

1) In dieser Hinsicht ist inzwischen bereits ein Rückschlag eingetreten.

England eine verhältnismäßig unabhängige Stellung einnimmt, so liegt dies einmal an der geringeren Bedeutung der Reederei, dann an der ziemlich weitgehenden, wenn auch nicht vollständigen wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit (Zuschußbedarf an Brotgetreide in normalen Zeiten 2 bis 300 000 Tonnen). Ist doch Schweden auch als einziger unter den drei „alten" skandinavischen Staaten in der glücklichen Lage, im Norrland ein gewaltiges noch fast menschenleeres Kolonisationsgebiet innerhalb der eigenen Grenzen zu besitzen. Die trotzdem bisher sehr starke Auswanderung nach Amerika zeitigt im übrigen ähnliche Wirkungen wie in Dänemark und Norwegen. Die Bedürfnisse seiner Industrie an Rohstoffen und Kohlen, seines Bergbaus und Forstwesens an Absatzgebieten werden Schweden immer veranlassen, derjenigen Macht oder Mächtegruppe zuzuneigen, die ihm in dieser Hinsicht die besten Bedingungen verspricht.

Selbstverständlich steht auch für Schweden gegenwärtig die Frage der bolschewistischen Gefahr im Vordergrunde. Die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist geteilt, vorläufig überwiegt noch etwas die gemäßigte Richtung; auch dürfte die starke Bauernschaft einem siegreichen Vordringen des Bolschewismus doch ein starkes Hindernis bieten. Im ganzen ähnelt die Lage Schwedens in diesem Punkte — abgesehen von den weit besseren Ernährungsverhältnissen — sehr derjenigen Deutschlands; und vielleicht liegt auch darin ein Fingerzeig auf die weitere politische Entwicklung. Schwerlich wird Schweden bereit sein, sich im Völkerbund ganz und gar dem Diktat Englands und seiner Vasallen zu unterwerfen.

Im Süden schließt die Iberische Halbinsel mit ihren sturmumtosten Küsten an der Biskayabucht und

dem Atlantik als gewaltiger Eckpfeiler die atlantische Seite Europas ab, wie im Norden die Skandinavische. Die Iberische Halbinsel und besonders deren westliches Küstenland, Portugal, ist für das Britische Imperium von um so größerer Bedeutung, als die Seeverkehrswege nach dem Orient und Indien, nach Südafrika, Süd- und Mittelamerika, also die wichtigsten Lebensadern des Reiches, an seinen Gestaden vorüberführen. Es ist klar, daß es für England nicht gleichgültig sein kann — noch ungleich weniger als etwa in Norwegen — wer hier, am Tejo und Duero, die Macht in Händen hat. Sir Harry Johnston meint, in Anwendung eines vielgebrauchten Wortes, daß Portugal, wenn es nicht bestände, im Interesse des Britischen Reiches eigens geschaffen werden müßte. Er hat dabei natürlich den portugiesischen Staat im Auge, wie er tatsächlich ist, d. h. denjenigen unter den europäischen Staaten, bei dem bisher (wenn wir also von den neuesten Ereignissen absehen) die Vasallenabhängigkeit von England am augenfälligsten hervortrat. Sein Wort ist sogar im buchstäblicheren Sinne wahr, als er selbst vielleicht dachte, denn in der Tat ist der portugiesische Staat eigentlich durch ein Zusammenwirken von Deutschen und Engländern (den Kreuzfahrerflotten von 1147, 1198 und 1217) mit den einheimischen Galiciern unter einer französisch-burgundischen Dynastie entstanden. Die Kreuzritterkämpfe fanden ihre Fortsetzung auf afrikanischem Boden in den Kriegen gegen die Mauren, und diese wieder führten zu den Erkundungsfahrten längs der afrikanischen Küste, zur Entdeckung des Seewegs nach Ostindien und zur Begründung eines großen portugiesischen Kolonialreichs. In dieser Großmachtzeit (1481—1580) hat sich die portugiesische Volkskraft verbraucht. Auch nach Abschüttelung des spanischen Jochs (1640) war Portugal doch

nur noch ein Schatten seiner einstigen Größe. Wenn es bis zur Gegenwart große Teile seines Kolonialreichs bewahrt hat, so verdankt es das hauptsächlich seiner engen Verbindung mit England, die zuerst wieder durch die Heirat der Infantin Katharina mit Karl II. (1664) angeknüpft wurde. Ihre erste Feuerprobe bestand diese politische Verbindung im Spanischen Erbfolgekriege. Auf Drängen der englischen Handelskreise und einer Anregung Kaiser Leopolds folgend, entschlossen sich damals die verbündeten Gegner Ludwigs XIV., von Portugal her Spanien den Händen der Franzosen zu entreißen und den für England so vorteilhaften Handel mit der iberischen Halbinsel wiederherzustellen. Im Dezember 1708 wurde der sog. Methuenvertrag abgeschlossen, ein Handelsvertrag, der zum Entgelt für die von England übernommenen Kriegslasten den englischen Textilwaren in Portugal ein Monopol einräumte, anderseits die Portweineinfuhr in England begünstigte, und der auf lange Zeit hinaus die Grundlage der englisch-portugiesischen Beziehungen gebildet hat. Hundert Jahre später befestigte sich das Verhältnis durch die Feldzüge, die England von der portugiesischen Basis aus auf der Halbinsel gegen die Heere Napoleons unternahm. Engländer und Portugiesen sind damals Schulter an Schulter nach Madrid und Toulouse gezogen, und die strategische Wichtigkeit des verbündeten Landes für die Stellung Englands auf dem europäischen Kontinent tritt augenfällig zutage; die Greueltaten der französischen Soldateska haben anderseits bewirkt, daß in Portugal eine entschiedene Abneigung gegen das sonst sprach- und artverwandte Frankreich Platz griff und bis in die neuere Zeit bestehen blieb.

Im 19. Jahrhundert ist die politische Abhängigkeit Portugals von England immer offenkundiger geworden in

dem Maße, als Portugal die Industrialisierung Europas nicht mitmachte und als schlechtentwickelter und -verwalteter Agrarstaat an Macht zurückblieb. Vorübergehend trat wohl eine Entfremdung ein, als Portugal seit den 1870er Jahren ehrgeizigen Plänen zum Ausbau seines mittelafrikanischen Kolonialreichs nachhing, Plänen, die sich mit den britischen Absichten auf Schaffung Rhodesias und der Kap-Kairo-Linie kreuzten. Später hat es England geschickt verstanden, durch den geheimen, aber bald zu einem offenen Geheimnis gewordenen Kolonialteilungsvertrag mit Deutschland 1898 den Argwohn Portugals auf Deutschland zu lenken. Die Teilung, richtiger das abgegrenzte Vorkaufsrecht war vorgesehen für den Fall, daß Portugal seine Kolonien zu veräußern gedächte; eine solche Absicht, auf die man in Deutschland gerechnet hatte, trat aber nicht hervor und das Abkommen hinderte England nicht, schon im folgenden Jahre Portugal seinen gesamten kolonialen Besitzstand zu garantieren. In Wirklichkeit ist Portugal natürlich bei seiner eigenen Armut und Verwahrlosung ganz außerstande, seine afrikanischen Kolonien aus eigener Kraft zum Gedeihen zu bringen. Sind doch die Bodenkultur und die gewerblichen Anlagen des Mutterlandes selbst ganz unentwickelt. Ebenso groß wie Irland, aber ebenso schwach bevölkert, könnte Portugal gut statt 6 wohl 15 Millionen Menschen ernähren. Bergbau, Wein-, Obst- und Getreidebau, Viehzucht hätten die besten Aussichten, aber die geistige Rückständigkeit der Bevölkerung, Mangel an Kapital, Steuerdruck und jahrhundertelange schlechte Verwaltung haben bisher fast jeden Aufschwung vereitelt. Auch die seit 1911 bestehende Republik hat daran bisher nichts geändert, vielleicht noch nicht ändern können. Die Ursache des Stillstands der Bevölkerung liegt nicht etwa in der geringen Vermehrung — der Geburtenüberschuß

liegt über dem europäischen Durchschnitt — sondern in der ganz ungewöhnlich großen Auswanderung, vor dem Krieg der relativ größten in Europa nächst Italien (1912: 89 000 = 14,8 %). Das Volk ist an sich geistig gut veranlagt, aber indolent, nach europäischen Begriffen ungebildet (80 % Analphabeten) und verhält sich politisch vollständig gleichgültig. Die kleine Oberschicht, welche ihre Bildung meist in Frankreich, England oder Spanien erworben hat, geht teils in rein materiellen Interessen, teils im Sport politisch-journalistischer Parteikämpfe auf; die wenigen wirklich tüchtigen Elemente schwimmen ganz im englischen Fahrwasser. Die Abhängigkeit von England ist während des Weltkriegs durch die erzwungene Truppenstellung aller Welt kund geworden. Anderseits ist England klug genug, äußerlich alle Formen der bundesgenössischen Achtung und Gleichberechtigung zu wahren, z. B. läßt es sich in Lissabon durch einen Botschafter vertreten, gesteht also Portugal gewissermaßen Großmachtsrang zu. Strategisch ist es seiner Stellung in Portugal und auf den portugiesischen Inseln im Atlantik ohnehin sicher (nur um die Azoren wäre ein Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten denkbar), und vielleicht hat gerade der Wunsch, seine Machtstellung dem portugiesischen Volke nicht allzu fühlbar werden zu lassen, England bisher davon abgehalten, Portugal durch wirtschaftliche Erschließung, Besserung der Verkehrswege usw. zu der Gartenbaukolonie für den britischen Bedarf an Südfrüchten, Frühgemüsen, Blumen, zu der Winterkurstätte für seine Reichen auszugestalten, die es nach Lage, Klima und Boden werden könnte.

Wie auch immer das künftige Schicksal Portugals sich entwickeln mag, eine politische Vereinigung mit Spanien, die nach der geographischen Lage so natürlich erscheint, darf als ausgeschlossen betrachtet werden. Dazu ist der portu-

gieſiſche Nationalgeiſt zu ſelbſtändig, die gegenſeitige Abneigung der beiden Völker zu tief. Zweifellos beſteht in England der Wunſch, auch Spanien noch feſter in den Machtbereich der Entente zu ziehen, und an Verſuchen in dieſer Richtung hat es nicht gefehlt. Wenn der Erfolg jedoch bisher gering war und Spanien während und nach dem Weltkriege eine Selbſtändigkeit bewahrt hat, der unter den Neutralen nur etwa die Schwedens an die Seite geſtellt werden kann, ſo hat das Gründe, die verſchiedenen Quellen entſpringen. Schon ſeine Lage am Rande des europäiſchen Feſtlands und durch eine einzige von einer gewaltigen Gebirgsſchranke verſperrte Landgrenze mit dieſem verbunden, ſowie die Abſonderung des Kernlands Kaſtilien auf ſeinen ſchwer zugänglichen Hochebenen, läßt Spanien in verhältnismäßig geringem Maße an dem inneren Leben der übrigen europäiſchen Nationen teilnehmen. Keine große Weltverkehrsſtraße durchkreuzt Spanien und obgleich einige der wichtigſten in Sicht ſeiner Geſtade vorüberziehen, berühren ſie es doch nur flüchtig am Rande.

Spaniens politiſche Haltung wird noch weſentlich von dem Umſtande beſtimmt, daß es einſt eine Großmacht — die gewaltigſte Großmacht der Erde — war, und daß es dieſe Stellung verloren hat. Wir können hier nicht auf die Geſchichte dieſer Großmachtſtellung, bei welcher man eine europäiſche und eine amerikaniſche Seite zu unterſcheiden hat, eingehen. An den Verluſt der europäiſchen Nebenländer, dann der amerikaniſchen Kolonien, ſchloſſen ſich den größten Teil des 19. Jahrhunderts hindurch zerrüttende Parteikämpfe im Mutterlande, die erſt ſeit der Erneuerung des Königtums der Bourbonen (1875) größerer Beruhigung Platz machten; ſchwer erſchüttert aber wurde der Staat noch einmal, als er 1898 nach dem unglücklichen Kriege gegen die Vereinigten Staaten auch den

wertvollen Rest des Kolonialbesitzes (Kuba, Portoriko. Philippinen) preisgeben mußte. Diese harten Schläge haben in weiten Kreisen der Nation eine Abneigung, sich in die Händel der Weltpolitik zu mischen, hervorgerufen. Der stolze Sinn des Kastilianers, der in seiner Nation immer noch die erste der Welt sehen möchte, ist ihr zwar geblieben, aber die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit halten doch ein tiefes Mißtrauen gegen weltpolitische Abenteuer und eine gesunde Vorsicht wach. Nur in Marokko hat der Staat, und zwar (seit 1904) im engen Einvernehmen mit der britisch-französischen Entente, eine Erweiterung seines Einflußbereiches erstrebt, aber auch die mäßigen und recht teuer erkauften Erfolge dieser doch vorwiegend aus geopolitischen (Gegengestade der Straße von Gibraltar!) und Prestigegründen betriebenen Politik sind wenig dazu angetan, zu weiterem außerpolitischen Streben zu ermuntern. Die brennende Wunde von Gibraltar schließt eine wirkliche Freundschaft mit England aus und die Demütigung von 1898 hat eine Abneigung gegen das Angelsachsentum überhaupt hinterlassen.

Die Träger dieser im ganzen britenfeindlichen Stimmung sind die konservativen und klerikalen Kreise Kastiliens. Spanien ist — wenn wir von England mit seinen übrigens gar nicht vergleichbaren und auch schon in Verschiebung begriffenen Verhältnissen absehen — das einzige Land in Europa, wo zurzeit noch die konservativen und monarchistischen Parteien die politische Führung haben. Dies ist auch der Grund, warum Spanien als einziger unter den größeren europäischen Staten während des Weltkrieges eine ausgesprochen deutschfreundliche Gesinnun zur Schau trug. Bestimmend dafür waren nicht etwa wirtschaftliche Motive, sondern außer der Gesinnungsgemeinschaft in bezug auf Monarchie und Kirche — denn

man ja mit Recht in Österreich und Deutschland den festesten Hort des Katholizismus — und außer der erwähnten Abneigung gegen England wohl auch eine instinktive Furcht vor dem Druck eines siegreichen Frankreichs auf die romanischen Schwesternationen. Geopolitisch sind Deutschland und Spanien als gegenüberliegende Grenznachbarn Frankreichs (bei völligem Mangel eigener Reibungsflächen) zu natürlichen Bundesgenossen bestimmt. Die ententefreundliche Gesinnung wird, wie fast überall, mehr von den liberalen, republikanischen und sozialistischen Richtungen vertreten, die vorwiegend in den Küstengebieten, besonderes dem gewerbe- und handelsreichen Katalonien ihre Anhängerschaft haben und daher auch vielfach mit separatistischen Strömungen zusammengehen. In den Küstengebieten mit ihrem Handel, ihrer Seeschiffahrt, ihrem lebhaften Absatz an Erzen, Wein und Südfrüchten nach England, ihrem Bedarf an Kohlen und überseeischen Rohstoffen ist auch eine gewisse wirtschaftliche Abhängigkeit von England, Frankreich und Amerika am fühlbarsten. Der politische Führer der ententefreundlichen Parteien, Graf Romanones, hat weniger den Anschluß an England, als die Gründung eines lateinischen Mittelmeerbundes im Verein mit Frankreich und Italien im Auge, der Spanien die alte Vormachtstellung der Katalanen im Mittelmeerbecken wiedergeben soll. Viel aussichtsreicher als diese Utopie, die weder in den wirtschaftlichen noch den geopolitischen Verhältnissen eine besondere Stütze findet, ist ein engeres Zusammengehen mit den spanischen Tochterstaaten in Südamerika. Nicht nur die vielen geistigen und persönlichen Fäden, die das alte Mutterland mit diesen noch verbinden, nicht nur die starke spanische Auswanderung und die dadurch belebten wirtschaftlichen Verbindungen, sondern vor allem der entschiedene Gegensatz gegen die

Ansprüche der Vereinigten Staaten auf die Vorherrschaft auch in Südamerika führen diese ibero-amerikanische Staatengruppe näher zusammen. Vielleicht liegt hier der Keim zu einer der Weltmächte der Zukunft; ist doch auch das Spanische nächst dem Chinesischen, Englischen, Russischen und Deutschen die verbreitetste Weltsprache.

So spricht nicht gerade viel dafür, daß Spanien sich allzusehr in das Schlepptau der europäischen Politik Englands nehmen lassen, ja daß es überhaupt Neigung zeigen wird, sich in die eigentlich europäischen Händel einzumischen. In richtiger Erkenntnis der schwachen Stellung der Monarchie im Lande hat König Alfons XIII. bisher eine Politik der Besonnenheit und Zurückhaltung geführt, und sich auch durch seine Verwandtschaft mit dem britischen Königshause nicht davon abbringen lassen. Obwohl der Weltkrieg die Staatsfinanzen und die Wirtschaftskräfte des Landes gestärkt hat, bleibt das innere Gefüge des spanischen Staates sowohl durch die Absonderungsbestrebungen Kataloniens wie durch die Unzufriedenheit der sozialistischen, zum Teil anarchistischen Arbeiterschaft bedroht.

Wenden wir uns von Spanien der mittleren der drei südeuropäischen Halbinseln, Italien, zu, so springt in die Augen, daß das Verhältnis zu diesem Staate von ausschlaggebender Bedeutung für diejenige Macht oder Machtgruppe sein muß, welche die Herrschaft im Mittelmeer auszuüben strebt, denn geopolitisch entspricht die Stellung Italiens in der Mitte der mittelmeerischen Seite Europas derjenigen Großbritanniens auf der atlantischen. Italien ist nicht eine vergangene oder vergehende, sondern eine werdende Großmacht, ungefähr im gleichen Alter wie das Deutsche Reich, und die Ungunst der Umstände hat ihm bisher ebensowenig oder noch weniger wie Deutschland ge-

stattet, den vollen Bereich des seiner Lage und seinen Kräften entsprechenden Machtraums auszufüllen. Seine Einheit verdankt das Land einem Zusammenwirken der vom Königreich Piemont geführten nationalen und der liberalen Bestrebungen des 19. Jahrhunderts, aber Wirklichkeit werden konnte sie nur durch die militärische Hilfe Frankreichs, das 1859 gewissermaßen den letzten Gang mit seinem alten Rivalen auf italienischem Boden (Österreich, dem Erben des alten Deutschen Reiches) ausfocht. Die Hilfe Frankreichs wurde freilich nicht uneigennützig gewährt, denn sie kostete den Italienern Savoyen und Nizza; dies und die verschiedene Stellung zum Papsttum gaben dem jungen Königreich bald Anlaß, sich dem französischen Gängelbande zu entwinden und trotz der fortglimmenden Feindschaft gegen Österreich, dem man immer noch unbeglichene nationale Rechnungen vorweisen zu sollen meinte, den mitteleuropäischen Mächten näherzutreten. Vollends als Frankreich 1881 sich in Tunis, an entscheidender strategischer Stelle, in den natürlichen (auch wirtschaftlich-kolonisatorischem) Einflußbereich Italiens hineindrängte, suchte dieses seinen Rückhalt an Mitteleuropa, im Dreibund. Zu schwach jedoch, die ihm von Rechts wegen gebührende Stellung einer maritimen Vormacht im Mittelmeer einzunehmen, mußte Italien bestrebt sein, sich mit der herrschenden Seemacht des Mittelmeers auf guten Fuß zu stellen, denn bei seinen langen, leicht zugänglichen und wenig geschützten Küsten konnte es die Gefahr einer solchen Gegnerschaft nicht auf sich nehmen. Diese Macht war England; fortdauernde Freundschaft mit England war also die (ausdrücklich ausgesprochene) Voraussetzung für das Bestehen des Dreibundes. Seit dem Auftreten des deutsch-englischen Gegensatzes, also etwa seit 1895, fiel diese Voraussetzung hin, und darin liegt einer der tieferen Gründe,

warum Italien nach Ausbruch des Weltkrieges dem Dreibund die Gefolgschaft versagte.

Die Einheit der italienischen Nation wird weder durch eine Gleichartigkeit der Landesnatur (welche vielmehr große Gegensätze aufweist), noch durch die langgestreckte, der Verkehrseinheit wenig günstige Form der Halbinsel, noch durch einen überragenden Einfluß der Hauptstadt gefördert. Wenn sie trotzdem in hohem Maße in Erscheinung tritt, so ist das mehr die Folge der großen geschichtlichen Erinnerungen des Landes, gemeinsamer Leiden unter fremder Herrschaft und zielbewußter Erziehungsarbeit. Überhaupt müssen die großen Fortschritte, die das geeinte Italien bis zum Weltkrieg in seiner nationalen Stellung, in staatlicher Ordnung, Wirtschaft, Wohlstand und Bildung gemacht hat, durchaus anerkannt werden. Namentlich Norditalien, die piemontesisch-lombardisch-venetianische Tiefebene, nebst Ligurien, der Emilia und Toskana, wo der Schwerpunkt der Bevölkerung liegt (von 35 Millionen wohnen hier 19), nahm an dem allgemeinen materiellen Aufschwung des europäischen Industrie-Kapitalismus teil, der Wohlstand war hier sichtlich in Zunahme begriffen, wenn sich natürlich die überall hervortretenden Schäden der Zusammenballung großer proletarischer Volksmassen usw. auch hier zeigten, immerhin gemildert durch die glückliche Landesnatur. Aber anderseits läßt sich nicht verkennen, daß noch außerordentlich viel zu tun übrig blieb. Das Elend der Landarbeiterverhältnisse in Mittel- und Süditalien sowie Sizilien, Gebieten, wo der Großgrundbesitz vorherrscht und einen vernünftigen Ausbau der Landwirtschaft zugunsten des Volkes verhindert, als Folge davon die ungeheure Auswanderung —1913 mit 872 000 und 24,7 % absolut und relativ die größte in Europa —, der ganze Tiefstand der südlichen

Provinzen in Bildung, Gesittung und Arbeitsbedingungen — das wären einige der schlimmsten Schäden gewesen, an deren Beseitigung die Nation hätte arbeiten sollen. Man kann es ihr nicht verdenken, daß sie zugriff, als anscheinend die letzte Gelegenheit gekommen war, ihre anerkannten Ansprüche auf die afrikanische Gegenküste Italiens geltend zu machen. Der trotz mühseligen Verlaufs glückliche Erfolg des Tripoliskrieges gab der Nation einen freieren Mut, eine zuversichtlichere Hoffnung auf Weltgeltung nach den Fehlschlägen der früheren Kolonialpolitik. Aber um so mehr hätte das Land nunmehr eine lange Zeit des Friedens, des ruhigen Ausbaus im erweiterten Machtbereich nötig gehabt, was wohl keiner klarer erkannt hat als Giovanni Giolitti, der Urheber des Tripolisfeldzugs. Statt dessen trieb ein ungesunder Ehrgeiz, angestachelt von den geheimen Machenschaften des französischen Botschafters Barrère und der jüdisch-internationalen Freimaurerlogen Italien auf der Bahn imperialistischer Ausbreitung weiter. Diese sah nun ihr Ziel vornehmlich im Norden und Osten der Adria, wo sie, wie wir im speziellen Teil näher ausführen werden, fast überall mit dem von der Entente so laut verkündeten Selbstbestimmungsrecht der Völker unvereinbar war.

Nicht die „Treulosigkeit" des Abfalls vom Dreibunde sollte man Italien vorwerfen — denn Bündnisse werden nicht aus Sentimentalität, sondern aus politischem Interesse geschlossen und gehalten — sondern den ungeheuren Mißgriff, den es beging — als es sich auf die Seite der Entente stellte. Seine Bewegungsfreiheit, geopolitisch schon durch die Erwerbung Tripolitaniens — zwischen Britisch-Ägypten und Französisch-Tunis — eingeschränkt, hat es im Gefolge der Entente noch mehr eingebüßt, und auch die Zertrümmerung Österreichs macht diese Einbuße

nicht wett. Das Dogma von der unbedingten Notwendigkeit, mit Englands überlegener Seemacht Freund zu sein, war 1914 bereits sehr anfechtbar. Ein Zusammenwirken Italiens mit den Flotten und Heeren Österreich-Ungarns und Deutschlands hätte ohne jede Frage den Weltkrieg anders entschieden und Italien ganz andere Möglichkeiten im Mittelmeere geboten, als sie ihm jetzt offen stehen.

Die schwere Schuld derjenigen, die Italien in dieser Haltung in den Krieg trieben, wird aber erst klar, wenn man sich das Mißverhältnis zwischen Erfolg und Kosten vergegenwärtigt. Militärischen Ruhm hat Italien wenig geerntet. Was es an Land und Leuten von Österreich gewonnen hat, ist ihm, soweit diese Forderung innerlich berechtigt war und ihre Erfüllung Dauer verheißt, fast vollständig als Preis der Neutralität geboten worden, hätte also ohne Kampf und Kosten erworben werden können. Die Errungenschaften an der Nordostgrenze (etwa 25 000 Quadratkilometer mit 1,5 Mill. Einwohnern) mögen den italienischen Nationalismus befriedigen, erscheinen in der Tat aber als erstrebenswerter Siegespreis geradezu lächerlich, wenn man damit vergleicht, was Deutschland jetzt als künftige „Irredenta" zu ertragen zugemutet wird. Auf der Gegenrechnung aber stehen die 800 000 Toten, die zerstörten Ortschaften Friauls und der neuerworbenen Grenzgebiete, die Zerrüttung der Industrie und Lebensmittelversorgung, die revolutionäre Unruhe der Arbeiterschaft, die auf 42 Milliarden Lire gestiegene Verschuldung (woran 20 Milliarden Lire ans Ausland, 1,6 Milliarden Dollar allein an Amerika). Italien ist durch den Krieg vollständig in die Abhängigkeit der angelsächsischen Kapitalmächte, Amerikas und Englands, geraten. Die Abhängigkeit von England beruht insbesondere auf der Kohlenversorgung, die bisher ganz überwiegend von England her erfolgte,

künftig allerdings (bis 1929) größtenteils von Deutschland übernommen werden soll, sowie darauf, daß England nach Vernichtung der deutschen und österreichischen Flotte unbestrittener denn je die Rolle der ersten Seemacht im Mittelmeer spielen kann. Die italienischen Staatsmänner und Zeitungen machen gute Miene zum bösen Spiel und feiern die traditionelle Freundschaft mit England. Und für England ist es in der Tat vorläufig von Vorteil, Italien zu begünstigen, schon um es als Gegenspieler gegen Frankreich zu benutzen, das sonst auf den Gedanken kommen könnte, sich als Alleinherrscher auf dem Festland zu betrachten. Zwischen Frankreich und Italien aber hat sich eine Kluft aufgetan, die aller „lateinischen" Sprach- und Bildungsverwandtschaft zum Trotz, schwer überbrückt werden kann, weil die beiderseitigen politischen Ziele unvereinbar sind. Besonders unangenehm ist Italien das französische Streben nach Erneuerung Österreich-Ungarns in Form einer Donauföderation, die Begünstigung Jugoslaviens, endlich die neubefestigte Seeherrschaft Frankreichs im westlichen Mittelmeer. Auch in der Levante fehlt es nicht an manchem Anlaß zum Streit.

Als Nation und politische Macht besitzt Italien doch wohl mehr Lebenskraft und Zukunft als Frankreich. Ob es ihm später einmal gelingen kann, sich dem britischen Druck zu entwinden, wird hauptsächlich von seiner inneren Gesundung sowie von der künftigen Entwicklung Mitteleuropas abhängen. Die Logik der Dinge treibt ganz von selbst wieder auf die 1914/15 verfehlte Bahn. Der Gedanke des Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland findet daher in Italien viel Zustimmung, weil man voraussieht, daß ein großdeutsches Reich nach Regelung der deutsch-südtiroler Frage kaum irgendwelche Reibungsflächen, wohl aber viel gemeinsame Belange mit Italien haben wird.

Ostwärts von Italien, jenseits der Adria und des Jonischen Meeres überschreiten wir die Grenzen des (nahen) Orients oder der Levante, wie wir diese Länder zusammenfassend wohl besser bezeichnen. Ein ungeheures Trümmerfeld in wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht, wo neues Leben erst stellenweise und langsam aus den Ruinen blüht! Den Grundstein des Staatsbaus, der bis zur Gegenwart hier maßgebend war, legte Konstantin der Große, als er am Bosporus die neue Kaiserstadt Konstantinopel erbaute, in unvergleichlicher Weltlage am Schnittpunkt der Seestraßen vom Mittelländischen zum Schwarzen Meere und der Landstraßen von der Balkanhalbinsel nach Kleinasien mit seinen weiteren vorderasiatischen Hinterländern. Von dieser Hauptstadt aus, die wie eine Klammer jene zwei großen, auch sonst freilich durch Volkstum und Seeverkehr vielfach verbundenen geographischen Individuen zusammenschloß, haben nach ihm die hellenisierten Römer, die Rhomäer (oder Byzantiner, wie wir sie zu nennen pflegen), den Raum von der Donau bis zum Euphrat beherrscht, Griechen nach Sprache, Volkstum, Kirche, Römer nach Tradition, Verwaltung und Heerwesen, Asiaten nach Verfassung und Lebensweise. Das Machtmittel, das diesen Staat aufrecht- und zusammenhielt, war neben der Uneinnehmbarkeit der Hauptstadt hauptsächlich die Seemacht. Als diese dahinschwand, sank der Staat zu einem Schatten dahin, der unter dem Druck der Italiener und Franken (Westeuropäer), stark eingeengt von Bulgaren und Slaven im Norden, Arabern und Seldschucken im Osten, sein Dasein fristete. Dann überrannten ihn die osmanischen Türken, die nun auf seinen Grundmauern, stellenweise noch über seine Grenzen hinausgreifend, ein neues Staatswesen errichteten. Als Wanderhirten waren sie Beherrscher des Landraums, aber zum Seewesen hatten

sie wenig Geschick, und darin, wie in der späteren Vernachlässigung auch der Landstraßen, lag einer der Gründe ihres Machtverfalls. Auf der Seeseite fing der Staat an abzubröckeln. Griechenland war die erste der europäischen Provinzen, die die türkische Herrschaft völlig abstreifte. An seiner Wiege hat England Pate gestanden, wie Frankreich an der Italiens. Seefahrt und Seewesen sind die wichtigste Gabe, die die Natur dem vielgegliederten Lande und dem beweglichen, geistig geweckten Volke verliehen hat. Aber die leichte Zugänglichkeit des Landes hat auch ihre Kehrseite, ist doch sogar die Hauptstadt den Kanonen moderner Schlachtschiffe preisgegeben; mehr als einmal haben westmächtliche Flotten vom Piräus aus das Königreich zum Nachgeben gezwungen, und erst recht stempeln diese Umstände es heute — ähnlich wie Italien, aber in noch höherem Grade — zum Vasallen des seemächtigen Albion. Griechenland kann nur gedeihen als starke Seemacht aus eigener Kraft — oder als Gefolgsmann Englands. Daher hat auch das Wachstum des Staates hauptsächlich davon abgehangen, ob ihm die Gnade Englands lächelte. Solange England in der Türkei, nachdem ihr die ärgsten Klauen beschnitten, den Cerberus willkommen hieß, der Rußland vom Marmara- und Mittelmeer wegscheuchte, blieb Griechenland ziemlich kümmerlich auf enge Grenzen beschränkt, ja England schnappte ihm noch beträchtliche Bissen, wie die Jonischen Inseln (1815—63) und Cypern (1879) weg. Sobald die Briten jedoch zu erkennen glaubten, daß die Türkei ihre Wächterrolle am Bosporus zu spielen nicht mehr imstande sei, d. h. etwa seit den 1890er Jahren, wuchsen Griechenlands Aussichten. Es kam 1897 nach dem unklugen Feldzug gegen die Türken mit einem blauen Auge davon, gewann 1908 Kreta als Frucht langjähriger Bemühungen und 1912/13 den Epirus und die

halbe Nordküste des Ägäischen Meeres bis **Kavalla** mit Saloniki, dem ägäischen Großhafen der **Balkanhalbinsel**, so daß der Staat fast auf den doppelten Umfang (120 000 Quadratkilometer mit 4,8 Mill. Einwohner statt 64 600 Quadratkilometer mit 2,7 Mill. Einwohner vor 1912) anwuchs. Die Rolle Griechenlands im Weltkriege ist bekannt: gegen den Willen des Königs Konstantin, aber mit dem Willen, ja man kann wohl sagen auf Einladung seines geeierten Staatsmanns Venizelos, machte die Entente das Königreich zur Basis ihres Balkanfeldzuges. Daß es nunmehr, nach dem glücklichen Ausgang, den Lohn seiner Politik in Gestalt einer weiteren beträchtlichen Vergrößerung einheimsen wird, unterliegt keinem Zweifel. Der Westen Thrakiens (auf Kosten des bulgarischen Erbfeindes), Mytilene und Chios und andere ägäische Inseln stehen ihm sicher in Aussicht, Ostthrakien (mit Adrianopel) und Smyrna mit einem Hinterland von etwa 20 000 Quadratkilometer sind ihm durch den Vertrag von Sèvres gleichfalls zugesprochen. Ob dieser Vertrag aber nicht zugunsten der Türkei revidiert wird, hängt von einem noch andauernden diplomatischen Machtkampf innerhalb der Entente ab, dessen Ausgang noch keineswegs feststeht.

Diese Entscheidung und die künftige Haltung Griechenlands wird vor allem durch das Verhältnis zu Italien bestimmt werden. Italien sieht mit wenig Freude in Griechenland einen gefährlichen Wettbewerber in der Seeschiffahrt, im levantischen Handel, in der Erschließung Kleinasiens heranwachsen. Durch den 1916 erfolgten Anschluß Griechenlands an das mitteleuropäische Eisenbahnnetz über Larissa-Saloniki drohen Saloniki und Piräus den Personen- und Postverkehr Mitteleuropas nach dem nahen und fernen Orient von Neapel und Brindisi auf sich abzulenken, und wenn Griechenland sein Streben nach Süd-

albanien und Valona erfüllt sähe, so wäre Italiens Seemachtstellung in der Adria gefährdet. Anderseits bezeugt Italien keine Lust, Rhodos und die Sporaden, sein Pfand aus dem Tripoliskriege, aufzugeben, was wieder die Griechen verstimmt. So lange England Grund hat, die Freundschaft mit Italien besonders zu pflegen, werden die griechischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Es wäre dies Grund genug für Griechenland, sich um so enger an Frankreich anzuschließen, das ohnedies ein alter Gönner des Königreichs war. Seit dem Sturze Venizelos' und der Rückkehr Konstantins auf den Thron ist Griechenland jedoch bei Frankreich in Ungnade gefallen und sieht sich in der wenig angenehmen Lage, gegen die von Frankreich ermutigten Revisionsansprüche der Türken bei England Unterstützung suchen zu müssen.

Wenn im übrigen Venizelos gehofft hat, sein Werk, die Schaffung des panhellenischen Staates, nicht nur durch Angliederung der ganzen kleinasiatischen Westküste und ganz Thrakiens, sondern sogar durch die Gewinnung Konstantinopels (mit 345 000 Griechen immer noch der größten Griechenstadt) zu krönen, so hat er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das Schicksal der asiatischen Türkei wird uns später beschäftigen. Im wesentlichen soll sie nach dem Ausscheiden Armeniens und Kurdistans in ihre arabische Hälfte unter britischem Protektorat und in ihre türkische Hälfte in Kleinasien zerfallen, welche selbständig bleibt, aber am Rande noch durch französische, italienische, griechische Brückenköpfe und Schutzgebiete tüchtig beschnitten wird. Der Hauptstreit geht jedoch um Konstantinopel. Für die Türken ist das Verbleiben des Sultans in Konstantinopel Prestigesache, da sie geopolitisch von der doch zweifellos unter fremder Aufsicht verbleibenden und ganz am Rande ihres künftigen Reiches liegenden Stadt eigent-

lich keinen Nutzen mehr haben. Abgesehen von den Türken melden drei oder vier ernsthafte Erben ihre Ansprüche auf die Stadt an, nämlich die Russen wegen ihrer Kirche (ein Grund, der augenblicklich ausscheidet, aber später wieder auftauchen könnte) und wegen der geopolitischen Bedeutung der Meerengen für ihr Reich; die Bulgaren ebenfalls wegen der Kirche und der Nachbarschaft; die Griechen wegen der Kirche, des Volkstums und auf Grund historischer Ansprüche; endlich die Engländer aus denselben geopolitischen Erwägungen wie die Russen, nur im umgekehrten Sinne. Da es ihnen nur darauf ankommt, eine etwaige russische Seemacht vom Mittelmeer fernzuhalten, eine unmittelbare Besitzergreifung aber viel Kosten, Scherereien und stete Kriegsgefahr mit sich bringt, so sind sie auf ihre alte Taktik zurückgekommen, die Türken vorzuschieben, d. h. also unter dem Vorwand der Beruhigung Mohammedanisch-Indiens den Sultan in Konstantinopel zu belassen. Frankreich hat dagegen anfänglich versucht, Amerika zur Übernahme eines Mandats über die Stadt zu veranlassen, weil es so den übermächtigen britischen Einfluß etwas zu durchkreuzen hoffte. Da jedoch die Amerikaner sich dankend zurückgezogen haben, Italien außerdem gegen sie sowohl wie gegen die Griechen heftig Einspruch erhebt, Russen und Bulgaren endlich zurzeit nicht in Betracht kommen, so hat man, wie gesagt, Konstantinopel den Türken wieder zugesprochen, die Meerengen jedoch durch die Bedingung dauernder Entwaffnung und Neutralisierung, sowohl auf der türkisch-anatolischen wie der griechischen Seite, der Herrschaft der stärksten Seemacht, d. h. vorläufig immer noch Englands, preisgegeben.

Wenden wir uns zum Schluß in aller Kürze den alten und neuen Oststaaten zu, die, aus der türkischen, österreichisch-ungarischen und russischen Erbmasse entstanden.

das europäische Dreieck ostwärts abschließen, so bemerken wir sofort einen großen Unterschied in Englands Stellung zu diesen gegenüber den bisher betrachteten. Englands Einfluß auf die Oststaaten ist fast überall ziemlich neu, meist erst in und nach dem Kriege entstanden, und reicht dementsprechend noch nicht so tief. Denn nicht mit hochentwickelten Industrie- und Handelsstaaten haben wir es hier zu tun, wie sie auf der atlantischen und mittelmeerischen Seite vorwiegen, sondern mit rückständigen Agrarstaaten. Das wirksamste Zwangsmittel Englands, der direkte maritim-wirtschaftliche Druck in Form der Blockade, der Beschlagnahme oder Drangsalierung der Handelsschiffe, der Absperrung oder Rationierung von Lebensmitteln und Industriewaren, ist gegen diese Staaten nur schlecht anzuwenden. Denn sie sind überwiegend selbstgenügsam, wenigstens in bezug auf Lebensmittel, besitzen gar keine oder nur unbedeutende Handelsflotten und können die nötigen Fabrikate, soweit solche bei der Bedürfnislosigkeit der Bevölkerung überhaupt gebraucht werden, meist ebensogut aus Mitteleuropa beziehen; später, wenn einmal geordnetere Zustände wiedergekehrt sind, wird der Vorsprung Deutschlands in dieser Hinsicht wahrscheinlich noch viel deutlicher offenbar werden. Wirksamer als die Handels- dürfte vielleicht die Finanzkontrolle bei diesen sämtlich stark verschuldeten Staaten sei, aber der Weltbankier ist nicht mehr England, sondern Amerika. Die unmittelbare militärische Drohung mit der Kriegsflotte reicht bei Staaten mit so ausgesprochenem Binnenlandcharakter nicht weit, und da England selbst zur Entwicklung einer starken Landmacht nicht fähig, der britische Söldner auf dem Festlande, Frankreich, aber nicht immer erwünscht ist, so liegen die Grenzen des britischen Machtbereichs hier klar zutage. Selbstverständlich tut England was es kann, z. B. sucht es seine

Seeherrschaft an den Küsten durch Anlegung maritimer Stützpunkte soweit wie möglich zu festigen. Im Süden genügt dazu der „Stöpsel im Bosporus", d. h. die schon besprochene Herrschaft über Konstantinopel, verstärkt durch die Besetzung von Imbros und Tenedos vor den Dardanellen und weiter rückwärts gesichert durch Ägypten, Malta, Gibraltar. Im Norden bilden der Freistaat Danzig unter einem englischen Oberkommissar, das von Deutschland abgetretene Memelmündungsgebiet und die Inseln Ösel und Dagö eine ähnliche Sperrkette; England hat diese strategischen Punkte zwar militärisch geräumt, kann sie aber jederzeit wieder besetzen, ohne Widerstand zu finden. In Danzig hält es den Daumen auf Polen, in Memel auf Litauen, in Ösel auf Baltland und Finnland zugleich.

Ein anderes Mittel, den britischen Einfluß in den Oststaaten weiter landeinwärts auszudehnen, ist die „Internationalisierung" der großen Ströme, die bekanntlich besonders in Deutschland auf Rhein, Elbe, Oder und Donau zur Anwendung kommt. Im Osten handelt es sich um Donau und Memel; die Weichsel ist wohl nur deswegen ausgelassen, weil man Polens ohnehin sicher zu sein glaubt und ihre Mündung in Danzig fest in der Hand hat. England betrachtet diese Ströme gewissermaßen als Fortsetzungen des Meeres ins Festland hinein. Wenn es auch nicht gleich mit Kanonenbootflotillen auftreten kann, so gedenkt es doch durch seine Schiffahrt, durch Gründung von Flußverkehrsgesellschaften, Anlage von Stapelplätzen und dergleichen von diesen Stromlinien aus seinen Handelseinfluß tief ins Binnenland auszubreiten und so eine Grundlage für die politische Durchdringung zu gewinnen. Vom Niger, Nil, Euphrath, Jangtsekiang u. a. her ist es mit der Technik einer solchen „friedlichen Durchdringung" vertraut.

Obwohl diese Dinge erst im Werden sind, tritt schon jetzt bei den Oststaaten das Bedürfnis hervor, sich bei den offiziellen Weltregenten, dem Obersten Rat (und nunmehr im Völkerbund) einen Schutzherrn zu suchen, und da nicht alle bei England auf gleiche Berücksichtigung rechnen können, die Vereinigten Staaten sich jedoch vorläufig zurückziehen, so wendet sich ein Teil an Frankreich. Maßgebend für die Wahl sind dabei gewisse außerpolitische Zu- und Abneigungen, die zwangsläufig zum Anschluß in einer bestimmten Richtung drängen; z. B. ist es natürlich meist unvorteilhaft, denselben Protektor zu suchen wie der Nachbar, mit dem man in Streitigkeiten liegt. Umgekehrt wenden sich auch die Interessen der Großmächte oft in eine bestimmte Richtung und kommen so den Suchenden entgegen. So entsteht jene merkwürdige schachbrettartige Anordnung im Vorwiegen britischen oder französischen Einflusses. Daß Jugoslavien hauptsächlich bei Frankreich Rückhalt suchte, wurde bereits bemerkt; es liegt schon darin begründet, daß Italien, welches von Frankreich wenig zu hoffen, aber viel zu fürchten hat, sich an England hält. Bulgarien wird natürlich umgekehrt je nach der Temperatur des jugoslavisch-französischen Einvernehmens sein Heil mehr bei England suchen. Auch Ungarn, von franzosenfreundlichen Tschechen, Jugoslaven und Rumänen bedrängt, jetzt offensichtlich vorwiegend auf die englische Karte, taucht doch sogar immer wieder die Nachricht von der Thronkandidatur eines englischen Prinzen auf; alte gesellschaftliche Beziehungen verschaffen auch dem magyarischen Adel in der englischen Aristokratie manchen Fürsprecher. Die Haltung Ungarns ist wieder ein Grund mehr für Rumänien, mehr auf die französische Seite zu neigen, wohin ohnehin die Sprachverwandtschaft, die Lebensart der herrschenden Schicht und

die Feindschaft gegen Bulgarien drängen. Daneben bestehen freilich auch ältere Verbindungen mit Italien noch, verstärkt durch den gemeinsamen Gegensatz gegen Jugoslavien, und weiterblickende Rumänen richten auch bereits ihr Augenmerk wieder auf Mitteleuropa. Wie sehr hier alles noch im Flusse ist, zeigt die Entstehung der sogenannten „kleinen Entente" im Jahre 1920. Diese vereinigt zwar die an Frankreich sich anlehnenden Nachfolgestaaten Jugoslavien, Tschechland und Rumänien, richtet sich aber außer gegen Ungarn im Grunde auch gegen Frankreich, dem man mißtraut, weil man hinter seiner Empfehlung einer Donauföderation ein Streben nach Wiedererrichtung der habsburgischen Donaumonarchie argwöhnt.

Während Deutsch-Österreich entschlossen scheint, sein Geschick mit Deutschland zu teilen, aber doch auch Schauplatz einer rührigen franzosenfreundlichen Propaganda ist, sieht Tschechland in Frankreich seine feste Stütze, läßt z. B. sein Heer durch einen französischen General befehligen. Entscheidend ist dabei natürlich der Haß gegen Deutschland. Fanden doch die Tschechen in den letzten Jahrzehnten bei der heimlichen Vorbereitung ihrer „Befreiung" in Frankreich einen guten Rückhalt — die Fäden der Verschwörungen sind von Paris fast mehr als von Petersburg gesponnen worden. Umgekehrt sieht Frankreich in den Tschechen eine Hilfsarmee im Rücken des deutschen Erbfeindes. Ganz ähnlich liegen die Dinge mit Polen, das seinen heutigen Zuschnitt und seine Förderung hauptsächlich der Furcht Frankreichs vor Deutschland verdankt. Der Ukrainische Staat hat bisher nur ein ziemlich nebelhaftes Dasein geführt und sein Gebiet ist gegenwärtig dem Bolschewismus ausgeliefert; sollte er aber einmal an Körperlichkeit gewinnen, so würde er naturgemäß — die Fortdauer der jetzigen Weltlage vorausgesetzt — mehr An-

lehnung an England suchen müssen. Für Polen scheint in England nicht übermäßig viel Neigung zu bestehen. Um so eifriger wenden die Briten ihre Aufmerksamkeit Litauen zu, das ihnen schon wegen seiner leichteren Zugänglichkeit von der See her näher liegt und als Stützpunkt gegen den im Osten sonst wohl gar zu sehr vorherrschenden Einfluß Frankreichs willkommen ist. Außerdem ist es als Schranke zwischen Deutschland und Rußland von geopolitischem Werte, und der Holzreichtum seiner Wälder ist dem Handelsblick der Briten nicht entgangen. Schon im November 1919 wußte man daher von einem britischen Protektorat über Litauen zu melden; später scheinen sich diese Unterhandlungen jedoch wieder zerschlagen zu haben. Daß England auch Baltland mit den „vielversprechenden" Republiken Lettwija und Eesti, sowie auch Finnland ganz als seinem unmittelbaren Einflußbereich zugehörig betrachtet, brauchen wir hier nur kurz anzudeuten. Eine andere Frage ist, ob es diesen Anspruch in die Tat umsetzen kann, und wie lange. Denn in Baltland wie in Litauen ist die bolschewistische Propaganda sehr rührig, und die unmittelbare Wirkungsmöglichkeit Englands gering. Finnland dagegen, das allerdings auch nicht eines starken bolschewistischen Elements entbehrt, steht in Bildung, Lebensart und Unabhängigkeitssinn seiner Bevölkerung auf der Stufe seiner skandinavischen Nachbarn und bewahrt außerdem von der Kriegszeit her lebhafte Sympathien für Deutschland. Seine politische Haltung wird also eine ähnliche wie die Schwedens sein, allerdings auch durch einen gewissen Gegensatz gegen Schweden mitbestimmt werden. Im übrigen wird die Freiheit seiner Entschließungen direkt von dem Grade des Handelsaustauschs mit Deutschland abhängen, denn je mehr es seine Holzausfuhr in Deutschland absetzen und Fabrikate und Lebens-

mittel von Mitteleuropa empfangen kann, um so mehr vermag es sich der britischen Handelskontrolle zu entziehen.

Wir haben so unseren Rundgang um Europa beendet. Könnte man eine Karte des britischen Einflusses auf die europäischen Staaten nach Art etwa einer meteorologischen Karte entwerfen, so würde man im allgemeinen einen von der Seeküste nach dem Innern zu abnehmenden Druck feststellen müssen, wobei das Gebiet des niedrigen Drucks sich nach Osten eher verbreitert, die internationalen Stromlinien dagegen dem britischen Hochdruck tieferen Einlaß gewähren. Die Stärke dieses Einflusses wird jedoch auch von dem Rückhalt abhängen, den England an seinen außereuropäischen Bundesgenossen findet.

VI. Englands außereuropäische Tochterstaaten und Bundesgenossen und ihre Stellung zum europäischen Konflikt.

Das Britische Weltreich geht erheblich verändert seinem inneren Wesen nach aus dem Weltkrieg hervor. Vor dem Kriege war es trotz der weitgehenden Selbstverwaltung der Tochterstaaten mit weißer Bevölkerung formell und auch tatsächlich ein Einheitsreich, in welchem das Kabinett des Mutterlandes, mit dem Parlament als Rückendeckung, alle Fäden der auswärtigen Politik geschlossen in der Hand hielt. Wohl war man sich seit langem klar bewußt, daß ein gewisses Nachgeben gegenüber dem wachsenden Selbständigkeitsdrang der Dominions unvermeidlich sei. Die ganze letzte Generation britischer Politiker (etwa seit 1884, dem Gründungsjahr der League of Imperial Federation, und 1890 dem Erscheinungsjahr von Dilkes „Problems of

Greater Britain") hat sich sehr ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt. Auch hatte die englische Politik in ihrer sprichwörtlichen Klugheit und gewitzigt durch die Erfahrungen in Amerika 1774—83 mit beträchtlichen Zugeständnissen nicht gekargt. In der inneren Gesetzgebung und Verwaltung war ihnen (mit einigen Unterschieden) so gut wie völlig, in der Wirtschaftspolitik und eigenen Verteidigung in weitem Maße freie Hand gelassen. Aber alle Versuche, den Bau des Britischen Reiches auch formell auf eine andere, breitere Grundlage zu stellen, waren gescheitert. Sowohl Chamberlains großartiger Versuch einer Zusammenfassung auf wirtschafts- und zollpolitischer Basis, der Commercial Union, wie ihr rein staatspolitisches Gegenstück, die Anläufe zur Schaffung einer Imperial Federation, erwiesen sich als Fehlschläge. Man kam über die Reichskonferenzen, formlose unverbindliche Beratungen von Vertretern der Reichsteile, die seit 1907 unter Vorsitz des britischen Premierministers alle vier Jahre stattfinden sollten, über den Kabinetts-Ausschuß für Reichsverteidigung, zu dem auch Minister und Oppositionsführer der Dominions herangezogen wurden, und über die mehr private Empire Parliamentary Association, eine Art Mittelstelle der kolonialen Parlamente, nicht hinaus. Alle diese Vorgänge zeigten, daß die Tochterstaaten wohl gewillt waren, sich dem britischen Premierminister, formell als dem Ratgeber der Krone, tatsächlich als dem unabhängigen Lenker des Weltreichs, unterzuordnen, nicht aber dem Parlament des Mutterlandes, dem sie sich gleichberechtigt fühlten. Wie sehr der britische Premier, der „Cäsar des Britischen Reiches" mit seinem Außenminister allein das Heft in der Hand hatte, zeigen die Vorgänge bei Kriegsausbruch deutlich. Sie boten zugleich Gelegenheit zu einer Belastungsprobe für den Zusammenhalt des Weltreiches, die

glänzend bestanden wurde. Einmütig standen die Tochterstaaten zusammen, um dem bedrohten Mutterlande Hilfe zu gewähren, sogar die Buren unter Botha und Smuts blieben ihrer Opportunitätspolitik treu und halfen die deutschen Kolonien zu erobern. Aber je mehr der Krieg sich in die Länge zog, je mehr die Hilfstruppen der Dominions als Kanonenfutter verbraucht wurden, je mehr die Tochterstaaten begriffen, wie sehr England eigennützige Politik treibe und doch von ihnen abhängig sei, um so mehr trat ein Rückschlag ein in dem Sinne, daß sie sich auf ihre Selbständigkeit und ihre eigenen Interessen besannen. Als wirkliche „Dominions", als Kinder, die rückhaltlos zur Mutter standen, waren sie in den Krieg eingetreten, als freie gleichberechtigte Staaten, die zugleich mit den Vertretern Englands den Frieden unterzeichnet und ihren Beitritt zum Völkerbund erklärt haben, als de facto Republiken, wie Lord Sheffield kürzlich schrieb, sind sie aus dem Krieg hervorgegangen. „Die Loslösungsbewegung ist unnötig. Diejenigen, die sie unterhalten, bekämpfen ein Britisches Weltreich, das nicht mehr besteht, das am 4. August 1914 aufgehört hat zu bestehen. Es ist sehr leicht, mit einem Bund freier Staaten, wie ihn das Britische Weltreich jetzt darstellt, zusammen zu arbeiten. Eine Reichsherrschaft wird es nicht mehr geben. Wir werden die Herren unseres eigenen Geschickes sein, sowohl nach innen wie nach außen, im Kriege, wie auch im Frieden[1])." Diese Worte, die General Smuts, der Premierminister der Südafrikanischen Union, im Herbst 1919 sprach, kennzeichnen die große Wandlung der Dinge klarer, als es längere Ausführungen vermöchten. Die Dominions erkennen ein Britisches Reich im Sinne eines von einem Mittelpunkt aus gelenkten

1) Frankfurter Ztg. 1920 Nr. 1 (1. 1., erstes Morgenblatt).

Staates überhaupt nicht mehr an, sondern nur noch einen Staatenbund und eine Interessengemeinschaft.

Auf Englands Stellung in und gegen Europa muß das in doppelter Weise zurückwirken. Einmal wird sich England nicht mehr in so unbedingter Weise wie bisher auf den militärischen und wirtschaftlichen Rückhalt der Dominions verlassen dürfen, besonders nicht, soweit es sich um rein europäische Konflikte handelt. Sodann ist damit dem System der britischen Weltmacht, diesem gewaltigen Werkzeug der Londoner Börse, des britischen Handels und der Industrie eine der wichtigsten Stützen entzogen, und die Sorge, das wankende Gebäude anderweitig zu untermauern, wird das Nachdenken der britischen Staatsmänner künftig außerordentlich in Anspruch nehmen.

Nicht als ob mit einer baldigen völligen Trennung der Tochterstaaten von den politischen Wegen des Mutterlandes zu rechnen wäre. Der Gründe, die vorläufig für ein weiteres Zusammengehen sprechen, sind noch außerordentlich viele. Das Gefühl der Stammes- und Blutsverwandtschaft ist zum Teil in den Kolonien noch sehr lebendig und trotz so mancher Mißhelligkeiten durch den Krieg eher gestärkt worden. Das britische Wirtschaftsleben ist mit tausend Fasern in den Kolonien verwurzelt, und wie es aus ihnen Nahrung saugt, so ist es doch auch ihnen besonders auf dem Gebiete der Finanzen, der Industriewarenversorgung und Verkehrsmittel schwer entbehrlich. Schließlich hängt ein Teil der Macht und Bedeutung der Dominions, und nicht der geringste, von dem Zusammenhalt mit dem Mutterlande und von der Einordnung in den Rahmen des Gesamtreiches ab, und sie werden es sich sehr gründlich überlegen, ehe sie diesen Zusammenhang lösen und eine neue Richtung suchen. Im einzelnen bestehen da allerdings gewisse Verschiedenheiten, auf die noch mit einigen Worten

einzugehen sein wird. Zunächst als Anhalt eine kurze Übersicht über die in Betracht kommenden Gebiete im Vergleich zum Mutterland.

	Fläche qkm	Weiße Bevölkerung Mill.	Einheimische Urbevölkerung	Volksdichte der bewohnbaren Teile pro qkm
1. Neuseeland	271305	1,08	60 000	4
2. Commonwealth von Australien	7704165	4,90	100 000	1
3. Südafrikanische Union (mit Nebenländern bis zum Sambesi)	3450000	1,30 (davon rd. 1,0 Buren)	6 600 000	3
4. Dominion von Kanada	9898000	8,08 (davon rd. 2,0 Franzos.)	110 000	2
5. Kaiserreich Indien . . Zum Vergleich:	4843455	0,32	316 000 000	66
Großbritannien . . .	229841	41,70	—	181
Irland	83809	4,37	—	52

Neuseeland kann wohl als der loyalste unter den britischen Tochterstaaten bezeichnet werden. Wie in Australien, Kanada und dem Mutterlande ist hier augenblicklich eine konservativ-nationalistische Regierung am Ruder (die sog. Reformisten unter Premierminister Massey), doch zeigten die letzten Wahlen bereits ein starkes Anwachsen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Jene Loyalität hängt mit der abgelegenen vereinzelten Lage Neuseelands zusammen, die ihm das enge Zusammenhalten mit dem Mutterland aus Schutzbedürfnis besonders nahelegt. Ähnliches gilt für Australien. Die brennendste Frage für die Commonwealth ist die Bevölkerungsfrage. Von allen Do-

minions ist Australien die am dünnsten bevölkerte und seine Bevölkerungsvermehrung geht nur äußerst langsam vor sich, worüber sich niemand wundern wird, wenn er die wahrhaft trostlosen Lebens- und Arbeitsbedingungen im Binnenlande und die Abneigung der australischen Arbeiterschaft gegen Zuwanderung in Betracht zieht. Die schwache Bevölkerungszahl ist jedoch angesichts der ständig wachsenden „gelben Flut" chinesisch-japanischer Auswanderer, die nur mit Mühe von dem menschenleeren Erdteil ferngehalten werden können, eine große Gefahr. Australien bedarf also eines politisch-militärischen Rückhalts gegen Norden, und da die Bedürfnisse des Mutterlandes sich darin mit den seinigen begegnen — die Denkschrift Lord Jellicoes über die Reichsverteidigung weist wiederholt auf die strategische Bedeutung Australiens für die Verteidigung Indiens und der britischen Stellung im Pacific hin — so ist ein Zusammengehen beider gegeben. Premierminister Hughes, der „Lloyd George" Australiens, verfolgt an der Spitze der nationalistischen Parlamentsmehrheit ausgesprochen diese Richtung, wenn er auch angesichts der neuerdings wieder wachsenden sozialistischen Arbeiterbewegung gezwungen war, die Gleichberechtigung der Dominion neben dem Mutterlande, ihre politische Selbständigkeit, kräftiger zu betonen. Der Prüfstein des britisch-australischen Zusammenhalts wird das Verhältnis Englands zu Japan einerseits, zu den Vereinigten Staaten anderseits sein. Das japanische Bündnis Englands ist in Australien ebenso unbeliebt, wie die japangegnerische Haltung der Union Beifall findet. Und wenn eines Tages die Freundschaft zwischen England und den Vereinigten Staaten in die Brüche gehen sollte, so wäre Australien vor eine sehr schwere Frage gestellt und es könnten sich Möglichkeiten ergeben, die zu erörtern noch verfrüht ist. Beachtung verdient, daß auch

hier in Australien und Neuseeland eine rührige irische Bewegung die Irenpolitik Englands bekämpft und die Hoffnungen ebenfalls auf Amerika lenkt.

Sehr viel anders liegen geopolitisch und demopolitisch die Dinge in Südafrika. Die Südafrikanische Union ist in ihrer heutigen Form der jüngste der britischen Tochterstaaten, und kann nicht in demselben Sinn ein solcher genannt werden, wie die drei anderen. Sie ist acht Jahre nach der gewaltsamen Unterwerfung der Burenstaaten durch eine kluge und weitherzige Handlungsweise der britischen Politik, welcher ein Teil der burisch-niederländischen Bevölkerung unter Botha aus Zweckmäßigkeitserwägungen entgegenkam, geschaffen worden. Diese Opportunitätspolitik fand ihre Krönung im Weltkriege. Die überwiegende Burenpartei unter Botha und Smuts stellte sich rückhaltlos auf die britische Seite, sie nahm führend und ausschlaggebend Anteil an der Eroberung von Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika — eine Haltung, die natürlich in Deutschland als krasser Undank empfunden werden mußte, sich aber jedenfalls zunächst lohnte. Man hat Smuts in England seine Loyalität gegen das Reich hoch angerechnet, kann sich aber nicht wundern, wenn er nunmehr, wenn auch in vorsichtiger Form, seine Gegenrechnung vorweist. Sie kommt in den oben zitierten Worten zum Ausdruck, die doch nichts anderes besagen, als daß die Südafrikanische Union volle Selbständigkeit und Gleichberechtigung neben Großbritannien in Anspruch nimmt und daß sie bei ihrem Verbleiben im Reichsverband sich lediglich von Nützlichkeitserwägungen leiten läßt. Der große Unterschied der S. A. Union gegen die drei anderen „weißen" Dominions ist eben der, daß die Buren in ihr drei Viertel der gesamten weißen Bevölkerung ausmachen. Die angeborenen Gefühle der Stammverwandtschaft und

Treue zum Mutterlande kommen hier also weit weniger in Betracht. Die Buren waren allerdings bisher gespalten, indem die in der Minderheit befindliche Nationalistenpartei unter Hertzog und Malan entgegen der Südafrikaner-Partei Smuts das Ziel einer völligen Loslösung von England, die Begründung einer Südafrikanischen Republik, offen ankündigt. Aber seit Herbst 1919 hat eine bemerkenswerte Annäherung beider Parteien stattgefunden, die in England mit Sorge und Argwohn verfolgt wird. Jedenfalls ist die Stellung Englands in Südafrika eine gänzlich andere als zu Cecil Rhodes' Zeiten, an eine Verengländerung kann nicht mehr gedacht werden, das Burenelement bleibt das herrschende und wird sich in seiner Politik vorwiegend von wirtschaftlichen, finanziellen und Sicherheits-Rücksichten bestimmen lassen. Die reichen Gold-, Diamant- und Erzvorkommen sind von größter wirtschaftlicher Bedeutung für die Londoner Großfinanz, aber umgekehrt besteht bei weitem nicht die gleiche wirtschaftliche Abhängigkeit der S. A. Union von England, da sie ihren Getreideeinfuhr- und selbst ihren Industriewarenbedarf mit Leichtigkeit außerhalb des Reichsverbandes wird decken können, Kohle selbst hervorbringt und auch um den Absatz ihrer Viehzuchtprodukte sich nicht viel Sorge zu machen haben wird. Was aber diese Kolonialländer hauptsächlich brauchen, Betriebskapital, ist jetzt viel mehr in New York als in London zu haben. Finanziell und militärisch kann England auf eine Unterstützung der S. A. Union außerhalb des südafrikanischen Bereichs hinfort nicht rechnen. Der umgekehrte Fall könnte aber allerdings eintreten: die Sicherheitsfrage fällt schwer ins Gewicht und bildet vorläufig vielleicht das stärkste Bindeglied, das die S. A. Union an das Britische Reich fesselt. Man darf nämlich nicht vergessen, daß in Südafrika die Weißen, Buren und Engländer zusammen, nur eine

geringe Minderheit neben den an Zahl wohl fünffach überlegenen Eingeborenen bilden, die gerade in den fruchtbarsten Landesteilen am dichtesten sitzen. In der Rassenfrage birgt sich die größte Gefahr für den Südafrikanischen Staat.

Zwischen Südafrika und Kanada besteht insofern eine gewisse Ähnlichkeit, als in beiden ein altangesessenes nichtenglisches Volk europäischer Rasse eine Rolle spielt. Nur ist das französische Element Kanadas im Verhältnis geringer an Zahl und Einfluß, als das burische in Südafrika. Dementsprechend hat Sir Wilfrid Laurier, der französische Führer der liberalen Partei in Kanada, trotz der seit Generationen unangezweifelten Loyalität der französischen Kanadier, bei weitem weniger Achtung und Rücksicht gefunden als Smuts, dessen Ansichten den seinigen sonst nahe stehen. Die Grenzen jener Loyalität traten freilich während des Weltkriegs deutlich hervor, insofern sich die französischen Kanadier der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aufs äußerste widersetzten, ein Verhalten, welches das Land nahezu in einen Bürgerkrieg stürzte. Aber auch bei der britischen Bevölkerung machte die anfänglich große Begeisterung und Opferwilligkeit zuletzt einer allgemeinen Ernüchterung Platz. Es ist ungemein bezeichnend, daß die konservative Regierung Borden in vieler Hinsicht einfach das ausführt, was die von ihr der britisch-nationalen Lauheit bezichtigte und gestürzte liberale Regierung Laurier beabsichtigte. Ja, die Ernennung eines besonderen kanadischen Gesandten in Washington geht weit über das hinaus, was Laurier jemals angekündigt hat und kann in der Tat kaum anders ausgelegt werden als ein großer Schritt in der Richtung der Unabhängigkeit. Der Plan einer Teilnahme Kanadas an der Reichsmarine, deren Gestaltung und Anordnung sich lediglich nach den Gesamtinteressen des Britischen Reiches richten soll, wird scharf

kritisiert und kann als abgetan gelten. Man will eine besondere kanadische, nur kanadischen Zwecken dienende Marine. Die zuletzt von Lord Jellicoe auf seiner Reichs-Rundreise entwickelten Reichsverteidigungspläne stoßen in weiten Kreisen auf Argwohn und Ablehnung. Der Sozialismus spielt in Kanada noch keine Rolle, dagegen gewinnt eine neue Partei der Landwirte an Boden, deren Organ es kürzlich offen ausgesprochen hat, daß für Kanada nur drei Wege möglich sind: ein britischer Reichsbund, in welchem es wirklichen Einfluß auf die Gesamtpolitik besitzt und einen bestimmten Teil der Verantwortung für Reichskriege übernimmt (d. h. der 1914 noch als selbstverständlich hingenommene Satz: „Englands Kriege sind Kanadas Kriege", soll nicht mehr gelten); Anschluß an die Vereinigten Staaten; endlich drittens volle Unabhängigkeit mit sämtlichen Rechten und Gefahren, die sie in sich schließt. Die nüchterne Geschäftsmäßigkeit, mit der diese Möglichkeiten erörtert werden, gibt zu denken. Daß England alle Hebel in Bewegung setzt, um durch Gunstbezeugungen und korrektes Verhalten die Stimmung für sich zu beeinflussen, ist selbstverständlich: handelt es sich doch bei Kanada um seine größte, kostbarste und zukunftsreichste Siedlungskolonie, deren Getreide- und Holzzufuhr schon jetzt für das Mutterland ganz unentbehrlich ist. Bei Würdigung der geopolitischen Lage Kanadas läßt sich aber kaum verkennen, daß der erste und der dritte jener drei Wege große Schwierigkeiten bieten, während der zweite gleichsam von der Natur gewiesen scheint. Die Vereinigten Staaten sind ein gar gewaltiger Magnet, der nach allen Regeln der politischen Kräftelehre auf das Nachbarland im Norden eine große Anziehungskraft ausüben muß. Namentlich gilt das für den weizenerzeugenden Westen Kanadas, an dessen Südgrenze zahlreiche vereinsstaatliche Stichbahnen nur auf den Augen-

blick warten, wo ihnen der Bau kanadischer Anschlußlinien die Möglichkeit gibt, die gesamte Getreideausfuhr Kanadas über amerikanische Häfen zu lenken. Im altbesiedelten Osten dagegen zeigen britische und französische Kanadier wenig Neigung zur Annäherung an die Vereinigten Staaten, letztere, weil sie wohl wissen, daß es im großen Völkerkessel der Union um ihre Sonderstellung geschehen wäre. Die Zukunft Kanadas wird jedenfalls nicht allein von England und Kanada selbst, sondern auch von den Vereinigten Staaten bestimmt werden, die schon seit langer Zeit einen starken Einwandererstrom nach Kanada entsenden, was hauptsächlich mit dem Bedürfnis nach neuem Ackerland zusammenhängt; auch darf nicht vergessen werden, daß die Bedeutung des britischen Bevölkerungselementes in Kanada außer durch die französischen Kanadier auch durch andere europäische Zuwanderer (Iren, Skandinavier, Deutsche, neuerdings auch Slaven, Italiener usw.) eingeschränkt wird.

Autonomiebestrebungen treten auch sonst im britischen Kolonialreich auf, z. B. auf den westindischen Inseln. Nirgendwo aber sind sie von einschneidenderer Bedeutung als in dem großen Kerngebiet dieses Kolonialbesitzes, in Indien. Daß die Stellung Indiens mit seinen 316 Millionen farbiger Einwohner zu England eine völlig andere ist, als die der „weißen" Dominions, bedarf keiner näheren Erklärung. Bisher war in Indien, abgesehen von den Eingeborenenstaaten, die jedoch auch unter der tatsächlichen Kontrolle des britischen Vizekönigs standen, von Selbstverwaltung kaum die Rede. Indien war und ist ja kein Einheitsstaat mit einheitlicher Nation, sondern ein Weltteil für sich, mit zahllosen grundverschiedenen und sich befehdenden Völkern, Kasten und Religionsgruppen; England hatte die Herrschaft gewonnen, indem es diese gegen-

einander ausspielte, „Indien durch die Inder eroberte", und mit denselben Mitteln hielt es die Herrschaft fest. In neuerer Zeit ist jedoch das Gefühl der Einheit unter den gebildeten Schichten der Inder viel stärker geworden, und von entscheidender Wichtigkeit ist es, daß die Hindu und Mohammedaner sich erheblich genähert haben. Dem stürmischen Rufe nach Selbstverwaltung konnte sich England, das mit diesem Schlagwort in Europa so freigebig war, nach den großen Opfern, die Indien im Weltkrieg auferlegt wurden, nicht länger entziehen. Es hat einen vorsichtigen Schritt in dieser Richtung getan, indem ein vom britischen Parlament in der letzten Tagungsperiode verabschiedetes Gesetz eine zentrale gesetzgebende Versammlung von 140 Abgeordneten (davon 100 zu wählenden) und einen Staatsrat von 60 ($^2/_3$ gewählten) Mitgliedern, außerdem Provinzialversammlungen ins Leben rief. Dadurch erhalten 2 % der Bevölkerung Indiens Wahlrecht. Daß damit den Forderungen der Inder nicht Genüge getan wird, ist klar. Zu welchen Folgen dieser erste Schritt auf die schiefe Ebene der Autonomie führen wird, läßt sich noch nicht absehen. Andere Punkte von größter Bedeutung sind die Unruhe, die angesichts der britischen Pläne gegen den Sultan und das Kalifat die ganze mohammedanische Welt durchzieht, die bolschewistische Propaganda von Rußland-Turkestan her, der „Asiatismus", die Reaktion der asiatischen Völker gegen die europäische Ausbeutung überhaupt, eine Bewegung, die ihre Verbindungen nach Indien sowohl wie Vorderasien erstreckt. Das vulkanische Feuer, das in Indien sich noch mehr durch unterirdisches Grollen ankündigt, lodert in der wichtigsten Etappe auf dem Wege nach Indien, in Ägypten, schon offen empor. Die Einmütigkeit, mit der die von den Engländern einberufene ägyptische Nationalversammlung das angebotene britische Protektorat zurück-

gewiesen hat und auf der vollen Unabhängigkeit, nur eingeschränkt durch ein Bündnis mit England, besteht, zeigt, wie weit hier die Dinge gediehen sind.

Wir berühren alles dies nur kurz, um klar zu machen, daß England sowohl in seinen Dominions wie in den abhängigen Kolonialgebieten seines Weltreiches wenig Rückhalt für eine starke europäische Politik finden wird, im Gegenteil außerordentlich viel Kraft aufwenden muß, um das verschobene und ins Wanken kommende Gefüge des Reichsgebäudes in Ordnung zu bringen.

Ähnliches läßt sich von dem Verhältnis Englands zu den mit ihm verbündeten außereuropäischen Großmächten sagen. Allianzen sollen Kräftesparer sein, sie verlieren ihren Wert, wenn sie statt dessen Kräfte verzehren. Mit großem Geschick hat es England verstanden, die Freundschaft mit Japan und den Vereinigten Staaten seinen Zwecken dienstbar zu machen. Aber jetzt muß der Preis dafür bezahlt werden.

Japan ist als Großmacht im Schatten Englands herangewachsen. In seiner insularen Abgeschlossenheit, die so manche auffallende Parallele zu England bietet, hat sich sein Nationalcharakter zu ähnlich durchschlagender Bestimmtheit verdichtet wie der britische. Mit dem Kriege gegen China um Korea 1894/95 tat es den ersten Schritt auf die politische Weltbühne. England hat dann dem Staate des Mikado durch das nach dem Ende des Burenkriegs abgeschlossene Bündnis von 1902 zum Range einer Großmacht verholfen. An Stelle Deutschlands, das sich dieser Rolle versagte, ließ sich Japan gern als Sturmbock gegen Rußland im Osten benutzen. In seinem eigenen wie Englands Interesse brach es im russischen Kriege 1904—5 den gefährlichen Ausbreitungsdrang Rußlands nach China und Korea und pflückte die Früchte, die ihm die Mißgunst Ruß-

lands, Frankreichs und Deutschlands 1895 vorenthalten hatte. Indessen sorgte England im Verein mit Amerika dafür, daß der siegreiche Verbündete keine Kriegsentschädigung erhielt, also finanziell schwach blieb. Dieser Mangel hat sich im Weltkrieg ausgeglichen. Die Stellung an der Seite der Entente hat es Japan ermöglicht, Tsingtau zu erobern, damit einen neuen Stützpunkt in China zu gewinnen, und sich wirtschaftlich und finanziell außerordentlich zu kräftigen. Seine Handelsdampferflotte ist während des Krieges von 1,7 auf 3,0 Millionen BRT. angewachsen, dem Mangel an Eisen wird durch Gruben in der Mandschurei und China sowie durch ein neues Gewinnungsverfahren aus japanischem Rohstoff abgeholfen. Im ganzen hat Japan in Schiffahrt und Handel eine beherrschende Stellung in Ostasien gewonnen, die derjenigen Englands zum festländischen Europa im 19. Jahrhundert zwar nicht gleich, aber doch nahe kommt. Daß damit der britischen Handelsstellung in China und im ganzen fernen Osten gefährlich Eintrag getan wird, leuchtet ein. An Stelle eines brauchbaren, relativ schwachen Schützlings steht jetzt ein durchaus selbständiger Rivale, der sich naturgemäß politisch freie Hand vorbehält. Das staatliche Ausbreitungsbedürfnis Japans wird außerdem getragen von einer starken Auswanderungsbewegung. Man hat daraus, daß diese wiederholt zu Reibungen mit den Vereinigten Staaten führte, Schlüsse auf einen unvermeidlichen Konflikt zwischen beiden Mächten gezogen, indessen läuft dabei wohl viel Übertreibung mit unter. Japan betrachtet ohne Zweifel den asiatischen Osten nebst der indo-australischen Inselwelt als das eigentliche Zukunftsgebiet seiner Nation und wird sich hüten, vorzeitig Konflikte mit Amerika heraufzubeschwören, wenn ihm dieses nicht in Ostsibirien, Kamtschatka und Sachalin allzusehr seine Kreise

stört. Seine Stellung ist den britischen Interessen in China, Vorder- und Hinterindien, Inselindien und Australien gefährlicher als den amerikanischen. Neben den Umständen, die auf eine glänzende Zukunft Japans deuten, stehen freilich auch tiefe Schatten. Am bedrohlichsten scheint die Ausbeutung der unteren Volksklassen durch einen skrupellosen Kapitalismus und Industrialismus, die ähnliche Folgen zeitigt, wie im England der Chartistenzeit. Dadurch ist eine Gärung im Volke hervorgerufen, die durch bolschewistische und republikanische Agitationen von Sibirien und China her genährt wird. Überhaupt macht sich bei Japan ähnlich wie bei England die Erscheinung geltend, daß die Widerstandsfähigkeit des insularen Nationalcharakters mit der wachsenden Ausbreitung auf dem Festlande Schaden leidet.

Daß bei dem Zusammengehen der Vereinigten Staaten mit England nicht bloße Nützlichkeitserwägungen maßgebend sind, sondern auch starke Gefühle der Stammesverwandtschaft und gleicher sittlich-gesellschaftlicher Grundanschauungen mitsprechen, ist bekannt und braucht nicht näher erläutert zu werden. Insofern ist das Verhältnis ähnlich wie bei den meisten Dominions, in deren Reihe die Vereinigten Staaten ihrer Herkunft nach ja auch gehören. Die politischen Gegensätze und Erregungen des Freiheitskampfes und des Krieges von 1812—14 haben freilich noch lange nachgewirkt. Man kann sagen, daß das Mißtrauen der Vereinigten Staaten gegen England die ersten zwei Drittel des 19. Jahrhunderts hindurch nie ganz überwunden worden ist, und, wie die wenig freundliche Haltung Englands zur Union während des Bürgerkrieges 1861—64 zeigte, mit Recht. Erst nach dessen siegreichem Abschluß hat mit der Festigung der Union und der ungeheuren Zunahme des Verkehrs die innere Annäherung, be-

sonders in den Oststaaten, große Fortschritte gemacht, und obwohl mit dem Eintritt der Union in die imperialistische Ära (1898) auch allerhand Streitpunkte wieder auflebten, hat es England verstanden, diese Stimmung unter dem Hervorkehren des gemeinsamen „Angelsachsentums" für seine Zwecke auszunutzen. Freilich wurde diese Freundschaft im amerikanischen Bereiche durch ein Zugeständnis nach dem anderen, so in der Panamakanalfrage, erkauft: hier galt eben die Monroedoktrin (von 1823), der Grundsatz, daß europäische Mächte, abgesehen von ihren seit altersher noch bestehenden Kolonien, in Amerika politisch nichts zu suchen hätten, den Bürgern der Union nach wie vor als unantastbares Heiligtum.

Kriegsfeindschaft und naive Machtpolitik, oder, um die gewöhnlichen Schlagworte zu gebrauchen, Pazifismus und Imperialismus, verschwistern sich in den Vereinigten Staaten in merkwürdiger Weise. Diese haben während des 19. Jahrhunderts ein größeres Gebiet annektiert, als irgend eine europäische Großmacht. Der größte Teil davon ist den ursprünglichen Bewohnern, den Indianern, welche die rechtmäßigen Inhaber, freilich schwach und gering an Zahl waren, fortgenommen worden — denn wenn Frankreich 1803 das riesige Mississippigebiet verkaufte, so handelte es sich dabei im Grunde doch nur um eine „Interessensphäre" — anderes wurde Mexiko durch den Eroberungskrieg von 1846 entrissen oder nach Verhandlungen mit europäischen Mächten in Besitz genommen. Die ungeheure Kolonisationsarbeit und friedliche Wirtschaftsentwicklung, die die Geschichte der Union während des 19. Jahrhunderts zum größten Teil ausfüllen, ist nur dadurch denkbar, daß sie seit 1815 einen ernsthaften auswärtigen Gegner, der ihre Grenzen bedrohte, überhaupt nicht gehabt hat. So setzte sich in der Masse der Bevölkerung die Anschauung fest,

daß auswärtige Kriege ein Kennzeichen des rückständigen Europa seien und mit der Ausbreitung der erleuchteten demokratischen Denkweise nach amerikanischem Muster ganz aufhören müßten; auch daß die Mehrzahl der Einwanderer froh war, dem Militärzwang der europäischen Staaten entronnen zu sein, hat diese Stimmung verstärkt. Als freilich der Siedlungsraum fürs erste gefüllt war, und Landhunger wie zunehmende Ausbreitung der Handelsinteressen über die Grenzen hinauswiesen, da hat die öffentliche Meinung, sobald sie sich einreden ließ, daß amerikanische Rechte verletzt seien, durchaus nicht gezögert, den Krieg gutzuheißen. Der leicht errungene Erfolg über Spaniens zerrüttete Wehrmacht befestigte dann wieder die populäre Ansicht, daß die Interessen und die Großmachtstellung der Vereinigten Staaten auch ohne ein Heer nach europäischem Muster gewahrt werden könnten.

In dieser Haltung haben die Vereinigten Staaten zunächst dem europäischen Krieg gegenüber gestanden. Die öffentliche Meinung hat zwar, beeinflußt von der Presse, den demokratischen Phrasen der Entente und dem Schlagwort von dem Unrecht an Belgien, alsbald überwiegend für England und Frankreich Partei genommen. Präsident Wilson, ein demokratisch-pazifistischer Doktrinär reinsten Wassers, nach Herkunft und Bildung durchaus Engländerfreund, trieb energisch in der gleichen Richtung. Auch scheint die Rücksicht auf die Vernachlässigung der Kriegsmarine im Hinblick auf Japans undurchsichtige Politik zu dem Bemühen genötigt zu haben, es mit England nicht zu verderben: man glaubte der britischen Flotte im Ernstfall zum Schutz nicht entraten zu können. Trotzdem waren die Vereinigten Staaten zunächst weit entfernt, in den Krieg einzutreten. Sie benutzten ihn, um ein ungeheures Geschäft zu machen und den Kreis ihrer Handelsherrschaft

in großartiger Weise auszudehnen. Sie konnten nicht nur ihre europäischen Schulden (in Höhe von schätzungsweise über 35 Milliarden Goldmark) abbürden, sondern wurden selbst in großem Maßstabe Geldgeber der kriegführenden Staaten. Aber die offene Parteinahme Wilsons für England und die Kriegstreibereien der gelben Presse stießen bis 1916 keineswegs auf allgemeine Zustimmung; besonders der Westen verharrte in seiner ablehnenden Haltung. Erst als Deutschlands völlig verfehlte diplomatische Haltung und seine Nachgiebigkeit in der U-Boot-Frage dem Präsidenten einen diplomatischen Sieg nach dem anderen verschaffte, konnte er nach seiner Wiederwahl zum Bruche mit Deutschland schreiten. Maßgebend war dabei offenbar auch die Befürchtung der mit der englischen vielfach verwandtschaftlich und geschäftlich verbundenen Großfinanz, daß der Krieg für die Ententestaaten verloren gehen und dadurch deren Zahlungsfähigkeit in Frage gestellt werden könne. Durch eine maßlose Agitation wurden die Leidenschaften aufs äußerste aufgepeitscht, sogar die Abneigung gegen die allgemeine Wehrpflicht überwunden, und das Eingreifen der amerikanischen Heeresmacht hat dann neben dem in größter Geschwindigkeit durchgeführten Ausbau der amerikanischen Handelsflotte entscheidend zum Ausgang des Krieges beigetragen.

Es konnte zunächst scheinen, als ob damit für lange Zeit ein Zusammengehen der beiden angelsächsischen Großmächte gewährleistet sei. England war in eine gewisse Abhängigkeit von Amerika geraten und gezwungen, auf die dortigen Anschauungen und Stimmungen Rücksicht zu nehmen. Das verbindende Glied bildet vor allem, wie schon angedeutet, die Großfinanz, deren amerikanischer Teil zwar die errungene Überlegenheit Newyorks über London zu wahren entschlossen ist, anderseits aber, wie die Yankee-

Bevölkerung der Oststaaten überhaupt, in Englands Gesellschaftsleben und Bildung in solchem Maße das bewunderte Vorbild sieht, daß der englischen Beeinflussung hier stets eine gute Wirkung sicher ist und ein ernstlicher politischer Bruch auf heftigsten Widerstand stoßen würde.

Anderseits ist seit der Waffenruhe und vollends seit der Unterzeichnung des Friedens zu Versailles unverkennbar eine große Ernüchterung in den Vereinigten Staaten eingetreten. Die öffentliche Meinung der Nation, die seit Kriegsausbruch bis dahin ihren Führern und Machern, besonders dem Präsidenten, blindlings gefolgt war, wurde allmählich inne, daß sie in Verhältnisse und Verpflichtungen verstrickt worden ist, die ihren eigentlichen Absichten durchaus nicht entsprechen. Bezeichnenderweise hat bei dieser Opposition wieder der vom englischen Einfluß unabhängigere Westen die Führung. Das Ansehen Wilsons hat durch seine offenkundige Niederlage in Versailles einen schweren Stoß erlitten und sein körperlicher und geistiger Zusammenbruch hat es ihm unmöglich gemacht, die Scharte auszuwetzen. Die — z. T. wohl infolge der Krankheit des Präsidenten — äußerst schleppenden Verhandlungen des Kongresses haben jedenfalls gezeigt, daß man allmählich der für Amerika bedenklichen Kehrseite der mit so viel Leidenschaft verkündeten Grundsätze vom Völkerbund, Schutz der Schwachen usw. gewahr wird. Die endgültige Ablehnung des Friedensvertrages im Frühjahr 1920 ist in dieser Hinsicht ein entscheidender Schritt und die vernichtende Niederlage der Demokraten bei der Präsidentenwahl im Herbst 1920 bezeichnet die völlige Abkehr von Wilson. Auch gehen doch nachgerade vielen in Amerika die Augen auf über Englands und Frankreichs wahres Gesicht. Während England, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe,

seine geschwollenen Phrasen von Selbstbestimmung der Völker, ausgleichender Gerechtigkeit, Schutz der kleinen Nationen usw. vielfach offen preisgeben muß, gefällt man sich in Amerika gern in der angenehmen Rolle des charakterfesten Gewissensweckers, hält z. B. England seine Sünden in der irischen, indischen, ägyptischen Frage vor, ohne freilich den Balken im eigenen Auge zu bemerken. Besonders der Ruf nach gerechter Lösung der irischen Frage findet bei dem starken Prozentsatz irischer Bevölkerung in den Staaten lauten Widerhall. Die irische Frage ist vielleicht der härteste Prüfstein der englisch-amerikanischen Freundschaft.

Auf jeden Fall ist man in den Vereinigten Staaten fest entschlossen, auch wenn man sich aus den europäischen Händeln selbst zurückziehen sollte, die errungene Machtstellung auf dem Gebiete des Handels, der Finanzen, der Schiffahrt und des weltpolitischen Einflusses, insbesondere im Bereich der amerikanischen Kontinente und des Stillen Ozeans, mit allen Mitteln festzuhalten. Das zähe Ringen mit England um die Kontrolle der Erdölfelder in der Welt, das Eingreifen der Vereinigten Staaten in die Frage der Verteilung der deutschen Kolonien und Kabel zeigen dies unverkennbar. Wie sehr sich hier gegenüber dem Zustand vor dem Kriege die Dinge verschoben haben, dafür nur noch ein Beispiel: die seegehende Handelsdampferflotte der Vereinigten Staaten zählte bei Beginn des Krieges 2 027 000 BRT. gegen 18 892 000 BRT. Englands; im Juni 1920 umfaßte sie dagegen 12 406 000 gegen 18 111 000 BRT., das Verhältnis hat sich also von 1 : 9,4 auf 2 : 3 verschoben. Die schweren Verluste während des einen Jahres wirklicher Kriegsführung haben ferner den Blick dafür geschärft, daß es zur Wahrung der Weltmachtstellung denn doch besserer Rüstungen und einer größeren Wehrmacht bedarf, als man früher glaubte,

und man wird die militärischen Errungenschaften der Kriegszeit nicht wieder völlig preisgeben; ebenso wird man das Ziel, die größte, jedenfalls aber eine der englischen völlig gewachsene Kriegsflotte zu besitzen, nicht wieder fallen lassen.

Mit alledem soll natürlich nicht behauptet werden, daß ein ernstlicher politischer Zwiespalt zwischen den beiden angelsächsischen Mächten in den Bereich naher Möglichkeit gerückt sei. Davon kann keine Rede sein. Wohl aber ist unverkennbar die Neigung, zu einer wirklich selbständigen amerikanischen Politik zurückzukehren, in starkem Zunehmen begriffen, je mehr die Entente ihren wahren Charakter als einer Beutegenossenschaft enthüllt und die Politik aus dem Bereiche des pazifistisch-humanitären Bluffs wieder auf den Boden der unverhüllten Interessengegensätze herabsteigt. Eine andere Frage ist es, inwieweit die Vereinigten Staaten innerlich zu einer kraftvollen auswärtigen Politik fähig sein werden. Das Problem der Probleme, die Arbeiterfrage, rüttelt auch an den Grundmauern dieses Staatsbaus. Der ungeheure Aufschwung der amerikanischen Industrie, des Wirtschaftslebens überhaupt und damit des Reichtums beruhte auf den — am amerikanischen Maßstab gemessen — billigen Arbeitskräften, die die europäische Einwanderung bis zum Kriege fortgesetzt lieferte. Der Weltkrieg hat diesen Zufluß fünf Jahre gesperrt und es besteht wenig Aussicht, daß er bald wieder in Gang kommt; außerdem hat die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ein großes Interesse daran, ihn dauernd zu verringern, wenn nicht ganz fernzuhalten. Damit aber droht ein Zeitalter unerhörter Lohnkämpfe anzubrechen, besonders wenn die bereits eingetretene Absatzstockung der Industrie anhält. Während des Krieges hat der Staat vielfach die Machtstellung der Privatunternehmer und Trusts

eingeschränkt oder ihre Betriebe unter staatliche Aufsicht genommen, jetzt dagegen macht sich eine reaktionäre Neigung geltend, alles wieder der unkontrollierten privaten Willkür freizugeben, was die sozialen Gegensätze ebenfalls verschärfen muß. Im Hintergrunde derselben aber lauert die Rassenfrage. Die Einwanderung der letzten Jahrzehnte bestand zum größten Teile aus Elementen, die selbst für das so einverleibungsfähige Amerikanertum ziemlich unverdaulich sind, besonders Slaven, Juden und Italienern. Diese bilden, wie sich gezeigt hat, einen äußerst günstigen Nährboden für bolschewistische Propaganda. In der gleichen Richtung wirkt im Süden die Negerfrage, die von einer Lösung weiter entfernt ist, denn je, ja ihrer Natur nach wohl überhaupt unlösbar bleibt. Es könnte sich also unter Umständen herausstellen, daß die Vereinigten Staaten an einer kraftvollen Wahrnehmung ihrer Weltmachtstellung und günstigen Wirtschaftslage durch innere Klassen- und Rassengegensätze ebenso behindert werden, wie die Staaten Europas durch ihre nationalen und sozialen Zwistigkeiten.

D
217
V6
v.1

Vogel, Walther
Das neue Europa.
v.1

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 14 16 02 03 003 0